



Innovation, Beschäftigung, Leben

Berichte an die Zukunftskommission

Innovation, Beschäftigung, Leben

Berichte an die Zukunftskommission



Bodo Hombach (Stellvertretender Vorsitzender der Zukunftskommission)

„Die hier vorgelegten Erkenntnisse sind ein wertvolles Joint Venture aus empirischen Fakten und sozialer Fantasie.“

In diesem Jahr feiert die Bundesrepublik Deutschland ihren 60. Geburtstag. Die dort verkündeten Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten, jedes und jede in jahrhundertelangen Kämpfen mühevoll und opferreich erobert, sind die Quintessenz des bisher humansten, friedlichsten und erfolgreichsten Gemeinwesens auf deutschem Boden. Aber Vorsicht bei den Geburtstagsreden! – Zwar ist die Verfassung eines demokratischen Rechtsstaates auch eine Eigenschaft seines Zustandes, denn jedes Ding definiert sich durch die beste seiner Möglichkeiten (Thomas von Aquin), aber sie ist noch nicht der Zustand selbst und wird es nie vollständig sein. Der Parlamentarische Rat war eine Zukunftskommission. Was er damals verabschiedete, war ein Bauplan, eine Ideenskizze, eine Hoffnung wider alle Erfahrung. Sie war möglich im vielleicht hellsten Moment der deutschen Verfassungsgeschichte nach ihrer sicher dunkelsten Periode.

In welcher Verfassung wollen wir 2025 leben? Es ist die sinnvolle und zugleich erregende Aufgabe der Zukunftskommission NRW, hinter den noch geschlossenen Vorhang der Bühne zu lugen. Welches Stück werden wir dort spielen? Wer baut die Kulissen? Wer schreibt die Texte? Wie verteilen sich die Rollen und auf welchen Ausgang müssen wir uns gefasst machen?

Die Suchscheinwerfer entdecken deutliche Gefahren. Wenn sich zweistellige Prozentsätze eingewanderter Mitbürger dem Wertekanon der Mehrheitsgesellschaft verweigern, wenn gleichzeitig das allgemeine Vertrauen in die Regelungskraft der Politik sinkt und die Beziehung zwischen Eliten und Bürgerschaft infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise nachhaltig zerrüttet ist, dann füllt sich ein Pulverfass und die ideologischen Pyromanen nehmen Witterung auf.

Die hier vorgelegten Erkenntnisse sind ein wertvolles Joint Venture aus empirischen Fakten und sozialer Fantasie. Sie formulieren einen ganzen Katalog begründeter Perspektiven und Maßnahmen.

Drei Arbeitsgruppen, in die sich die Zukunftskommission aufteilte, haben sich dieser Schwierigkeit gestellt und dabei sehr unterschiedliche Herangehensweisen gewählt: mit möglichen Szenarien, vergleichenden Analysen, provokanten Fragen und Antworten und auch mit konkreten Lösungsvorschlägen. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Alle drei Berichte geben uns eine fundierte Vorstellung über unsere mögliche Lebenswelt im Jahr 2025. Und mehr noch: Sie beschäftigen sich immer auch damit, was wir in unserem Denken und Handeln ändern müssen, um auch morgen noch in einer lebenswerten Welt – in einem lebenswerten Nordrhein-Westfalen – leben zu können.

Die Arbeit in den Gruppen spiegelt sich im Abschlussbericht des Vorsitzenden der Kommission wider. Er ist die Klammer des Ganzen. Aber natürlich kann er nicht jede Facette, nicht jeden Gedankengang oder wichtige Position abbilden. Das hätte den Rahmen gesprengt. Zugleich wollte die Kommission jedoch die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten: Darum hat sie sich entschieden, zusätzlich zum Abschlussbericht auch die Arbeitsgruppenberichte zu veröffentlichen.

Bericht 1 beschäftigt sich mit „Wachstum und Wohlstand durch Innovationen und Bildung“. **Bericht 2** sucht Antwort auf die Frage: „Vom Hort der alten Industrien zum Magneten der Moderne?“. **Bericht 3** setzt sich mit „Integration und Lebensqualität – Wie wir morgen leben werden“ auseinander. Im **Anhang** „Lange Zeitreihen für Nordrhein-Westfalen“ finden sich wichtige Daten und Fakten zu Deutschland und Nordrhein-Westfalen, die in die Überlegungen und Analysen der Arbeitsgruppe einfließen und einen guten Überblick über die bisherige Entwicklung liefern.

Der Abbau archaischer Geschlechterrollen, die Verbesserung der Erziehungskompetenz in den „prekären“ Familien, mediale Bypässe zur Überbrückung der Segregationsgrenzen, eine menschenfreundliche Gestaltung der Region mit Wirtschaftszentren, Verkehr, Wohnen, Schule, Kultur – all dies auch nur in konkreten Aussagesätzen zu denken, erzeugt schon einen kleinen Überfluss an Alternativen. Wer zwischen mehreren Möglichkeiten wählen kann, optiert – über Versuch und Irrtum – irgendwann für die bessere. Und diese bedient dann nicht nur den inneren Frieden und die Entwicklungschancen unseres Landes. Sie ist mit jedem Tag ihrer Umsetzung ein neuer Vorrat an Zeit für die Zukunft der unwiderruflich globalen Menschheit.

Nordrhein-Westfalen, so die Quintessenz, kann bis zum Jahr 2025 aus dem Mittelfeld an die Spitze der Modernisierungsprozesse in Deutschland treten. Mit einer ganzheitlichen Politik, die Solidarität und Effizienz in Einklang bringt. Mit einer Politik, die noch konsequenter als bisher auf Bildung und Innovation setzt. Mit einer Politik, die keine Gruppe außen vor lässt, sondern alle mitnimmt.

Wir können unsere Zukunft nicht durchplanen und in einer Blaupause festhalten, aber wir können sie gestalten: Schritt für Schritt. Das sollten wir tun, und zwar jetzt. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Ein beunruhigendes Papier. Es kann durchaus Entscheidungsträgern schlaflose Nächte bereiten, denn der Blick auf 2025 ist nicht nur rosig.

Essen, im April 2009



Bodo Hombach
Stellvertretender Vorsitzender der Zukunftskommission

„Wir können unsere Zukunft nicht durchplanen und in einer Blaupause festhalten, aber wir können sie gestalten: Schritt für Schritt.“



Inhalt

- 2 Vorwort**
Bodo Hombach
Stellvertretender Vorsitzender der Zukunftskommission

- 6 Wachstum und Wohlstand durch Innovation und Bildung**
Bericht der Arbeitsgruppe 1 „Innovation, Bildung und Wachstum“

- 46 Vom Hort der alten Industrien zum Magneten der Moderne?**
Bericht der Arbeitsgruppe 2 „Beschäftigung“

- 92 Integration und Lebensqualität – Wie wir morgen leben werden**
Bericht der Arbeitsgruppe 3 „Lebensqualität“

- Anhang**
- 147 Lange Zeitreihen für Nordrhein-Westfalen**
Endbericht des empirica-Instituts für Forschung und Beratung

- 176 Mitglieder der Zukunftskommission**

- 180 Impressum**

Bericht der Arbeitsgruppe 1

Wachstum und Wohlstand durch Innovation und Bildung



Prof. Dr. Jürgen Kluge (Leiter der Arbeitsgruppe 1)

Arbeitsweise	9
1. „Warum nicht ...?\": Eine positive Zukunftsvision	10
> Ein Tag im Jahr 2025, ein guter Tag für NRW	10
2. Wachstum als Wohlstandsvoraussetzung	16
> Ausbau der sozialen Arbeit	19
> Steuerfreier Gründerfonds	21
> Papierlose öffentliche Verwaltung (E-Government)	22
> Nordrhein-Westfalen durchgehend geöffnet	25
3. Innovation als Treiber des Wachstums	25
> Starke Cluster für Nordrhein-Westfalen	26
> NRW-Initiative „Erfahrung nutzen“	28
> Kernkraft als umweltschonende Energiequelle	29
> Forschung zur Kernfusion und Fusionskraftwerk	30
> Großforschungsprojekte gegen neurodegenerative Erkrankungen und Diabetes	33
> Entwicklung einer wissensbasierten Bioökonomie	34
> Intelligente Autobahnen (Staufreies Ruhrgebiet/NRW)	35
4. Bildung als Voraussetzung für Innovation	37
> Eltern als erste Erzieher/Experten für ihr Kind	38
> Selbstverpflichtung der privaten Wirtschaft zu Bildungsprojekten	39
> NRW-Initiative „Visum nach Studium“ (Plus 3)	41
5. Schluss, Anhang	44



Doppelseite Obere Reihe (v. l. n. r.): René Obermann, Isabel Pfeiffer-Poensgen, Marita Reuter, Prof. Dr. Achim Bachem, Andrea Prym-Bruck, Hubertus Schmoltdt; Untere Reihe (v. l. n. r.): Prof. Dr. Jürgen Flimm, Dr. Annette Lepenies, Dr. Ekkehard Schulz, Prof. Dr. Barbara Ischinger, Dr. Jürgen Großmann, Cornelia Quennet-Thielen

Mitglieder der Arbeitsgruppe 1

Prof. Dr. Achim Bachem
 Prof. Dr. Jürgen Flimm
 Dr. Jürgen Großmann
 Prof. Dr. Barbara Ischinger
 Prof. Dr. Jürgen Kluge (Leitung)
 Dr. Annette Lepenies
 René Obermann
 Isabel Pfeiffer-Poensgen
 Andrea Prym-Bruck
 Cornelia Quennet-Thielen
 Marita Reuter
 Hubertus Schmoltdt
 Dr. Ekkehard Schulz



Arbeitsweise

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe 1 der Zukunftskommission NRW haben sich am 24. Juni und 18. August 2008 zu zwei jeweils halbtägigen Sitzungen getroffen und die Themen Innovation, Bildung und Wachstum diskutiert. Viele Mitglieder der Arbeitsgruppe haben eigene Papiere als Diskussionsgrundlage geliefert sowie auf die entsprechenden Entwürfe des gemeinsamen Arbeitspapiers reagiert und Korrekturen oder Ergänzungen angebracht. Zudem wurden zahlreiche „Warum nicht ...?“-Fragen formuliert.

Spielregel in unserer Arbeitsgruppe war es, die Aufnahme von Partikularinteressen einzelner Mitglieder, besonders aus deren hauptamtlichen Verantwortungen, so weit wie möglich zu vermeiden, um so die Glaubwürdigkeit unseres Arbeitspapiers nicht zu gefährden.

Die in den „Warum nicht ...?“-Fragen beschriebenen Vorschläge sind nicht unbedingt der Konsens der Arbeitsgruppe, aber es

herrschte Konsens, sie in der vorliegenden Form wegen ihrer Relevanz für Nordrhein-Westfalen mit aufzunehmen.

Redaktionell haben wir uns dafür entschieden – um den Bericht leichter und spannender lesbar zu machen –, die Wirkungskette „Aus Bildung folgt Innovation, aus Innovation folgt Wachstum“ umzudrehen und mit dem Ergebnis, dem Wachstum, zu beginnen. Außerdem haben wir die Perspektive eines Blicks in die Vergangenheit aus einer erfolgreich gestalteten Zukunft im Jahr 2025 eingenommen.

Dank

Den Mitgliedern der Zukunftskommission – besonders den Teilnehmern der Arbeitsgruppe 1 – gilt Dank für ihren Einsatz und zahllose Ideen, Anregungen und Beiträge.

1. „Warum nicht ...?\": Eine positive Zukunftsvision

Nachdenken über „Nordrhein-Westfalen in gut 20 Jahren“ führt sehr schnell zu der Frage: „Wie wird sich das Leben um 2025 und danach für die Bürger in NRW, für eine normale Familie oder für mich selbst denn eigentlich anfühlen?“ Die Zukunftskommission NRW hat neben den aus Analysen und Trends abgeleiteten Empfehlungen, die von den Arbeitsgruppen der Kommission auf breiter Ebene getragen werden, auch den Versuch unternommen, durch das Stellen von „Warum nicht ...?“-Fragen kreativ, innovativ und durchaus aggressiv eine mögliche Zukunft voraus zu empfinden. Die „Warum nicht ...?“-Fragen waren auch unser Vehikel, kontroverse Vorstellungen, spitze Ideen und die Kreativität Einzelner oder kleiner Gruppen der Zukunftskommissionsmitglieder vor zu viel Kompromiss und der Falle lauwarmer Durchschnittsmeinung zu bewahren. „Warum nicht ...?“-Fragen kamen zu Punkten, die u. a. folgende Themen umfassen:

- **Innovation/Wissenschaft:** Neurodegenerative Erkrankungen (wie z. B. Alzheimer), Fusionsreaktor, wissenschaftliche Bioökonomie
- **Arbeit:** Neue Materialien und Dienstleistungen, Logistikbranche, Zulieferindustrie, Tourismus
- **Logistik und Infrastruktur:** Telekommunikation

und staufreie Straßen, Elektro-Mobilität, papierfreie Verwaltung

- **Bildung und Freizeit:** Elternexperten, frühkindliche Bildung, Einkaufen, Kultur
- **Finanzen:** Nettoeinkommen, Gründerfonds, Beteiligung am Kapital von Unternehmen

Stellen wir uns einmal vor, all diese Ideen wären wahr geworden. Wie radikal hätte sich unser Leben verändert? Um dies zu prüfen, haben wir das extreme Szenario der vollständigen Realisierung dieser Ideen in ein kleines Essay umgesetzt. Wohlgemerkt: Es handelt sich hier um ein mögliches Szenario, nicht um den Konsens der Kommission über die Zukunft in NRW. Doch wie sieht unser Land denn – vielleicht – im Jahr 2025 aus? Dazu besuchen wir an einem Vormittag Familie Müller aus der Nähe von Düsseldorf, und wir sehen:

Vieles ist neu, manches deutlich besser. Aber so fundamental hat sich das Leben der Müllers nun doch nicht verändert. Aus vielen großen Einzelinnovationen ist ein kleiner, aber feiner Gewinn an Lebensqualität für alle geworden – und genau das wollten wir in der Arbeitsgruppe 1 der Zukunftskommission NRW auch erreichen.

Ein Tag im Jahr 2025, ein guter Tag für NRW

Freitag, der 1. August 2025. Im schmucken Einfamilienhaus nördlich von Düsseldorf droht der Haussegen zu kippen. Thomas Müller, 47, sitzt mit seiner Frau Katrin und seiner jüngsten Tochter Lena am Frühstückstisch. Es ist kurz vor 8 Uhr und Lena nervt mal wieder.

Vorwurfsvoll hält die 15-Jährige den makellosen Apfel hoch: „Wo kommt der denn her – etwa aus Chile?“, nölt

sie. Lena besucht die 10. Klasse und hat eine neue Aufgabe aus ihrem Förderkurs ECO mitgebracht. Die Schüler sollen alle häuslichen Frühstückstückerprodukte auflisten und ihren „kritischen Radius“ bestimmen – jenen geografischen Kreis, innerhalb dessen die Produktion und Distribution von Lebensmitteln ökonomisch sinnvoll und ökologisch vertretbar ist. Bis eben noch fiel Lenas Radiusbilanz blitzsauber aus: Die Milch kommt aus dem Münsterland, das

Brot aus dem Sauerland, die Eier vom Biobauern nebenan. Sämtliche Müller'schen Lebensmittel stammen aus Nordrhein-Westfalen. Abgesehen vom Kaffee natürlich. Und von dem Apfel. „Der macht meine ganze Statistik kaputt“, klagt Lena.

Über die Bananen in seinem Müsli schweigt Thomas sich an diesem Morgen lieber aus. Erstaunlich, was die Kinder heute über naturwissenschaftliche und wirtschaftliche

Zusammenhänge wissen. So viel wussten Thomas und Katrin in ihrer Schulzeit nicht.

Lenas Schule ist amtierende Landesmeisterin im jährlichen Bildungsranking des Kultusministeriums. Seit Jahren schon dominieren Schulen aus Nordrhein-Westfalen auch die deutschlandweite Rangliste, und Lenas Schule hat gute Chancen auf den Bundessieg in diesem Jahr. Entsprechend anspruchsvoll ist der Lehrplan.

Der Zeiger der Küchenuhr springt auf acht, die kleine Multimedia-Anlage in der Ecke meldet sich. Katrin drückt die Fernbedienung – Zeit für die Nachrichten. Wie inzwischen mehr als 90 % aller Haushalte, verfügt auch Müllers Domizil außerhalb der Stadt längst über einen Glasfaseranschluss im Haus. Katrin schätzt die neue Breitbandtechnologie sehr. Weckt eine Radiomeldung ihr Interesse, kann sie zeitgleich alle Hintergrundmaterialien inklusive Videos in 3D zum Thema abrufen. Dank sprachgesteuerter Software funktioniert der Service auch auf einfachen Zuruf vom Frühstückstisch aus.

Heute lassen gleich zwei Nachrichten die 45-Jährige aufhorchen. Die erste stammt aus dem Bonner Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen: Endlich ist es gelungen, einen Wirkstoff zu entwickeln, der den Krankheitsverlauf von Alzheimer nicht nur aufhalten, sondern sogar umkehren kann. Die klinischen Tests sind abgeschlossen, das Medikament zugelassen, ein Pharmahersteller aus Leverkusen bringt es in Kürze auf den Markt. Für Katrins Vater und 1,5 Millionen Mitbetroffene in Deutschland wäre das die Rettung. Um fast 50 % ist die Zahl der Demenzkranken in Deutschland in

den vergangenen 25 Jahren angestiegen. Das neue Präparat, so hofft Katrin, könnte der Durchbruch im Kampf gegen diese Volkskrankheiten sein.

Spatenstich für den ersten Fusionsreaktor der Welt

Auch die zweite Nachricht an diesem Morgen vermeldet einen Coup: Im Braunkohlegebiet zwischen Köln und Aachen erfolgt der erste Spatenstich für den ersten kommerziellen Fusionsreaktor der Welt. Der sich abzeichnende Erfolg des Prototypen ITER im französischen Cadarache hatte die Energieindustrie und das Land überzeugt – man wagte den Bau und zog ihn in Rekordzeit durch. Das Demokraftwerk ist doppelt so groß wie sein Prototyp und soll bis zu 2 Gigawatt elektrische Leistung liefern, Land und Bund unterstützen das Projekt, die Technologie stammt aus der Bundesrepublik und sechs weiteren Ländern Europas. Bewährt sich der Reaktor, dürfte er schon bald zum Exportschlager erster Güte avancieren. Kann er doch große Mengen Energie aus Kernfusionsprozessen erzeugen. Als Treibstoff benötigt er nur einige Kilo Lithium und Wasser. Ein echtes Sonnenkraftwerk.

Die ausländischen Delegationen jedenfalls, so erfährt Katrin aus dem rasch abgerufenen Begleitfilm, stehen bereits Schlange. Ähnliches hatte man im Rheinischen Revier vor einigen Jahren schon einmal erlebt: Damals gingen dort die ersten CO₂-armen Braunkohlekraftwerke ans Netz. Lange wurde die Nutzung der heimischen Kohlevorkommen als klimaschädlich kritisiert. Seit 2020 wird das klimaschädliche CO₂ aber bei der Stromproduktion im Kraftwerk abgeschieden und nach Norddeutschland gebracht, wo es in

unterirdischen Speichern von der Atmosphäre ferngehalten wird. Mit den ersten Demoanlagen in Nordrhein-Westfalen konnte Deutschland damals Technologieführer für klimafreundliche Kohleverstromung werden. Da viele Länder der Welt auf den Energieträger Kohle setzen, hat sich die CO₂-Abscheidung und -Speicherung zu einem Exportschlager entwickelt. Das CO₂ wird aber nicht nur gelagert. Es dient auch als Nährstoff für Algen, die in großen Treibhäusern gezüchtet werden. Diese Algen sind vielseitig verwendbare Pflanzen. Lena ist überrascht, zu erfahren, dass auch ihre Hautcreme aus diesen Algen gemacht wurde. Aber auch Biotreibstoffe kann man aus den Algen gewinnen. Katrin überfliegt noch kurz die Animation zur Funktionsweise der Kernfusion, dann wird es Zeit, zur Arbeit zu fahren. Normalerweise bricht Katrin später auf als ihr Mann, aber heute wartet ein wichtiger Termin auf sie.

Arbeitsbeginn variiert je nach Bedarf – auch samstags und sonntags wird gearbeitet

Die Müllers arbeiten wie früher rund 40 Stunden, jedoch nur noch an vier Tagen in der Woche. Ihr Arbeitsbeginn variiert je nach Bedarf – auch samstags und sonntags wird manchmal gearbeitet. Anfänglich tat sich die Familie etwas schwer, ihre unterschiedlichen Rhythmen zu koordinieren, doch inzwischen hilft ein computergesteuertes „Familienprogramm“ bei der Organisation des Tagesablaufs. Überhaupt läuft alles entspannter ab: Der morgendliche Berufsverkehr hat sich entzerrt, Freizeitangebote lassen sich flexibler nutzen, die neue Einkaufsmaxime „NRW durchgehend geöffnet“ vermittelt das Lebensgefühl einer pulsierenden Metropole. Seither sehnt sich im Hause Müller

niemand mehr nach der starren Fünf-Tage-Woche zurück.

Elektroingenieur Thomas arbeitet in der boomenden Material-Branche. Sein Unternehmen, vor zehn Jahren erst gegründet, hat sich auf mitdenkende Metalle spezialisiert und beschäftigt heute mehr als 4.000 Menschen weltweit. Zu den Hauptkunden zählt die Automobilindustrie. Zahlreiche Komponenten der neuen Elektroautos sind bereits mit den intelligenten Metallen ausgestattet. Während des Booms, der auf die weltweite Rezession 2009/10 gefolgt war, war vor allem der Bedarf in China und Indien explosionsartig gestiegen.

Auch in Europa haben sich Elektroautos seit der Ölpreiskrise zum Verkaufrenner entwickelt. Gleich zwei solcher Wagen hat Thomas Müller in seiner Garage stehen, einen größeren mit Zusatzdieselaggregat für längere Fahrten und einen Cityhopper – rein elektrobasierend – mit einer Reichweite von 200 km. Angeschlossen an das neue Starkstromnetz bilden die Autobatterien im Standbetrieb überdies den Netzpuffer für die erneuerbaren Energien – ein echter Zusatznutzen. Denn Bioenergie, Wind- und Wasserkraft decken inzwischen 30 % des Energiebedarfs in NRW ab. Als Lena geboren wurde, waren es gerade mal 3 %. Wenn jetzt neben den CO₂-armen Kohle- und Gaskraftwerken auch noch mehr der neuen Fusionskraftwerke ans Netz gingen, überlegt Thomas, wäre die Stromversorgung des Landes für die nächsten Jahrzehnte gesichert. Zumal überall mit viel Innovation und Gehirnschmalz Energie eingespart wurde.

Zum weiter stetig wachsenden Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix tragen auch die in

Nordrhein-Westfalen etablierten Bioraffinerien bei, die aus Biomasse neben Energie auch innovative Vorprodukte mit hoher Wertschöpfung für die Chemie- und Pharmaindustrie produzieren. Dabei treten sie nicht in Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion, sondern setzen auf „unverdaubare“ Rohstoffe wie Zellulose oder Algen. Die Erzeugung von Biogas und die Einspeisung in das Erdgasnetz sind genauso selbstverständlich geworden wie die vielen kleinen Windräder auf den Dächern und die kleinen Blockheiz-Kraftwerke in den Kellern; mit deutlichen Auswirkungen auf die Kosten, denkt Herr Müller mit Blick auf seine letzte Energierechnung. Das neue Auto könnte man sich doch eigentlich leisten. Der 47-Jährige liebäugelt seit geraumer Zeit mit dem Nachfolgemodell seines E-Autos, denn dieses besitzt deutlich mehr Kilowatt. Doch seine Frau mag den alten Wagen, vor allem für längere Autobahnstrecken wie an diesem Freitag, an dem sie nach Dortmund fahren muss. Katrin arbeitet in der Logistikbranche und hat heute ein wichtiges Gespräch mit Wissenschaftlern der Universität, die eine neue Softwarelösung zur Vernetzung von Logistikströmen entwickelt haben. Mit ihr, so versprechen die Experten, ließen sich die Kosten um mehr als 10 % senken. Man wird sehen – einen Testlauf in einem Pilotprojekt wäre es allemal wert, denkt sich die Logistikerin.

Sie ist schon fast aus der Tür, als der kleine Monitor auf dem Schreibtisch blinkt. Hannah, die Älteste, meldet sich per Videokonferenz aus dem Teutoburger Wald. Die 22-Jährige ist Event-Managerin bei einem lokalen Reiseveranstalter und organisiert erstmals die jährliche Varusschlacht. Das Spektakel um den legendären

Sieg des Cheruskerfürsten Hermann zählt längst zu den touristischen Hauptattraktionen in Nordrhein-Westfalen und im angrenzenden Niedersachsen. 5.000 „römische Legionäre“ aus aller Welt reisen jeden Sommer an, um bei dem Spektakel mitzumachen. Sie alle wollen untergebracht, gepflegt, eingekleidet werden – ein Höllenjob für Hannah, besonders, wenn „die Römer“ am Wochenende auf „die Germanen“ treffen. Das nachgestellte Schlachtengetümmel, zur 2000-Jahr-Feier erstmals inszeniert, löste einen wahren Hermann-Boom aus und lockt seither Hunderttausende in das einst randständige Ostwestfalen. Katrin versteht die Nöte ihrer Tochter. Trotzdem – die Zeit drängt, sie muss jetzt wirklich los.

„Smarte“ Stromzähler passen sich dem Stromangebot an

Lena und Thomas räumen noch schnell das Geschirr in die Spülmaschine und drücken den Startknopf. Irgendwann im Laufe des Tages wird das Gerät anspringen – und zwar genau dann, wenn der Stromverbrauch ausgesprochen gering ist oder z. B. besonders viel Wind weht. Der neue „smarte“ Stromzähler macht es möglich, den Verbrauch viel besser dem Stromangebot anzupassen. Und da die Müllers genau sehen können, welches Gerät wie viel verbraucht, fällt auch die Entscheidung für energieeffiziente Hausgeräte viel leichter. Energieverschwendung gibt es im Haushalt Müller nicht mehr, aber das hatte Lena ja schon in ihrem letzten Schulprojekt festgestellt.

Zwar ist das Ruhrgebiet seit einigen Jahren nahezu staufrei und die berechneten Fahrzeiten aus dem Navigationsgerät treffen auf die Minute zu, doch genau das kann Katrin jetzt



René Obermann



Das Ruhrgebiet ist seit einigen Jahren nahezu staufrei – die berechneten Fahrzeiten treffen auf die Minute zu.

gerade gar nicht gebrauchen. Ankunftszeit 9.03 Uhr, verkündet der Computer gnadenlos, und ihr Meeting beginnt um neun. Es hilft nichts, Katrin muss sich der neuen Fahrsicherheit beugen. Während sie so – automatisch gelenkt – nach Dortmund fährt, schweifen ihre Gedanken noch einmal ab zu den Kindern. Um Hannah ist es Katrin nicht bang, sie wird ihren Weg machen. Und Lena stehen als Jüngster und Wissbegierigster ohnehin alle Türen offen. Schon als Dreikäsehoch sog sie die Physikexperimente im Kindergarten auf wie ein Schwamm, und die Schule hat ihr dank des breiten Fächerkanons auch schon solide Wirtschaftskennntnisse vermittelt. In zwei Jahren macht Lena Abitur. Sicher wird sie mal Wissenschaftlerin oder gründet sogar ihr eigenes Unternehmen.

Dann wandern ihre Gedanken zu Jan, dem Mittleren. Er hat einen etwas anderen Weg als seine Schwestern eingeschlagen. Jan ist im Bürgerbüro der Kölner Stadtverwaltung beschäftigt, arbeitet aber inzwischen an drei seiner vier Arbeitstage pro Woche von seinem häuslichen Telearbeitsplatz in der Eifel aus. Die vollständige Umstellung auf E-Government hat es möglich gemacht. Und so kann er sich am Ort neben seinem Job in zahlreichen Projekten ehrenamtlich engagieren. Gemeinnützige Dienste werden in Nordrhein-Westfalen seit Längerem großgeschrieben und öffentlich unterstützt. Zurzeit gibt Jan Seminare für Senioren, die ihr Wissen in Kitas und Kindergärten an die Jüngsten weitergeben wollen. Katrin bewundert diese

neue Solidarität. In ihrer Jugendzeit war es in der Gesellschaft noch wesentlich schlechter darum bestellt.

Als gewaltigen Fortschritt wertet die dreifache Mutter auch die neue Flexibilität, die es ihr und vielen anderen Frauen erlaubt hat, problemlos in den Beruf zurückzukehren. Nach Lenas Geburt konnte die Logistikexpertin nahtlos an ihre frühere Karriere anknüpfen. Ohne Zweifel profitierte sie dabei auch vom steigenden Bedarf an Fach- und Führungskräften in ihrer Branche. Doch ohne die breitflächig ausgebaute, hochwertige Kinderbetreuung wäre ihr das Durchstarten weitaus schwerer gefallen. Seit in Nordrhein-Westfalen Krippen, Kitas und frühkindliche Bildungseinrichtungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, gehört die „Kind oder Karriere“-Debatte früherer Tage endgültig der Vergangenheit an.

Viele Geschäfte in der Ruhr-Stadt haben rund um die Uhr geöffnet

Während ihr Wagen auf die rechte Spur wechselt, freut sich Katrin auf den Abend. Gegen halb acht will sie ihren Mann in Bochum treffen. Zum Einkaufen wird sie vorher wohl nicht mehr kommen, doch was soll's. Viele Geschäfte in der Ruhr-Stadt haben rund um die Uhr geöffnet, da bleibt anschließend noch Zeit genug. Erst einmal steht „La Traviata“ auf dem Programm. Ob der neue Star-Tenor aus China hält, was die Medien versprechen? Die Karten für das Festival-Highlight der diesjährigen Operntage hatte Thomas ihr zum Geburtstag geschenkt. Nicht gera-

de ein Schnäppchen – Katrin hat heimlich online die Preise abgerufen. Aber leisten können es sich die beiden Mittvierziger allemal. Ihr Nettoeinkommen ist über die Jahre stetig gestiegen. Wie viele andere Mittstandsfamilien der Region profitieren auch sie vom anhaltenden Wachstum des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen.

Kollegen sind an dem Unternehmen beteiligt, für das sie arbeiten

Seit einigen Jahren ist Thomas Müller mit eigenem Kapital an dem Unternehmen beteiligt, für das er arbeitet – so wie seine Kollegen auch. Bereut hat er die Entscheidung nicht: Das ehemalige Start-up arbeitet hoch erfolgreich und zählt inzwischen zu den Top-Zulieferern am Markt. Thomas ist die Beteiligung auch deshalb eingegangen, weil sie ihm und seinen Kollegen weitgehende Mitspracherechte ermöglicht. In vielen Unternehmen Nordrhein-Westfalens hat sich diese Art des Managements inzwischen durchgesetzt. Trotzdem haben die Müllers nicht alles in die Firma gesteckt, sondern noch zusätzlich für ihr Alter vorgesorgt. Einen Teil des Familienvermögens legte Katrin im steuerfreien Gründerfonds NRW an, einem völlig neuartigen Finanzprodukt mit spektakulären Renditen von jährlich über 10 % – rund 7 % real und die restlichen 3 % aus der Steuerbefreiung. Dass sie damals so rasch zugegriffen hat, erfüllt die 45-Jährige immer noch mit Stolz. Ihr Mann hätte länger gezögert. Da meldet sich ihr Auto: Katrin Müller muss das Steuer jetzt wieder selber übernehmen, die Ausfahrt ist nah und die Wissenschaftler warten sicher schon.

2. Wachstum als Wohlstandsvoraussetzung

Wir befinden uns im Jahr 2025. Das neue NRW ist Wirklichkeit geworden. In der Rezession 2009/10 hatte das Land die richtigen Weichen gestellt. Die Chancen wurden genutzt, die Wirtschaft wächst stabil um 3 % (BIP pro Kopf). Der Wohlstand in NRW mehrt sich auf breiter Basis. Ein neues Bild von NRW, seinen Regionen und seiner Wirtschaft hat sich etabliert.

Ein neuer Blick auf das Land: drei Regionen zu Spitzenstandorten ausgebaut

Drei Raumeinheiten mit jeweils kritischer Größe und klarem Profil prägen Nordrhein-Westfalen.

■ Rhein-Valley als Hightech-Cluster

In der Rhein-Region mit den Schwerpunkten Aachen, Köln und Düsseldorf hat sich ein Hightech-Cluster entwickelt. Nukleus sind die Technologiefelder Chemie/Pharma/Biotech sowie die Informations- und Kommunikationstechnologien.

■ Ruhr-Stadt als Zentrum der kreativen Ökonomie

Das Ruhrgebiet mit seinen 53 Städten ist organisatorisch und mental zu einer einzigen Ruhr-Metropole zusammengewachsen, mit ca. 5 Mio. Einwohnern nach London und Paris die drittgrößte Stadt in West-Europa. Prägend für ihre wirtschaftliche Struktur sind wissensintensive Spitzentechnologien, die sich aus der Nutzung des kreativen Potenzials in „traditionellen“ Feldern wie Energie oder Materialien/Werkstoffe entwickelt haben. 170 Nationalitäten stellen die Einwohner. Die Integration ist weitgehend gelungen, das kreative Potenzial genutzt. Über eine geschickte Aufgabenzuordnung ist es gelungen, die Größenvorteile (etwa im Nahverkehr) zu nutzen und gleichzeitig die kommunale Identität und bürgernahe Dienstleistungserbringung zu erhalten.

■ Speckgürtel als Erholungs- und Zuliefergebiet

Abseits der Ballungszentren bietet NRW Naturräume mit einem hohen Erholungs- und Freizeitwert. Hier lebt man gerne und gut, die Umwelt und die Lebenswelt haben hohe Qualität. Prägend für diese Region ist außerdem eine mittelständische Unternehmensstruktur, wobei viele dieser Unternehmen weltweit aktiv sind und zu den sogenannten „Hidden Champions“ zählen. Viele von ihnen sind Zulieferer für die Ruhr-Stadt und das Hightech-Cluster.

Zukunftsthemen mit vorhandenen Stärken besetzt

NRW hat bestehende wirtschaftliche Stärken weiter ausgebaut und in diesen Branchen und Technologiefeldern weltweite Spitzenpositionen erreicht.

■ **Globale Champions** in traditionellen Kernbranchen des Landes sind Leuchttürme der NRW-Wirtschaft mit internationaler Strahlkraft und starker Sogwirkung in der Region. Dazu gehören die folgenden Technologiefelder:

- **Energie:** Die Unternehmen sind weltweit führend bei Energieeffizienz in Stromerzeugung und Energienutzung. Neue Technologien wie klimaneutrale Erzeugung von Strom und Kraftstoffen oder Fusion werden weiter erforscht und pilotiert, innovative Speicherlösungen für elektrische Energie in Kombination mit regenerativen Energiequellen und intelligenten Netzen erprobt und eingeführt.
- **Werkstoffe/Materialien** (einschließlich Chemie, Stahl): Neue Werkstoffe und Materialien werden optimiert im Hinblick auf Ressourcenschonung. Damit einhergehend bieten sie höchste Produktsicherheit sowie minimalen Wartungsaufwand. Die Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Land entwickeln Substitute für von Ressourcenknappheit bedrohte Materialien und Produkte. Neue, intelligente Werkstoffe mit hoher Wertschöpfung und hohem Innovations- und Wettbewerbspotenzial werden in Nordrhein-Westfalen produziert.
- **Systemlösungen** (einschließlich CleanTech, Automatisierung): Innovative Systemlösungen erlauben eine ressourcenschonende Produktion und die Gewährleistung höherer Sicherheitsstandards.
- **Zentrale Lage und hohe Bevölkerungsdichte** im wirtschaftlichen Kernraum der EU, der sogenannten „Blauen Banane“, sind Standortvorteile für lokale Dienstleistungen. Die Stärken von Nordrhein-Westfalen liegen hier vor allem in den folgenden Bereichen:
 - **Logistik/Verkehr:** Neue Ideen tragen zu Ressourcenschonung und Stauvermeidung bei. Die vorhan-

denen Kompetenzen machen Nordrhein-Westfalen zu einem einzigartigen Logistikzentrum.

- **Telekommunikation:** Nordrhein-Westfalen bietet Unternehmen und Haushalten flächendeckend modernste Breitbandlösungen.
- **Medizin/Gesundheit:** Hier liegt der Forschungs- und Entwicklungsfokus auf den Themen alternde Bevölkerung (neurodegenerative Erkrankungen wie z. B. Alzheimer oder Parkinson) und Wohlstandskrankheiten (z. B. Diabetes).
- **Handel:** Innovative Konzepte und Technologien (z. B. RFID, Supermarkt der Zukunft) werden erprobt und genutzt. Neue Handelsformate tragen der Urbanisierung und dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung (Convenience, Rückkehr der kleinen, urbanen Läden).

■ **Kreative Ökonomie** wurde aus bestehenden Kernen weiterentwickelt: Qualifikation, Wissen und Kreativität beeinflussen in zunehmendem Maße die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Neben den oben beschriebenen Feldern, in denen kreatives Potenzial Innovationen hervorgebracht hat, haben weitere Bereiche die positive Entwicklung gefördert:

- **Medien:** Als Multiplikatoren tragen sie wesentlich zum Stimmungs- und Mentalitätswandel im Land bei. Daneben bilden sie die Plattform für wichtige Unternehmensdienstleistungen wie Werbung oder Kommunikation.
- **Unternehmensdienstleistungen:** Unternehmen, die Dienstleistungen für andere Unternehmen anbieten, profitieren von der prosperierenden Wirtschaft. Internationale Unternehmen aus Werbung und Marketing sowie Beratungen, die in Nordrhein-Westfalen ihren Sitz haben, tragen als Brückenköpfe der Internationalisierung zur weltweiten Vernetzung des Landes mit den Kreativzentren im Ausland bei.

Globale Trends als Rückenwind genutzt

Weltweit haben sich die bereits zur Jahrtausendwende absehbaren Trends im Wesentlichen bestätigt. In NRW wurden sie rechtzeitig erkannt und so aufgegriffen, dass sie die Entwicklung des Landes stimuliert haben.

■ **Aufstieg der Mega-Cities:** Die wirtschaftliche Aktivität konzentriert sich. Durch das Bevölkerungswachstum und Migration entstehen weltweit Mega-Cities. Sie sind die Zentren der ökonomischen Aktivitäten. Nicht ihre Größe allein ist von Bedeutung, sondern prosperierende Wirtschaftszweige sind entscheidend für ihre Entwicklung. Untereinander sind die Mega-Cities eng vernetzt. Die wichtigsten Hebel zum Erhalt ihrer Attraktivität sind eine starke wirtschaftliche Basis, eine gute Infrastrukturausstattung bezüglich Bildung, Gesundheitswesen und Verkehr sowie eine eigene Identität. NRW hat mit der Ruhr-Metropole als der größten Stadt Deutschlands seine Sichtbarkeit im internationalen Netzwerk deutlich erhöht.

■ **Übergang zur „Knowledge Economy“:** Das weltweit verfügbare Wissen wächst schneller als je zuvor. Wissen entsteht in Netzwerken. Der Zugang zu Netzwerken und Communities, in denen dieses Wissen zirkuliert, gewinnt an Bedeutung. Das erfordert Sprach- und Kulturkompetenz, Offenheit sowie Internationalität in allen Bereichen. Die Bevölkerung in NRW ist bereits seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts immer internationaler geworden und hatte durch die Präsenz vieler multinationaler Unternehmen und global vernetzter Institutionen vor allem im Forschungsbereich eine gute Ausgangsposition.

■ **Begrenzte Ressourcen bei steigender Nachfrage:** Der rasante Aufstieg von Schwellen- und Entwicklungsländern wie Indien oder China geht mit einem steigenden Ressourcenbedarf und zunehmender Umweltbelastung einher. Die Begrenztheit der fossilen Rohstoffe erhöht den Druck, innovative Lösungen zu finden; auch in NRW, das über Stein- und Braunkohle verfügt. Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind im Bereich Umwelt- und Energietechnologien auch und gerade für den Export von Kraftwerks- und Biotechnologie sehr gut aufgestellt.

■ **Boom in Biotech und Life Sciences:** Steigender Nahrungs- und Futtermittelbedarf durch wachsende Bevölkerung und zunehmenden Wohlstand in den Schwellenländern erfordert eine nachhaltige Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft (grüne Biotech). Der steigende Bedarf an und damit die Verknappung von Ressourcen erfordert neue, effiziente und umweltgerechte Verfahren zur Herstellung von Chemikalien, Materialien und Energie (weiße Biotech) aus nachwachsenden Rohstoffen. Alterung und damit verbundene höhere Gesundheitskosten erfordern neue Lösungen in der Medizin, z. B. in der Prävention (rote Biotech). In vielen Bereichen waren Forschungseinrich-

Prof. Dr. Jürgen Kluge (oben), Marita Reuter (links), Cornelia Quennet-Thielen (rechts)



tungen und Unternehmen aus NRW schon früh präsent und konnten ihre Position ausbauen. NRW hat schon früh die Entwicklung einer bio-basierten Wirtschaft als zukunftsweisend erkannt und vorangetrieben.

■ Neues soziales Leben in einer technisierten Welt:

Die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien geht mit gravierenden Veränderungen im Kommunikationsverhalten einher. Deutlich wurde dies in der Zunahme des E-Mail-Verkehrs oder in der Ausbreitung virtueller Netzwerke wie LinkedIn oder MySpace. Dadurch verändern sich auch Art und Reichweite der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Darüber hinaus verändert sich das Konsumverhalten: Verbraucher informieren sich und tauschen ihre Erfahrungen aus. Zunehmend nutzen Unternehmen die Erfahrungen ihrer Kunden und integrieren sie in Produktinnovationsprozesse. Gleichzeitig steigt der Anteil online gehandelter Produkte. In den urbanen Zentren der kreativen Ökonomie werden die neuen Möglichkeiten erfunden und von den Anwendern der Avantgarde zuerst genutzt. NRW hat diesen Trend frühzeitig aufgegriffen und zu seinem Vorteil eingesetzt.

■ Soziales Gefälle, Bevölkerungsalterung und die Grenzen des Wohlfahrtsstaats: Die Vernetzung

ökonomischer Aktivitäten weltweit führt zu Wohlfahrtsgewinnen. Während in Ländern wie China und Indien viele Menschen profitieren, steigen die Disparitäten in den sich entwickelnden Ländern an. Auch in den Industrienationen gibt es Globalisierungsgewinner und -verlierer. Während exportstarke Branchen profitieren, sind insbesondere gering qualifizierte Arbeitskräfte einer großen Konkurrenz ausgesetzt. Aus staatlicher Sicht schwinden die Möglichkeiten, durch regulatorische Maßnahmen gegenzusteuern. Gleichzeitig führt das Altern der Gesellschaft zu steigenden Ausgaben für Renten und Gesundheitsleistungen. Um eine Überlastung des öffentlichen Sektors zu vermeiden, muss der Staat mit Investitionen reagieren, die Menschen zur Teilhabe am (ökonomischen) Leben befähigen, und so Wohlstandsgewinn ermöglichen. In NRW bestand durch die überdurchschnittlich fortgeschrittene Alterung im Ruhrgebiet und die prekäre Situation des Landeshaushalts bereits früh Handlungsbedarf. Das brachte NRW einige Jahre Erfahrungsvorsprung bei der Lösung solcher Probleme. Die Einbeziehung des privaten Sektors und ehrenamtlicher Instrumente erwies sich dabei als der richtige Weg: Die 3 %-BIP-Wachstum aus starken Kernen und neuen Geschäften waren notwendig, um einen Wohl-

Warum nicht: Ausbau der sozialen Arbeit?

Worum geht es?

Um die Ausweitung der sozialen Arbeit bzw. Sozialdienste durch die Bürger und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements generell.

Was spricht dafür?

- Stärkung der Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwesen
- Entlastung der Sozialtats
- Breitere gesellschaftliche Teilhabe
- Mentalitätswandel von unten wird gefördert

Was spricht dagegen?

- Keine gesetzliche Basis für verpflichtende Sozialarbeit

- Fiskalische Kosten, wenn monetäre Anreize (z. B. Steuererleichterungen) gegeben werden
- Eventuell Konkurrenz mit privatwirtschaftlichem Sektor

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Tauschringe in vielen Städten
- Schweiz: „Life-Cycle-Modell“ für Dienstpflicht
- Baden-Württemberg hat die Förderung des ehrenamtlichen Engagements als Netzwerk institutionalisiert. Neben einer Stabsstelle, die im Sozialministerium angesiedelt ist, besteht das Landesnetzwerk aus Städten, Landkreisen und Kommu-

nen. Im Rahmen des Landesnetzwerks findet Informationsaustausch statt, Fortbildungen werden organisiert und Konzepte zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements gefördert.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Landesweite Netzwerke knüpfen, Best-Practice-Lösungen vermarkten
- Pilotprojekte initiieren
- Netzwerkstruktur wie in Baden-Württemberg aufbauen

standsverlust für breite Schichten zu vermeiden. Darüber hinaus wurden über gut organisiertes ehrenamtliches Engagement in der Bevölkerung viele schlummernde Potenziale für sinnvolle Tätigkeiten in nicht monetären Bereichen gehoben.

Warum musste NRW diesen Weg gehen?

Was wäre passiert, wenn Nordrhein-Westfalen sich nicht dem Wandel unterzogen, sondern den Ist-Zustand durch „Weitermachen“ fortgeschrieben hätte? Dann wäre ein deutlicher Wohlstandsverlust aufgetreten.

■ Geringes Wachstum und die Folgen

Gefühlte Wohlstandsverluste für breite Teile der Bevölkerung waren schon lange an der Tagesordnung, weil andere Bundesländer und viele europäische und außereuropäische Regionen schneller wuchsen als Nordrhein-Westfalen. Dort war man in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, sodass trotz höherer Preise in den Boom-Regionen mehr Wohlstand blieb für den Konsum und private Investitionen. Etwa bis 2010 wurde durch höhere Erwerbsbeteiligung (insbesondere von Frauen) die individuelle Arbeitszeitverkürzung kompensiert, das Wirtschaftswachstum entsprach etwa dem Produktivitätswachstum. Die Beschäftigungszahl konnte ungefähr gehalten werden. Als dann jedoch das Arbeitskräftepotenzial demografiebedingt schrumpfte, drohte Nullwachstum oder sogar BIP-Schrumpfung.

■ Demografiedruck auf die Sozialsysteme

Die demografische Alterung traf Nordrhein-Westfalen besonders, weil sie in der bevölkerungsreichen Ruhr-Metropole schon weit fortgeschritten war. Mehr und mehr zeigte sich, dass die bestehenden Sozialsysteme Probleme mit der Nachhaltigkeit hatten. Die Rentenversicherung wurde durch immer längere Rentenbezugsdauern belastet, die Krankenversicherung durch die zunehmende Verbreitung „teurer“ Krankheiten wie Demenz oder Diabetes. Ein höheres Produktivitätswachstum war nötig, um die Finanzierungslücken zu schließen. Dadurch wiederum wurden viele gering Qualifizierte aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen und waren auf Transferleistungen angewiesen – ein Teufelskreis.

■ Steigende soziale Kosten als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Mangelnde Integration, Arbeitslosigkeit und Krankheiten führten zu – grundsätzlich vermeidbaren – sozialen Kosten. Sobald die dadurch entstehenden Belas-

tungen für die Leistungsträger zu groß wurden, drohte Nordrhein-Westfalen eine Abwärtsspirale mit Gefährdung des sozialen Zusammenhalts.

Wie hat man den Sprung in die Zukunft mit Wohlstand für breite Bevölkerungskreise geschafft?

■ Breiter Konsens in der Bevölkerung

– Tief greifende Veränderungen werden dann mitgetragen, wenn sie nicht aufgezwungen, sondern verstanden und mitgestaltet werden. Die Bevölkerung hat begriffen, dass Bildung und Innovation die Schlüssel zum Erfolg sind, und sie handelt entsprechend. So wurde z. B. das Verständnis für und die Neugier auf neue Technologien durch Kindergärten, Schulen und Medien gefördert.

– Auch die Unternehmen haben mehr Verantwortung übernommen. Neue Modelle, die alle Stakeholder einbeziehen, Beteiligungen am Kapital und Know-how sowie Corporate Social Responsibility wurden realisiert und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie hergestellt. Die Unternehmen wirtschafteten ressourcenschonender und insgesamt nachhaltiger, haben also eine Balance zwischen langfristigem Erfolg und kurzfristiger (Gewinn-) Optimierung gefunden. Davon profitierten breite Bevölkerungsteile, was den positiven Stimmungswandel begünstigt hat.

– Eine breite und interaktive Kommunikations-offensive stützte den Prozess der Konsensbildung und informierte die Bevölkerung über Ziele und Erfolge.

■ Anstrengungen der globalen Champions und Clusterbildung

Insbesondere die großen Unternehmen Nordrhein-Westfalens haben interne und externe Ressourcen genutzt und damit zukunftsweisende Produkte und Lösungen generiert. In der Zusammenarbeit mit Zulieferern, Dienstleistern und Forschungseinrichtungen konnten sich so schlagkräftige Clusterstrukturen herausbilden.

■ Unterstützung durch Politik und Verwaltung

Der Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte hatte gezeigt, dass in Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich innovationsbereites Klima herrscht. Nordrhein-Westfa-

len ist und bleibt ein Industrieland. Doch die Überzeugung, dass es im Interesse aller liegt, industrielle Großprojekte anzustoßen, musste in der Bevölkerung immer wieder neu geschaffen werden. In einer Public Private Partnership wurde eine AG „Industrielle Großprojekte in NRW“ gegründet, die Vorbereitung, Realisierung und Unterstützung ausgewählter Vorhaben begleitete. Mit straffem Projektmanagement und beschleunigten administrativen Prozessen wurde das Vertrauen der Bürger in die Sinnhaftigkeit der Unternehmungen dauerhaft gewonnen.

■ **Gründerdynamik in Mittelstand und Handwerk**

Mittelständische Unternehmen haben vom Aufschwung der großen Unternehmen profitiert und ihn zugleich mit ermöglicht. Parallel bauten sie ihre eigenen Stärken aus. Neue Produkt- und Geschäftsideen mündeten verstärkt in Unternehmensgründungen, weil sich das Umfeld für Gründer regulatorisch und atmosphärisch weiter verbesserte.

■ **Organisatorische Anpassungen in der öffentlichen Verwaltung**

– Begleitend vollzogen sich organisatorische Veränderungen und Anpassungen in der öffentlichen Verwaltung. Restrukturierungen, um kritische Masse zu schaffen, stadt- und kreisübergreifende Planungen, gemeinsame Imagewerbung, Wirtschaftsförderung und Verkehrsplanung sind selbstverständlich geworden und haben z. B. die endgültige Verschmelzung der Ruhr-Metropole erst ermöglicht.

- Eine klare Aufgabendefinition und -zuordnung fördert beides: die Nutzung der Vorteile möglichst bürgernaher, kommunaler Selbstverwaltung und die Nutzung von Größenvorteilen und Skaleneffekten, wie z. B. in der Infrastruktur und beim Nahverkehr.
- Viele verkrustete Strukturen wurden aufgebrochen. In der öffentlichen Verwaltung wurden verstärkt technische Neuerungen eingeführt und genutzt. E-Government-Lösungen erleichtern den Behördenkontakt. Durch die Standardisierung von Prozessen wurden Durchlaufzeiten und Fehlerquoten drastisch reduziert und Bürger wie Wirtschaftstreibende von bürokratischem Aufwand entlastet.

■ **Verbesserte Anreizsysteme**

Anreizsysteme wurden so gesetzt, dass sie nachhaltige Entwicklungen in allen Bereichen fördern. Das gilt vor allem für das vereinfachte Steuersystem und kürzere Bearbeitungszeiten sowie für Public Private Partnerships.

Ausklang: Der Wille zur Innovation war die Grundvoraussetzung

Ohne den Mut und Willen zur Erneuerung in der breiten Bevölkerung wären die Errungenschaften nicht möglich gewesen. Die Landesregierung hatte sich gemeinsam mit führenden Vertretern aus allen Teilen der Gesellschaft an die Spitze dieser Entwicklung gesetzt und damit den Wandel eingeleitet.

Warum nicht: Steuerfreier Gründerfonds?

Worum geht es?

Das Land legt einen Gründerfonds auf, an dem jeder Anteile halten kann. Der Fonds fungiert wie eine Venture-Capital-Gesellschaft bei der Start-up-Finanzierung für innovative Unternehmensgründungen. Der Kauf der Anteile kann dabei aus unbesteuerter Einkommen erfolgen.

Was spricht dafür?

- Erhöhung der Gründungsdynamik
- Höhere Anreize für Investitionen im Inland

Was spricht dagegen?

Verzerrende Wirkung der Steuer-subsidien

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Steuerermäßigungen für Business Angels in der Schweiz
- Temporäre und limitierte Steuerbefreiung für Start-up-Unternehmen in Singapur

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Bundesratsinitiative starten (Einkommensteuerrecht ist Bundesrecht)

Warum nicht: Papierlose öffentliche Verwaltung (E-Government)?

Worum geht es?

Der Aufbau elektronischer Behördenleistungen wird in NRW seit mehreren Jahren vorangetrieben. Neben dem Ausbau modernster IT-Infrastrukturen gilt es, das Angebot an Online-Diensten weiterzuentwickeln, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und zu optimieren.

Was spricht dafür?

- Nutzung von E-Government senkt die Kosten und beschleunigt die Abläufe innerhalb der Verwaltung, wenn Verfahren automatisiert und papierlos vollzogen werden
- Digitalisierung von Meldepflichten führt zu Einsparungen bei Unternehmen
- Bürgerinnen und Bürgern werden Behördengänge erspart oder erleichtert

Was spricht dagegen?

- Resistenzen innerhalb der Verwaltung, sich auf Neuerungen einzulassen
- Bestimmten Bevölkerungsgruppen, z. B. Älteren, fällt die Nutzung von Computern schwerer als anderen
- Hohe Infrastrukturkosten

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Vielfältige Projekte in NRW sind umgesetzt oder befinden sich in der Pilotphase im Rahmen des E-Government-Aktionsplans 2009
- Die internationale Vorreiterrolle hat Österreich. Das Portal HELP.gv.at ist

die erste Anlaufstelle für Fragen zum elektronischen Behördenzugang. Insbesondere die Einführung der elektronischen Signatur und der Bürgerkarte als Träger der Signatur hat zu einer Verbreitung von E-Government-Lösungen geführt: Bürger können ihre Steuerveranlagung übermitteln, polizeiliche Führungszeugnisse anfordern und vieles mehr. Als Unternehmerkarte eingesetzt, können Umsatzsteuer-, Einkommensteuer- und Körperschaftsteuererklärung online abgegeben werden. Aufseiten der Behörden erleichtert und beschleunigt die digitale Amtssignatur den Austausch von Dokumenten

- Würzburg verfolgt eine konsequente Umstellung der Verwaltung. So werden im Bereich des Bürgerbüros Abläufe von einer funktions- zu einer fallweisen Orientierung gewandelt. Im Fall eines Zuzugs muss ein Neubürger nur einmal mit der Verwaltung in Kontakt treten, um seinen Meldepflichten nachzukommen und beispielsweise gleichzeitig sein Kraftfahrzeug anzumelden

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Den Aktionsplan fortführen; im Anschluss daran erfolgreiche Pilotprojekte landesweit bzw. behördenweit durchführen
- Entsprechend den Portalen HELP.gv.at und dem Bürgerbüro Würzburg ist der Aufbau eines NRW-weiten Portals mit Informationen zu vielfältigen

Themen voranzutreiben. Dieses Portal sollte mit vorhandenen E-Government-Lösungen direkt verlinkt sein, Formulare und Broschüren zum Download bereitstellen und bei Abläufen, die nicht/nicht online möglich sind, die zuständige Behörde und die für den Behördengang notwendigen Unterlagen benennen. Einfachheit und Übersichtlichkeit sind die wichtigsten Bewertungskriterien für ein solches Portal

- Derzeit wird diskutiert, die elektronische Signatur auf freiwilliger Basis mit dem elektronischen Pass zu verbinden. Allerdings entstehen dabei Kosten, die der Bürger tragen soll. Um E-Government-Angeboten, die mit der elektronischen Signatur durchgeführt werden können, zum Durchbruch zu verhelfen, sollte NRW die Kosten für die Bürger übernehmen
- Damit die Angebote von allen Bevölkerungsschichten und Unternehmen genutzt werden können, sind Informationskampagnen von großer Bedeutung. Als Teil der informationstechnischen Grundausbildung an Schulen ist die Anwendung von E-Government-Angeboten in den Lehrplan aufzunehmen. Zielgruppenspezifisch sollten weitere entsprechende Bildungsangebote konzipiert werden



Cornelia Quennet-Thielen (vorne), Dr. Ekkehard Schulz (links), Friedrich Merz (rechts)



Warum nicht: Nordrhein-Westfalen durchgehend geöffnet?

Worum geht es?

Um die Auflösung bisheriger Arbeitszeitmodelle von i. d. R. fünf Tagen (Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr mit einer Stunde Mittagspause) hin zu flexibleren Arrangements. Eine Vier-Tage-Woche mit einer Arbeitszeit von zehn Stunden pro Tag wird zum Normalfall. Damit einhergehend wird die Arbeitszeit auf Samstag und Sonntag ausgeweitet.

Was spricht dafür?

- Steigende Produktivität

Makroebene: Staus verringern sich, da es keine allgemeinen Stoßzeiten mehr gibt. Dadurch sinkt auch der CO₂-Ausstoß

Mikroebene: geringere Investitionen durch längere Maschinenlaufzeiten, bessere Nutzung der Infrastruktur

- Flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen es vielen Arbeitnehmern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren

Was spricht dagegen?

- Gesetzliche Regelungen
- Widerstand verschiedener Gruppen, insbesondere seitens Gewerkschaften und Kirchen

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Der Tarifvertrag für die österreichische Maschinen- und Metallwarenindustrie sieht die Möglichkeit einer

Vier-Tage-Woche mit einer zuschlagsfreien Arbeitszeit von bis zu zehn Stunden vor. Auf Betriebsebene existieren viele flexible Modelle

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Bundesratsinitiative starten
- Fahrpreise im ÖPNV nach Auslastung staffeln
- Maut nach Auslastung der Autobahnen staffeln (bundesweite Regelung) oder spezielles Road Pricing einführen (Beispiel Singapur)

3. Innovation als Treiber des Wachstums

Konzentration auf Kernbereiche und bessere Vernetzung brachte den Durchbruch

NRW ist zum echten Innovationsstandort geworden. Bessere Förderung sowie eine engere Zusammenarbeit innerhalb der Wissenschaft und mit der Industrie haben die Innovationsfähigkeit gesteigert. Der Technologie- und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurde gestärkt, nachhaltige Strukturen haben sich entwickelt. Die dichte Hochschul- und Forschungslandschaft bildete eine gute Basis, doch Spezialisierung, Fokussierung und kritische Größenordnungen waren letztlich entscheidend für den Aufbau internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

- **Mehr Forschung und Entwicklung in Kernfeldern** NRW hat sich auf das 3 %-Ziel für Forschung und Entwicklung (als Prozentsatz des BIP) verpflichtet, alle privaten F&E-Aufwendungen in den Kernfeldern verdoppelt und so den angestrebten Prozentsatz sogar deut-

lich überschritten. Die Abkehr vom Gießkannenprinzip in der öffentlichen Förderung hat sich ausgezahlt.

■ Bessere Vernetzung zwischen Forschungsinstitutionen

Wichtige Voraussetzung für die Einleitung der Innovation war eine gute Vernetzung der Akteure, die dem modernen Verständnis von interaktiven Innovationsprozessen entsprach.

- **Forschung:** Der Aufbau von Kompetenzzentren zur Bündelung von Forschung ermöglichte es den Wissenschaftlern, sich weltweit führend zu positionieren. Die verbesserte Wissenszirkulation ließ neue Ideen und Lösungswege entstehen.
- **Wissenschaft und Wirtschaft:** Der Austausch über die Studien der Forschungseinrichtungen einerseits und über die Problemstellungen der Unternehmen andererseits wurde gefördert, jegliches „Elfenbeinturm“-Denken endgültig aufgegeben. In Public

Warum nicht: Starke Cluster für Nordrhein-Westfalen?

Worum geht es?

Differenzierte Clusterlogik angepasst an unterschiedliche Regionentypen:

- 1) Ballungsräume/Metropolen mit überregionaler Agglomerationslogik;
- 2) Industriegeführte Innovationscluster Wirtschaft – Wissenschaft;
- 3) Cluster um globale Mega-Unternehmen

Was spricht dafür?

- Bündelung und Vernetzung von Kompetenzen
- Verbesserte Vermarktungsfähigkeit (Alleinstellungsmerkmale)

- Berücksichtigt die Multipolarität

Was spricht dagegen?

- Risiko von Monostrukturen
- Wissensanmaßung über zukunftsfähige Technologien und Branchen

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Silicon Valley und zahlreiche weitere internationale Vorbilder; Bayern, Wolfsburg, Dortmund, Dresden

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Bestehende Cluster (über 20 registrierte Kompetenznetze in NRW:

kompetenznetze.de) weiterentwickeln und stärken, Mittel auf Erfolg versprechende Cluster fokussieren

- Regionalwettbewerb fortsetzen, um beste Konzepte im Land zu fördern; internationale Vernetzung der Cluster anstreben
- Rhein-Ruhr-Gebiet zum Ballungsraum mit Agglomerationslogik entwickeln

Private Partnerships wurden gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte begonnen, die den direkten Transfer von Ergebnissen der Grundlagenforschung in die Anwendung ermöglichten.

- **Internationale Kooperationen:** Zur Stärkung des Standorts NRW als Wachstumsregion wurde der Ausbau der Kompetenzfelder durch die Schaffung regionaler Cluster unterstützt. Die geografische Lage und die vorhandene Infrastruktur erlaubten zudem eine intensivere Kooperation mit den Beneluxstaaten in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur. Nordrhein-Westfalen hat sich erfolgreich bemüht, weltweit die besten Talente anzuziehen.

Haupt Hindernisse Personalmangel und Qualifikationsdefizite wurden beseitigt

Eines der Haupt Hindernisse war das knappe Humankapital: Facharbeiter, Forscher, Führungskräfte, Lehrer und Handwerker, die ihr kreatives Potenzial einbringen. NRW hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dieses Hindernis zu beseitigen.

- Die größte Reichweite und damit auch Strahlkraft hatte die Verbesserung der schulischen, universitären und beruflichen Bildung im Land (siehe folgendes Kapitel).

- Da Verbesserungen im Bildungssystem nur mit langer Vorlaufzeit greifen, wurden darüber hinaus schneller wirksame Veränderungen eingeleitet:

- Innerdeutsche Mobilität und Zuzug von Fachkräften aus anderen Bundesländern nahmen zu. Als zunehmend attraktiver Lebens- und Arbeitsstandort profitierte NRW davon in einem ähnlichen Maße wie Jahre zuvor bereits Bayern und Baden-Württemberg.
- Die Offenheit für ausländische Fachkräfte nahm zu, seit deren Zuzug durch bundesweit geltende gesetzliche Änderungen erleichtert wurde. NRW hat dieses Potenzial überproportional genutzt.

Wie ist man dahin gekommen?

Die wichtigsten Schritte zu mehr Innovationen waren:

■ Spitzenforschung

Forschung ist ressourcenintensiv und erfordert vielfältiges Wissen auf dem neuesten Stand. Nur durch Bündelung und Spezialisierung gelang es, eine kritische Größe von Instituten und Hochschulen zu erreichen, die diesen Faktoren Rechnung trägt. Durch eine exzellente Nachwuchsförderung konnte die Spitzenforschung dauerhaft international wettbewerbsfähig bleiben.

Isabel Pfeiffer-Poensgen (oben), Hubertus Schmoldt (links), Dr. Jürgen Großmann (rechts)



Warum nicht: NRW-Initiative „Erfahrung nutzen“?

Worum geht es?

Erfahrene Fachkräfte im Ruhestand (z. B. Ingenieure) stellen ehrenamtlich ihr Wissen in Schulklassen, Projekten und als Paten für Nachwuchsfachkräfte zur Verfügung. NRW vermittelt die Fachkräfte an Schulen, Kommunen, Institutionen usw., die für die empfangene Leistung in einen Fonds einzahlen, der das System finanziert.

Was spricht dafür?

- Integration älterer Menschen in die Gesellschaft
- Initiativen gegen Fachkräftemangel
- Erfahrungsaustausch zwischen Jung und Alt

Was spricht dagegen?

Anschubfinanzierung erforderlich

Wer hat es bereits ausprobiert?

Verschiedene Projekte auf Unternehmensebene, „Senior Expert Service“

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Projektorganisation aufbauen

■ Technologietransfer

Der Transfer von Technologie und Wissen kann nur dann erfolgen, wenn die Akteure des jeweiligen Fachgebiets bzw. der jeweiligen Branche sich kennen, es vielfältige Austauschmöglichkeiten gibt und eine räumliche Nähe gegeben ist. Starke Impulse für eine Annäherung von Wissenschaft und Wirtschaft in nachhaltigen Strukturen gingen von der Politik aus. Eine neue, wechselseitige Offenheit wurde zum Standard. Daneben hat sich die zusätzliche Finanzierung von Forschungseinrichtungen und Lehrstühlen durch Public Private Partnerships ausgezahlt.

■ Organisationsstrukturen

Die aufgezeigten Lösungswege erforderten veränderte Organisationsstrukturen. Neue Möglichkeiten der Kooperation zwischen Wirtschaft und Forschung, an Universitäten und Forschungseinrichtungen waren gefordert. Die damals neu geschaffene Möglichkeit für Universitäten, Mittel des Globalbudgets zur besseren Dotierung von Professorengehältern zu nutzen, war ein erster wichtiger Schritt hin zu mehr Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen.

■ Reform des Bildungssystems

Mit der deutlichen Verbesserung der Effektivität und Effizienz des Bildungssystems wurden vor allem zwei Ziele erreicht: Jeder wurde bei der Entfaltung seiner Fähigkeiten gefördert, was zu besseren individuellen Leistungen und zu einer Verschiebung der gesamten Leistungsverteilung zum Positiven führte. Vor allem Begabte – seit jeher Treiber für moderne Gesellschaften – wurden ermutigt, das Beste aus ihren Fähigkeiten zu

machen. Getreu dem Motto „NRW kann es sich nicht leisten, auch nur ein Talent zu vergeuden“ wurde niemand zurückgelassen. In sozial schwachen Gegenden wurden die Bildungsanstrengungen mehr als verdoppelt.

■ Fokusthemen und Branchen

NRW hat sich auf seine Stärken konzentriert und diese offensiv nach innen und außen vermarktet, um sein Profil zu schärfen. Um diese Stärken greifbar zu machen, wurden konkrete Projekte initiiert, die die international führende Position des Landes sichtbar werden ließen.

– **Energie:** NRW hat seine Stellung als Energieland Nummer 1 gefestigt. Das Land ist international führend in der Kompetenz für Energietechnologien auf allen Wertschöpfungsstufen und Energiemärkten. Flaggschiffe sind die CO₂-arme Kohleverstromung und der weltweit erste Prototyp eines Fusionskraftwerks für eine nachhaltige, CO₂-freie Elektrizitätserzeugung mit vergleichsweise geringen Entsorgungsanforderungen, der traditionelle Kernkraftwerke sukzessive ersetzen kann. Zwar wurde auch schon 2008 die Kernspaltung in NRW nicht zur Energiegewinnung genutzt. Jedoch war NRW auf die Energiegewinnung aus Kernkraft in anderen Bundesländern angewiesen. Verlängerte Laufzeiten an diesen Standorten haben es ermöglicht, die Energieversorgung in Deutschland kostengünstig zu sichern und in der Zwischenzeit die Forschung für neue Energien voranzutreiben und so dauerhaft CO₂-Emissionen zu vermeiden. Drei Zielrichtungen wurden verfolgt: erstens die Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz bei der Nutzung, zweitens die

Warum nicht: Kernkraft als umweltschonende Energiequelle?

Worum geht es?

In Deutschland wird der Bau neuer Kernkraftwerke wieder zugelassen. In Nordrhein-Westfalen wird ein neues Kernkraftwerk gebaut.

Was spricht dafür?

- Kernkraftwerke der neuesten Generation sind bei einem Sicherheitsniveau, das höchsten nationalen und internationalen Anforderungen entspricht, noch ressourcenschonender und wirtschaftlicher betreibbar als die derzeitigen Anlagen
- Sie sind über den gesamten Lebenszyklus im Betrieb quasi CO₂-frei und liefern den preislich günstigsten Strom in der Grundlast
- Die Uranversorgung ist langfristig gesichert, die Lieferländer weisen stabile politische Strukturen auf, die Uran-Preise sind wenig volatil, die spezifischen Brennstoffkosten je erzeugter Kilowattstunde betragen nur wenige Prozent
- Noch hat Deutschland die Technologiekompetenz bei Herstellern, Zulieferern, Betreibern, Behörden und Gutachtern sowie im Forschungsumfeld; die Aufhebung des Neubauverbots würde einen Innovationsschub in all diesen Bereichen (speziell auch in der Frage der Endlagerung) bringen.

Was spricht dagegen?

- Der verhandelte „Atom-Konsens“ mit Ausstieg müsste neu verhandelt werden
- Hohe Investitionskosten erfordern Amortisationszeiten von etwa zwei Jahrzehnten und damit langfristige Planungssicherheit für Investoren
- Politische Veränderungen im Takt

der Legislaturperioden auf Bundes- und Länderebene gefährden diese Planungssicherheit. Die öffentliche Akzeptanz in Deutschland ist veränderlich und derzeit jedenfalls nicht stabil pro Kernenergie

- Komplexe und langwierige Genehmigungsverfahren sowie ausge dehnte rechtliche Interventionsmöglichkeiten durch Dritte gefährden im Status quo den Genehmigungsprozess eines Neubaus
- Die Endlagerfrage ist derzeit in Deutschland nicht zufriedenstellend gelöst

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Frankreich, wo Kernenergie nie infrage stand
- Finnland hat mit der Neubauscheidung zu Olkiluoto 3 den oben skizzierten ganzheitlichen Weg beschritten. Es herrscht ein stabiles Umfeld pro Kernenergie, und die Endlagerfrage ist gelöst
- Großbritannien ist auf dem Weg, für Investoren ein politisches und regulatorisches Umfeld mit hoher Planungssicherheit zu etablieren
- Auch die Schweiz und Schweden bereiten sich auf den politischen, rechtlichen und öffentlichen Prozess zur Ermöglichung von Neubauten vor

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Im Vorfeld müsste die Endlagerfrage überzeugend gelöst sein. Standorte, deren wissenschaftlich nachgewiesene Eignung, Genehmigungsfähigkeit und Umfeldakzeptanz nachgewiesen sind, müssten vorhanden sein
- Auf legislativer/regulatorischer Ebene: deutliche Straffung, Verein fachung und Zentralisierung von

Genehmigungsverfahren, damit frühe Rechtssicherheit für einen Reaktortyp und mögliche Standorte quasi zu Baubeginn gegeben wären

- Auf politischer Ebene: Eine objektive, ideologiebereinigte Diskussion zu Vor- und Nachteilen von Stromerzeugungsformen unter Einschluss der Kernenergie müsste mittelfristig einen dauerhaften Akzeptanzschub pro Kernenergie erzielen. Eine parlamentarische Entscheidung für einen Neubau wie in Finnland wäre ein stabiles und nachhaltiges politisches Votum und Einstiegssignal
- Gerade weil/obwohl „Kohleland“: Förderung einer ideologiebereinigten Diskussion zur nutzenentfaltenden Rolle der Kernenergie im Mix als Beitrag zur Akzeptanzsteigerung
- Förderung des Lehrangebots für Nachwuchs in der Kerntechnik im universitären Umfeld. Junior-Professuren und Promotionsprogramme sowie weitere Angebote für Naturwissenschaftler sollten gemeinsam mit der Wirtschaft aufgebaut werden. Beitrag eines Energieversorgers als Beispiel: drei Kerntechnik-Professuren an der RWTH Aachen
- Förderung von Kernenergieunternehmen in der Forschung, insbesondere im Forschungszentrum Jülich; Unterstützung eines internationalen Engagements der Forscher, insbesondere auf EU-Ebene

Warum nicht: Forschung zur Kernfusion und Fusionskraftwerk?

Worum geht es?

Die Stromerzeugung soll CO₂-neutral erfolgen, also ohne dass bei der Verbrennung fossiler Energieträger CO₂ freigesetzt wird. Da NRW aufgrund klimatischer und geografischer Gegebenheiten nicht für die Nutzung von Wind, Wasser oder Solarenergie prädestiniert ist, könnte es langfristig auf Fusionsreaktoren setzen und die erste kommerziell nutzbare Anlage anstreben.

Was spricht dafür?

- Die Kernfusion kann wie keine andere derzeit bekannte Energiequelle zu einer langfristigen und akzeptablen Lösung der Frage der Energieversorgung beitragen
- Die Abhängigkeit von Energielieferländern könnte reduziert werden
- Die Ressourcen für die Kernfusion, Deuterium und Lithium, sind in Wasser und Gestein weltweit praktisch unbegrenzt verfügbar (derzeit kritische Ressource ist Helium, das in großem Maßstab für die Kühlung der

supraleitenden Magnete verwendet werden soll)

- Negative Auswirkungen auf die Umwelt sind nach heutigem Wissensstand vergleichsweise gering
- Basis Energiewirtschaft und -forschung: Die wissenschaftlichen Anstrengungen in Deutschland sind vielversprechend, und Know-how ist vorhanden
- Exportmöglichkeiten der Technologie
- „First-Mover Advantage“ (die Zukunftstechnologie)
- Erste Kostenschätzungen vergleichbar mit Wind-, Solar- oder Wasserkraft (100–200 Euro/MWh), Wirtschaftlichkeitsnachweis ist noch zu führen

Was spricht dagegen?

- Generelles Imageproblem
- Hoher Forschungsaufwand, hohe Investitionen
- Derzeitiger Zeitplan müsste stark angepasst werden; hohes Risiko, da nicht alle Fragen geklärt sind

Wer hat es bereits ausprobiert?

Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor im Aufbau (ITER-Projekt): Inbetriebnahme des Forschungsreaktors in Frankreich für 2016 geplant, Tests gegen 2025 abgeschlossen. Schätzungen gehen davon aus, dass im Erfolgsfall die kommerzielle Nutzung ab 2060 möglich ist. Das wäre durch Projektmanagement deutlich vorzuziehen.

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Energieforschung fördern
- IFMIF (Materialforschung zur kritischen Komponente der Kammerauskleidung) in NRW ansiedeln als kritischer Projektschritt
- Kooperationen initiieren (Energieerzeuger, Hersteller)
- Deadline setzen, halbe Kosten übernehmen, „Man-to-the-Moon-Projekt“, Projektorganisation (Vorbild NASA) gründen

effizientere Nutzung von Kohle und anderen fossilen Energieträgern bei der Elektrizitätserzeugung inklusive CO₂-Abtrennungs-Speicherungstechnologie sowie drittens die Nutzung regenerativer Energiequellen. Das abgestimmte und über ein intelligentes Netz verbundene Miteinander von zentraler oder dezentraler Erzeugung machte die Kunden zu echten Marktteilnehmern und förderte ihr wirtschaftliches Handeln. Der Energiemix stellt den weltweit besten Kompromiss zwischen Kosten, Versorgungssicherheit und Umweltschutz dar.

- **Materialien/Werkstoffe:** Der Trend hat sich fortgesetzt, dass Materialien immer stärker ausdifferenziert wurden für eine optimale Abstimmung auf ihre jeweilige Verwendung. Sie leisten damit einen ent-

scheidenden Beitrag zu Ressourcenschonung, höherer Sicherheit und Vermeidung von Umweltbelastungen. Innovation in diesem Bereich erfordert interdisziplinäres bzw. branchenübergreifendes Forschen und Entwickeln über die Wertschöpfungsketten. Nordrhein-Westfalen hat daher „Centers of Excellence“ für verschiedene innovative Materialien weiter ausgebaut und gefördert.

- **Biotech/Life Sciences:** Diese Schlüsselbereiche sind als Basis für Innovationen in weiten Teilen der wissenschaftlichen Bioökonomie der pharmazeutischen Industrie und der Medizin sowie in der chemischen Industrie, der Landwirtschaft und dem Umweltsektor unverzichtbar geworden. Im Jahr 2025 kommen die

Dr. Jürgen Großmann (links), Prof. Dr. Jürgen Kluge (rechts)



Prof. Dr. Jürgen Flimm



wichtigen Behandlungsverfahren, Medikamente und Medizinprodukte für neurodegenerative Erkrankungen und Diabetes aus Nordrhein-Westfalen. Das geschaffene Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen wurde weiter ausgebaut und an die Weltspitze gebracht. Gleiches galt für das Deutsche Diabetes-Zentrum (DDZ). Die Entwicklung einer wissensbasier-

ten Bioökonomie hat zu innovativen und effizienten bio-basierten Produkten und Verfahren geführt, die Nordrhein-Westfalen zu einem Vorreiter für dieses Feld in Deutschland und Europa gemacht haben.

– **Logistik:** Die starke Basis weltweit führender Logistikunternehmen sowie -anwender und -nachfrager

Warum nicht: Großforschungsprojekte gegen neurodegenerative Erkrankungen und Diabetes?

Worum geht es?

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden Volkskrankheiten wie Diabetes und Demenz zunehmen. Verstärkte Forschungsanstrengungen sind nötig, um dem entgegenzuwirken. Dabei sind solche Forschungsprojekte unterstützenswert, die von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung alle Bereiche der Kette miteinander vernetzen. Die Akteure sollten regional konzentriert sein und über eine ausgewiesene Expertise verfügen, sodass Clustereffekte generiert und stärkere Profilierungen im Bereich Life Sciences unterstützt werden.

Was spricht dafür?

- Vermeidung von Versorgungskosten, die durch Erkrankungen wie Alzheimer und Diabetes infolge der demografischen Entwicklung entstehen
- Gute Anknüpfungspunkte in Nordrhein-Westfalen bereits vorhanden:
 - „Leuchtturmprojekt Demenz“: im Rahmen der BMG-Initiative werden fünf Projekte in Nordrhein-Westfalen gefördert
 - Bekanntgabe der Neuansiedlung des Helmholtz-Zentrums Bonn („Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen“) im März 2008

- Deutsches Diabetes-Zentrum in Düsseldorf. Es ist eines der 84 Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)
- Max-Planck-Institut für Altersforschung in Köln
- MedEcon Ruhr e.V.: Netzwerk der Gesundheitswirtschaft an der Ruhr
- BioRegions in Nordrhein-Westfalen
- BioPharma-Wettbewerb des BMBF, eines von drei ausgewählten Konsortien kommt aus Nordrhein-Westfalen mit Schwerpunkt auf neurodegenerativen Erkrankungen

Was spricht dagegen?

Bereits vielfältige Initiativen vorhanden – Schaffung zusätzlicher Strukturen und Programme führt zu einem Förderdschungel.

Wer hat es bereits ausprobiert?

- „Leuchtturmprojekt Demenz“ seitens des BMG (mit NRW-Beteiligung)
- In Duisburg leben seit Mitte 2007 demenziell beeinträchtigte Menschen in Modellwohngemeinschaften, die mit IT-Anwendungen ausgestattet sind, welche Risiken minimieren und das Leben vereinfachen („Ambient-Assisted Living“). Beispielsweise werden Raumbeleuch-

tung und Temperatur automatisch reguliert. Wissenschaftlich wird die Einrichtung vom Fraunhofer-Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme begleitet

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Forschungs- und Therapieeinrichtungen im Land fördern und vernetzen
- Forschungsprojekte zur Entwicklung neuer Medikamente fördern durch Konsortien, die entlang der Wertschöpfungskette aufgestellt sind (Partner aus kleinen und großen Unternehmen, Wissenschaft und praktischer Medizin)
- Forschungsprojekte zum Thema „Ambient-Assisted Living“ entlang der Wertschöpfungskette finanziell unterstützen. Angesichts der wachsenden Zahl älterer Menschen ist das Marktpotenzial für IT-Anwendungen, welche die Lebensqualität im Alter erhalten, groß. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen in innovative Produkte gilt es hierbei zu fördern

Warum nicht: Entwicklung einer wissensbasierten Bioökonomie?

Worum geht es?

Nutzung des naturwissenschaftlichen Know-hows zur Entwicklung neuer, nachhaltiger, ökoeffizienter und wettbewerbsfähiger Produkte und Verfahren. Technologien zur Biomasseproduktion, Logistik, Vorbehandlung und Umwandlung (thermochemisch und biochemisch) von Biomasse aus unterschiedlichsten Quellen (nachwachsende Rohstoffe, Mikroorganismen, Abfälle) in innovative Produkte und Energie unter Verbesserung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.

Was spricht dafür?

- Nordrhein-Westfalen hat starke Kompetenz in den dafür relevanten Wissenschaftsfeldern
- Nordrhein-Westfalen hat als größter Energie- und Chemiestandort in Deutschland ein großes Potenzial
- Das Thema ist von hoher Relevanz auf europäischer und internationaler Ebene, liegt im Trend

- Nordrhein-Westfalen könnte hier eine Vorreiterrolle in Deutschland und Europa übernehmen
- Ausreichende Rohstoffbasis in Bezug auf nachwachsende Rohstoffe für nachhaltige Produktion biobasierter Produkte vorhanden

Was spricht dagegen?

- Konkurrenz zur klassischen erdölbasierten Wirtschaft, Abwehrreaktionen zu erwarten
- Umdenken erforderlich, echte Innovation mit Mittelbedarf
- Keine Autarkie in NRW bzgl. der Rohstoffbasis für den Produktbereich Bioenergie, Beitrag zur Lösung der Energiefrage eher klein
- Wissenschaftlichkeit noch unklar

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Bioraffinerie-Anlagen in Europa sind bereits installiert oder in Planung (z. B. Fa. Roquette, Frankreich)
- Derzeit werden international hohe Investitionen im Sektor der Know-

ledge-Based-Bio-Economy (KBBE) getätigt

- Chemische Industrie stellt bereits z. T. klassisch chemische Verfahren auf Basis erdölbasierter Rohstoffe auf biotechnologische Verfahren auf Basis nachwachsender Rohstoffe um

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Potenziale in Wissenschaft und Wirtschaft bündeln, Synergien aus verschiedenen Industriezweigen, Branchen und Wissenschaftsgebieten nutzen
- Pilotprojekte initiieren, Demonstrationsanlagen bauen, fördern
- Leitmarkt initiieren, gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, Pull-Marketing fördern

(Handel) wurde im Land weiter ausgebaut, um vermehrt Logistikkösungen zu exportieren. NRW hat auch in diesem Bereich „Centers of Excellence“ gefördert und mit dem erfolgreichen Modellprojekt „Staufreie Ruhr-Metropole“ (Verkehrsleitung und autonomes Fahren) weltweit Aufmerksamkeit erregt.

– **Infrastruktur:** Die Schaffung einer Infrastruktur auf Weltstandard war eine zentrale Voraussetzung, um Innovation und Wachstum zu fördern. Neben dem Vorzeigeprojekt „Staufreie Ruhr-Metropole“ wurden landesweit und grenzüberschreitend weitere Infrastrukturnetze ausgebaut.

- Verkehr: Investitionen und eine aufeinander abgestimmte Verkehrsplanung der verschiedenen Verkehrsmittel haben dazu geführt, dass Personen- und Güterverkehr schnell und reibungslos

fließen und das zunehmende Verkehrsaufkommen bewältigt werden konnte.

Grenzüberschreitende Logistik und eine bessere verkehrliche Vernetzung mit den Niederlanden und Belgien leisteten einen zusätzlichen Beitrag. Das Thema Elektro-Mobilität wurde früh erkannt und durch geschickt gesetzte Rahmenbedingungen gefördert. Hier nimmt NRW eine Vorreiterrolle ein (Ladestationen, eigene Spur, Road Pricing etc.).

- Telekommunikation: NRW ist durch richtige Weichenstellungen zu einer weltweit führenden Region beim Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur geworden, die damalige Wirtschaftskrise wurde als Chance genutzt, erfolgreich die Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Moderne Hoch-

Warum nicht: Intelligente Autobahnen (Staufreies Ruhrgebiet/NRW)?

Worum geht es?

Stauvermeidung durch Telematiksysteme, die eine höhere Auslastung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur ermöglichen. Dazu gehören z. B. die dynamische Lenkung der Verkehrsströme je nach Verkehrsaufkommen und die bidirektionale Kommunikation zwischen Fahrzeugen und Infrastruktur (z. B. zur Abstandskontrolle, zum autonomen Fahren und zur Vermeidung von Unfällen).

Was spricht dafür?

- Reduzierter Investitionsbedarf und Steigerung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Verkehrsinfrastruktur
- Reduzierung von Unfällen
- Energieeinsparung und damit CO₂-Reduktion
- Zeitersparnis

Was spricht dagegen?

Hohe individuelle Kosten bei großem kollektivem Nutzen

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Das Rhein-Main-Gebiet wurde 2007 als Testregion zur Erprobung von Fahrzeugkommunikation im Rahmen des Projekts „Sichere Intelligente Mobilität – Testfeld Deutschland (SIM-TD)“ ausgewählt. Erstmals geben Autos, die mit einer „Car Communication Unit“ ausgestattet sind, relevante Informationen an sogenannte „Road Side Units“ weiter und tauschen sie untereinander aus. Verkehrsleitzentralen werden so besser über die aktuelle Verkehrslage informiert. Verkehrsteilnehmer werden im Umfeld besser vor Gefahren gewarnt
- Erste Ansätze zur dynamischen Verkehrslenkung rund um Düsseldorf, in der Ruhr-Metropole (Ruhr-pilot) und in Köln realisiert

Prototypen bei Lkw-Herstellern vorhanden, Pilotversuche gestartet (u. a. MAN und Mercedes)

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- F&E fördern, Pilotstrecken oder -anlagen ausweisen
- Insbesondere den Ausbau der straßenseitigen Telematiksysteme landesweit fördern, sodass Car-to-Car- und Car-to-Infrastructure-Kommunikation möglich wird
- Länderübergreifende Initiative starten, da nur deutschland- oder europaweite Einführung sinnvoll ist wegen notwendiger Standards, die alle Fahrzeuge einhalten müssten

geschwindigkeitsnetze haben als „Enabler“ das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben stärker virtualisiert und viele Wege überflüssig gemacht, was wiederum die Umwelt entlastet. In den Ballungsgebieten bereits rentabel, wurden über Breitbandanschlüsse („fiber to the home“) durch günstige Regulierungsbedingungen auch die ländlichen Räume angeschlossen. Die dort angesiedelte mittelständische Industrie kann so auf dem modernsten Stand auf dem Weltmarkt agieren (z. B. mithilfe schneller Datenübertragung dreidimensionaler CAD-/CAM-Zeichnungen).

Besonders erfolgreich und interessant waren die Innovationen an den Schnittstellen der Schwerpunkttechnologien. So zum Beispiel im Bereich „Umweltschutz durch Einsatz von IKT-Techniken“: NRW als verkehrintensives Land und als Schwerpunkt von Energieproduktion und -verbrauch hat überproportional von diesen Innovationen profitiert. Durch die Nutzung moderner Infrastrukturen und Anwendungen wie Ver-

kehrsleit- und -lenkungssysteme sowie hochauflösender Videokommunikation und weitreichender virtueller Zusammenarbeit konnte ein signifikanter Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und zur Energieeinsparung geleistet werden, unter anderem durch intelligente und vernetzte Energiezähler (Smart-Mastering) oder Vernetzung der Kleinverbraucher und -quellen, wie etwa der Antriebsbatterien von Elektrofahrzeugen.

Ausklang: Das Fundament wurde in der Bildung gelegt, hier sind die größten Investitionen getätigt worden.

Lange war bereits klar, dass nur mit gut ausgebildeten Bürgern die Innovationen zu schaffen sind, die letztlich Voraussetzung für stabiles und nachhaltiges Wachstum sind. Gerade die immerwährende Innovation verschaffte die ersehnte Stabilität in der Entwicklung. Nun wurde diese Erkenntnis aber konsequenter und mit mehr Ressourcen auch verwirklicht.

Prof. Dr. Barbara Ischinger (links), Dr. Annette Lepenies (rechts), Prof. Dr. Achim Bachem (unten)



4. Bildung als Voraussetzung für Innovation

Anfang des 21. Jahrhunderts hatte man erkannt, dass Bildung und damit Humankapital die Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Wohlstand sind. Der Erkenntnis folgten dann auch die entsprechenden Taten. Besonders engagiert hat sich die Privatwirtschaft, weil sie erkannt hat, dass Bildungs- und Fachkräftemangel ihr größtes Engpassproblem waren.

Verzahnung der Bildungskette und Förderung des Individuums

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Sie beginnt mit der Geburt und wird fortgesetzt in der Krippe und in der Kindertagesstätte, die mit eigenen Leistungsprofilen auf unterschiedliche Begabungen eingeht, ohne bereits dem Selektionsdruck der Schule ausgesetzt zu sein. Das traditionelle phasenbezogene Verständnis von „Bildung“ und „Weiterbildung“ – frühkindliche Bildung, Schule und Ausbildung, Hochschulen und Universitäten, Bildungsphasen im Erwachsenenalter – wurde den neuen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Die Übergänge zwischen den Bildungsphasen mussten fließender werden, und alle Beteiligten stellten die Förderung des einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen in den Mittelpunkt.

Bildung und Erziehung haben ihren zentralen Wert in der bestmöglichen, individuellen und ganzheitlichen Entwicklung jedes Jungen und jedes Mädchens. Die Förderung beginnt früh und begleitet den gesamten Lebenslauf. Individuelle Bildung und Erziehung verlangen ein pädagogisches Verständnis, das sich auf ein selbstgesteuertes Lernkonzept bezieht. In der frühkindlichen Erziehung im Kindergarten werden die Eltern in die Bildungsprozesse der Kinder einbezogen. Im Schulbereich erfordert dieses Lernkonzept flexible didaktische Unterrichtsformen und eine Organisation, die sich auf den Bedarf der Schülerinnen und Schüler, deren Umfeld und Familien einstellen kann. Die Zuordnung der Jungen und Mädchen zu verschiedenen Schultypen (z. B. Hauptschule) wird bei einer individuellen Förderung sekundär sein. Schulen mit besonderen Schwerpunkten (z. B. für Hochbegabte, musisch und sportlich Begabte) und Schulen in schwierigen Lagen erhalten andere Lernstrukturen (kleine Gruppen, Sonderförderung).

■ Frühkindliche Bildung

Das Angebot musste nicht nur rein quantitativ ausgebaut werden, um eine höhere Erwerbsbeteiligung weiblicher Arbeitskräfte zu ermöglichen. Wichtig war gleichzeitig eine qualitative Verbesserung – Lernen beginnt nicht erst in der Schule. Hinzu kommt: Die volkswirtschaftlichen Renditen für Investitionen im frühkindlichen Bereich sind am höchsten: Sie liegen bei ca. 10%. Je später in die Bildungskarrieren investiert wird, desto kleiner die Renditen. „Früh investieren statt spät reparieren“, musste daher das Motto lauten. Dies bedeutete vor allem:

- **Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehungspersonal:** Bachelor-Abschluss wurde Pflicht für alle Erzieherinnen und Erzieher – mit der Konsequenz, dass das Personal in den Kitas auch der Qualifikation entsprechend besser bezahlt wurde. Fachschule und Fachhochschule blieben die Basis der Ausbildung, allerdings für den Bachelor-Abschluss um ein Fachhochschuljahr verlängert. Dieses Jahr kann entweder direkt an der Fachhochschule absolviert oder durch Ansammeln von Punkten im Rahmen der Weiterbildung ersetzt werden. Nur durch Weiterbildung der damals schon aktiven Erzieherinnen und Erzieher waren schnelle Verbesserungen zu erreichen. Daher erhielten sie die Möglichkeit, durch gezielte Fortbildung den Bachelor-Abschluss nachzuholen. Basis ist bis heute ein Weiterbildungscurriculum, das ständig neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Entwicklungspsychologie, Neurobiologie, Medizin, Soziologie und Pädagogik angepasst wurde.
- **Qualitätsstandards und -kontrolle:** Nordrhein-Westfalen hat Qualitätssiegel und eine Zertifizierung der Kindertageseinrichtungen durch unabhängige Prüfer eingeführt – eine Art TÜV für Kitas. Bewertet wird, inzwischen bundesweit vergleichbar, nach harten Kriterien für Struktur, Kontext und Prozesse und vor allem für das Bildungsergebnis. Aber auch Kinder und Eltern werden nach ihrer Meinung gefragt, um das Prüfergebnis abzurunden.
- **Bessere Beteiligung der Eltern:** An die Stelle des einstigen Nebeneinanders trat ein stärkeres Miteinander von privater und öffentlicher Erziehung und Bildung. Die Förderung jedes einzelnen Kindes wurde

in den Mittelpunkt gestellt. Für jedes Kind gilt seither die Exzellenzvermutung – und Eltern als die ersten Erzieher werden von den pädagogischen Fachkräften als die Experten für ihr Kind und damit als Bildungspartner anerkannt. Als willkommener Nebeneffekt ergibt sich dadurch eine Entwicklung der Partizipation und Integration sozial schwacher Familien und Familien mit Migrationshintergrund.

- **Kita-Pflicht:** Nordrhein-Westfalen hat den Besuch einer Kindertageseinrichtung spätestens ab dem 5. Lebensjahr zur Pflicht gemacht, da in der Elementar-erziehung am ehesten und kostengünstigsten Chancengleichheit insbesondere für Kinder mit Migrations-

hintergrund und aus bildungsfernen Familien erreicht werden kann. Ihren zentralen Wert hat diese Erziehung in der bestmöglichen frühen Förderung jedes einzelnen Kindes, und gegenüber nachholenden Korrekturen mangelnder Sozialisation weist sie erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile auf. Betreuungsschlüssel und Personalausstattung wurden deshalb den Best-Practice-Niveaus in anderen Ländern angepasst.

■ Schule

Bei international vergleichenden Studien haben Schüler aus Nordrhein-Westfalen nur mittelmäßig abgeschnitten. Die Ursachenforschung zeigte, dass Verbesserungen in folgenden Bereichen notwendig waren:

Warum nicht: Eltern als erste Erzieher/Experten für ihr Kind?

Worum geht es?

Es geht um ein besseres Zusammenwirken der öffentlichen und privaten Erziehung und damit auch der Anerkennung der Erziehungsleistung der Eltern.

Was spricht dafür?

- Das Recht der Kinder auf Bildung
- Kinder wachsen sicherer auf und lernen besser, wenn sie erleben, dass ihre Eltern und ihre Erzieher/Lehrer sich gemeinsam um sie bemühen
- Das Aufbrechen von Belehrungskultur und starren Hierarchien. Gegenwärtige Belehrungskultur: Die einen wissen was – die anderen nicht. Bildungsfern sind immer nur die anderen! Das Verharren auf berufsständischen Privilegien

Was spricht dagegen?

Unterschiedliche Möglichkeiten der Eltern, sich zeitlich und intellektuell zu engagieren

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Tausende Eltern versuchen immer wieder neu – und oft auch unge-

schickt –, das Beste für ihr Kind zu erreichen

- Viele engagierte Erziehungs- und Lehrkräfte überschreiten – im Interesse der Kinder – die Grenzen ihrer Belastbarkeit

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Die Partnerschaft zwischen Eltern und Pädagogen offensiv unterstützen und die gelungenen Beispiele der Familienzentren, Nachbarschafts- und Gemeindehäuser honorieren. Dies bedeutet eine Abflachung der Hierarchien, Differenzierung der Erziehrollen sowie ein bedarfsorientiertes stärkeres Einbeziehen anderer Berufsgruppen (Sozialarbeiter, Logopäden, Gesundheitsberater etc.). Hinzu kommt die Qualifizierung von Ehrenamtlichen, insbesondere von Müttern und Vätern in schwierigen Lagen sowie aus Familien mit Migrationshintergrund. In sozialen Brennpunkten kann die Kita dabei die Rolle eines Gemeindezentrums spielen, das auf die Mitwirkung der Nachbarschaftsmitglieder besonderen Wert legt

- Das Curriculum der Fach- und Fachhochschulen im Sinne einer gemeinwesenorientierten Philosophie unterstützen
- Eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Pädagogen ermöglichen. Alle Untersuchungen zeigen, dass die bestmögliche Förderung jedes einzelnen Kindes die enge Verbindung von privater und öffentlicher Erziehung zur Voraussetzung hat. Grundlegend gehört dazu die gegenseitige Anerkennung privater und öffentlicher Erziehungs-kompetenz. Daraus folgt, den Wunsch der Eltern aufzugreifen, sich aktiv an der Entwicklung ihres Kindes zu beteiligen, und diese wertzuschätzen. Gleichzeitig bedeutet es Empowerment der Pädagogen durch Erweiterung der Aus- und Weiterbildungs-curricula. Letztlich ist eine Kommunikation auf Augenhöhe das Ziel

- Mehr Autonomie für jede einzelne Schule
- Qualitätsstandards und -kontrolle
- Leistungsabhängige Vergütung der Lehrer
- Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Pädagogen
- Bessere Verknüpfung von Schule und Betreuung

Parallel haben Schulen verstärktes Augenmerk auf die Förderung naturwissenschaftlicher Interessen gelegt, und Englisch wird von fast allen Einwohnern Nordrhein-Westfalens verstanden und gesprochen. Es ist flächendeckend zu einer zweiten Sprache geworden, wie das in kleinen Ländern (Beispiel Niederlande) oder in Skandinavien schon lange der Fall war.

Darüber hinaus ist die Ganztagschule zum Regelfall geworden, mit vielfältigen Bildungsangeboten und Sport am Nachmittag. Über 50 % der Schulen bieten

mittlerweile eine Ganztagsbetreuung an. Dabei dienen die Nachmittage unter der Betreuung der Lehrkräfte und vieler Freiwilliger der Entlastung von Lehrplänen, dem Nacharbeiten der Inhalte, gemeinsamen Lösungen von „Haus“-Aufgaben und Projektarbeit sowie ganz besonders der sportlichen und musischen Erziehung. Hier engagieren sich Sport- und andere Fördervereine sowie die lokale Wirtschaft, um gemeinsam ein attraktives Angebot zu schaffen. Durch das gemeinsame Mittagessen wird außerdem die Basis für eine gesunde Ernährung gelegt. Zusammen mit dem Sportangebot hat dies zu einer enormen Gesundheitsverbesserung der Jugendlichen geführt. Noch nie gab es in Nordrhein-Westfalen eine so gesunde und fitte Generation. Fettleibigkeit und Bewegungsarmut sind die absoluten Ausnahmen, der Breitensport dominiert und der Spitzensport gewinnt bei Weltmeisterschaften oder den Olympischen Spielen überproportional viele Medaillen.

Warum nicht: Selbstverpflichtung der privaten Wirtschaft zu Bildungsprojekten?

Worum geht es?

Jedes Unternehmen in Nordrhein-Westfalen setzt sich verbindlich für ein konkretes Bildungsprojekt ein.

Was spricht dafür?

- Stärkung des praxisnahen Unterrichts
- Gelebte Public-Private-Partnership-Initiative im Zukunftsfeld Bildung

- Kooperation und Bündelung verschiedener Projekte

Was spricht dagegen?

- Kosten- und ressourcenintensiv

Wer hat es bereits ausprobiert?

- Freiwillige Initiativen wie die „Wissensfabrik“

- Als Selbstverpflichtung auf Landesebene nicht vorhanden

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

Projektplanung und Koordination durch „Partner für Schule“

Eine Vielzahl von unterstützenden und begleitenden Maßnahmen hat diese Erfolge möglich gemacht und verstetigt. So wurden z. B.

- die Transferzeiten von der Kita zur Schule und von der Schule zur Ausbildung koordiniert und begleitet (besonders auch für sozial schwache Familien) von Mentorinnen, Familienpaten, Lehrerinnen, Erzieherinnen, Ehrenamtsleiterinnen, damit diese kritische Phase der Weichenstellung für den weiteren Werdegang besondere Unterstützung erfährt;
- ein besonderer Schwerpunkt bei der Vergabe von Schul-Praktikumsplätzen auf Schüler und Schülerin-

nen aus sozial benachteiligten Familien, insbesondere mit arbeitslosen Eltern gelegt;

- eine spezielle Betreuung („Shadowing“) für Begabte und sozial Schwierige eingeführt;
- eine Ombudsperson für Schüler und Schülerinnen und deren Eltern in der Schule eingerichtet, die auch für die Organisation der unterschiedlichen Schülerbegleiter zuständig ist;
- eine kommunale Infrastruktur eingerichtet: sozial-räumlich verankerte und wirkungsorientierte Netzwerke, die auch ein Frühwarnsystem beinhalten.

Prof. Dr. Jürgen Kluge



■ **Universität und (Fach-)Hochschule**

Durch internationale Mittelmäßigkeit zeichneten sich bislang auch die meisten Hochschulen aus. Hier galt es, die Qualität der Lehre zu verbessern (auch durch Studiengebühren) und den Hochschulen noch mehr Autonomie zu geben in Bezug auf Personalentscheidungen, Professorenvergütung, Auswahl der Studenten etc. Stärker als bisher werden Professoren nach Leistung vergütet. Kooperation zwischen den Hochschulen wird

gefördert und der Ausbau von Forschungskapazitäten entsprechend den wirtschaftlichen Stärken Nordrhein-Westfalens vorangetrieben. Begleitend werden Studierende in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) für gute Leistungen gezielt ausgezeichnet. Des Weiteren erhalten Absolventen aus Nicht-EU-Ländern eine dreijährige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, um ihnen auch beruflich eine Perspektive in Nordrhein-Westfalen aufzuzeigen.

Warum nicht: NRW-Initiative „Visum nach Studium“ (Plus 3)?

Worum geht es?

Jeder Nicht-EU-Student erhält mit dem deutschen Hochschulabschluss automatisch eine dreijährige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis.

Was spricht dafür?

- Bisher haben es qualifizierte Ausländer schwer, in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen (Greencard-Projekt nur bedingt erfolgreich)
- Höhere Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes

- Deutsche Steuerzahler tragen bisher die Studienkosten, können aber vom vermittelten Wissen nicht profitieren
- Ein Schritt, dem Fachkräftemangel in Deutschland/Nordrhein-Westfalen zu begegnen
- Attraktive Möglichkeit für deutsche, international operierende Unternehmen, Fachkräfte auch in Deutschland einzusetzen
- Stärkerer Wettbewerb unter Absolventen

Was spricht dagegen?

Geltende Zuwanderungsregelungen

Wer hat es bereits ausprobiert?

Schottland „Fresh Talent: Working in Scotland scheme“

Was kann Nordrhein-Westfalen tun?

- Initiativen wie von acatech zur Vorbereitung nutzen
- Mit NRW-Hochschulen in Kontakt treten
- Politische Initiative starten

■ **Berufsausbildung**

Das duale Bildungssystem genoss weltweit einen hervorragenden Ruf. Auf diesen Lorbeeren hat sich Nordrhein-Westfalen nicht ausgeruht, sondern dafür gesorgt, dass Qualifikationen vermittelt wurden, die Auszubildende und später Arbeitnehmer dazu befähigen, sich neuen Anforderungen zu stellen. Dazu wurde das System der Berufsausbildung reformiert und deutlich aufgewertet.

■ **Lebenslanges Lernen**

In Deutschland wurde die berufliche Weiterbildung lange vernachlässigt. Inzwischen ist die Notwendigkeit kontinuierlicher Qualifizierung erkannt worden, da die demografische Entwicklung eine moderne, altersgerechte Arbeitsorganisation erfordert. Angesichts rückläufiger Studierendenzahlen haben sich die Universitäten dieser Aufgabe angenommen.

Existierende Schwachstellen und Probleme konsequent behoben

Neben den skizzierten generellen Veränderungen waren gezielte Maßnahmen notwendig, die an den größten Schwachstellen ansetzten.

■ **Soziale Brennpunkte beseitigt**

Insbesondere an sozialen Brennpunkten wurden Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen auf- oder ausgebaut. Die Regel war eine Verdopplung der Betreuungsverhältnisse in den Brennpunkten. Auch die Eltern werden nun verstärkt einbezogen.

■ **Migranten integriert**

Integration kann ohne Sprachkenntnisse nicht erfolgen. Ansatzpunkte waren der Aufbau integrierter Familienzentren sowie verpflichtende Sprachkurse.

Cornelia Quennet-Thielen



■ Hauptschülern berufliche Perspektiven vermittelt

Auch wenn Jugendliche die Hauptschule mit einem guten Abschluss verließen, waren ihre beruflichen Perspektiven häufig schlecht. Hier haben sich vor allem die Unternehmen engagiert, den Schülern in Praktika Erfahrungen zu vermitteln – auch mit Unterstützung der Schulen und Lehrer.

■ Spitzenförderung auf Weltklasseniveau gebracht

Die Elitediskussion hatte die Akzeptanzprobleme von „besser“ und „schlechter“ aufgezeigt. Hier musste ein Umdenken stattfinden, denn nur durch die gezielte Förderung herausragender Leistungen konnten sich diese voll entfalten. Nordrhein-Westfalen ist stolz auf seine Elite-Forscher.

■ Und nicht zuletzt eine neue, wertschätzende und partnerschaftliche Grundhaltung der Bildung gegenüber. Statt gegenseitiger Belehrung der Beteiligten geht es um die gemeinsame, bestmögliche, individuelle und ganzheitliche Förderung von Jungen und Mädchen; die Anerkennung der Erziehungsleistung der Eltern und ihrer besonderen Verantwortung sowie die gleichzeitige Professionalisierung der Erziehungsberufe – unterstützt durch die Einrichtung oder den Ausbau der kommunalen Infrastruktur mit im Sozialraum verantworten und an der Wirkung orientieren Netzwerken, die Familien und Nachbarschaftsengagement festigen und das notwendige „Frühwarnsystem“ stellen.

Wie ist man dahin gekommen?

■ Ausbildung der Pädagogen

Die Ausbildung der Pädagogen ist deutlich praxisorientierter geworden. Gleichzeitig wurden Lehrkräfte besser dazu befähigt, die individuellen Leistungen des Einzelnen zu erkennen und zu fördern. Dies gilt für Schulpädagogen und alle Stufen der Bildungskette.

■ Lehrerakademie für Lehrer, Schulrektoren und -direktoren

Zur Verbesserung der Fort- und Weiterbildung von Lehrern wurde eine Lehrerakademie aufgebaut; sie vermittelt auch Kenntnisse für Schulleiter im Schulmanagement.

■ Qualitätsagentur

Die Qualität der Lehre an Schulen wird kontinuierlich von einer nach niederländischem Muster gegründeten Qualitätsagentur überprüft.

■ Autonomie der Einrichtungen

Bildungseinrichtungen haben nun mehr Autonomie bei Personalfragen und Ausgabeentscheidungen, im Fall von Universitäten auch bei der Auswahl Studierender.

■ Verdopplung der Investitionen

Ohne eine Erhöhung der Ausgaben im Bildungsbereich – vor allem im Bereich der frühkindlichen Bildung – wären nachhaltige Verbesserungen nicht erreicht worden. Am teuersten war der Ausbau der Ganztagsangebote im Schulbereich. Dafür ist die Ganztagsbetreuung nun zur Regel geworden.

5. Schluss

Selbstverstärkende Wirkungskette: Bildung, Innovation, Wachstum

Um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, war der wichtigste Ansatzpunkt die Bildung. Bessere Bildung und ein verbesserter Zugang zu ihr ermöglicht Innovationen. Dies betrifft nicht nur High Potentials, denn innovative Ideen müssen auch umgesetzt werden. Dazu sind qualifizierte Facharbeiter notwendig. Die Diffusion von Innovationen ist nur dann erfolgreich, wenn neue Produkte, Leistungen und Organisationsformen von einer breiten Masse aufgegriffen werden. Somit ist eine bessere Bildung aller eine notwendige Voraussetzung für Innovationen. Dieser Prozess ist selbstverstärkend und mündet in Wachstum und Wohlstand.

Grundlage für Beschäftigung, Teilhabe, Sicherheit und Lebensqualität

Die beschriebene Wirkungskette ist die Grundlage für Beschäftigung, Teilhabe, Sicherheit, geringe gesellschaftliche Spreizung und Lebensqualität.

Beitrag und Nutzen für den Einzelnen, die Regionen und Nordrhein-Westfalen

Wie gezeigt, profitierte von einer konsequenten Orientierung an Bildung und Innovation jeder: Nordrhein-Westfalen als prosperierendes Bundesland in der Spitzengruppe in Deutschland, die drei Großregionen Hightech-Cluster-Rheinschiene, Ruhr-Metropole und Umland – jede auf ihre Weise mit 3 % Wachstum pro Jahr – und nicht zuletzt die Bürger Nordrhein-Westfalens durch Wohlstands- und Lebensqualitätsgewinne.

Anhang

A. Grobschätzung der Kosten für die vorgeschlagenen Maßnahmen

Gemäß einer ersten Grobschätzung liegt der Finanzierungsbedarf der vorgeschlagenen Maßnahmen für die öffentlichen Haushalte bei einmaligen Ausgaben in Höhe von gut 2 Mrd. Euro und jährlichen Kosten von 3,5 bis 4,5 Mrd. Euro. Rund drei Viertel davon sind Investitionen im Bildungsbereich, vor allem für den Ausbau und die Verbesserung der Betreuung in Kindertageseinrichtungen, den Ausbau und Betrieb der Ganztagschulen sowie die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen. Die Bereiche Infrastruktur und Forschung erfordern Ausgaben in jeweils dreistelliger Millionenhöhe.

Nicht alle Ausgaben wären zwingend aus dem Landeshaushalt zu bestreiten, sondern könnten auch aus Bundesmitteln oder europäischen Mitteln kommen. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass sich mittelfristig durch die höhere Wachstumsdynamik eine – zumindest anteilige – automatische Refinanzierung durch höhere Steuereinnahmen ergibt. Insgesamt besteht ein Umschichtungsbedarf von unter 10 % des Landeshaushalts. Je nach Prämissen liegt der insgesamt realistisch umschichtbare Anteil des Haushalts in der Größenordnung von ca. 15 %. Die Zielsetzung ist also anspruchsvoll, aber machbar.

B. Entwicklung Nordrhein-Westfalens seit 1950

Zukunft ist keine Extrapolation der Vergangenheit, dennoch spielen langfristige Trends eine Rolle und induzieren eine „Trägheit“ gegen schnelle, sprunghafte Änderungen. Die in der Anlage „Lange Zeitreihen“ enthaltenen Grafiken zeigen – angeregt vom Vorsitzenden der Kommission – einige dieser langfristigen Entwicklungslinien für Nordrhein-Westfalen auf.

Prof. Dr. Jürgen Flimm (links), René Obermann (rechts), Andrea Prym-Bruck (unten)



Bericht der Arbeitsgruppe 2

Vom Hort der alten Industrien zum Magneten der Moderne?



Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Leiter der Arbeitsgruppe 2)

Präambel: NRW 2025 – Modernisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt fair gestalten	49
1. NRW 2025: Strukturwandel als Chance begreifen	55
2. NRW 2025: Herausforderungen des demografischen Wandels meistern	68
3. NRW 2025: Zukunft durch Qualifikation	74
4. NRW 2025: Vorbildliche (Arbeitsmarkt-) Integration von Zuwanderern	78
5. NRW 2025: Solidarität und neue Sicherheit	87
6. NRW 2025: Stärken mobilisieren, Akzeptanz der Reformagenda sicherstellen	91



Obere Reihe (v. l. n. r.): Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Bodo Hombach;
Untere Reihe (v. l. n. r.): Prof. Dr. Paul Schnabel, Friedrich Merz

Mitglieder der Arbeitsgruppe 2

Bodo Hombach
Friedrich Merz
Prof. Dr. Paul Schnabel
Prof. Dr. Wolfgang Streeck
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Leitung)

Präambel: NRW 2025 – Modernisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt fair gestalten

Die gegenwärtige weltweite Wirtschaftskrise hat die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche und politische Handeln stark verändert. Die Rolle des Staates bei der Reparatur und aktiven Gestaltung von Märkten bedarf einer Neudefinition. Die Grenzziehungen zwischen legitimer staatlicher Intervention im Interesse des Gemeinwohls und unzulässigen Eingriffen mit der Folge von Marktverzerrungen verlaufen derzeit international fließend. Eine Wiederkehr protektionistischer Strukturen wäre ein nachhaltig folgenreicher Irrweg, der die Krise nur verfestigen, statt aus ihr herausführen würde. Auch massive Konjunkturprogramme können letztlich nur symbolische Kraft entfalten oder punktuell kurzfristige Wirkung als politisches Pflichtprogramm zeigen; nachhaltige Effekte sind von ihnen allenfalls in Form gravierender zusätzlicher Staatsverschuldung und neu geschürter Erwartungshaltungen an die staatliche Risikoabsicherung zu erwarten.

Das Land Nordrhein-Westfalen dürfte die Folgen der Rezession auf dem Niveau des bundesweiten Durchschnitts zu spüren bekommen. Hier wie im Bundesgebiet insgesamt hat sich ein konjunktureller Abschwung freilich bereits seit Längerem abgezeichnet. Es wäre demnach zu kurz gegriffen, den in Deutschland und Nordrhein-Westfalen spürbaren Konjunkturrückgang ausschließlich der in den USA entzündeten Immobilien- und Finanzmarktkrise zuzuschreiben und allein als eine importierte Rezession wahrzunehmen. Die Wurzeln für die augenblickliche

Problematik liegen tiefer. Zu einem unbestreitbaren Marktversagen auf breiter Front, insbesondere im Bankensektor, tritt Politikversagen hinzu. Die Folgen einer zu expansiven Geldpolitik und einer völlig unzureichenden Regulierung der Finanzmärkte sind heute klar erkennbar. Die staatlich kontrollierten Banken haben in vergleichbarer Weise versagt wie die privaten Akteure des Marktes und die Bankenaufsicht. Zugleich hat die aktuelle Krise anhaltende Strukturschwächen auch der deutschen Wirtschaft schonungslos offen gelegt. So ist der Absatzrückgang der Automobilindustrie primär auf eine problematische Modellentwicklungsstrategie – in Verbindung mit im Zeichen hoher Weltkonjunktur gestiegenen Energiepreisen – zurückzuführen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist allein binnenwirtschaftlich nicht zu lösen. Auf internationaler Ebene ist vor allem eine neue Finanzmarktarchitektur mit supranational agierenden Kontrollinstituten und umfassenden Zertifizierungen von Finanzprodukten erforderlich, um dem massiven Vertrauensverlust des Finanzsektors in sich selbst entgegenzuwirken.

Dessen ungeachtet erfordert die Krise dauerhaft wirksame Maßnahmen zur Stärkung von Infrastruktur, Bildung, Forschung und Familienförderung. Die Rolle des Staates kann nicht darin bestehen, Überkapazitäten, falsche Unternehmensstrategien oder riskante Managemententscheidungen aufzufangen. Wohl aber kann der Staat die Wirtschafts-

krise aktiv als Chance nutzen, überfällige Strukturreformen in Angriff zu nehmen, mit deren Unterstützung das Land im Zweifel sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Im Zentrum sollte hier die Verbesserung der Humankapitalbasis durch gezielte – hochwertige – Weiterbildung von Arbeitslosen und Kurzarbeitern stehen.

Das Land Nordrhein-Westfalen sollte eine Weiterbildungsoffensive starten

Deutschland – auch NRW – rangiert zurzeit in allen Altersgruppen und über alle Qualifikationsstufen hinweg hinsichtlich der Beteiligung an Weiterbildungsangeboten weit unter EU-Durchschnitt. Neben erheblichen Defiziten im Angebot, einer vermeintlichen „Vollständigkeit“ der dualen Ausbildung und fehlenden Anreizstrukturen auf betrieblicher Ebene macht sich hier auch die langjährige Frühverrentungspolitik negativ bemerkbar. Das Land Nordrhein-Westfalen sollte angesichts dessen eine Weiterbildungsoffensive starten, die von der Ausgabe von Bildungsgutscheinen bis hin zu Public Private Partnerships von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen im Weiterbildungssektor reichen kann, und so den in Deutschland insgesamt noch stark ausbaufähigen Markt für Weiterbildung stimulieren. Kooperationen zwischen Unternehmen, Universitäten, Schulen, Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern können einen wichtigen Beitrag zu einem adäquaten Angebot leisten, mit dem NRW eine nachhaltige Antwort

auf die aktuelle Krise geben kann. Investitionen in Bildung und Weiterbildung sind eine sinnvollere Zukunftsinvestition als kurzfristige Konjunkturprogramme.

Ebenso muss das Verständnis dafür wieder gestärkt werden, dass Zeiten wirtschaftlicher Blüte zugleich auch Zeiten der Strukturreform sein müssen, um zu verhindern, dass neu auftretende, aufgrund der weltweiten Wirtschaftsverflechtung lauffeuerartig sich ausbreitende Krisen zu stark auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme durchschlagen. Die Verteilungsspielräume werden derzeit auch deshalb wieder enger, weil Reformchancen in der Vergangenheit nicht entschlossen genug genutzt worden sind.

Wandel bedeutet den Zwang zur Neuorientierung

Für Nordrhein-Westfalen ergeben sich aus dem raschen Voranschreiten des wirtschaftlichen, technologischen und demografischen Wandels angesichts der strukturellen und sozialen Vielschichtigkeit gerade dieses Bundeslandes besonders große Herausforderungen. Wandel bedeutet den Zwang zur Neuorientierung. In der ehemals stark von Stahlindustrie und Kohlebergbau geprägten Region heißt dies für einen größeren Anteil von Menschen als anderswo, sich neue Betätigungsfelder und damit Einkommensquellen suchen zu müssen. Darin liegen Risiken, aber auch Chancen. Dass struktureller Wandel gelingen kann, zeigen Beispiele wie das der Region Manchester, die sich trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen inzwischen zu einer wiedererstarkten und prosperierenden Dienstleistungsregion entwickelt hat. Nordrhein-Westfalen braucht sich in dieser Hinsicht

nicht zu verstecken. Gleichwohl sind noch erhebliche Anstrengungen nötig, um auch hier zu einer breiten und nachhaltigen Verankerung von Wachstumsdynamik zu gelangen.

Dabei ist das Land auf vernünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen, die von ihm selbst nur begrenzt mitgestaltet werden können. In dieser Hinsicht wurden in den letzten Jahren zahlreiche neue Weichenstellungen vorgenommen, von denen NRW profitieren kann.

Deutschland hat den Anschluss an positive internationale Entwicklungen gefunden und gerade auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in ersten Ansätzen aber auch in der Bildungspolitik, wichtige Veränderungen vorgenommen,

Nordrhein-Westfalen verfügt über beste Voraussetzungen, zu neuer Blüte zu gelangen.

deren Erfolg sich derzeit u. a. in Form verringerter Arbeitslosigkeit, durchschnittlich kürzerer Dauer der Arbeitslosigkeit, wachsender Arbeitsmarktflexibilität und reduzierter Sozialtransferausgaben einzustellen beginnt. Die Erfolge dieser Politik zeigen sich auch in Nordrhein-Westfalen. Das Land kann dynamische Regionen mit moderner Infrastruktur und Industrie vorweisen. Umfangreiche Modernisierungen sind aber weiterhin erforderlich, um das Erreichte zu sichern und darüber hinaus auch den Regionen zu neuer Blüte verhelfen zu können, die heute noch mit hoher Arbeitslosigkeit und Einkommensrückständen zu kämpfen haben.

Nordrhein-Westfalen und seine Menschen besitzen hierfür beste Voraussetzungen. Kaum eine andere Region in Deutschland hat in der Vergangenheit ähnlich große Integrationsleistungen vollbracht. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen haben sich Solidarität als gesellschaftlicher Wert und Anpassungsbereitschaft tief im Bewusstsein ihrer Bevölkerung verankert. Allerdings setzt die Bereitschaft zur Unterstützung der künftig notwendigen Anpassungsschritte voraus, dass diese in ihren Leitlinien und Zielvorstellungen glaubhaft vermittelt werden und dabei deutlich wird, dass alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen fair involviert sind. Dies ist eine elementare, nicht-ökonomische Voraussetzung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Herausforderungen an eine „sozial gerechte“ Politik für Nordrhein-Westfalen führt kein Weg daran vorbei, Antworten auf unbequeme Fragen zu suchen. Wie kann der scheinbare Gegensatz zwischen Wachstumsstrategien und Verteilungsaufgaben aufgelöst werden? Wie können knapper werdende öffentliche Ressourcen sowohl zugunsten der Förderung von Wachstumspolen als auch zum Ausgleich des teils eklatanten wirtschaftlichen Gefälles im Land eingesetzt werden? Wie können Solidarität und ökonomische Effizienz besser in Einklang gebracht werden? Müssen der Sozialstaat und das von ihm vermittelte Verständnis von Gerechtigkeit neu justiert werden, indem beispielsweise die Gewährung von Sozialleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit an eine Gegenleistung in Form einer gemeinnützigen Tätigkeit, Weiterbildung oder intensiver Bewerbungsaktivitäten geknüpft wird?

Effizienz, soziale Gerechtigkeit und Solidarität gleichermaßen stärken

Eine Wirtschaftspolitik für „Nordrhein-Westfalen 2025“ muss das Ziel verfolgen, durch nachhaltig wirksame Reformschritte Effizienz, soziale Gerechtigkeit und Solidarität gleichermaßen zu stärken. Die Gestaltung der notwendigen Anpassungs- und Modernisierungsprozesse muss in besonderer Weise auf die Stärken und Traditionen des Landes abgestellt sein und vor allem auf Aspekte von Teilhabe und sozialer Kohäsion Rücksicht nehmen. Dies gilt gleichermaßen für die Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen des Landes und die sozial verträgliche Bewältigung des fundamentalen Struktur-

Die auf das Land zukommenden Veränderungen bieten den Menschen auch neue Chancen.

wandels in den Städten wie auch für die Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die Eröffnung fairer Bildungschancen oder die Bewältigung von Alterungsprozessen innerhalb der Gesellschaft.

Die auf das Land zukommenden Veränderungen stellen keine Bedrohung dar, sondern sind gestaltbarer Fortschritt, der den Menschen neben Anpassungsnotwendigkeiten auch neue Chancen zur Realisierung individueller Lebensperspektiven bietet. Neu ist nicht der Veränderungsprozess als solcher, sondern allenfalls das Tempo, in dem er sich vollzieht. Nicht immer lässt

es sich verhindern, dass Menschen dabei Verluste hinnehmen müssen. Damit diese Verluste nicht dauerhaft, sondern schlimmstenfalls vorübergehend auftreten, kommt der Bildungs- und Sozialpolitik eine zentrale Aufgabe als Flankenschutz für die Veränderungsprozesse zu.

In einer heterogener gewordenen und weiter werdenden Gesellschaft müssen die Bildungssysteme „Schritt halten“, um nicht am tatsächlichen Bedarf der Märkte vorbei „nicht berufsbefähigte“ Absolventen in die Arbeitswelt zu entlassen. Die Anforderungen an den Faktor Arbeit werden sich fundamental verändern, indem die Qualifikationsanforderungen steigen und in einer bislang oft noch stark industriell geprägten Arbeitsgesellschaft für massiven Anpassungsdruck sorgen. Die Systeme von Weiterbildung, Umschulung, Ausbildung und Schulbildung müssen auf die geänderten Anforderungen reagieren, indem sie beispielsweise Kompetenzen im Umgang mit neuen Technologien und Informationen sowie globalen Zusammenhängen (Fremdsprachen, interkulturelle Handlungsfähigkeit) an die Stelle von schnell veraltendem Spezialistentum setzen.

Dem Individuum wird künftig eine weit größere Bereitschaft zu beruflicher Mobilität und Flexibilität am Arbeitsplatz abverlangt werden. Gleichzeitig wachsen auch die Anforderungen an die räumliche Mobilität. Das „Normalarbeitsverhältnis“ wird für immer weniger Menschen eine gesicherte Perspektive darstellen und selbst in Bezug auf den Wandel der Arbeitsinhalte immer dynamischer werden. Mit Recht kann von einer Flexibilisierungszumutung für die Menschen gesprochen werden, die in bemerk-

enswertem Kontrast zu den vielfältigen Erscheinungen institutioneller Erstarrung und Bürokratisierung steht.

In dieser Konstellation muss einerseits die Bildungspolitik ihrer Aufgabe gerecht werden, weitgehende Chancengerechtigkeit auch für benachteiligte soziale Gruppen herzustellen. Gleichzeitig muss die Sozialpolitik als „Schmiermittel“ für Mobilität und Flexibilität wirken, also stärker gestaltend statt nur bewahrend agieren. Die Politik muss aber zugleich vor allem auf den substanziellen Beitrag auch der Unternehmen in Form einer technologischen und organisatorischen Ermöglichung dezentraler Arbeitsformen bauen können. Anreize zur Stimulation räumlicher Mobilität sind zwar prinzipiell ein Mittel aktiver Arbeitsmarktpolitik. Sie dürfen jedoch den familiären Zusammenhalt und die soziale Leistungsfähigkeit der Familien nicht gefährden. Auf den erheblichen gesellschaftlichen Beitrag der Familien in Form von Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegeleistungen wird die Gemeinschaft in Zukunft stärker denn je angewiesen sein. Durch individualisierte Arbeitsformen und Technologieeinsatz können gezielt neue Perspektiven für die Vereinbarung von Familie, Beruf und Freizeit/Konsum erschlossen werden.

Teamstrukturen verdrängen Hierarchien

Steigende Flexibilisierungsanforderungen machen sich auch im Bereich der Arbeitsorganisation bemerkbar. Triebfeder sind moderne Produktionstechnologien, die anstelle der standardisierten Massenproduktion die kundenspezifische Produktion ermöglichen. Die daraus resultierende Vielfalt an Produkti-

Friedrich Merz (oben), Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (unten)



onsmöglichkeiten erfordert einen neuen Typus von Arbeitnehmern, die selbstständig und eigenverantwortlich in der Lage sind, individuelle Kundenwünsche zu ermitteln und für deren Umsetzung zu sorgen. Die Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation sind bereits seit geraumer Zeit zu spüren und werden sich in Zukunft noch weitaus deutlicher abzeichnen. Beinahe unmerk-

Die neuen Produktionsmöglichkeiten erfordern einen neuen Typus von Arbeitnehmer.

lich werden Hierarchien durch das Handeln in Teamstrukturen verdrängt. An die Stelle von Handlungsanweisungen treten Zielvereinbarungen. Gewinnabhängige Gehaltsbestandteile erlangen einen immer größeren Stellenwert. Unternehmerische Risiken werden damit zunehmend auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Gefordert ist unternehmerisches Denken der Arbeitnehmer statt starr organisierter Mitbestimmung. Begleitet wird dies konsequenterweise von neuen Formen der Entlohnung, wie etwa der Mitarbeiterbeteiligung. All dies trägt dazu bei, den alten Gegensatz von Arbeit und Kapital zu verwischen, unterstreicht zugleich aber auch den Stellenwert, den eine sozial verantwortliche und nachhaltige Standortpolitik der Unternehmen gerade in einem Land wie Nordrhein-Westfalen besitzt bzw. erlangen muss. In dem Maße, wie die Mitarbeiter zu Kapitaleignern werden, wird eine standorttreue Entwicklung von Firmen und die Investition in die Weiterbildung von Belegschaften wichtiger.

Die europäische Einigung und grenzüberschreitende Verflechtung der Arbeitsmärkte wird den Wettbewerbsdruck auf den Standort NRW erheblich vergrößern, aber auch in wachsendem Maße Beschäftigungschancen im grenznahen Raum ohne den Zwang zum Wechsel von Wohnort und sozialem Umfeld eröffnen. Der bereits heute spürbare Fachkräftemangel wird ebenso wie die aufgrund der Alterungsprozesse potenziell rückläufige Innovationsdynamik für ein Land, das unter dem Eindruck des unausweichlichen Strukturwandels auf Zukunftstechnologien setzen muss, eine besondere Herausforderung darstellen und nicht zuletzt Maßnahmen zur besseren ökonomischen Integration des Potenzials von Frauen und Zuwanderern erfordern.

Soziale Sicherung ist unverzichtbar

Die Veränderungen erfassen darüber hinaus auch den Sozialstaat in besonderer Weise. Gerade aufgrund der wachsenden Anforderungen an Qualifikation und Flexibilität muss das besondere Augenmerk denjenigen gelten, die diesen Anforderungen nicht hinreichend gewachsen sind. Hier ist ein schwieriger Trade-off zu bewältigen. Soziale Sicherung ist unverzichtbar, darf aber nicht dazu führen, dass die vorhandenen Erwerbschancen zerstört werden. Insbesondere im Segment der gering qualifizierten Arbeit sorgt eine falsche Anreizstruktur bislang dafür, dass gegebene Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit vielfach ungenutzt bleiben und stattdessen auf das vergleichsweise hohe Niveau der staatlichen Transferleistung vertraut wird. Da eine Senkung des Sozialleistungsniveaus nicht in Betracht kommen kann, setzt die Teilhabegesellschaft eine Entscheidung

darüber voraus, inwieweit Arbeitssuchende nicht allein durch verstärkte Vermittlungsanstrengungen, sondern auch auf dem Weg einer modifizierten Anreizstruktur wieder in Erwerbsarbeit gebracht

Soziale Sicherung ist unverzichtbar, darf aber nicht dazu führen, dass die vorhandenen Erwerbschancen zerstört werden.

werden können, die an dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung anknüpft.

Es muss neu vermittelt werden, dass dieses Prinzip der Grundpfeiler nachhaltiger sozialer Solidarität ist. Angewandt auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat, ist Solidarität als ein Prozess auf Gegenseitigkeit anzusehen, der erwerbsfähige Beziehende von Sozialtransfers in die Pflicht zur Gegenleistung in Form von Arbeit nimmt und zugleich den Bedürftigen gegenüber großzügig handelt. Dieses faire Prinzip ist politisch positiv vermittelbar, zumal es zu einem deutlichen Beschäftigungszuwachs bei gleichzeitig massiven Einsparpotenzialen führt. Nordrhein-Westfalen sollte deshalb für dieses Konzept politisch werben. Die Überzeugungskraft der Argumente zugunsten einer solchen Strategie wird dabei umso größer sein, je glaubwürdiger das politische Engagement an anderer Stelle ist, insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung von Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mit Blick auf Chancengerechtigkeit, Bildung

und Ausbildung. Erst „im Paket“ resultiert hieraus eine Philosophie sozialer Nachhaltigkeit. Dagegen liefert ein gesetzlicher Mindestlohn nur scheinbar einen Beitrag zu sozialer Solidarität. Er stellt de facto weder ein Instrument zur Förderung der Beschäftigungsaufnahme noch zur Einkommensumverteilung und Bekämpfung von Armut dar.¹

Die ökonomische Landschaft von NRW 2025 wird stärker, als dies heute der Fall ist, von weichen Arbeitsmarktfaktoren gekennzeich-

net sein. Dies ist Ausdruck einer voranschreitenden Individualisierung der Arbeitswelt und erweiterter Möglichkeiten zur Verwirklichung persönlicher Präferenzen in der Kombination von beruflicher und privater Welt im Sinne einer Work-Life-Balance.

ternehmen sind die Konsequenzen klar: Sie werden sich auf einen verschärften Wettbewerb um Mitarbeiter auch anhand solcher Kriterien einzustellen haben. Für die Politik bedeutet es, dass auch sie programmatisch umdenken und Flexibilität nicht nur einfordern, sondern auch anbieten muss. Das gilt etwa für die nachfrageorientierte (gut-scheinbasierte) Organisation der Kinderbetreuung oder die Individualisierung von Lebensarbeitszeit und Renteneintritt, für die Entbürokratisierung der Anerkennung aus-

sorgt und die Menschen dazu befähigt, die Zumutungen der wirtschaftlichen Flexibilisierung zu bewältigen. Der Staat wird diese Aufgabe nicht allein bewältigen können. Vielmehr muss sich die Gesellschaft darauf einstellen, dass der staatliche Gestaltungsspielraum aufgrund weltwirtschaftlicher Dynamik und europäischer Entscheidungskompetenzen ebenso rückläufig sein wird wie der Finanzierungsspielraum aufgrund unsicherer werdender Staatseinnahmen bei gleichzeitig größer werdenden Investitionsherausforderungen. Vor allem der demografische Wandel und die wachsenden Finanzierungsverpflichtungen im Rahmen der stark belasteten Alterssicherungssysteme werden die öffentlichen Haushalte in naher Zukunft unter Druck setzen, während NRW zugleich große Zukunftsinvestitionen in den Bildungssektor und die Familienförderung zu tätigen haben wird. Dies wird nicht nur eine Überprüfung der bislang praktizierten Subventionspolitik, sondern ganz allgemein eine Durchforstung des staatlichen Aktivitätenkanons erzwingen. Die praktizierte soziale Verantwortung der großen Unternehmen in NRW rückt damit unmittelbar ins Blickfeld. Der Modernisierungsprozess NRW 2025 ist eine große Gemeinschaftsaufgabe, deren Ziel darin bestehen muss, die auch weiterhin notwendigen Reformen in eine umfassende, faire Gesellschaftspolitik einzubetten.

Weiche Arbeitsmarktfaktoren kennzeichnen die ökonomische Landschaft von Nordrhein-Westfalen 2025 stärker als heute.

net sein. Dies ist Ausdruck einer voranschreitenden Individualisierung der Arbeitswelt und erweiterter Möglichkeiten zur Verwirklichung persönlicher Präferenzen in der Kombination von beruflicher und privater Welt im Sinne einer Work-Life-Balance.

Gesuchte hoch qualifizierte Arbeitnehmer werden künftig ihre Arbeitsplatzentscheidungen stärker anhand der gebotenen Extras in Form von Lebensqualität am Firmenstandort, flexibler Arbeitszeit, betrieblicher Kinderbetreuung, Heimarbeitsmöglichkeiten, Weiterbildungs-garantien etc. treffen. Für die Un-

ländischer Bildungs- oder Berufsabschlüsse wie auch für die Variabilität des lebenslangen Lernens, sei es in Form von Bildungssparkonten, „Ziehungsrechten“ für Weiterbildung, berufsbegleitenden Hochschulstudiengängen o. Ä.

Das gesellschaftliche Leitbild für NRW 2025 sollte Eigeninitiative und Leistungsgerechtigkeit großschreiben, ohne deshalb Solidarität kleinzuschreiben und die Ungleichheit von Einkommen und Lebenschancen zu forcieren. Dazu bedarf es einer familien-, alters- und integrationsfreundlichen Politik, die für weitgehende Chancengerechtigkeit

¹ Vgl. dazu aktuell Kai-Uwe Müller/Viktor Steiner, Mindestlohn kein geeignetes Instrument gegen Armut in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 22/2008, Berlin 2008.

1. NRW 2025: Strukturwandel als Chance begreifen

Das Land Nordrhein-Westfalen kann unbestritten auf Erfolge seiner Bemühungen um die Gestaltung des notwendigen Strukturwandels zurückblicken. Vielfach ist die Entwicklung und Ansiedlung von Dienstleistungsbranchen und Zukunftsindustrien bereits in ansehnlichem Umfang gelungen, der Investitionsstandort NRW hat eine Aufwertung erfahren, Innovationspotenziale wurden erschlossen. Die starke Präsenz von DAX-30-Unternehmen im Land zeigt, dass bei allen erkennbaren Schwierigkeiten die Stärken des Landes – etwa im Hinblick auf Infrastruktur, Arbeitnehmerqualifikation, Hochschuldichte, gesellschaftliche Solidarität und Lebensqualität – weiterhin ins Gewicht fallen.

Nordrhein-Westfalen ist Standort von 36 der nationalen und von 16 der europäischen Top100 der umsatzgrößten Unternehmen. Das Land kann zudem mit aller Berechtigung einige Superlative auf europäischer und nationaler Ebene vorweisen: die beste Autobahn-Infrastruktur und den größten Binnenhafen in ganz Europa sowie europäische Spitzenstellungen nicht nur bei der Stahlproduktion, sondern auch bei der Solarzellenherstellung, außerdem einen der wichtigsten deutschen Frachtflughäfen, zentrale deutsche Messestandorte etc. Diese Spitzenstellungen, die inzwischen erreichte Diversifizierung des nordrhein-westfälischen Industrie- und Dienstleistungsspektrums und andere vorteilhafte Entwicklungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land unverändert vor gravierenden Strukturproblemen steht.

Der Umbau des Landes vom Hort der alten Industrien zum Magneten der Moderne steht noch in den Anfängen und ist damit anfällig für Verwerfungen, wie sie aktuell durch den Rationalisierungsdruck auf in NRW tätige internationale Unternehmen oder durch deren Standortwechsel ins Ausland hervorgerufen werden. Trotz einer inzwischen bereits über dem Bundesdurchschnitt liegenden Dienstleistungsorientierung (fast 70 Prozent Anteil an realer Produktion insgesamt), einer Spitzenposition bei den ausländischen Direktinvestitionen und guten Wachstumsaussichten der bislang angesiedelten Zukunftstechnologien fällt der nur langsam

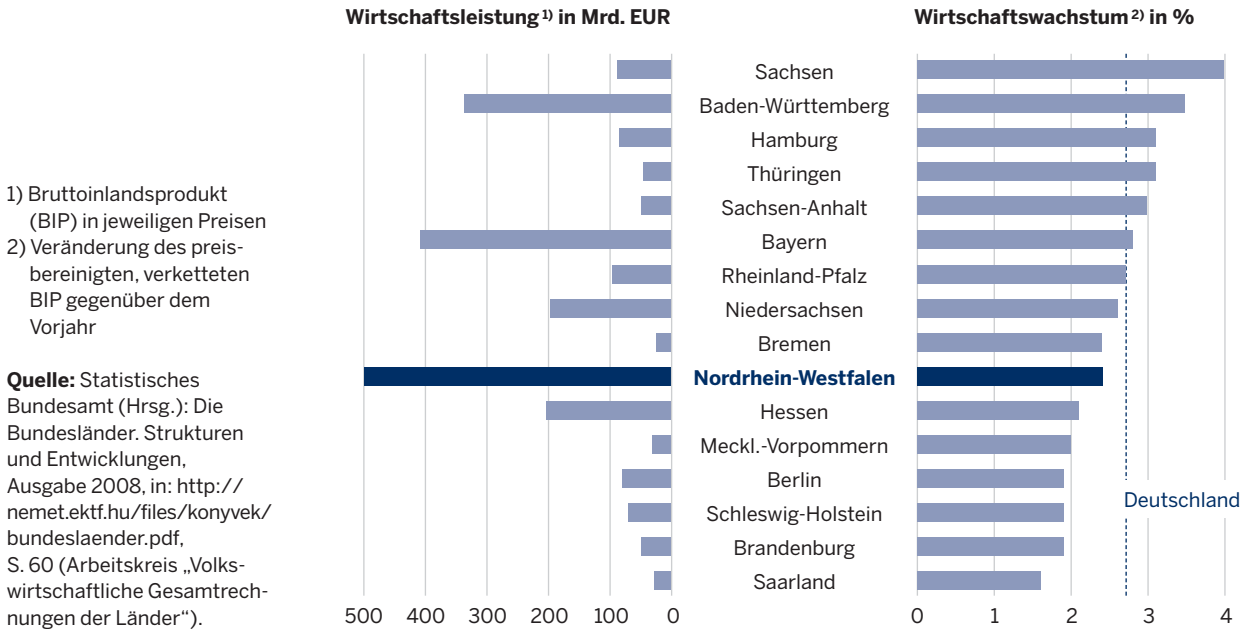
geringer werdende Rückstand von NRW bei den Wirtschaftszweigen mit besonderer Intensität von Forschung und Entwicklung ebenso auf wie der Nachholbedarf bei den wissensintensiven Dienstleistungen.

Der Umbau von Nordrhein-Westfalen ist noch anfällig für Verwerfungen.

Im Vergleich der Bundesländer schneidet der Arbeitsmarkt Nordrhein-

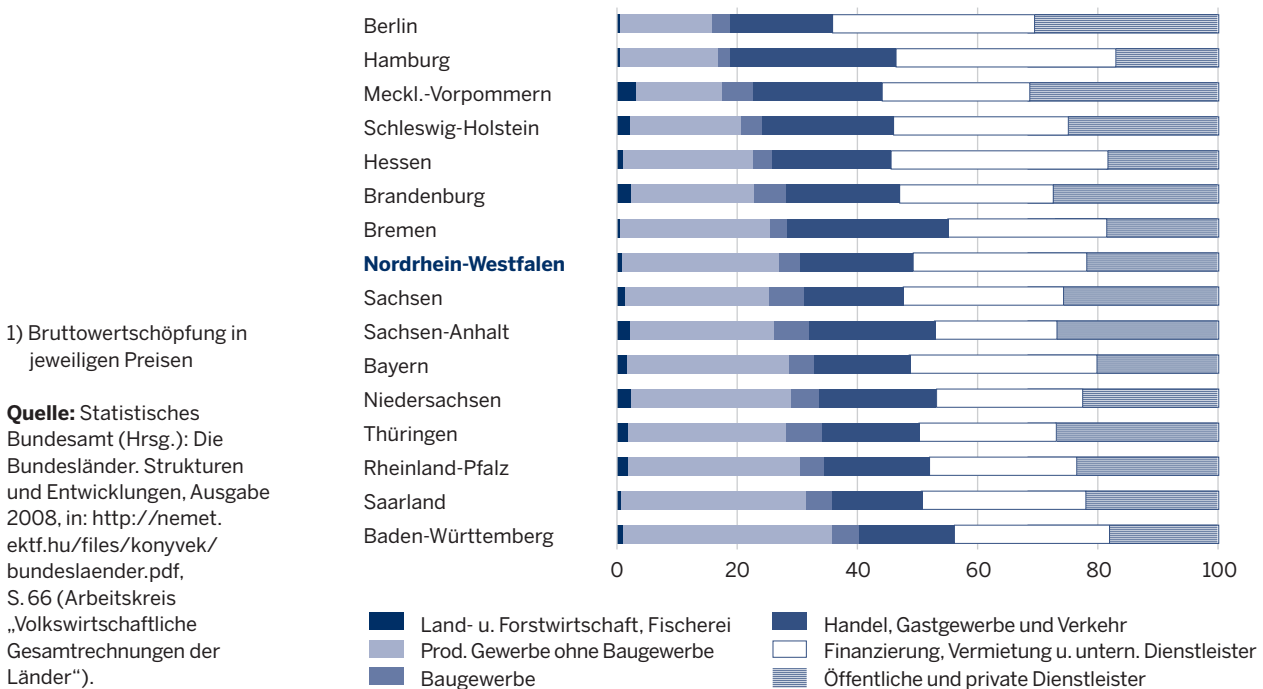
Westfalens gegenwärtig nur mäßig ab: Bei unterdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum ist NRW das Flächenland mit der höchsten Arbeitslosenquote und kommt beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit bislang noch schlecht voran.

Wirtschaftswachstum in NRW 2006 unter Bundesdurchschnitt



NRW bei Struktur und Dynamik der Wertschöpfung lediglich Durchschnitt (1) Bruttowertschöpfung¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen in den Bundesländern 2006

Anteile an der Bruttowertschöpfung¹⁾ insgesamt 2006 in %

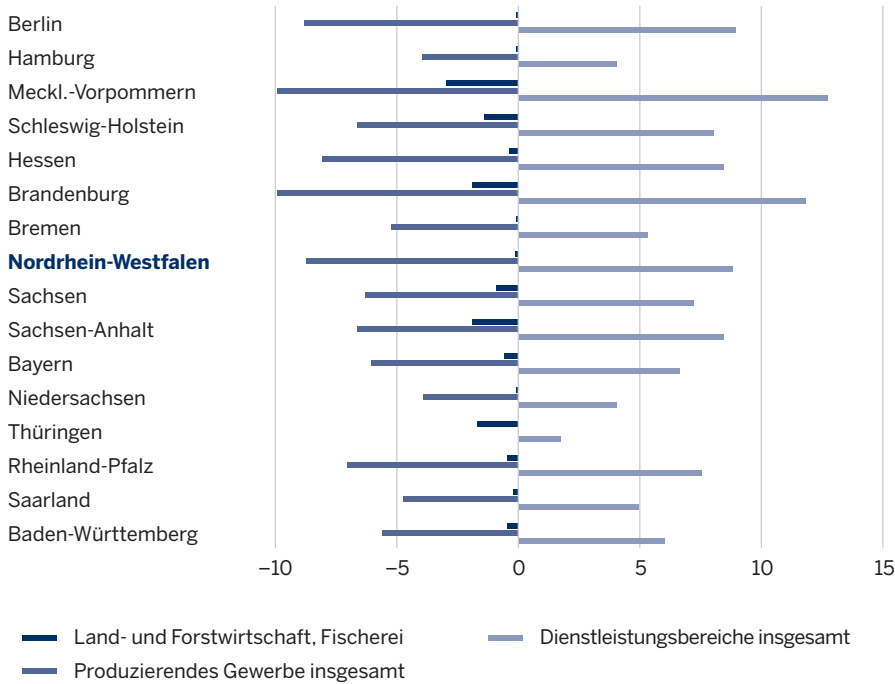


Beschäftigung

NRW bei Struktur und Dynamik der Wertschöpfung lediglich Durchschnitt (2)

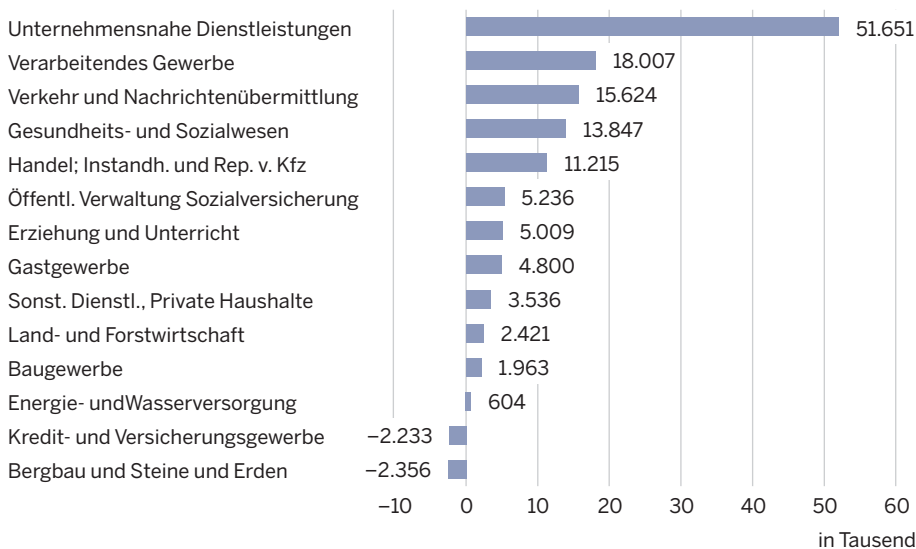
Bruttowertschöpfung¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen in den Bundesländern 2006

Veränderung 2006 gegenüber 1991 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bundesländer. Strukturen und Entwicklungen, Ausgabe 2008, in: <http://nemet.ektf.hu/files/konyvek/bundeslaender.pdf>, S. 66 (Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“).

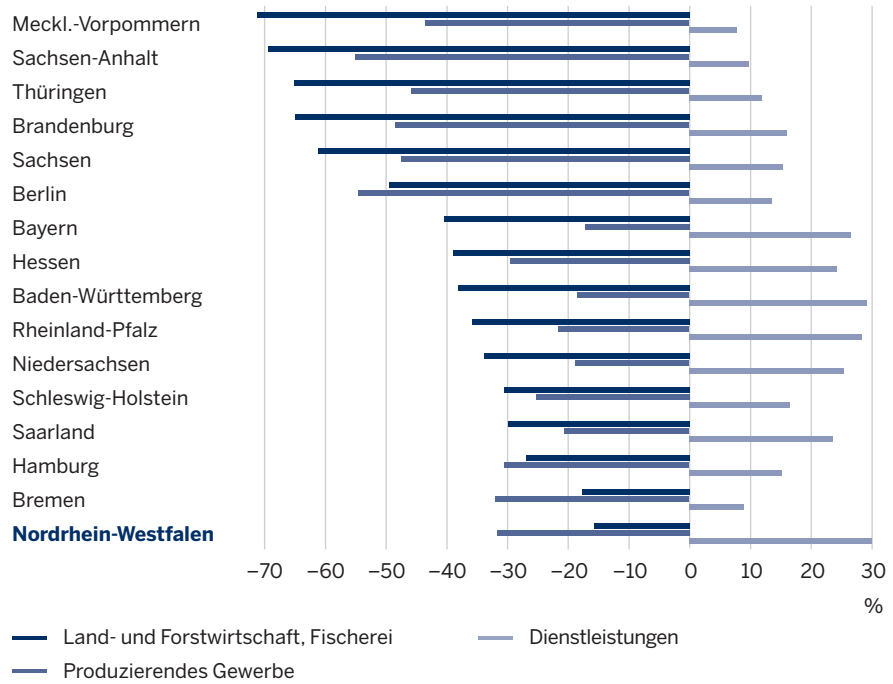
Veränderung der Beschäftigungsstruktur in NRW (2006–2007): Wachstum bei unternehmensnahen Dienstleistungen, aber auch im verarbeitenden Gewerbe, Verkehr und Gesundheit/Soziales



Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Arbeitsmarktreport NRW, 2. Quartalsbericht Juni 2008, S. 8.

Auch im Bundesvergleich relativ ausgeprägter Strukturwandel in NRW hin zum Dienstleistungssektor

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen nach Sektoren zwischen 1991 und 2006
Ergebnisse des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder¹⁾

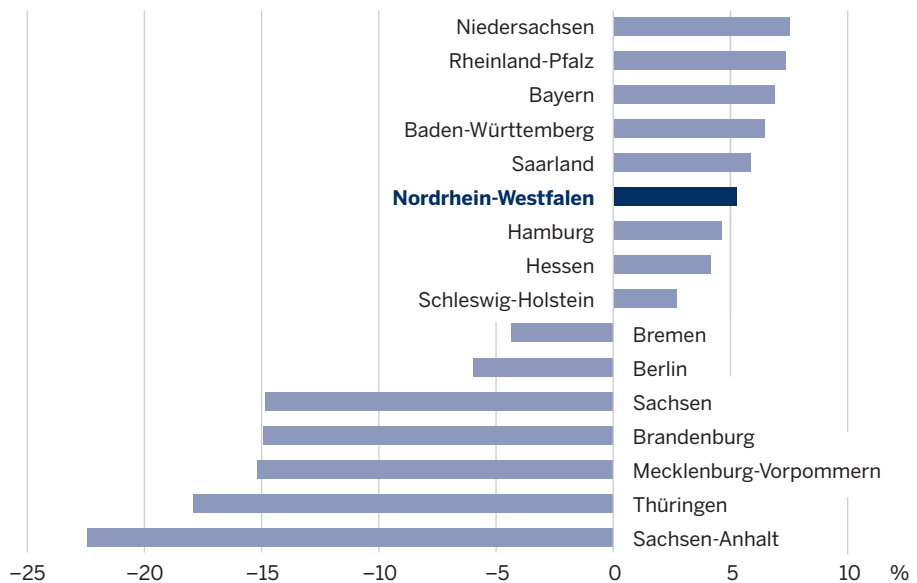


1) 2006 vorläufige Werte.
Rechenstand: August 2007

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bundesländer. Strukturen und Entwicklungen, Ausgabe 2008, in: <http://nemet.ektf.hu/files/konyvek/bundeslaender.pdf>, S. 77.

Wachstum der Beschäftigung im Ländervergleich: eher mäßige Entwicklung in NRW

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen zwischen 1991 und 2006
Ergebnisse des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder¹⁾



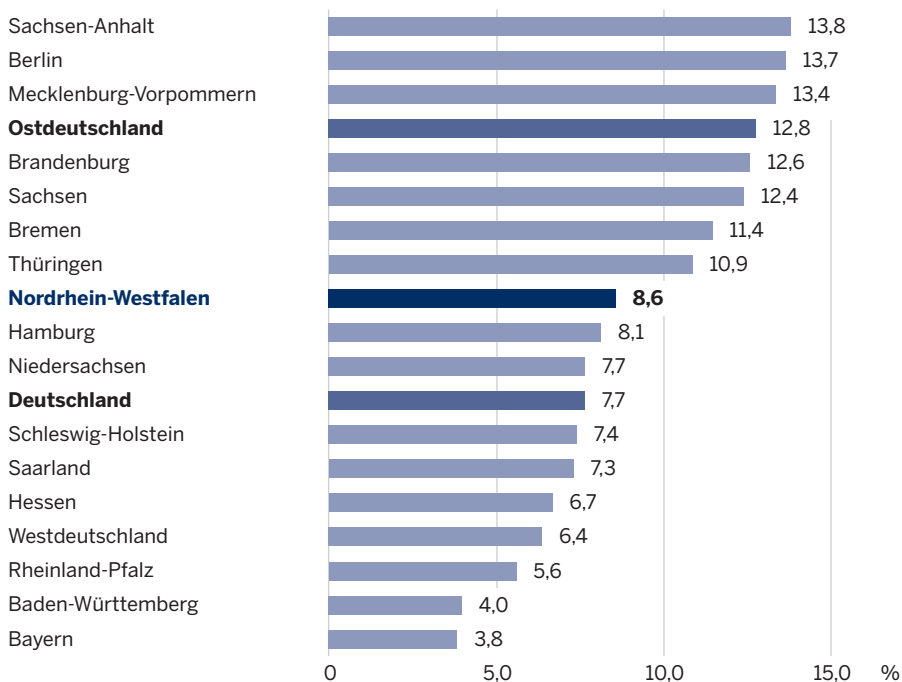
1) 2006 vorläufige Werte.
Rechenstand: August 2007

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bundesländer. Strukturen und Entwicklungen, Ausgabe 2008, in: <http://nemet.ektf.hu/files/konyvek/bundeslaender.pdf>, S. 76.



NRW westdeutsches Flächenland mit höchster Arbeitslosigkeit

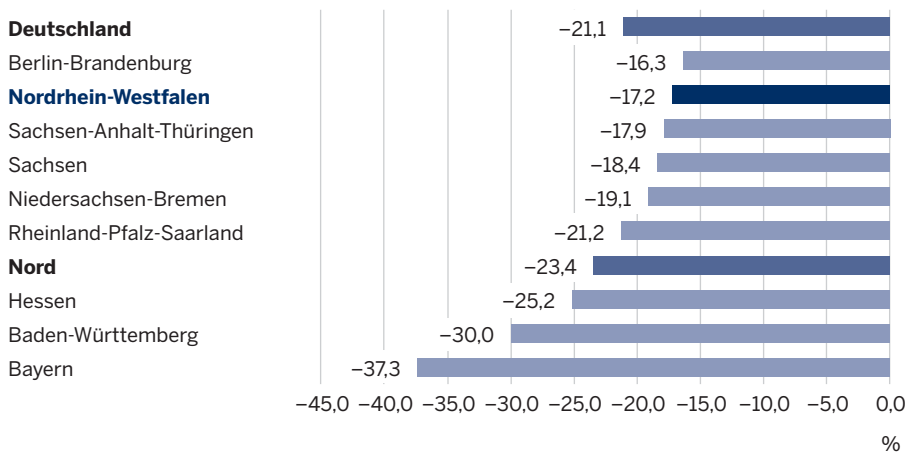
Arbeitslosenquote in % (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit erfolgt in NRW (2007–2008) besonders langsam

Langzeitarbeitslose nach Regionaldirektionen
(Veränderung in % gegenüber Vorjahresquartalsende)



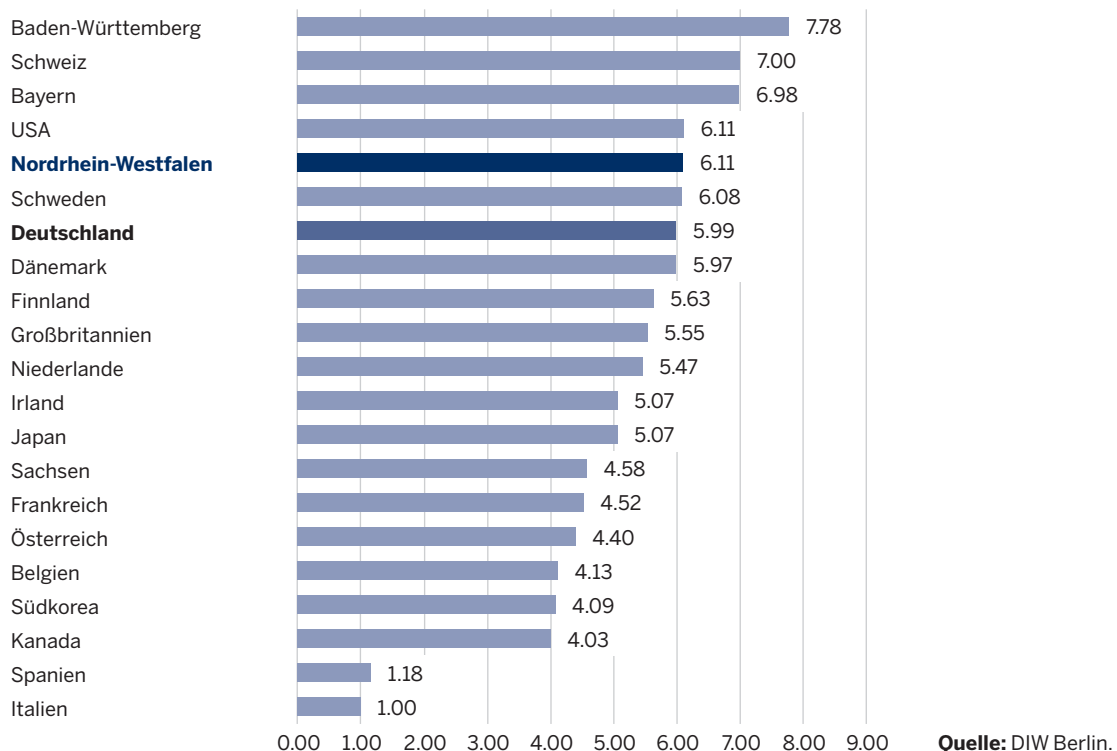
Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Arbeitsmarktreport NRW, 2. Quartalsbericht Juni 2008, S. 12.

Beschäftigung

Ein aktueller Gesamtindikator für die Innovationsfähigkeit von Deutschland und ausgewählten Bundesländern im internationalen Vergleich weist auch für Nordrhein-Westfalen auf die Probleme hin: Zwar ist das Land recht stark bei der Umsetzung einmal realisierter Innovationen in marktfähige Produkte, rangiert jedoch bei den fundamentalen Subindikatoren von Forschung/Entwicklung und Bildung deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (der sich seinerseits fern des internationalen Niveaus bewegt). Auch und gerade Nordrhein-Westfalen bringt zu wenige Hochqualifizierte aus

seinem Bildungsbetrieb hervor oder verliert diese nach absolvierter Ausbildung an andere Bundesländer bzw. das Ausland und verschärft damit das Risiko, dass fehlende Eliten einen Hemmschuh für die Entwicklung innovativer Unternehmen im Land und damit für Wachstum und Wohlstand bilden.² Die regelmäßige Erhebung und Veröffentlichung eines NRW-Innovationsindikators sowie die Einrichtung einer „Innovationsplattform NRW 2025“ könnten einen Beitrag zur Stärkung von Nordrhein-Westfalen als Land der Innovationen leisten.

DIW-Innovationsindikator: NRW bei „Umsetzung“ weit vorn

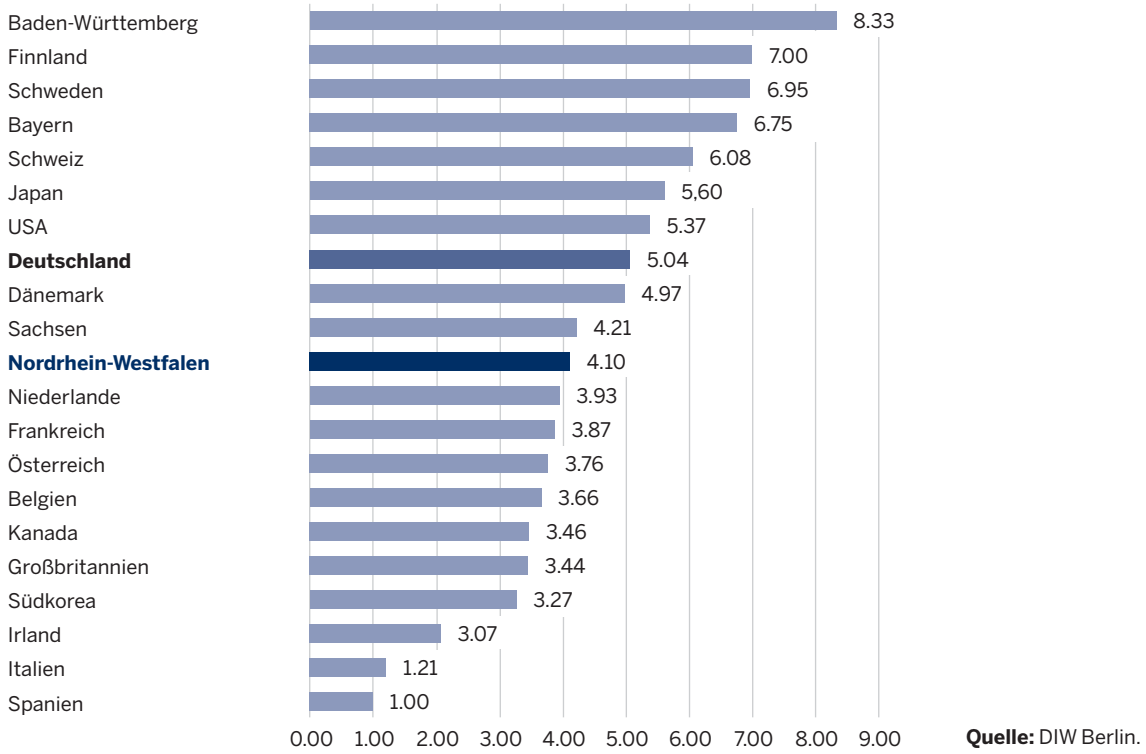


² Der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung und des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) entwickelte Indikator weist für Deutschland insgesamt eine stagnierende Entwicklung im Mittelfeld von 17 untersuchten Industriestaaten nach. Trotz inzwischen erreichter Fortschritte bei einzelnen Subindikatoren verhindert eine Negativtendenz im Hinblick auf Forschung/Entwicklung und Bildung eine bessere Position. Dieser Befund gilt explizit auch für Nordrhein-Westfalen. Vgl. DIW Berlin (Hrsg.), Innovationsfähigkeit – Deutschland weiterhin nur im Mittelfeld. DIW-Wochenbericht 48/2007. Berlin 2007.

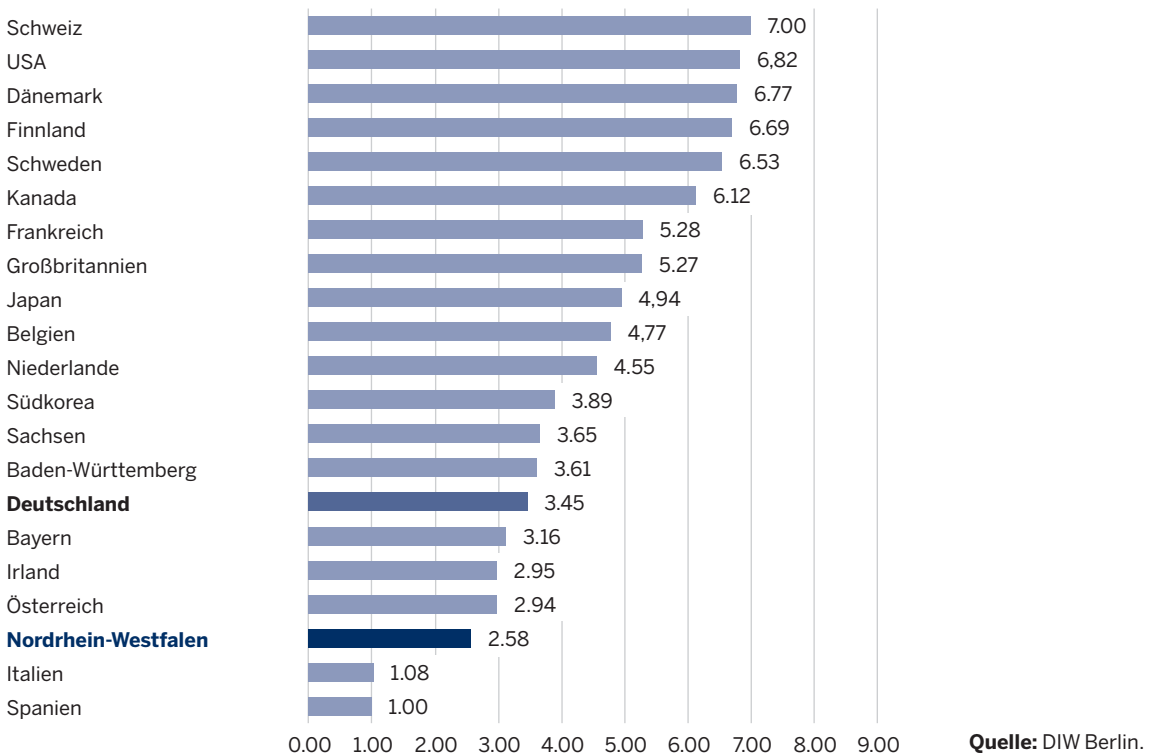
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann



DIW-Innovationsindikator: NRW bei „Forschung“ Mittelmaß



DIW-Innovationsindikator: NRW bei „Bildung“ weit im Hintertreffen



Bruttowertschöpfung je Einwohner in Düsseldorf 70 Prozent höher als in der Region Emscher-Lippe

Die regionalen Unterschiede bei der Wirtschaftsleistung innerhalb Nordrhein-Westfalens sind zum Teil erheblich. So lag die Bruttowertschöpfung je Einwohner in der Region Düsseldorf im Jahr 2006 um 70 Prozent über derjenigen in der schwächsten Region Emscher-Lippe. Auffallend ist, dass auf den hinteren Plätzen nicht nur die eher dünn besiedelten Gebiete, sondern auch altindustrielle Regionen im Zentrum des Bundeslandes rangieren. Im Vergleich zum Jahr 2000 konnten diese Regionen den Rückstand allerdings verringern, das regionale Gefälle nimmt gegenwärtig leicht ab.³ Ein Blick auf die Primäreinkommen der privaten Haushalte (Einkommen vor Steuern und Sozialbeiträge, ohne Sozialtransfers) zeigt ein ähnliches Bild. An der Spitze rangieren einige Kreise im Rheinland – am Ende der Skala vor allem altindustrielle Städte. Die regionalen Divergenzen fallen hier aufgrund von Effekten durch Arbeitskräftependeln generell geringer aus als bei der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung. Noch geringer ist die regionale Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen, da ein starker Regionalausgleich über die Sozialsysteme stattfindet. In beiden Fällen konnten die benachteiligten Regionen den Abstand seit 2000 verringern. Vieles – nicht zuletzt die Demografie – spricht dafür, dass diese Tendenz auch künftig moderat anhalten wird. Mobilitätsanreize und technischer Fortschritt könnten diese Entwicklung beschleunigen.

Dessen ungeachtet fällt vor allem das Ruhrgebiet in seiner wirtschaftlichen Entwicklung teils deutlich hinter andere Regionen von NRW zurück oder bewegt sich gar unterhalb des EU-Durchschnitts. Auch das Gründungsgeschehen, das etwa im Umfeld der Rheinschiene um Düsseldorf und Köln im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich intensiv ist und einen Hinweis auf auch künftig dort zu erwartende Wachstumsdynamik liefert, ist im Ruhrgebiet stark unterentwickelt.⁴ Die Schere zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung etwa der Rheinschiene und derjenigen des Ruhrgebiets droht sich in Zukunft noch weiter zu öffnen. Der Bal-

lungsraum des Ruhrgebiets ist im Vergleich nach wie vor zu stark abhängig von der Entwicklung der alten Industrien – und im Übrigen von einer staatlichen Subventionspolitik, die unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel etwa im Bereich der Kohleproduktion einen selbstständig nicht überlebensfähigen Industriezweig auch weiterhin fördert.

Das behutsame Abschmelzen des Subventionsumfangs in diesem Wirtschaftssegment sollte nicht den Blick darauf verstellen, dass Nordrhein-Westfalen hier nach wie vor langfristig Mittel bindet, die nur vordergründig energie- und sozialpolitischen Zielen dienen, in Wirklichkeit jedoch Innovationschancen und notwendige Anpassungsprozesse zugunsten der Aufrechterhaltung eines überlebten „Kohle-Konsenses“ zunichte machen. Es ist eine hypothetische Frage, wo Nordrhein-Westfalen heute stehen könnte, wären diese Subventionen inzwischen bereits in nachhaltige Wirtschaftsförderung und vor allem in das Bildungssystem investiert worden. Die sich – allein demografisch bedingt – abzeichnenden Finanzierungsengpässe im Landeshaushalt werden das Land in jedem Fall schon sehr bald vor die Aufgabe stellen, seine Subventionspolitik grundsätzlich neu zu formulieren.

Mit einer Landesstrategie die Möglichkeiten kreativ nutzen

Obendrein erzwingt der unter dem Einfluss von Globalisierung und Kompetenzenverlagerung auf die europäische Ebene eingeschränkte Handlungsspielraum von nationaler und regionaler Politik umso mehr eine Strategie auf Landesebene, die die ihr verbliebenen Möglichkeiten kreativ nutzt, um ein Maximum an Nachhaltigkeit zu erzielen. Hierbei wird es beispielsweise darum gehen müssen, Spitzentechnologien im Bereich der Energieforschung in NRW zu bündeln, die Hochschulen auch durch privatwirtschaftliches Engagement vom Damoklesschwert der Unterfinanzierung zu befreien, Kompetenzcluster (z. B. Aachen/Jülich) zu bilden und ein landeseigenes Stipendienprogramm für hoch qualifizierte Studierende mit Wohnsitz im Land aufzulegen

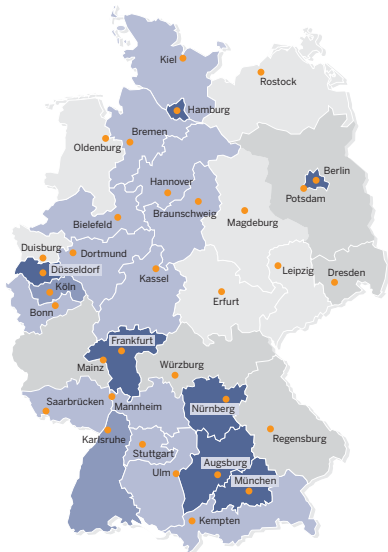
³ Um das Ausmaß der regionalen Unterschiede zu messen, kann der so genannte Hoover-Ungleichheitskoeffizient herangezogen werden. Bei den Raumordnungsregionen ergibt sich für die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung des Jahres 2006 ein Wert von 6.5. Es müssten also 6,5 % der Wirtschaftsleistung regional umverteilt werden, damit alle Regionen auf dieselbe Wertschöpfung je Einwohner kommen. Nordrhein-Westfalen nimmt unter den westdeutschen Flächenstaaten bei dieser Maßzahl zusammen mit Niedersachsen eine mittlere Position ein. Geringer ist sie in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, deutlich höher in Bayern und Hessen.

⁴ Udo Brixy/Rolf Sternberg/Heiko Stüber, An manchen Orten fällt das Gründen leichter. IAB-Kurzbericht 10/2008, Nürnberg 2008.

Existenzgründungen: Zu wenig Dynamik im Ruhrgebiet – hohe Intensität an der Rheinschiene

Raten 2002 bis 2006 in 33 deutschen Regionen:

Potenzielle Gründer



Anteile der potenziellen Gründer in Prozent der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung (jährliche Mittelwerte)

-
-
-
-
-

() = Anzahl der Regionen

Arithmetisches Mittel = 7,18
 Variationskoeffizient = 21,87 %
 Minimaler Wert = 4,04
 Maximaler Wert = 10,62

Werdende Gründer



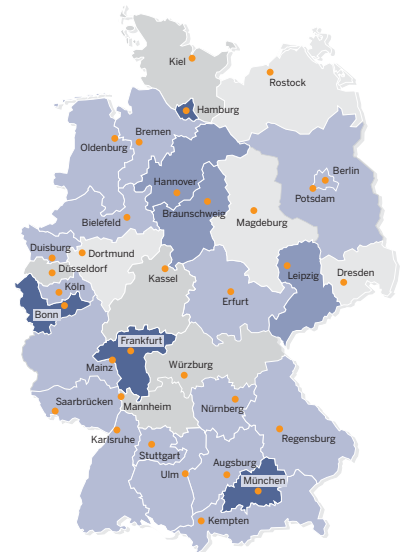
Anteile der werdenden Gründer in Prozent der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung (jährliche Mittelwerte)

-
-
-
-
-

() = Anzahl der Regionen

Arithmetisches Mittel = 2,97
 Variationskoeffizient = 28,28 %
 Minimaler Wert = 1,73
 Maximaler Wert = 5,02

Jungunternehmer



Anteile der Jungunternehmer in Prozent der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung (jährliche Mittelwerte)

-
-
-
-
-

() = Anzahl der Regionen

Arithmetisches Mittel = 2,34
 Variationskoeffizient = 32,48 %
 Minimaler Wert = 0,73
 Maximaler Wert = 4,19

Quelle: Udo Brixy/Rolf Sternberg/Heiko Stüber, An manchen Orten fällt das Gründen leichter. IAB-Kurzbericht 10/2008. Nürnberg 2008 (GEM-Bevölkerungsbefragungen 2002–2006).

sowie die Zusammenarbeit von Nordrhein-Westfalen mit den Beneluxstaaten systematisch voranzutreiben.

Zurzeit ist Nordrhein-Westfalen zugleich Energieerzeuger und -verbraucher Nr.1 in Deutschland. Mit Blick auf die befristete Verfügbarkeit fossiler Energieträger muss sich das Land dennoch bald umstellen. Sollen dabei Aspekte von Umwelt- und Klimaschutz nicht zu kurz kommen, wird kein Weg an der intensivierten Förderung

erneuerbarer Energien vorbeiführen, wobei Nordrhein-Westfalen ein besonderes Profil in der Wasserstofftechnologie gewinnen könnte. Generell könnte sich das Land zum Ziel setzen, zum wichtigsten Energieinnovationsstandort in Europa aufzusteigen, denn es verfügt hierzu über hervorragende Ausgangsbedingungen. Dabei sollte sehr wohl auch die weitere Erforschung der Kernenergie und der Reaktorsicherheit auf der Agenda stehen. Unter Energieeffizienzgesichtspunkten

Prof. Dr. Paul Schnabel (oben), Prof. Dr. Wolfgang Streeck (unten)



Beschäftigung

wird der Entwicklung intelligenter Verkehrsleitsysteme ebenso große Bedeutung zukommen müssen wie einer Revitalisierung des öffentlichen Nahverkehrs.

Der Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen ist in besonderer Weise geeignet, die bestehenden Kooperationen des Landes mit den Beneluxstaaten auszubauen. Hochschulpartnerschaften und -austauschprogramme, gemeinsame Forschungsprojekte und die Entwicklung von Zukunftstechnologien können der Wegbereiter von Synergien sein, die bis hin zur Vernetzung der grenznahen Arbeitsmärkte denkbar sind. Nordrhein-Westfalen, die Niederlande und Belgien stehen hinsichtlich des Strukturwandels vor sehr ähnlichen Herausforderungen, die darüber hinaus aber auch eine politisch initiierte, umfassende Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes nahelegen.

So könnten die Modernisierung des Bahnverkehrs („Eiserner Rhein“) und die Konzeption einer NRW-Benelux-Logistikdrehscheibe ebenso wie der Hochwasserschutz als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Die Initiativen des Landes in Richtung Kooperation mit den Beneluxstaaten sind angesichts der

traditionellen Bedeutung des Import- und Exportgeschäfts mit dieser Region richtig und sollten auch institutionell im Sinne einer zentralen Anlauf- und Informationsstelle für interessierte Unternehmen gebündelt werden.

Im Übrigen sollte Nordrhein-Westfalen als das industrielle Kernland der Bundesrepublik und Standort zahlreicher großer Kapitalgesellschaften ein besonderes Interesse an der Entwicklung innovativer Modelle für die Kapitalbildung und Gewinnbeteiligung auf Arbeitnehmerseite haben. Die Schere zwischen Arbeitseinkommen und Kapitaleinkünften lässt sich am ehesten auf diesem Wege schließen. Gerade in Zusammenarbeit mit den ansässigen Unternehmen stehen dem Land hier viele Möglichkeiten offen, die Nordrhein-Westfalen bundesweit auch in dieser Hinsicht in eine Vorreiterrolle bringen können. Zugleich kann hieran anknüpfend als zweite Option der „Kapitalbildung“ auch eine Strategie zur Humankapitalbildung „in Arbeitnehmerhand“ konzipiert werden: Mitarbeiter investieren in die eigene Weiterbildung als Beitrag zur Steigerung der betrieblichen Produktivität und erhalten hierfür eine entsprechende Förderung.

2. NRW 2025: Herausforderungen des demografischen Wandels meistern

Der demografische Wandel birgt für Nordrhein-Westfalen neben erheblichen Risiken und Anpassungsnotwendigkeiten auch neue Chancen. Es wäre deshalb falsch, die heranziehenden Veränderungen lediglich als ein defensiv zu verhandelndes Schicksal zu begreifen. Die Politik steht hier vor einer Doppelaufgabe: die Probleme aufgrund der unentzerrbaren Alterungsprozesse zu meistern, zugleich aber auch die vorteilhaften Perspektiven aufzuzeigen und zu gestalten. So steckt etwa in der Entwicklung altersgerechter Dienstleistungssysteme und Produkte ein erhebliches Innovationspotenzial, das sich einer nennenswerten Nachfrage und Kaufkraft der Zielgruppe sicher sein kann. Auch die Gesundheitswirtschaft kann für sich bedeutende Wachstumschancen erschließen. Gerade angesichts der für einzelne Regionen von NRW besonders spürbaren Probleme der Alterung wird es umso mehr darauf ankommen, die sich bietenden Potenziale auszuschöpfen. Dies kann nicht allein Sache der Politik sein, aber sie wird hier die Führung übernehmen müssen.

Das Land wird bis 2025 aus heutiger Sicht – ungeachtet moderater Zuwanderung – mit einem Bevölkerungsrückgang von insgesamt deutlich über 600.000 Perso-

nen zu rechnen haben.⁵ Dieser Rückgang wird bis 2020 noch nicht zulasten der ländlichen Regionen und Landkreise gehen (die im Gegenteil bis dahin noch einen leichten Bevölkerungsanstieg verzeichnen dürften), sondern vor allem die Städte betreffen. Als

Es gilt, die Probleme der Überalterung zu meistern und gleichzeitig positive Perspektiven zu gestalten.

Ursachen hierfür sind u. a. die niedrigen Geburtenraten in den Städten in Kombination mit den dort gleichfalls geringeren Zuwanderungsgewinnen zu nennen. Die Altersstrukturverschiebung wird dagegen landesweit stark zu spüren sein und sich gerade in den Landkreisen im Sinne eines „Nachholprozesses“ überdurchschnittlich beschleunigen. Während dies den Kreisen jedoch

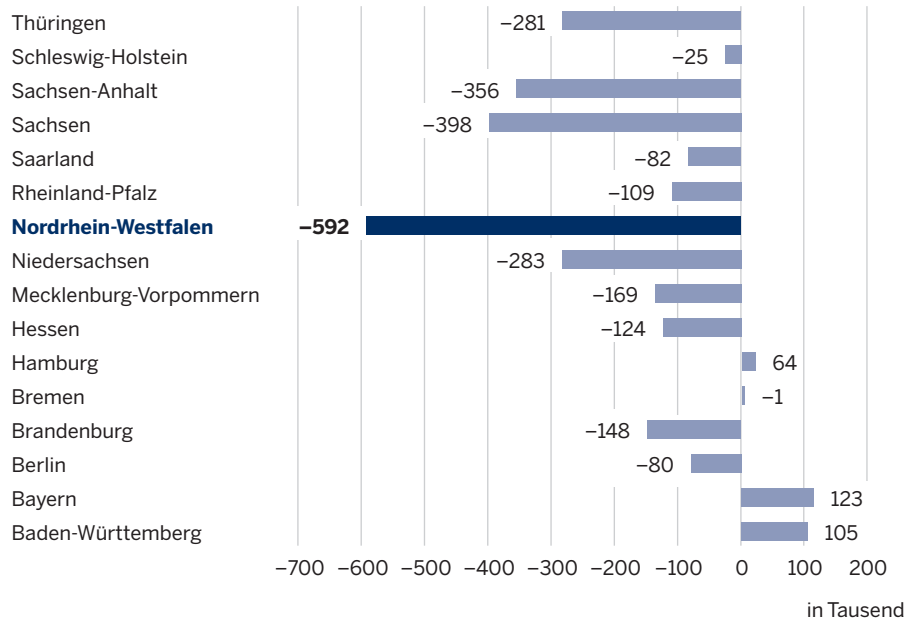
noch etwas Zeit belässt, sich auf die alterungsbedingten Effekte einzustellen, stehen die Städte vor diesem Problem schon heute und müssen eine weitere Verschärfung ihrer demografischen Situation einkalkulieren. Städte wie Duisburg, Essen, Gelsenkirchen werden mit einem Bevölkerungsschwund von mehr als 10 Prozent bis 2020/2025 zu rechnen haben, der durch die Alterung der Bevölkerung und stark sinkende Zahlen in den Altersgruppen der bis 40-Jährigen in seiner Wirkung noch akzentuiert werden wird. Vor demselben Problem werden kreisfreie Städte wie Hagen, Krefeld oder Wuppertal stehen.⁶

⁵ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden 2007. Die Berechnungen der Statistischen Ämter liefern ein umfassendes Bild des demografischen Wandels. Für NRW rechnen die Statistiker bis zum Jahr 2020 mit einem Rückgang der Bevölkerung um 592.000 Personen (Seite 21). Dabei werden u. a. ein ab dem Jahr 2008 konstant positiver Wanderungssaldo von 100.000 Neuzuwanderern und eine weitgehend konstante Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau unterstellt.

⁶ Vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Auswirkungen des demografischen Wandels. Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 25. Düsseldorf 2005, S. 24–27.

Demografisch bedingter Bevölkerungsrückgang in den deutschen Bundesländern

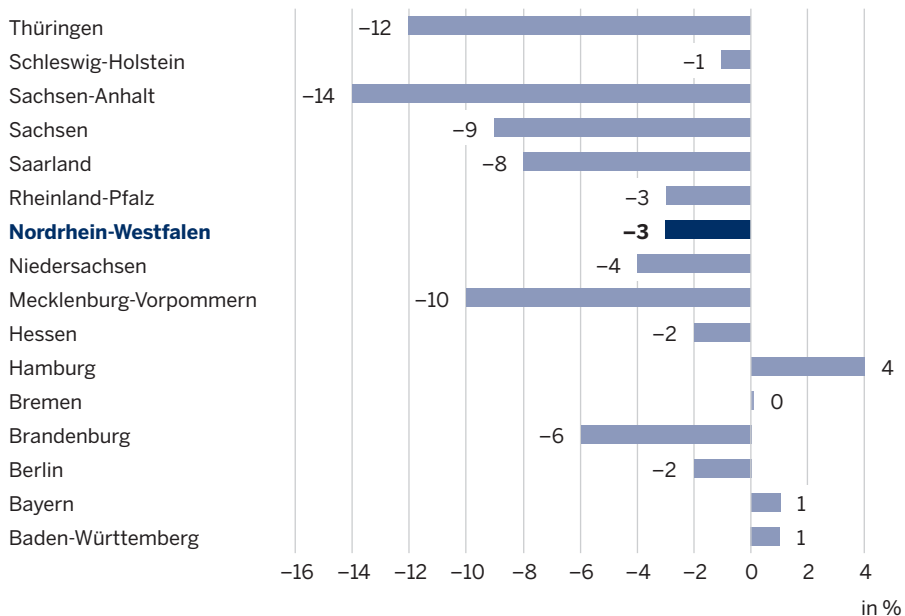
Absolute Veränderung der Bevölkerung 2020 gegenüber 2005 in Tausend



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden 2007, in: <https://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021430>, S. 21.

Demografisch bedingter Bevölkerungsrückgang in den deutschen Bundesländern

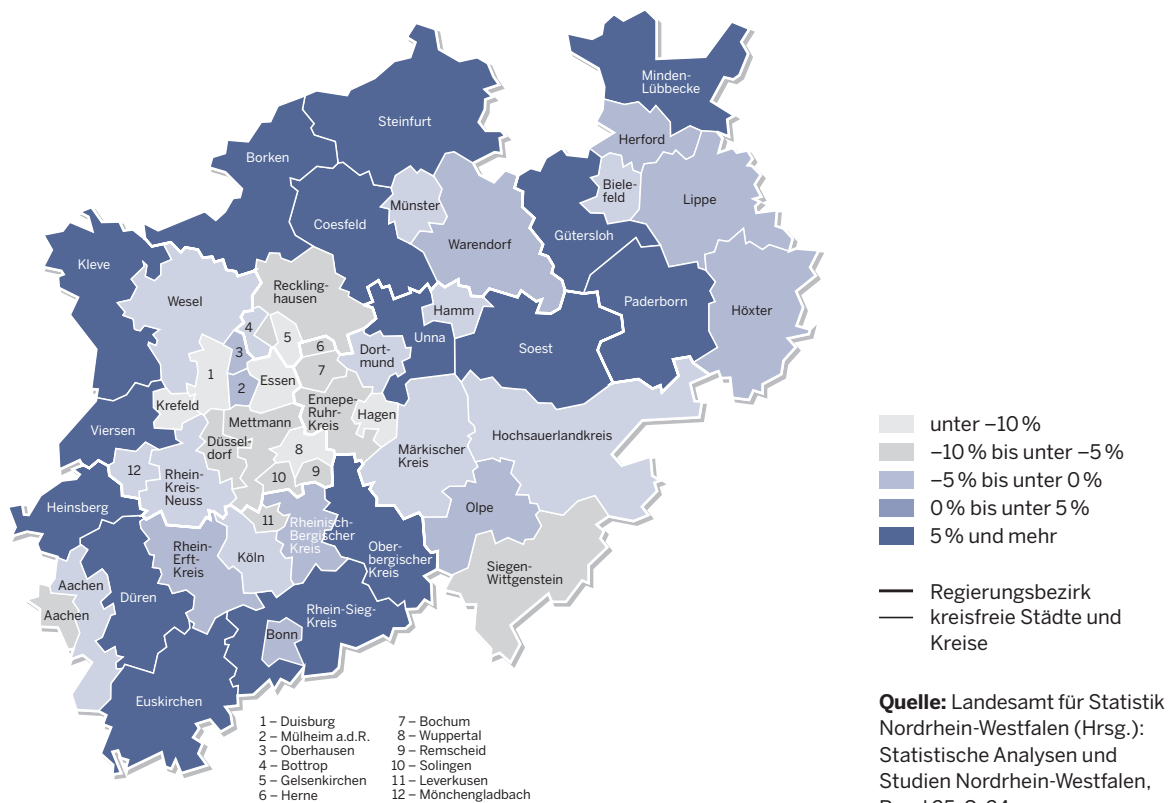
Veränderung der Bevölkerung 2020 gegenüber 2005 in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden 2007, in: <https://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021430>, S. 21.

Nordrhein-Westfalen: Bevölkerungsrückgang vor allem in den Städten

Bevölkerung – Voraussichtliche Veränderung 2020 gegenüber 2002



Die rückläufigen Einwohnerzahlen ziehen unweigerlich ein schrumpfendes Volumen an Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 65 Jahren nach sich, während die Alterungsprozesse zu einem Anstieg des Durchschnittsalters der Unternehmensbelegschaften führen werden. Dies unterstreicht die Dringlichkeit von frühzeitig greifenden Weiterbildungsprogrammen auf Unternehmensebene (unter Aktivierung auch der Hochschulen) und von gleitenden Formen des Ruhestandseintritts, die (bei versicherungsmathematisch fairen Rentenaboder -zuschlägen) stärker auf die individuelle Lebensplanung der Beschäftigten abgestellt sind und sich insoweit von hergebrachten Altersgrenzeregelungen lösen.

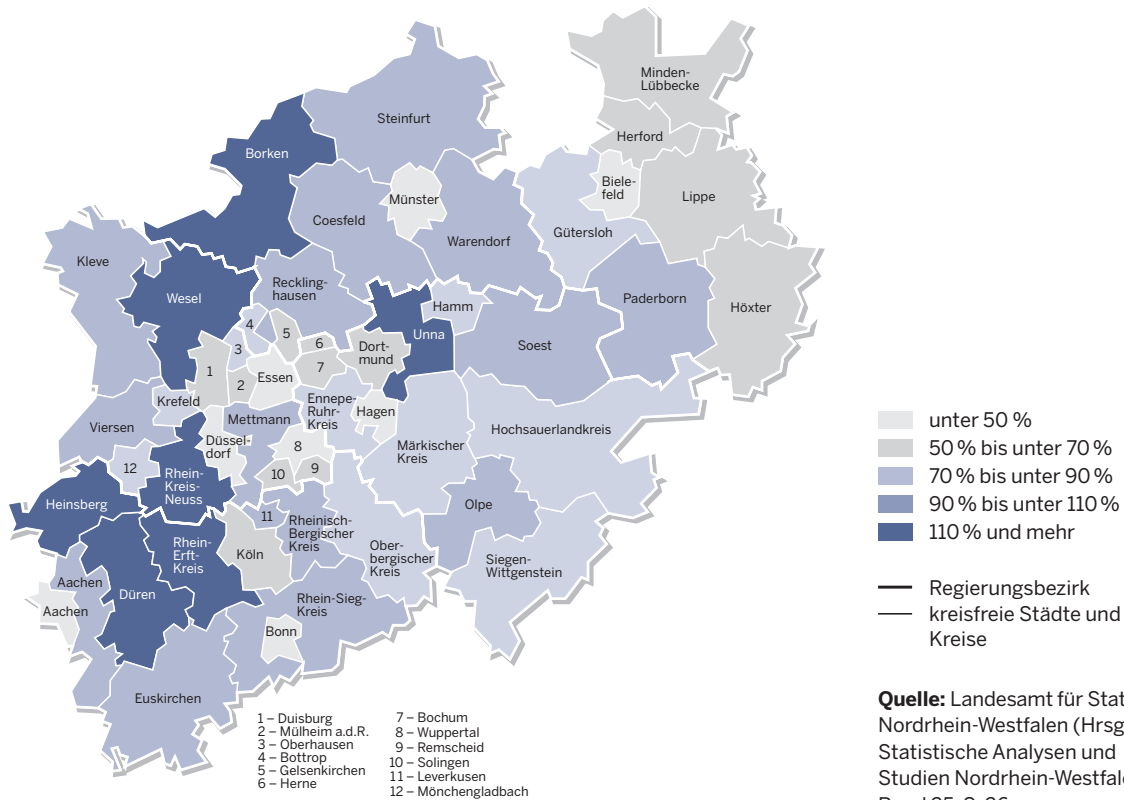
Aktuellen Modellrechnungen zufolge wird dieser Prozess in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015, wenn die „Babyboomer-Generationen“ das Ruhestandsalter

erreichen, noch nicht bemerkbar werden, jedenfalls dann nicht, wenn die getroffenen Annahmen zu gesteigerten Erwerbsquoten vor allem von Frauen Wirklichkeit werden und den ansonsten schon früher einsetzenden Schwund kompensieren.⁷

Nach 2015 wird der Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen aber selbst dann nicht mehr aufzuhalten sein und sich bereits im Jahr 2025 auf ein Minus von 500.000 beschleunigt haben. Auch hier zeigt sich ein Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen in NRW: Während Letztere bis 2015 wohl noch mit einem leichten Zuwachs der Erwerbspersonenzahl rechnen können, werden sich Städte wie Leverkusen, Mönchengladbach und Hamm sowie erneut das Ruhrgebiet mit seinem Umland schon weit früher mit einem starken Rückgang konfrontiert sehen. Zieht man die parallel stattfindenden Alte-

Nordrhein-Westfalen: Starker Schwund der jungen Generation im Ruhrgebiet

Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren – Voraussichtliche Veränderung 2020 gegenüber 2002



Quelle: Landesamt für Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 25, S. 26.

rungsprozesse mit in Betracht, so wird deutlich, dass Fachkräftemangel und ausbleibende Innovationsdynamik für NRW bereits in knapp einem Jahrzehnt ein erhebliches Problem darstellen werden.

Es wäre darüber hinaus verfehlt, von dem Rückgang der Erwerbsbevölkerung auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu schließen. Der gleichzeitig ansteigende Anteil der zu versorgenden Rentnergeneration dürfte zu erheblichem Kostendruck auf die Sozialversicherungsbeiträge führen und damit tendenziell die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Arbeitsplätze gefährden. Das Szenario von schrumpfender Erwerbsbevölkerung bei gleichzeitig schrumpfender Zahl von Arbeitsplätzen ist durchaus realistisch.

Hinzu kommen schwer prognostizierbare dynamische Effekte etwa im Hinblick auf mögliche Binnenwanderungen von hoch qualifizierten Arbeitskräften. Gelingt die Entwicklung von entsprechenden Arbeitsmarktsegmenten in bislang eher strukturschwachen Regionen, könnte dies neben dem allgemeinen Bevölkerungsschwund auch den Exodus von Leistungsträgern aus den Städten abmildern. Umgekehrt ist eher noch wahrscheinlich, dass die bislang unternommenen und weiterhin erforderlichen Kraftanstrengungen zur ökonomischen Modernisierung der städtischen Zentren einen latenten Anreiz zu neuer „Landflucht“ von Bildungseliten bieten. Die Politik steht vor der großen Aufgabe, die Entwicklung der Städte und der Landkreise vor dem Hintergrund des demografischen Wandels systematisch

voranzutreiben. Die Förderung von strukturschwachen Regionen darf nicht unter dem Eindruck der drängenden Probleme der Städte und des Ruhrgebiets an den Rand der politischen Agenda gedrängt werden. So kann eine beschleunigte Verbreitung modernster Kommunikationstechnologien Mobilitätshürden im ländlichen Raum aufheben, Landflucht vermeiden helfen, Firmenansiedlungen begünstigen und einem Wachstumsgefälle entgegenwirken. In Verbindung mit betrieblicherseits erweiterten Teilzeitangeboten können so zugleich neue Chancen für eine höhere Erwerbsbeteiligung und die Erschließung stiller Arbeitsmarktreserven entstehen – auch und gerade im ländlichen Raum. Die regionale (ökologische) Agrarproduktion sollte unter dem Eindruck der für externe Effekte anfälligen Kostenentwicklung im Energie- und Lebensmittelsektor gezielt stimuliert werden, denn Kostensteigerungen auf den internationalen Märkten können am ehesten regional gedämpft werden. Die Tourismuswirtschaft kann zugleich erheblich ausgebaut werden; gegenwärtig ist ihr Beitrag zur Wirtschaftsleistung von NRW entschieden zu gering.

Notwendig erscheint hier eine Imagekampagne, die das falsche Bild einer Problemregion widerlegt. In der Förderung des ländlichen Raums liegt ein nennenswertes Potenzial, das NRW bisher nicht systematisch erschließt.

Dem Ruhrgebiet muss zugleich besondere Aufmerksamkeit gelten. Nordrhein-Westfalen braucht ein leistungsfähiges Ruhrgebiet und muss deshalb nicht zuletzt auch darauf hinwirken, den dort absehbaren Bevölkerungsschwund zu bremsen. Die Städte des Ruhrgebiets sollten in Kooperation mit den dort ansässigen Unternehmen aktive Standortwerbung betreiben und vor allem jungen Familien Anreize bieten, ihren Wohnsitz dorthin zu verlagern. Das setzt Initiativen auf dem Gebiet von Kinderbetreuung und Wohnumfeldmodernisierung ebenso voraus wie intelligente Anreizsysteme, etwa in Form kostenloser Infrastrukturnutzung. Für NRW 2025 ist es wichtig, entsprechende Initiativen so frühzeitig wie möglich in die Tat umzusetzen.

Ebenso wichtig erscheint im Übrigen – auch als Wirtschaftsfaktor – die Verbesserung altersgerechter Siedlungsstrukturen. Auch hier kann NRW Initiative zeigen. Insgesamt kann der Wohnstandort Nordrhein-Westfalen an Attraktivität fraglos noch gewinnen und

In der Förderung des ländlichen Raums liegt ein nennenswertes Potenzial.

sollte überdies aktiv vermarktet werden, um zu vermeiden, dass bestehende Nachteile sich künftig zum ernsthaften Standortnachteil für das Land auswirken.

Politik und Unternehmen müssen sich auf die klar absehbaren demografischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen dringend einstellen. In dieser Hinsicht ist bereits viel Zeit für proaktives Handeln ungenutzt verstrichen. Etwaige Initiativen mit dem Ziel einer direkten Einflussnahme auf die demografischen Faktoren können zwar erwogen werden, würden ihre etwaige Wirkung aber günstigstenfalls erst Jahrzehnte später entfalten. Insoweit wird letztlich auch kein Weg an politischen Maßnahmen zur weiteren Verlängerung der Lebensarbeitszeit (in Kombination mit entsprechender Weiterbildung, altersgerechter Arbeitsplatzgestaltung etc.) und zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (u. a. durch Schritte zugunsten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf) vorbeiführen.

Insbesondere auf letzterem Gebiet sollte sich Nordrhein-Westfalen an die Spitze von Reformen setzen, die weniger eine direkte finanzielle Förderung von Familien als die Ausweitung von hochwertigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten zum Ziel haben müssen, und dabei systematisch auch die betriebliche Ebene zu Eigenaktivitäten (Betriebskindergärten) ermutigen. NRW sollte sich zum Ziel setzen, innerhalb einer Frist von 5 Jahren die größte Dichte an Betriebskindergärten aller Bundesländer zu schaffen. Dazu müssen nicht zuletzt die im Land ansässigen DAX-Unternehmen stärker in die Pflicht genommen und ihrer sozialen Verantwortung – im eigenen Interesse – gerecht werden.

Die volkswirtschaftlichen Kosten einer immer noch zu geringen Müttererwerbstätigkeit bzw. der Abdrängung von Müttern in gering entlohnte Teilzeittätigkeiten unterhalb des eigentlichen Qualifikationsniveaus sind hoch und überwiegen die Investitionskosten eines Ausbaus von Betreuungsangeboten bei Weitem. Das Land Nordrhein-Westfalen sollte die treibende Kraft einer Familienpolitik werden, die zu erkennen gibt, dass frühkindliche Bildung und Betreuung eine Zukunftsinvestition darstellen. Deshalb muss dringend das Angebot an qualifizierten Krippenplätzen erweitert werden. Auf dem Gebiet der Kindergartenbetreuung sollte NRW durch die Einführung eines Gutscheinsystems dafür sorgen, dass marktliche Verfahren eine bessere Übereinstimmung

von Angebot und Nachfrage erzeugen und insgesamt mehr Ganztagsbetreuungsplätze entstehen. Ziel sollte es sein, Nordrhein-Westfalen von einem Bundesland mit deutlich unterdurchschnittlicher Frauenerwerbstätigkeit zum Land mit der bundesweit höchsten Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern bei einer gleichzeitig wieder steigenden Geburtenrate zu machen.

Der Einsatz moderner Telekommunikationsinfrastruktur bietet zudem die Chance, Nordrhein-Westfalen zu einem vorbildlichen Raum der Arbeitsorganisation und der Flexibilität zwischen Betriebsstandort und Wohnort zu entwickeln und auf diese Weise moderne Formen der Arbeit mit einem hohen Anteil von Heimarbeitsplätzen zu fördern. Angesichts von Arbeitskräfteknappheit werden künftig Erwartungen von hoch qualifizierten Arbeitnehmern an eine flexible, auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Gestaltung von Arbeit und Familienleben einen deutlich höheren Stellenwert bei der Entscheidung für ein Arbeitsplatzangebot gewinnen. Im Wettbewerb um die Besten ist Nordrhein-Westfalen deshalb gut beraten, diese weichen Faktoren stärker in den Blick zu nehmen.

Der Stellenwert älterer Arbeitnehmer wird sich in Zukunft noch stärker als heute zum Positiven verändern (müssen). Erforderlich ist es, innovative Strukturen für berufsbegleitende Qualifizierung zu entwickeln. Von einer gezielten Öffnung der Hochschulen in NRW für das lebenslange Lernen können wichtige Impulse ausgehen. Nordrhein-Westfalen sollte dieses Aufgabengebiet im Sinne einer bundesweiten Vorreiterrolle aktiv annehmen und dabei zugleich einen Bewusstseinswandel herbeiführen. Die Beschäftigungschancen Älterer leiden gegenwärtig stark unter einer verfehlten Sichtweise auf Unternehmensebene, die eine Beschäftigungsperspektive von „nur noch“ 10 Jahren allzu oft als Ausschlusskriterium erachtet. In Zukunft wird jedoch die Wahrscheinlichkeit weiter zunehmen, dass der bevorzugte 30-jährige Arbeitnehmer 10 Jahre später dem Betrieb längst nicht mehr zur Verfügung steht, weil häufigere Arbeitsplatzwechsel zur neuen Normalität geworden sind. Neben dem Aspekt der Erfahrung macht somit auch der Faktor Kontinuität ältere Arbeitnehmer – bei entsprechender Qualifikation – zu einem wichtigen Kapital von Unternehmen.

In demografischer Hinsicht kann Nordrhein-Westfalen zudem Entlastung durch eine fokussierte Zuwanderungs- und Integrationspolitik erfahren. Das Land steht nicht allein vor dem Problem des heranziehenden

Nordrhein-Westfalen: Starker Nachholbedarf bei Frauenerwerbstätigkeit

Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen

Bundesland	Juli 1994	Juli 2006
Berlin	47,9	51,6
Meckl.-Vorpommern	46,6	51,3
Sachsen-Anhalt	46,6	49,8
Sachsen	45,3	49,1
Brandenburg	46,1	48,8
Thüringen	46,4	48,2
Schleswig-Holstein	45,2	47,0
Hamburg	44,7	45,4
Rheinland-Pfalz	42,6	45,0
Bayern	43,7	44,7
Niedersachsen	42,9	44,5
Hessen	42,5	44,3
Baden-Württemberg	43,2	44,0
Nordrhein-Westfalen	40,9	43,3
Bremen	41,2	43,1
Saarland	39,3	42,0
Deutschland	43,4	45,3

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bundesländer. Strukturen und Entwicklungen, Ausgabe 2008, in: [https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=0030000100004dyo4l69000000c\\$J1TBEBImObqXBpP3t1Sg--&cmspath=struktur.vollanzeige.csp&ID=1022002](https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=0030000100004dyo4l69000000c$J1TBEBImObqXBpP3t1Sg--&cmspath=struktur.vollanzeige.csp&ID=1022002), S. 78 (Bundesagentur für Arbeit).

Fachkräftemangels und wird sich bald im Wettbewerb um knapper werdendes Humankapital behaupten müssen, kann aber als traditioneller Anziehungspunkt für Zuwanderer in besonderer Weise von entsprechenden Modifizierungen profitieren.

Die Schwierigkeiten, die die hier skizzierten Trends und Handlungsnotwendigkeiten für die staatliche Finanzierungsbasis mit sich bringen werden, liegen auf der Hand. Gesellschaftliche und politische Interessenkonflikte scheinen programmiert, die öffentliche Hand wird sich angesichts einer brüchiger werdenden Steuerbasis mit tendenziell auch weiterhin niedriger anzusetzenden Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit konfrontiert sehen. Deshalb sollte das Land NRW die erwartete Nachhaltigkeit zum zentralen Maßstab seiner zentralen Investitions- und Finanzierungsentscheidungen erheben und seine Haushaltsplanungen insoweit einer neutralen Evaluation unterwerfen.

3. NRW 2025: Zukunft durch Qualifikation

Bildungspolitik als Zukunftspolitik zielt auf die Befähigung aller Mitglieder der Gesellschaft zu qualifizierter Beteiligung an produktiver und auskömmlich entlohnter Beschäftigung. Sie ist von entscheidender Bedeutung für einen gelungenen Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und für die Sicherung sowohl der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit als auch des sozialen Zusammenhalts.

Bildungspolitik muss mehr sein als Exzellenzförderung im Hochschulwesen. Die produktive Umsetzung von Forschungsergebnissen verlangt eine breite Basis von praxisnahen Anwendungsqualifikationen. Hier hatte Deutschland in der Vergangenheit wegen des dualen Systems der beruflichen Bildung einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern. Dieser darf nicht verspielt werden. Allerdings muss das duale System an die veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen angepasst werden. Berufliche Befähigung auf hohem Niveau erfordert des Weiteren ein ausgebautes System der Weiterbildung, nicht zuletzt weil wegen der Alterung der Gesellschaft die Lebensarbeitszeit weiter zunehmen muss. Die Realisierung lebenslangen Lernens bedeutet für die Bildungspolitik eine neue und entscheidende Herausforderung, von deren Bewältigung es abhängt, ob unsere Gesellschaft ihren Wohlstand und ihren Sozialstaat sichern können.

Spitzen- und Breitenförderung verbinden

Herausragende Leistungen (Exzellenz) sind auch als Vorbild und Maßstab unentbehrlich. Alle Einrichtungen für Forschung und Bildung müssen ihre Leistungen untereinander und international vergleichen und sich an den Besten messen lassen.

Der Übergang zum achtjährigen Gymnasium und zum BA-/MA-Studium darf nicht zu einer Verringerung der Gelegenheiten zur Erbringung von Spitzenleistungen führen. Zu einem zeitgemäßen Bildungssystem gehören auch spezialisierte Schulen für besonders Begabte und Lernwillige (Magnet Schools, nach dem Modell von Sport- und Musikgymnasien) sowie Angebote eines breiten Grundstudiums nach dem Vorbild der amerika-

nischen Liberal Arts Colleges. Begabte junge Fußballspieler können in Deutschland ihr Abitur in einem Fußballinternat machen. Wo kann ein begabter junger Philosoph Augustinus im Originaltext lesen?

Einrichtungen der Exzellenzförderung (Magnet Schools, Colleges) müssen ihre Schüler und Studenten aussuchen können. Zugleich müssen sie dazu angehalten werden, bei der Zulassung auf Diversität zu achten. Beispielsweise müssen sie nachprüfbar Anstrengungen unternehmen, Kandidaten aus Immigrantenfamilien zu finden. Stipendienprogramme müssen allen geeigneten Bewerbern den Besuch exzellenter Bildungseinrichtungen ermöglichen.

Exzellenzförderung ist nur dann sozial gerecht, wenn jede Segregation nach Klasse oder ethnischer Herkunft bekämpft wird. Eine Hauptschule als faktische Regelschule für Kinder aus sozial schwachen und Immigrantenfamilien kann politisch und gesellschaftlich nicht verantwortet werden. Angleichung von Bildungschancen bedeutet auch, dass jeder eine zweite oder dritte Chance haben muss, die beste seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu erhalten.

Das duale System erhalten und ausbauen

Wesentlich für das duale System ist die Nutzung des Betriebs als Lernort. Integration von Arbeit und Lernen sowie von Praxis und Theorie sorgt für ein reiches Angebot mittlerer Qualifikationen, das eine flexible, innovationsfähige Arbeitsorganisation und einen kontinuierlichen Übergang zwischen planenden und ausführenden Tätigkeiten ermöglicht. Das duale System erleichtert darüber hinaus den Übergang von der Ausbildung in die Berufstätigkeit.

Staatliche Bildungspolitik sollte darauf zielen, die traditionellen Stärken des dualen Systems trotz der zunehmenden Tertiarisierung des Bildungssystems, des Übergangs zu einer Dienstleistungsökonomie und der wachsenden Heterogenität der Bevölkerung zu erhalten. Dies kann nur gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften gelingen. Nötig erscheinen vor allem:

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (oben), Friedrich Merz (unten)



(1) Weitere Öffnung des Zugangs zu Hochschulen für beruflich Qualifizierte

Der Hochschulzugang für beruflich Gebildete muss weiter erleichtert werden, über das erfolgreiche Modell der Doppelqualifizierung (Abitur und Ausbildungsabschluss) in den Berufskollegs und beruflichen Gymnasien hinaus. Die Öffnung der Hochschulen und Fachhochschulen für Absolventen des dualen Systems wertet die praxisnahe Berufsausbildung auf und unterstützt die mit der Einführung von Bachelor-Studiengängen angestrebte Umorientierung der Hochschulen auf Berufsqualifizierung. Zugleich ermöglicht sie, dass der im dualen System gegebene Zusammenhang von Lernen und Arbeiten trotz des Wachstums des tertiären Bildungssystems gewahrt bleibt. Insbesondere die Fachhochschulen sollten vermehrt Studiengänge anbieten, die von geeigneten Auszubildenden im dualen System anstelle der Berufsschule belegt werden können.

(2) Sicherung der betrieblichen Ausbildung

Berufliche Ausbildung im Lernort Betrieb erhöht die Anwendbarkeit des erworbenen Wissens. Dies gilt nicht nur für die Erstausbildung, sondern auch für Weiterbildung und Hochschulbildung. Deshalb muss der Betrieb als Lernort erhalten bleiben, auch durch duale Studiengänge, die das duale Prinzip vom Sekundar- in den Hochschulbereich übertragen. Ebenfalls dringlich ist die Heranführung ausbildungsferner Betriebe an die Idee der betrieblichen Ausbildung. Dies kann unter anderem durch Förderung von Ausbildungsverbänden zwischen Klein- und Mittelbetrieben geschehen.

Eine klassische Schwäche des dualen Systems ist die oft nur lose Kooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen. Hier sollten zusätzlich zu den Berufskollegs neue Kooperationsmodelle gefördert werden. Langfristig sollten Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren ausgebaut werden, in denen alle Bildungsbereiche von der Ausbildungsvorbereitung über die Erstausbildung bis zur Weiterbildung vertreten sein sollten. Die Kompetenzzentren könnten gemeinsam von Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Vertretern der Berufsschulen und der Arbeitsverwaltung betrieben werden. Kompetenzzentren könnten nach dem Beispiel der Niederlande oder Dänemarks auch mittels einer Bildungsumlage finanziert werden.

(3) Gezielte Förderung von Problemgruppen

Eine weitere Schwäche des dualen Systems ist die Konjunkturabhängigkeit des Ausbildungsangebots. Sie hat in den letzten Jahren zur Herausbildung eines chronischen Nachfrageüberhangs und zu einem unakzeptablen Anstieg der Zahl der sogenannten „Altbewerber“ geführt. Besonders Angehörige der zweiten und dritten Einwanderergeneration und Jugendliche mit schwachen schulischen Vorqualifikationen scheitern immer wieder bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Gleichzeitig schwinden Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Die Folge sind Langzeitarbeitslosigkeit und gesellschaftliche Segmentierung.

Zur Erschließung von betrieblichen Ausbildungspotenzialen für Problemgruppen müssen neue Instrumente entwickelt werden. Die immer zahlreicher und teurer gewordenen schulischen Alternativen zu einer betrieblichen Ausbildung werden in der Praxis nicht als gleichwertig anerkannt. Eine Lösung könnten Ausbildungsgutscheine bieten, die nicht an Betriebe, sondern an Jugendliche vergeben werden. Die Jugendlichen könnten sich mit ihrem Gutschein den Betrieb aussuchen, von dem sie sich die beste Förderung versprechen. Betriebe, die Altbewerber ausbilden, könnten einen Ausgleich der ihnen entstehenden Aufwendungen erwarten, ohne dass es zu Mitnahmeeffekten kommen würde. Es genügt keineswegs, sich auf Maßnahmen zu beschränken, die zum Ziel haben, die Zahl der ausbildungswilligen Betriebe zu erhöhen. Vielmehr kommt es darauf an, den Match zwischen Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden zum Erfolg zu führen. Nur so bleibt das duale Ausbildungssystem auch in Zukunft attraktiv.

Erhaltung und Weiterentwicklung des dualen Systems erfordern ferner eine grundlegende Reform des Sekundarschulwesens. Die derzeit stark stigmatisierende Wirkung eines Hauptschulabschlusses im Übergang in das duale System macht eine fundamentale Modernisierung dieser Schulform im Sinne einer Plattform zur spezifischen Förderung der Zielgruppe in Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben unvermeidlich. Jugendlichen, die trotz Fördermaßnahmen keinen Ausbildungsplatz finden, müssen möglichst vollwertige Ausbildungsalternativen im vollzeitschulischen Bereich geboten werden. Ein erfolgreiches Reformmodell ist die Berufsbildung in Dänemark: Hier beginnen alle Jugendlichen ihre berufliche Ausbildung in einer Vollzeitberufsschule. Nach Abschluss des ersten Jahres gehen

diejenigen, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, in die Betriebe. Die anderen können ihre Ausbildung in der Schule fortsetzen. So kann ein hohes Engagement der Betriebe in der Ausbildung sichergestellt werden. Zugleich müssen Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, nicht ohne vollwertigen Abschluss auf den Arbeitsmarkt gehen.

Lebenslanges Lernen

Eine alternde Gesellschaft, die ihren Wohlstand verteidigen und ihren Sozialstaat erhalten will, muss Fortschritte auf dem Weg zu einer Gesellschaft des lebenslangen Lernens machen. Dies verlangt, dass die schwierige Frage der Finanzierung vermehrter und auf das Erwerbsleben verteilter Investitionen in das menschliche Arbeitsvermögen gelöst wird. Jeder Einzelne, aber auch die Unternehmen und die staatlich organisierte Gemeinschaft profitieren von einem verbesserten Aufbau von Humankapital im Lebensverlauf und müssen sich deshalb an seiner Finanzierung beteiligen. Die entscheidende ordnungspolitische Frage ist, wie Kosten und Verantwortung aufzuteilen sind.

Fünf Punkte erscheinen besonders wichtig:

1. Deutsche Unternehmen investieren vergleichsweise wenig in die Weiterbildung ihrer Belegschaften, auch weil viele sich noch immer auf die gute berufliche Grundausbildung ihrer Mitarbeiter verlassen. Wenn Weiterbildung stattfindet, werden jüngere und gut ausgebildete Arbeitnehmer bevorzugt. Für eine Korrektur könnten Tarifverträge über Teilnahmerechte für unterversorgte Belegschaftsgruppen sorgen. Als Einstieg könnte ein allgemeines Anrecht jedes Beschäftigten auf ein jährliches Vorgesetzten- oder Arbeitgebergespräch zur Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs geschaffen werden, wie es in einigen Branchen bereits besteht. Die Tarifparteien könnten gemeinsame Einrichtungen zur Beratung der Unternehmen und Betriebsräte in Fragen der betrieblichen Weiterbildung schaffen.
2. Individuen sind oft wenig motiviert, in ihre Weiterbildung zu investieren. Die Erträge von selbst getätigten Weiterbildungsinvestitionen erscheinen ungewiss, Kredite sind noch immer schwer zu erhalten, und bei voller Erwerbstätigkeit und Beanspruchung durch Familienpflichten fehlt die Zeit. Abhilfe könnte durch Ausgabe von Bildungsgutscheinen, Ausweitung staatlicher Kreditprogramme, eine großzügige Förderung des Bildungssparens, tarifliche Vereinbarungen über Arbeits- und Lernzeitkonten sowie durch verbesserte Möglichkeiten der Kinderbetreuung geschaffen werden.
3. Besonders dringlich ist die Förderung lebenslangen Lernens bei niedrig qualifizierten Arbeitnehmern in Klein- und Mittelbetrieben. Durch staatliche und verbandliche Unterstützung von Weiterbildungsnetzwerken könnten erhebliche Skalenerträge realisiert werden, ähnlich wie bei den Ausbildungsverbänden in der Berufsausbildung. Zur Aktivierung der Unternehmen können ferner Demonstrationsprojekte, Pilotvorhaben und Anschubfinanzierungen dienen, für die auch die zuständigen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in die Pflicht zu nehmen sind.
4. Ein wichtiges Hindernis bei der Durchsetzung lebenslangen Lernens ist die Unübersichtlichkeit des Weiterbildungsmarktes. Hier bedarf es erhöhter Transparenz, etwa durch ein von Staat und Verbänden gefördertes Qualitätsrating, durch Normierung guter Weiterbildungspraxis, durch Einführung anerkannter Abschlüsse und allgemein durch Maßnahmen verlässlicher Qualitätssicherung, etwa durch Zertifizierung der Anbieter.
5. Dringend erforderlich sind Sonderprogramme für gering Qualifizierte und Zuwanderer. Diese sollten möglichst arbeitsplatznah stattfinden, um den Lernerfolg zu vergrößern. Sprachkurse für Migranten sind für einen erfolgreichen Aufbau von Arbeitsfähigkeit unentbehrlich. Vor allem für die Problemgruppen des Arbeitsmarkts beginnt lebenslanges Lernen mit dem Erreichen eines ersten Schulabschlusses.

4. NRW 2025: Vorbildliche (Arbeitsmarkt-) Integration von Zuwanderern

Das Land Nordrhein-Westfalen kann auf eine lange Tradition als Zielland von Zuwanderern zurückblicken. Die Integrationsleistung der Gesellschaft des Landes, aber auch des Arbeitsmarktes ist seit jeher bemerkenswert hoch. Hieran gilt es anzuknüpfen, wenn es nun darum geht, mit Blick auf die demografischen Veränderungen, die heranziehenden Fachkräftengpässe und Alterungsprozesse auch mit den Mitteln einer behutsam gesteuerten Zuwanderung und ökonomisch orientierten Integrationspolitik Rücksicht auf die sich ändernden Belange des Arbeitsmarktes zu nehmen.

Nordrhein-Westfalen verfügt über einen bemerkenswert hohen Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund. Besonders auffällig sind die hohen Anteile von Personen mit Migrationshintergrund in den Altersgruppen der unter 30-Jährigen, die jeweils 30 Prozent oder

mehr erreichen. Insbesondere die erst in jüngerer Zeit ins Land gekommenen Zuwanderergruppen weisen eine gegenüber früheren Migrantenkohorten – und erst recht gegenüber der einheimischen Bevölkerung – nochmals günstigere Altersstruktur auf.

Berücksichtigt man darüber hinaus, dass aktuellen Analysen zufolge knapp 20 Prozent der seit dem Jahr 2000 nach Nordrhein-Westfalen eingereisten Neuzuwanderer ein Studium oder eine andere Ausbildung begonnen haben, so sind dies durchaus ermutigende Zeichen im Hinblick auf eine Kompensation von Bevölkerungsrückgang und fehlenden Nachwuchsfachkräften in Nordrhein-Westfalen.⁸

Auch der 1. Integrationsbericht der Landesregierung NRW präsentiert aufschlussreiche positive Fakten,

Nordrhein-Westfalen: Besonders hohe Anteile von jungen Zuwanderern

Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der gesamten Bevölkerung nach Altersgruppen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen (2005) in %

	Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern		Gemeinden mit weniger als 500.000 Einwohnern			
	Nordrhein-Westfalen	Deutschland	Nordrhein-Westfalen ¹⁾	andere in Deutschland ²⁾	Nordrhein-Westfalen	andere in Deutschland
Bis 9 Jahre	35,7	28,8	48,0	45,8	33,2	24,1
10 bis 19 Jahre	29,5	23,1	38,6	38,4	27,9	19,2
20 bis 29 Jahre	32,3	24,1	34,4	33,0	31,8	20,0
30 bis 39 Jahre	25,6	20,0	31,5	29,6	24,1	16,5
40 bis 49 Jahre	18,9	14,5	21,6	23,2	18,3	11,9
50 bis 64 Jahre	15,8	12,2	19,1	20,4	15,1	9,9
65 Jahre und älter	6,5	5,2	8,3	8,1	6,2	4,3
Alle Altersgruppen	21,3	16,4	25,9	25,6	20,2	13,5

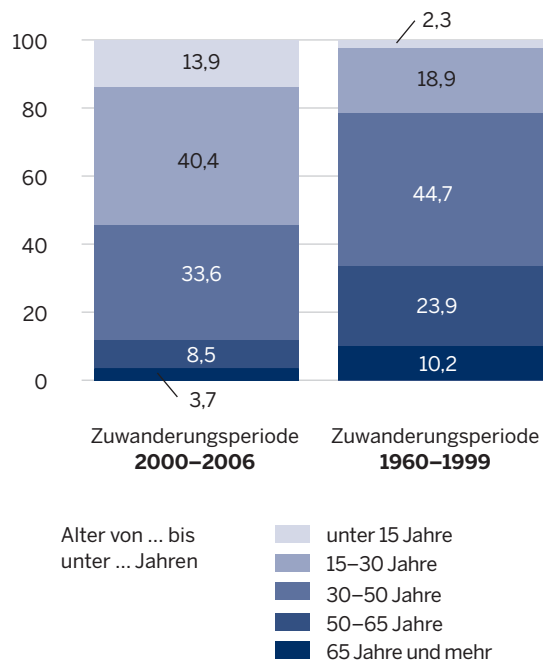
1) Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund; 2) Berlin, Hamburg, Land Bremen, Frankfurt/M., Stuttgart, München

Quelle: Mikrozensus (Scientific Use File), Berechnungen des DIW Berlin.

⁸ Vgl. Wolfgang Seifert, Neue Zuwanderergruppen in NRW – sozialstrukturelle Merkmale und Arbeitsmarktintegration, in: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.), Statistische Analysen und Studien NRW, Band 48. Düsseldorf 2007, S. 16–26.

Nordrhein-Westfalen: Neuzuwanderer weisen eine noch günstigere Altersstruktur auf

Zuwanderinnen und Zuwanderer in NRW 2006 *) nach Altersgruppen und Zuwanderungsperiode in %



*) Ergebnisse des Mikrozensus; betrachtet werden ausschließlich Personen, die selbst zugewandert sind.

Quelle: Wolfgang Seifert, Neue Zuwanderergruppen in NRW – sozialstrukturelle Merkmale und Arbeitsmarktintegration, in: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.), Statistische Analysen und Studien NRW, Band 48, Düsseldorf 2007, in: http://www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/analysen/stat_studien/2007/band_48/z089_200759.pdf, S. 16.

die gleichermaßen Integrationserfolge und -potenziale aufzeigen und die Basis für eine umfassende Informationskampagne der Landesregierung liefern. So erreichen eingebürgerte Zuwanderer im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse als Einheimische, weisen eine kaum geringere Erwerbsquote auf und liegen hinsichtlich der Selbständigenquote leicht vor den Einheimischen.⁹ Dass sich nur allzu offenkundig die „besten“ Zuwanderer auch am ehesten für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden und hier insofern folgerichtig Selbstselektionseffekte auftreten, darf über die Bedeutung dieser positiven Entwicklung nicht hinwegtäuschen. Sie unterstreicht

einerseits die – bislang viel zu wenig beleuchtete – Leistungsfähigkeit eines erheblichen Teils der zugewanderten Bevölkerung und dokumentiert andererseits die Sinnhaftigkeit einer klugen Einbürgerungspolitik, die eben deshalb nicht länger zulassen sollte, dass – wie in der jüngeren Vergangenheit der Fall – das Interesse an der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit erlahmt und die Zahl der Einbürgerungen drastisch um 50 Prozent und mehr zurückgeht.

Aktives Werben um qualifizierte Zuwanderer

Einbürgerungs-„Kampagnen“ allein werden nicht ausreichen, um eine Umkehr dieser Entwicklung zu erreichen. Im Zuge der unvermeidlichen Fokussierung der deutschen Zuwanderungspolitik auf die Auswahl von qualifizierten Bewerbern muss auch die Einbürgerungspolitik noch stärker anreizorientiert konzipiert werden. NRW sollte seinen politischen Einfluss zugunsten eines Gesamtkonzepts geltend machen, das die Einbürgerung auch unter ökonomischen Aspekten in ein attraktives Integrationsangebot einbettet. Je glaubhafter dieses Angebot, umso größer auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich potenzielle Zuwanderer für Deutschland entscheiden. Deutschland muss hier dringend umdenken: Die Zeiten starker Zuwanderungsströme sind vorbei; künftig wird es darum gehen müssen, aktiv um qualifizierte Zuwanderer zu werben, auf deren Leistungsfähigkeit die deutsche Gesellschaft angewiesen sein wird.

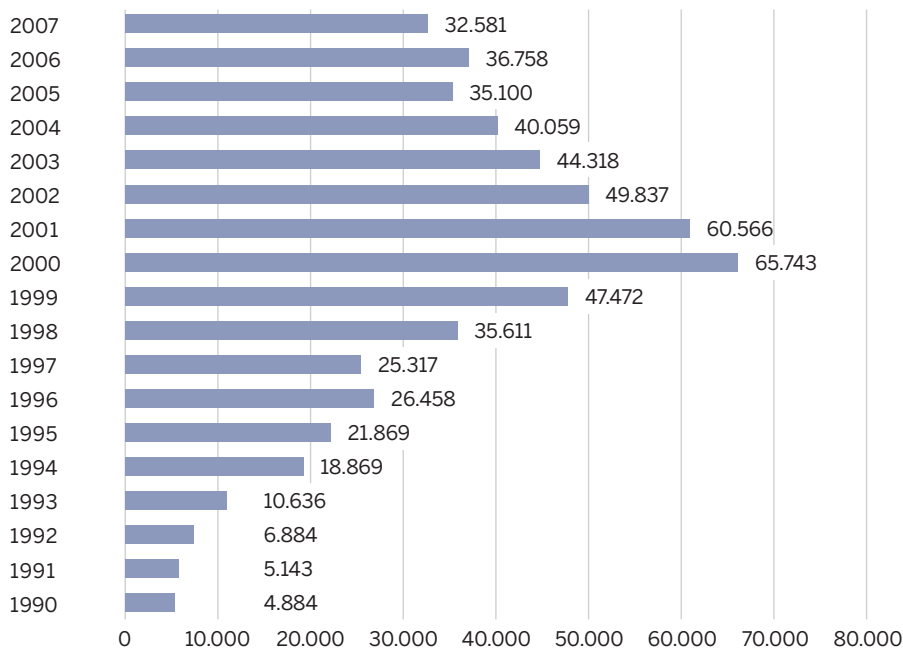
In dieser Hinsicht besteht Handlungsbedarf erst recht an anderer Stelle: Der Integrationsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen dokumentiert erhebliche

Der Rückstand junger Menschen mit Migrationshintergrund ist dramatisch.

che Unterschiede zwischen Deutschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt. So rangiert die Erwerbsquote von Personen mit Zuwanderungsgeschichte aktuell um gut 7,5 Prozent unterhalb derjenigen von Deutschen; für Ausländer liegt der Wert nochmals um fast 4 Prozent darunter. Dagegen liegt die Erwerbsquote von Eingebürgerten nur knapp 2 Prozent unterhalb des

Auch in NRW ist die Zahl der Einbürgerungen (auf hohem Niveau) stark zurückgegangen

Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen 1990–2007



Quelle: Innenministerium Nordrhein-Westfalen, in: <http://www.im.nrw.de/aus/doks/einbuerg2007.pdf>.

Wertes der geborenen Deutschen (73,5 Prozent). Ein analoges, freilich noch gravierende Benachteiligung offenbarendes Bild ergibt sich für die Erwerbslosigkeit: Für alle Erwerbspersonen liegt sie aktuell knapp unter 10 Prozent, für Menschen mit Migrationshintergrund aber 8 Prozent, für Ausländer sogar fast 12 Prozent und auch für Eingebürgerte eklatante fast 7 Prozent darüber. Der Rückstand der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist in dieser Hinsicht besonders dramatisch.¹⁰

Gravierende Probleme für Neuzuwanderer

Zu beachten ist ferner, dass nicht nur bereits länger im Land lebende, sondern ebenso auch neue Zuwanderer

derer bislang vor teils gravierenden Integrationsproblemen auf dem Arbeitsmarkt Nordrhein-Westfalens stehen. Ungeachtet ihres im Durchschnitt höheren Schulbildungsgrades und eines höheren Anteils von Hochschulabsolventen (im Vergleich zu früheren Zuwandererkohorten) weisen sie höhere Erwerbslosenquoten auf als vor dem Jahr 2000 zugezogene Migranten und rangieren damit deutlich über dem Landesniveau.

Zudem zeigt die bisherige Bilanz der Arbeitsmarktintegration dieser Neuzuwanderer, dass auch ein höheres Bildungsniveau nicht davor schützt, eine Beschäftigungschance (zunächst) nur im Bereich einfacher oder ungelernter Beschäftigung zu finden.¹¹

⁹ Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen. 1. Integrationsbericht der Landesregierung, Düsseldorf 2008. Seinen besonderen Wert erhält dieser Bericht durch die hier erstmals differenziert nach Ausländern und Eingebürgerten aufbereiteten und ausgewerteten Daten.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 127–142.

¹¹ Vgl. Seifert, S. 25.



Bodo Hombach



Nordrhein-Westfalen: Nachteile bei Qualifikationsstruktur von Zuwanderern

Qualifikationsstruktur der Bevölkerung in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen 2005 in %

	Nordrhein-Westfalen		Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern		Gemeinden mit weniger als 500.000 Einwohnern	
	Nordrhein-Westfalen	Deutschland	Nordrhein-Westfalen ¹⁾	andere in Deutschland ²⁾	Nordrhein-Westfalen	andere in Deutschland
Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren³⁾						
Ohne Abschluss	25,1	20,5	28,1	24,8	24,4	18,4
Lehre, Fachschule, etc.	61,6	65,0	55,5	51,6	62,9	68,2
(Fach-) Hochschule	13,4	14,5	16,4	23,6	12,7	13,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bevölkerung im Alter von 15 bis 35 Jahren³⁾						
ohne Abschluss	30,8	24,2	32,9	29,9	30,2	21,2
Lehre, Fachschule, etc.	57,6	63,7	49,5	47,6	59,7	68,2
(Fach-) Hochschule	11,6	12,1	17,5	22,5	10,1	10,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter: Personen ohne Migrationshintergrund						
ohne Abschluss	21,4	17,4	21,6	21,5	21,3	15,8
Lehre, Fachschule, etc.	65,0	69,7	56,4	53,5	67,0	73,2
(Fach-) Hochschule	13,6	12,9	22,0	25,0	11,6	11,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter: Personen mit Migrationshintergrund						
ohne Abschluss	50,0	45,6	52,4	46,2	49,3	43,2
Lehre, Fachschule, etc.	42,5	44,6	37,7	36,1	43,8	48,1
(Fach-) Hochschule	7,5	9,8	9,9	17,7	6,8	8,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Köln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dortmund; 2) Berlin, Hamburg, Land Bremen, Frankfurt/M., Stuttgart, München

3) Ohne Schüler, Studenten, Auszubildende

Quelle: Mikrozensus (Scientific Use File), Berechnungen des DIW Berlin.

Die Gesamtgruppe aller Bürger mit Migrationshintergrund in NRW verfügt über eine schlechtere Qualifikationsstruktur, als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist. So besitzen 50 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis 35 Jahren (Schüler, Studierende und Auszubildende nicht eingerechnet) in NRW keinen Ausbildungsabschluss; im Bundesgebiet sind es „nur“ 45,6 Prozent. Die Großstädte von Nordrhein-Westfalen schneiden dabei besonders schlecht ab – hier ist vor allem der besonders große Rückstand

des Anteils von Hochschul- und Fachhochschulabsolventen gegenüber der Konstellation in Großstädten außerhalb von NRW auffällig.

Allein diese Fakten geben einen Eindruck davon, welche erhebliche Integrationsleistungen Nordrhein-Westfalen ungeachtet der keineswegs negativen Zwischenbilanz noch zu erbringen haben wird. Der von der Landesregierung erarbeitete „Aktionsplan Integration“ zeichnet eine sinnvolle Richtung vor. Neben der weiteren schuli-

schen und sprachlichen Integration der jungen Generation müssen dabei Arbeitsmarktbelange systematisch in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Arbeitsplatzintegration kann in Nordrhein-Westfalen als weitgehend gelungen bezeichnet werden; für die Beseitigung der teils immer noch erheblichen Barrieren des Arbeitsmarktzugangs von Personen mit Migrationshintergrund gilt dies noch längst nicht.

Angesichts der noch vorhandenen Probleme bei der Arbeitsmarktintegration erscheint die Debatte um den leitkulturspezifischen Inhalt von Integrationskursen für Neuzuwanderer nicht zielführend. Der Nutzen

gerade von Sprachkursen kann in der Tat gar nicht hoch genug eingeschätzt werden – hier sollten Kostenbeteiligungen der Teilnehmer und Möglichkeiten der Erstattung bei erfolgreichem Abschluss im Sinne positiver Teilnahmeanreize erwogen werden. Zum tatsächlichen „Integrationskurs“ werden die Angebote freilich erst dann werden können, wenn ihre Inhalte auch und vor allem auf die Belange des Arbeitsmarktes abgestellt werden und beispielsweise – in Kooperation mit den Unternehmen in NRW – verstärkt auch Informationen zu Bewerbungsverfahren, Ausbildungsanforderungen, Stellenmarkt etc. kompetent vermittelt werden. Hier gibt es inhaltliche

NRW bei Abbau von Ausländerarbeitslosigkeit nur im hinteren Mittelfeld

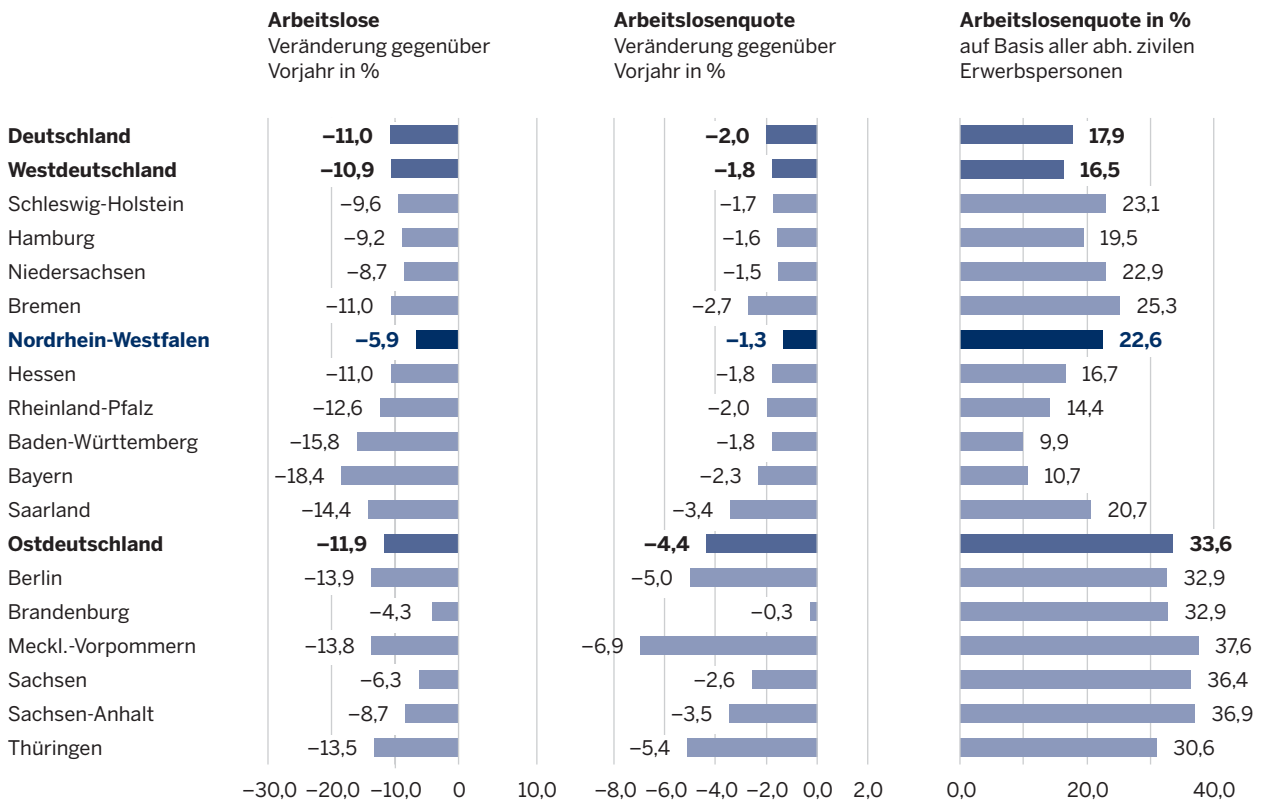
Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Ausländern nach Bundesländern

Juli 2008											Deutschland	
Land	Bestand an arbeitslosen Ausländern						Veränderung jeweils gegenüber Vorjahresmonat				Arbeitslosenquote (alle abh. zivilen EP)	
	Juli 2008	Anteil an allen Arbeitslosen in %	Veränderung gegenüber				Juni	Mai	April	März	Juli 2008	Veränderung gegen. Vorjahr in Prozentpkt.
			Vormonat		Vorjahr							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Deutschland	487.661	15,2	+673	+0,1	-60.491	-11,0	-11,8	-11,7	-12,0	-12,6	17,9	-2,0
Westdeutschland	414.653	19,6	+519	+0,1	-50.604	-10,9	-11,7	-11,9	-12,4	-13,1	16,5	-1,8
Schleswig-Holstein	11.522	11,0	+80	+0,7	-1.229	-9,6	-10,3	-10,0	-9,5	-9,9	23,1	-1,7
Hamburg	17.936	24,5	+234	+1,3	-1.808	-9,2	-11,0	-11,2	-10,9	-10,7	19,5	-1,6
Niedersachsen	39.464	13,0	+151	+0,4	-3.781	-8,7	-8,7	-9,4	-10,3	-10,6	22,9	-1,5
Bremen	7.672	20,8	+27	+0,4	-947	-11,0	-10,6	-9,2	-8,0	-6,8	25,3	-2,7
Nordrhein-Westfalen	161.825	21,1	+851	+0,5	-11.944	-6,9	-8,2	-8,5	-9,4	-10,2	22,6	-1,3
Hessen	50.585	24,4	+50	+0,1	-6.283	-11,0	-10,2	-10,5	-10,6	-10,7	16,7	-1,8
Rheinland-Pfalz	17.039	14,7	+89	+0,5	-2.460	-12,6	-12,7	-12,6	-12,4	-13,1	14,4	-2,0
Baden-Württemberg	53.485	24,2	+154	+0,3	-10.050	-15,8	-17,8	-17,6	-18,4	-19,6	9,9	-1,8
Bayern	49.708	19,7	-1.192	-2,3	-11.191	-18,4	-19,0	-18,6	-18,9	-19,9	10,7	-2,3
Saarland	5.417	14,5	+75	+1,4	-911	-14,4	-12,8	-11,1	-9,1	-6,7	20,7	-3,4
Ostdeutschland	73.008	6,7	+154	+0,2	-9.887	-11,9	-12,2	-10,7	-9,9	-9,5	33,6	-4,4
Berlin	46.413	20,1	+384	+0,8	-7.473	-13,9	-14,8	-12,9	-11,8	-11,7	32,9	-5,0
Brandenburg	5.038	3,0	+65	+1,3	-226	-4,3	-4,5	-5,4	-5,5	-6,4	32,9	-0,3
Meckl.-Vorpommern	3.205	2,7	-62	-1,9	-513	-13,8	-12,5	-10,7	-10,8	-10,1	37,6	-6,9
Sachsen	9.987	3,7	-66	-0,7	-677	-6,3	-6,1	-5,9	-5,9	-5,0	36,4	-2,6
Sachsen-Anhalt	5.034	2,9	-66	-1,3	-477	-8,7	-6,5	-6,0	-3,6	-1,5	36,9	-3,5
Thüringen	3.331	2,6	-101	-2,9	-521	-13,5	-10,8	-7,6	-8,7	-7,0	30,6	-5,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

NRW bei Abbau von Ausländerarbeitslosigkeit nur im hinteren Mittelfeld

Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Ausländern nach Bundesländern



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Gestaltungsspielräume, die das Land arbeitsmarkt-orientiert nutzen sollte.

Die soziale und ökonomische Integration kann nachhaltig nur gelingen, wenn sie die klare Zustimmung aller gesellschaftlicher Gruppen erfährt. Hier kann Nordrhein-Westfalen auch künftig auf eine „große Koalition“ der aktiven Unterstützung einer integrationsfördernden Politik bauen. Hilfreich kann dabei das Konzept eines „Integrationsvertrages“ zwischen aufnehmender Gesellschaft und Zuwanderer sein, durch das leichter vermittelt werden kann, welche Pflichten welchen Rechten auf beiden Seiten gegenüberstehen.

Absehbare Finanzierungsengepässe auch auf diesem für die soziale Kohäsion des Landes so elementaren Gebiet werden dem Staat in Zukunft möglicherweise

Zurückhaltung bei der Förderung von Maßnahmen und Initiativen aufnötigen. Vor allem die Unternehmen sollten sich hier deshalb vorausschauend – im eigenen wirtschaftlichen Interesse – noch aktiver als bislang ihrer sozialen Verantwortung stellen. Tutorensysteme für ausländische Schülerinnen und Schüler, Patenschaften für Haupt- und berufsbildende Schulen oder gezielte Praktikaprogramme sind nur wenige Beispiele der an dieser Stelle nötigen betrieblichen Initiativen und Humankapitalinvestitionen. In diesem Sinne sollte der NRW-„Aktionsplan Integration“ eine flankierende unternehmerische Komponente erhalten.

Der Hochschulstandort NRW besitzt eine starke Anziehungskraft für ausländische Studierende und Studierende mit Migrationshintergrund. Diese Position kann das Land gezielt ausbauen. Beispielsweise wäre es

sinnvoll, ausländischen Studienabsolventen den Verbleib im Land so attraktiv wie möglich zu machen, statt sie an das Ausland zu verlieren. Hier handelt es sich um eben jene Fachkräfte, die künftig gesucht sein werden. Auch hier drängt sich die Kooperation von Politik und Wirtschaft auf.

Ebenso wichtig wäre es, dass NRW seinen Einfluss zugunsten einer in stärkerem Maße an ökonomischen Belangen orientierten Zuwanderungspolitik auf nationaler Ebene geltend macht. Eine aktive Steuerung der Zuwanderung im Rahmen eines kombinierten Auswahl- und Quotensystems ist unter Arbeitsmarktgesichtspunkten überfällig und zugleich von erheblicher Bedeutung für den Erfolg auch der Integrationspolitik. Deutschland muss sein Augenmerk gezielt darauf richten, hoch qualifizierte Zuwanderer für den heimischen Arbeitsmarkt zu gewinnen, und kann zugleich über ein Auswahlssystem den Zuzug gering qualifizierter Zuwanderer begrenzen. Neuere

Untersuchungen zeigen einen klar positiven Beitrag der Gesamtgruppe der Zuwanderer zu den öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungssystemen, der sich auf diese Weise noch deutlich steigern ließe. Auch die sogenannte „Generationenbilanz“, also der über das Gesamtleben eines Zuwanderers hochgerechnete Saldo aller Beiträge und Transfers, ergibt ein positives, gleichfalls in diesem Sinne steigerungsfähiges Resultat.¹²

Im Zusammenhang mit seinen integrationspolitischen Aktivitäten sollte NRW auch diese Zusammenhänge herausstellen und öffentlich deutlich machen, wie sehr das Land auch perspektivisch von Zuwanderung profitiert. Wirtschaftspolitische Leitziele sollten sein, den Arbeitsmarkt für qualifizierte ausländische Bewerber barrierefrei zu gestalten, damit auch die soziale Integration voranzutreiben und NRW hinsichtlich der Attraktivität für hoch qualifizierte Neuzuwanderer bundesweit an die Spitze zu bringen.

¹² Vgl. dazu u. a. Holger Bonin, Der Finanzierungsbeitrag der Ausländer zu den deutschen Staatsfinanzen: Eine Bilanz für 2004. IZA Discussion Paper No. 2444. Bonn 2006.

5. NRW 2025: Solidarität und neue Sicherheit

Sicherheit wird in Zukunft weniger die Sicherheit eines bestehenden Arbeitsplatzes als vielmehr Beschäftigungssicherheit auf einem dynamischen Arbeitsmarkt sein. Es wird ein Paradigmenwechsel von Bestandssicherheit für einige zu Beschäftigungssicherheit für alle stattfinden müssen.

Hauptziel der Politik muss es sein, im Zusammenwirken mit Arbeitgebern und Beschäftigten alle Erwerbspersonen in die Lage zu versetzen, mit den Anforderungen des Arbeitsmarkts Schritt zu halten. Dies erfordert verstärkte Anstrengungen bei Bildung und Eingliederung sowie die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt, um Übergänge und Aufstiegsmobilität zu erleichtern. Geeignetes staatliches Handeln kann auch zur Mobilisierung von Beschäftigungspotenzialen im personenbezogenen Dienstleistungsbereich jenseits von Eigenarbeit und Ehrenamt beitragen.

Flexibilität ist kein Selbstzweck

Die Reformdynamik in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird angesichts der voranschreitenden ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse – Globalisierung, technologischer und demografischer Wandel – nicht nachlassen dürfen. Die Gesellschaft dabei mitzunehmen und Überforderung und Unsicherheit vorzubeugen, ist die Kernaufgabe künftiger Sozialpolitik. Notwendige Anpassungsmaßnahmen sind so zu gestalten, dass nicht nur Flexibilität, sondern auch neue Sicherheit entsteht. Flexibilität ist kein Selbst-

zweck, sondern Mittel zur Schaffung neuer Beschäftigungschancen und damit von mehr Beschäftigungssicherheit in einem zukunftsfähigen Sinne.

Soziale Sicherheit im Arbeitsmarkt der Zukunft muss so gestaltet werden, dass Familie und Erwerbstätigkeit für alle, Männer und Frauen, vereinbar werden. Sie muss ausreichend Gelegenheit zu Weiterbildung und lebenslangem Lernen schaffen und angesichts der zunehmenden Lebensarbeitszeit für Nachhaltigkeit bei der Nutzung der Arbeitskraft sorgen.

Solidarität und Sicherheit – von der Kompensation zur Prävention

Solidarität und Sicherheit sind die Kernbegriffe bei der Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. In der Teilhabegesellschaft der Zukunft dienen Solidarität und Sicherheit der Eröffnung von Beschäftigungschancen für alle erwerbsfähigen Bürger. Arbeit zu haben und davon leben zu können, ist Wesensmerkmal einer Teilhabegesellschaft. Arbeitsplatzwechsel und die daraus resultierende Kurzeitarbeitslosigkeit werden künftig häufiger vorkommen; dies kann jedoch durch verbesserte Mobilitäts- und Übergangsschancen auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen werden. Wer Mobilität und Flexibilität will, darf das Niveau der sozialen Sicherung bei Übergangsarbeitslosigkeit nicht angreifen. Das Versprechen gesellschaftlicher Inklusion über existenzsichernde Erwerbsarbeit und Aufwärtsmobilität kann dann auch in Zukunft intakt bleiben.

Bodo Hombach (oben), Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (unten)



Die Gefahr einer Spaltung des Arbeitsmarkts bei einer Knappheit von Qualifizierten und einem Überangebot von gering Qualifizierten erfordert eine Doppelstrategie aus Bildung und Aktivierung. Die Schaffung von Zugangschancen für alle muss mit der Befähigung aller einhergehen, sich auf dem Arbeitsmarkt unter sich wandelnden Bedingungen bewähren zu können. Arbeit muss selbst als Chance zu weiterer Qualifizierung gestaltet und genutzt werden. Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird gemäß dem Prinzip der Aktivierung immer weniger bedingungslose Austrittsoptionen bieten können. Umso wichtiger ist die Entwicklung und Erhaltung von Beschäftigungsfähigkeit.

Arbeitsmarkt und Sozialpolitik müssen den Zugang zu existenzsichernder Beschäftigung für alle Erwerbspersonen öffnen und gleichzeitig dafür sorgen, dass alle Personen im erwerbsfähigen Alter befähigt werden, am Arbeitsmarkt zu bestehen. Hierfür muss die Handlungs- und Anpassungsfähigkeit der Erwerbspersonen über Aus- und Weiterbildung sowie eine Arbeitsmarktpolitik des Förderns und Forderns gestärkt werden. Eine breite Förderung von Erwerbsfähigkeit ist ein besserer Weg zur Vermeidung von sozialer Ungleichheit als eine Politik, die Marktergebnisse durch Ausweitung von Sozialleistungen zu korrigieren sucht.

Gesellschaftliche Solidarität wird sich in Zukunft vor allem in Anstrengungen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbspersonen ausdrücken. Hierzu gehört auch die Bereitstellung eines umfangreichen Angebots zur Betreuung von Kindern und Kleinkindern, insbesondere für Alleinerziehende. Solidarität wird sich ferner gegenüber sogenannten „Problemgruppen“ zu erweisen haben, etwa den Immigranten der zweiten und dritten Generation. Deren Integration in die Mitte der Gesellschaft muss als vordringliche wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe gelten. Dem Bürgerrecht auf materielle Unterstützung, Bildung und Integrationshilfen ent-

spricht dabei die Pflicht, Angebote auch anzunehmen und eigene Initiative zu entfalten.

Bei Zuwanderung und Einbürgerung muss hoch qualifizierten Bewerbern Vorrang eingeräumt werden. Dies gilt vor allem für Bewerber mit einem erfolgreich abgeschlossenen Studium an einer deutschen Universität oder einer Berufsausbildung im dualen System.

Aktivierung

Treten Phasen der Erwerbslosigkeit ein, so muss alles unternommen werden, dass diese nicht zu lang werden, um Qualifikationsverlusten vorzubeugen. Aktivierung nach dem Prinzip der Gegenleistung für empfangene Sozialtransfers und unterstützende Dienstleistungen ist Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität und bietet eine zweite Chance nach Aus- und Weiterbildung. Der entstehende Anreiz, anstelle einer staatlicherseits angebotenen gemeinnützigen Ganztätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt auch solche Angebote anzunehmen, die gegenwärtig in rationaler Entscheidung zumeist kaum in Betracht gezogen werden, kann ein erhebliches Beschäftigungspotenzial bei einer gleichzeitigen massiven Haushaltsentlastung mobilisieren.¹³ Je mehr in Qualifikation und frühzeitige Aktivierung investiert wird, desto weniger kommt es zu längerer Arbeitslosigkeit, die nur schwer und unter Inkaufnahme von niedriger Entlohnung beendet werden kann.

Mobilitätsfreundliche Rahmenbedingungen

Die Förderung von Übergängen, einschließlich beruflicher oder regionaler Mobilität, ist ein wichtiges Element der Beschäftigungssicherheit. Flexible Arbeitsverhältnisse sind dann akzeptabel, wenn sie tatsächlich eine

¹³ Modellrechnungen des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) ergeben im Falle der Einführung des so genannten „Workfare“-Prinzips von Leistung und Gegenleistung einen Arbeitsmarkteffekt von bundesweit knapp 1,5 Millionen Vollzeitstellen sowie eine Haushaltsentlastung von über 25 Milliarden Euro pro Jahr. Davon könnten rein rechnerisch rund 300.000 Vollzeitstellen und fast 6 Milliarden Euro an jährlicher Haushaltsentlastung auf NRW entfallen. Vgl. dazu u. a. Holger Bonin/Hilmar Schneider, Untersuchung der beschäftigungs- und finanzpolitischen Auswirkungen eines Konzepts für existenzsichernde Beschäftigung des Bundesministeriums für Wirtschaft. Kurzexpertise für das Bundesministerium für Wirtschaft (IZA Research Report No. 12). Bonn 2007; Hilmar Schneider, Kombilohn oder Workfare – Eine Frage der Grundsicherung, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 55 (2006), S. 198–208; Holger Bonin/Armin Falk/Hilmar Schneider, Workfare – praktikabel und gerecht, in: ifo Schnelldienst 4/2007, S. 33–37.

Chance auf Übergang in stabilere Beschäftigung bieten. Dies erfordert den Abbau von Barrieren zwischen befristeter Beschäftigung oder Zeitarbeit und Normalarbeitsverhältnissen. Innovative Formen der berufsbegleitenden Weiterbildung können auch die Aufstiegsmobilität bei den Löhnen fördern. Flexible Arbeitsverhältnisse und Niedriglohnjobs werden jedoch als Einstiegsmöglichkeiten unverzichtbar bleiben. Entwicklungspotenziale bestehen bei Transfermaßnahmen und Transfargesellschaften, die im Fall von Betriebs-schließungen zu einer raschen Wiedereingliederung in Beschäftigung führen sollen.

Lebenslanges Lernen

Im Verlauf des Erwerbslebens muss lebenslanges Lernen dafür sorgen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft auf einem dynamischen Arbeitsmarkt bestehen können. Dies verlangt neue Formen des Engagements von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat im Bereich der Weiterbildung, insbesondere effektive Formen einer Kofinanzierung von lebenslangem Lernen und die Schaffung eines Marktes für Weiterbildung mit der Möglichkeit, Zertifikate über übertragbare Qualifikationsmodule zu erwerben. Ein verlängertes Erwerbsleben verlangt aber nicht nur eine präventive Qualifikationspolitik, sondern auch eine präventive Gesundheits- und Personalpolitik in den Betrieben, die zu weniger körperlichem und psychischem Verschleiß führt und die Beschäftigungsfähigkeit und Motivation der Erwerbstätigen erhält.

Längeres Erwerbsleben

Einen vorgezogenen Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt wird es in Zukunft nicht mehr geben. Statt Sozialleistungen anzubieten, die zum frühen Austritt aus dem Erwerbsleben ermuntern, wird Sozialpolitik künftig dafür zu sorgen haben, dass Menschen länger beschäftigt bleiben können. Dies erfordert kontinuierliche Weiterbildung auch bei älteren Arbeitnehmern sowie eine Politik der Arbeitsgestaltung, die einem frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft entgegenwirkt.

Bei steigendem effektivem Rentenalter muss der Übergang in den Ruhestand flexibler und individueller gestaltet werden. Teilrenten müssen einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Hindernisse für eine Verbindung von Rentenbezug und Erwerbs-

tätigkeit müssen so weit wie möglich beseitigt werden. Ein erhöhtes Rentenalter, kontinuierliche Weiterbildung, möglichst ununterbrochene Beschäftigungsverläufe und eine ausgeglichene Lohnstruktur sind am besten geeignet, eine Rückkehr von Altersarmut zu verhindern. Eine verlässliche Grundsicherung muss hinzukommen.

Neue Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich

Staatliche Sozialpolitik kann bürgerliches Engagement weniger denn je ersetzen. Sozialpolitik kann jedoch nicht vorrangig in der Förderung von Ehrenamt und Bürgerarbeit bestehen. Potenziale für Erwerbsarbeit dürfen nicht verschüttet werden. Sozialpolitik sollte im Gegenteil helfen, neue Märkte für reguläre Beschäftigung zu erschließen, etwa durch Aufbau einer verlässlichen Infrastruktur für qualifizierte Kinderbetreuung und die Pflege der Alten. Auch können haushaltsnahe Dienstleistungen teilweise marktfähig gemacht und für Beschäftigung genutzt werden, ohne dass ihre Qualität oder die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements darunter leiden müssten. Wird eine staatliche Transferleistung im Falle von Arbeitslosigkeit von der Bereitschaft zur Übernahme einer sozial nützlichen Tätigkeit abhängig gemacht, wird man hier auch an Angebote aus dem Bereich des Ehrenamtes denken müssen, um reguläre Beschäftigung nicht zu verdrängen.

Eine wichtige Aufgabe staatlicher Sozialpolitik wird in Zukunft darin bestehen, freiwillige Arbeit dort zu organisieren und zu unterstützen, wo sie als Ergänzung zu staatlichen und kommerziellen Dienstleistungen dienen kann. Von besonderer Bedeutung ist hier die Mobilisierung des wachsenden Potenzials älterer Menschen, die sich im Ruhestand befinden. Dies betrifft so unterschiedliche Bereiche wie die Betreuung Sterbender, die Beratung neu gegründeter Unternehmen oder die Hilfe bei Schularbeiten oder beim Erlernen der deutschen Sprache. Damit die Bereitschaft der Älteren zu freiwilliger Beteiligung genutzt werden kann, bedarf es staatlicher Vorleistungen bei der Organisation und Qualifizierung unentgeltlicher Tätigkeit. Freiwillige Arbeit darf nicht zur Kürzung öffentlicher Ausgaben eingesetzt werden; im Gegenteil kann sie nur dann in wünschenswertem Umfang genutzt werden, wenn sie durch eine geeignete öffentliche Infrastruktur kompetent unterstützt wird.

6. NRW 2025: Stärken mobilisieren, Akzeptanz der Reformagenda sicherstellen

Die Schwächen Nordrhein-Westfalens zu benennen, heißt nicht, die Stärken des Landes gering zu schätzen. Im Gegenteil: NRW 2025 braucht eine Doppelstrategie zur Bewahrung und zum Ausbau seiner schon traditionellen Stärken und zugunsten von mehr Exzellenz als Primus in Deutschland. Die klaren Stärken des Landes liegen u. a. in einer insgesamt immer noch überdurchschnittlich entwickelten Verkehrsinfrastruktur, der nicht zuletzt hierauf gründenden Attraktivität als Investitionsstandort, einer (von den klassischen Industrien abgesehen) anhaltend guten Außenhandelsposition, einer Hochschuldichte und -qualität, die ungeachtet der auch hier erforderlichen Modernisierungen ihresgleichen sucht, und einer geografischen Lage, die prädestiniert erscheint, NRW grenzüberschreitend systematisch zu vernetzen und damit auch als Standort für internationale Firmenansiedlungen noch besser zu positionieren. Für die politischen Reformprozesse von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind der traditionell sehr starke soziale Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen und die hohe Identifikation der Bürger mit ihrem Land – bei gleichzeitig kräftig entwickelter Bereitschaft, neue Wege mitzugehen, wenn dies plausibel vermittelt wird. Werden die Leitziele von Leistungsgerechtigkeit und Solidarität, von Modernisierung und Sicherheit, von Integration und fairer Teilhabe angemessen kommuniziert, wird sich die Politik der mehrheitlichen Unterstützung der Bürger Nordrhein-Westfalens sicher sein können.

Die ökonomische und soziale Reformpolitik in Deutschland hat in den letzten Jahren deutliche Fortschritte im Hinblick auf die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die Modernisierung der sozialstaatlichen Systeme erreicht. Sie sollte den eingeschlagenen Pfad konsequent weiter beschreiten, um die Nachhaltigkeit des Erreichten nicht zu gefährden. Die aktuelle Wirtschaftskrise liefert keinen Grund, in den Anstrengungen nachzulassen, sondern erfordert erst recht einen klaren Kurs in der marktwirtschaftlichen Reform.

Ein stärkeres Augenmerk sollte dabei der Akzeptanz von Reformprozessen gelten. Wurden hier in der

Vergangenheit unbestreitbar Fehler bei der – unzureichenden – Vermittlung von Modernisierungsnotwendigkeiten, von politischen Konzepten und einer in sich schlüssigen „Vision“ gemacht, so wäre es aktuell ebenso falsch, unter Akzeptanzgesichtspunkten oder gar wahltaktischen Überlegungen begonnene Reformen infrage zu stellen, das Reformtempo zu drosseln oder weitere Schritte zur Modernisierung von Sozialstaat, Arbeitsmarkt und Bildung zu verzögern. Vielmehr ist an die Politik die Erwartung zu richten, Leitlinien ihrer Reformagenda zu entwickeln und zu kommunizieren, die geeignet sind, der Bevölkerung als ein „roter Faden“ zu dienen, und die in erheblichem Maß vorhandene Anpassungsbereitschaft weiter zu stärken.

Der Reformprozess hat zugleich berechtigte Fragen nach der „Versöhnung“ von Reformdynamik und gesellschaftlicher Solidarität aufgeworfen, die teils noch einer überzeugenden Antwort harren. Die im Umfeld der „Agenda 2010“ initiierten strukturellen Reformen würden zu kurz greifen, wenn in einem Folgeschritt nicht auch die sozialen Voraussetzungen geschaffen würden, um aus dem Erreichten eine Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität abzuleiten. Deshalb gehören Bildungs- und Familienpolitik ganz weit nach oben auf die politische Agenda. NRW sollte sich in diesem Sinne u. a. als führendes Bundesland in den Bereichen Ausbildung, Schul- und Hochschulbildung, lebenslanges Lernen, öffentliche und betriebliche Kinderbetreuung und technologiegestützte Arbeitsplatzmobilität etablieren. Wichtig wird sein, dass NRW die erheblichen, bislang noch zu oft rückwärtsgerichtet eingesetzten Ressourcen künftig gezielt für die Gestaltung der Zukunft und zugunsten einer auf fairen Teilhabechancen gründenden Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik einsetzt.

Nordrhein-Westfalen hat alle Chancen, bis zum Jahr 2025 aus dem Mittelfeld an die Spitze der Modernisierungsprozesse in Deutschland zu treten. Erforderlich ist dazu eine ganzheitliche Politik, die Solidarität und Effizienz in Einklang bringt.

Bericht der Arbeitsgruppe 3

Integration und Lebens- qualität – Wie wir morgen leben werden



Prof. Dr. Hubert Kleinert (Leiter der Arbeitsgruppe 3)

Einleitung	95
1. Zuwanderung und Integration	96
1.1. Migration und demografische Entwicklung	96
1.2. Integration als zentrale politische Herausforderung	98
1.3. Zum Umfang kultureller Differenz. Demokratiefeindlichkeit und Radikalismus-Potenziale von Migranten	99
1.4. Zum Stand der strukturellen Integration heute	103
1.5. Vordringliche Maßnahmen der Integrationspolitik bis 2025	105
2. Stadt und Land	112
2.1. Demografie, Metropolregion	112
2.2. Demografische Perspektiven	114
2.3. Chancen der Metropolregion	114
2.4. Globalisierung versus nachhaltige Regionalentwicklung	116
2.5. Das Ruhrgebiet als besondere Problemzone	116
2.6. Stadtentwicklung und Migration	119
2.7. Stadtentwicklung und innere Sicherheit	119
3. Wie wir morgen leben werden – Stadtentwicklung, Verkehr, Wohnen, Kultur	120
3.1. Anforderungen an Lebensqualität	120
3.2. Zurück in die Städte	120
3.3. Die Mobilität der Zukunft	121
3.4. Wohnen	122
3.5. Kultur	122
4. Anhang	127
4.1. Migration und Integration, Ergänzungspapier (Alice Schwarzer)	127
4.2. Neun Thesen zur Kultur, Ergänzungspapier (Hubert Kleinert)	130
4.3. Zukunftsprobleme des demokratischen Gemeinwesens. Entwicklungstendenzen der Demokratie (Hubert Kleinert)	133
5. Mögliche „Warum nicht ...?“-Fragen	146



Obere Reihe (v. l. n. r.): Alice Schwarzer, Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer;
 Untere Reihe (v. l. n. r.): Isabel Pfeiffer-Poensgen, Prof. Dr. Jürgen
 Flimm, Andrea Prym-Bruck, Dr. Annette Lepenies

Mitglieder der Arbeitsgruppe 3

Prof. Dr. Jürgen Flimm
 Prof. Dr. Hubert Kleinert (Leitung)
 Dr. Annette Lepenies
 Isabel Pfeiffer-Poensgen
 Andrea Prym-Bruck
 Alice Schwarzer
 Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer

Einleitung

Die unter dem Arbeitstitel „Lebensqualität“ gebildete Arbeitsgruppe 3 legt hiermit den zusammenfassenden Bericht ihrer Arbeit vor. Es ist der Ertrag aus unterschiedlich umfangreichen schriftlichen Beiträgen und den Diskussionen aus den vier Arbeitsgruppensitzungen, die zwischen Juni und Dezember 2008 stattgefunden haben. Nicht jeder konnte an allen Sitzungen teilnehmen, aber alle haben in der einen oder anderen Weise ihren Beitrag geleistet. Und alle Sitzungen standen im Zeichen engagierter und z. T. auch kontroverser Debatten. Für ihren Einsatz und ihr lebhaftes Engagement, für zahllose Ideen, Anregungen und Vorschläge gilt mein herzlicher Dank allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe.

Im Gegensatz zu den beiden anderen Arbeitsgruppen ergaben sich Gliederung und Vorgehensweise bei uns nicht von selbst. Die Vielschichtigkeit des Themas „Lebensqualität“ sowie die unterschiedlichen Interessen und fachlichen Schwerpunkte der Teilnehmer unserer Arbeitsgruppe machten thematische Schwerpunktsetzungen nötig. Migration – Integration, Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Verkehr, Stadtarchitektur, die Zukunft der Bürgergesellschaft und demokratischer Legitimation – da mussten

Lücken bleiben, konnte manches nicht so eingehend behandelt werden, wie es erstrebenswert gewesen wäre. Entsprechend bleiben die folgenden Texte manchmal skizzenhaft. Trotzdem sind auch diese Beiträge in unserem Bericht enthalten, weil wir ein möglichst vollständiges Bild unserer inhaltlichen Arbeit liefern wollen.

Die Themen **Migration und Integration** sollten von Anfang an einen besonderen Schwerpunkt bilden. Denn zweifellos ist die Bewältigung der durch Zuwanderung und Multiethnisierung entstandenen Probleme eine vorrangige, alle Lebensbereiche durchdringende Aufgabe künftiger Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Die breit geführte öffentliche Diskussion über die Ergebnisse der jüngsten bundesweiten Integrationsstudie zeigt das besonders anschaulich. Und das gilt besonders im Blick auf die absehbare demografische Entwicklung.

Dementsprechend steht das Thema am Anfang des vorliegenden Textes. Die in der Arbeitsgruppe breit geteilten Analysen und Schlussfolgerungen bilden das erste Kapitel des Berichts. Der Beitrag von Alice Schwarzer wird gesondert ausgewiesen. Einige Überlegungen und

Forderungen dieses Papiers wurden in der Arbeitsgruppe nicht geteilt, aber als wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs akzeptiert und werden deshalb als Anhang veröffentlicht. Dass es dabei auch zu einigen Überschneidungen mit dem Haupttext kommt, liegt in der Natur der Sache.

Es folgt ein umfangreicher Teil, der ursprünglich als „Lebensqualität von morgen“ angelegt war und die Themen **Stadt und Land**, demografische Entwicklung, Metropolregion, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr und Kultur im Zusammenhang behandeln sollte. In der hier vorgelegten Endfassung des Arbeitsgruppen-Berichts ist dieser Teil in zwei verschiedene Kapitel geteilt; das erste behandelt strukturelle Grundsatzzfragen der Landesentwicklung im Zusammenhang mit demografischen Trends, das zweite geht auf Fragen der Stadtentwicklung im engeren Sinne ein und behandelt Anforderungen an Standortqualität, Verkehr, Wohnen und Kultur. Diese Aufteilung folgt inhaltlichen Überlegungen.

Wie wir morgen leben werden – da musste das Thema Kultur in unserer Arbeit eine starke Rolle spielen. Dazu sind verschiedene Papiere vorgelegt worden. Neben dem Konsens-

teil sind in den Anhang neun Thesen des Unterzeichners aufgenommen worden, die in der Arbeitsgruppe z. T. kontrovers diskutiert wurden. Da sich die Diskussion in den Arbeitsgruppensitzungen sehr stark auf die Probleme der Integration konzentriert hat, konnten, vom Kulturteil abgesehen, manche Themen nicht breit abgestimmt werden. Teile der Kapitel 2 und 3 gehen zurück auf Entwürfe, die an einigen Stellen eher skizzenhaft angelegt und nicht immer voll ausgearbeitet sind.

Den letzten Teil des Berichts bilden die **Anhänge** mit Namensbeiträgen von Alice Schwarzer über Migration und Integration und von dem Unterzeichner zur Kultur sowie zur Zukunft der Demokratie. Ausgehend von besorgniserregenden Tendenzen eines seit Jahren wachsenden Vertrauensschwunds in Parteien und politische Institutionen wird im letzten Papier der Versuch unternommen, Ursachen und Hintergründe dieser Trends zu analysieren. Die für jede gestalterische Politik

und ihre Umsetzung in der Zukunft erheblichen Probleme betreffen Nordrhein-Westfalen jedoch nicht allein, sondern die Bundesrepublik insgesamt. Da dieser Teil nicht ausreichend diskutiert werden konnte, die Arbeitsgruppe ihn aber für einen wichtigen Diskussionsbeitrag hält, ist er ebenfalls Bestandteil des Anhangs.

Marburg, 12. März 2009

Hubert Kleinert

1. Zuwanderung und Integration

1.1. Migration und demografische Entwicklung

Von den 18 Millionen Menschen, die heute in Nordrhein-Westfalen leben, haben 4,1 Millionen eine Zuwanderungsgeschichte. Darunter sind 1,9 Millionen Ausländer. Etwa 2,7 Millionen Bürger Nordrhein-Westfalens sind im Ausland geboren, gehören demnach zur ersten Einwanderergeneration. Für mehr als 20 % der Einwohner des Landes ist Migration Teil der eigenen oder der familiären Identität. In manchen Großstädten der Rheinschiene oder des Ruhrgebiets trifft das sogar für jeden dritten Einwohner zu. Neben den Aussiedlern stellen Menschen mit türkischen Wurzeln dabei die größte Gruppe. Mehr als 850.000 Bürger Nordrhein-Westfalens sind türkische Staatsangehörige oder eingebürgerte Türken.

a) Allgemein

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung wird in den Jahren bis 2025 weiter zunehmen, obwohl die großen Zuwanderungswellen der Vergangenheit angehören. Die Zuwanderung von Asylbewerbern hat von 30.000 in 1995 bis auf 5.000 im Jahr 2007 abgenommen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Spätaussiedler von 45.000 auf 1.300 pro Jahr gesunken ist. Auch der Familiennachzug hat seinen Höhepunkt überschritten: 2006 sind mehr türkische Staatsangehörige aus Nordrhein-Westfalen

weggezogen, als neu ins Land gekommen sind. Dennoch wird sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung vergrößern: 2025 werden etwa 4,5 Millionen von 17,6 Millionen Einwohnern – also ein gutes Viertel der Bevölkerung – Menschen mit Migrationshintergrund sein.

Weil die Bevölkerung insgesamt leicht schrumpft, die Zahl der Menschen mit Migrationsgeschichte aber weiter zunimmt, wird der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung noch deutlicher wachsen (von heute 20 % auf 26 %). Allerdings wird diese Zunahme geringer ausfallen, als manchmal angenommen wird. Das gilt besonders für die Zahl der **Ausländer**, was vor allem eine Folge des veränderten Staatsangehörigkeitsrechts ist. Noch nicht absehbar ist, wie sich die gesetzlich vorgesehene Pflicht zur Entscheidung zwischen zwei Staatsangehörigkeiten bei den jungen Erwachsenen im Einzelnen gestalten wird. In der Praxis hat sich die Hinnahme von Doppelstaatsbürgerschaften schon in den letzten Jahren ausgeweitet. In der Diskussion der Arbeitsgruppe 3 gab es kontroverse Auffassungen zur Hinnahme von Doppelstaatsbürgerschaften. In den Zeitraum bis 2025 fällt die Phase, in der erstmals eine große Anzahl Heranwachsender gesetzlich verpflichtet sein wird, sich zwischen der deutschen und der ursprünglichen Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die Mehrheit der Arbeitsgruppe ist mit der gegenwärtigen Rechtslage im Prinzip einverstanden.

b) Regional

Die Entwicklung des Migrantenanteils stellt sich in den einzelnen Regionen des Landes unterschiedlich dar: In bestimmten städtischen Ballungsräumen vor allem des Ruhrgebiets wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Jugendlichen in wenigen Jahren 50 % oder mehr erreichen. Gleichzeitig wird es aber auch zu Veränderungen in der Altersstruktur der Bürger mit Zuwanderungsgeschichte kommen. Schon für 2020 ist ein prozentualer Anstieg der über 65-Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte von heute 7 % bis auf 12 % prognostiziert, wobei heute der Altersdurchschnitt der Zuwanderer deutlich unter dem der Deutschstämmigen liegt (33,4 gegenüber 42,5 Jahre).

Beim Ausländeranteil ist von einer starken Konzentration in städtischen Ballungsräumen auszugehen; betrachtet man die Gesamtzahl der Menschen mit Migrationshintergrund, ist die Verteilung ähnlich, allerdings etwas weniger deutlich ausgeprägt. In Aachen, Köln, Düsseldorf und Dortmund ist heute schon ungefähr jeder fünfte Einwohner Ausländer, während ländliche Regionen wie z. B. Coesfeld und Höxter nur Ausländeranteile von 4 bzw. 5 % aufweisen. Allerdings hat etwa der Landkreis Paderborn im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße etwa dreimal so viele Spätaussiedler aufgenommen wie die Stadt Köln. Demnach ist trotz der besonderen Konzentration der Folgeprobleme von Migrationsprozessen in den großen Städten die Bedeutung der Integrationsproblematik auch für den ländlichen Raum nicht zu unterschätzen. In Leverkusen, Aachen, Düsseldorf, Dortmund, Bielefeld und Köln stellen Zuwanderer etwa ein Drittel der gesamten Bevölkerung.

c) NRW als Einwanderungsland

Schon die Zahlen erlauben keinen Zweifel, dass die Entwicklung von Migration, besonders aber die Integration von Menschen mit eigenem oder familiärem Migrationshintergrund eine der zentralen politischen Herausforderungen der Jahre bis 2025 darstellt. Faktisch ist Deutschland in den letzten Jahrzehnten zum Einwanderungsland geworden, was für Nordrhein-Westfalen aus strukturellen Gründen überdurchschnittlich zutrifft.

Mit einem Ausländeranteil von 10,6 % lag Nordrhein-Westfalen 2006 hinter Baden-Württemberg und Hessen an dritter Stelle unter den Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland (bundesweiter Auslän-

deranteil: 8,8 %). Zu oft und zu lange ist in Grundsatzdebatten über Einwanderungsgesellschaft, Multikulturalismus oder deutsche Leitkultur an den wirklichen Problemen der Einwanderung und ihren Folgen vorbeidiskutiert worden. Erst in jüngerer Zeit zeichnet sich allmählich ein politischer Grundkonsens ab, der die Realitäten der Einwanderungsgesellschaft Deutschland akzeptiert, ohne dabei in Illusionen zu verfallen und die realen Probleme der Integration zu verkleinern. Das öffentliche Bewusstsein für die konkreten Probleme und die praktischen Notwendigkeiten zu integrationspolitischem Handeln ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen.

Aus demografischer Sicht ist Zuwanderung kein Problem, im Gegenteil. Ohne Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern wäre die Bevölkerungsentwicklung bereits in den letzten Jahrzehnten deutlich negativer verlaufen. Zwischen 1964 und 2006 hat sich die Zahl der hier jährlich geborenen Kinder halbiert; 2006 hatte jedes sechste in Nordrhein-Westfalen geborene Kind eine muslimische Mutter. Mit Blick auf die Bedeutung von Migration für die demografische Entwicklung ist allerdings zu bedenken, dass sich die Kinderzahl ausländischer Frauen in der Bundesrepublik immer stärker der des Bevölkerungsdurchschnitts annähert.

d) Auf der Suche nach Fachkräften

Wir werden im Berichtszeitraum weitere Zuwanderung auch deshalb brauchen, um dem prognostizierten Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dazu sind auch entsprechende Öffnungen des Arbeitsmarkts für Hochqualifizierte nötig. Die vorliegenden Zahlen über die Zuwanderung von Hochqualifizierten in den vergangenen Jahren weisen diese als lächerlich gering aus (2007: 111 Hochqualifizierte nach Nordrhein-Westfalen). Der Strom gut ausgebildeter Zuwanderer geht, wie die EU feststellt, an Deutschland vorbei. Die USA und Kanada sind für diese Personengruppe deutlich attraktiver. Das sollte so nicht hingenommen werden; dabei betrachten wir Zuwanderung von bereits Qualifizierten als Ergänzung, nicht als Alternative zur Qualifizierung des schon hier ansässigen Arbeitskräftepotenzials. Diese bleibt die vorrangige politische Aufgabe. Das heißt freilich auch, dass Politik Zuwanderung auch unter ökonomischen Aspekten steuern muss. Soweit Zuwanderer über entsprechende Qualifikationsvoraussetzungen verfügen oder sie erwerben, werden sie in den kommenden Jahrzehnten nicht nur einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Folgen der demografischen

Entwicklung abzufedern, sondern auch für die Prosperität des Landes insgesamt von großer Bedeutung sein. Wenn solche Qualifikationsvoraussetzungen jedoch nicht vorliegen, wird die entsprechende Zuwanderung zukünftig die sozialen Probleme eher noch verschärfen.

e) Nationalitäten

Die mit Abstand größte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen bilden heute türkischstämmige Bürger; knapp jede dritte Ausländerin und jeder dritte Ausländer haben die türkische Staatsangehörigkeit. In Duisburg ist die Mehrheit der Ausländer türkischer Nationalität. In Düsseldorf dagegen beträgt dieser Anteil nur 15 %; hier leben genauso viele Asiaten wie Türken. Insgesamt sind etwa 10 % der Ausländer in Nordrhein-Westfalen Asiaten, ungefähr 5 % sind Afrikaner. Ungefähr jeder dritte Ausländer kommt aus einem Mitgliedsstaat der EU. Einschließlich der Türken sind ungefähr 80 % der hier lebenden Ausländer Europäer.

Die Menschen mit Migrationshintergrund bilden weder ethnisch noch sozial eine homogene Gruppe (vgl. unten). EU-Ausländer haben geringere Integrationsprobleme; dasselbe gilt für die sogenannten „Bildungsausländer“. Sehr viel stärkere Probleme zeigen sich bei der Integration von muslimischen Zuwanderern. Jüngst veröffentlichte Studien haben dies gerade wieder bestätigt. Deshalb war es notwendig, dass wir uns mit dieser Gruppe von Zuwanderern besonders beschäftigen.

1.2. Integration als zentrale politische Herausforderung

Wichtiger noch als alle Bemühungen um die politische Steuerung von Zuwanderung ist die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft. „**Integration**“ ist dabei in einem doppelten Sinn gemeint: Einmal geht es um **soziale Integration** von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, also um ihre Chancen vor allem im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt, um die Zuteilung von Ressourcen wie Bildung, Beruf, Geld etc. Zum anderen geht es um **kulturelle Integration** im Sinne der Akzeptanz von grundlegenden Normen und Spielregeln unserer Gesellschaft durch die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Zwischen diesen beiden Seiten von Integration besteht ein innerer Zusammenhang: Struk-

turelle Integration im Sinne von Teilhabe an den sozialen Chancen der Mehrheitsgesellschaft fördert kulturelle Integration, umgekehrt können fehlende Chancen zur sozialen Integration kulturelle Gräben vertiefen oder sogar erst neu hervorbringen. Gelungene soziale bzw. strukturelle Integration ist nicht die einzige Bedingung für kulturelle Integration, sicher aber ist sie eine wichtige Voraussetzung. Wie weit Integration gelingen oder misslingen kann, wird sich nicht nur, aber doch in erster Linie an den künftigen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen der Menschen mit Migrationshintergrund entscheiden.

Wenn wir nachfolgend den Bedingungen für den Abbau struktureller Ungleichgewichte zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern im Bildungssystem und bei den Arbeitsmarktchancen besonderes Gewicht beimessen, bedeutet das nicht, dass wir die Probleme der kulturellen Integration vernachlässigen. Neuere Studien zu den verschiedenen sozialen Milieus der Zuwanderer weisen zwar ein Überwiegen Integrationswilliger aus; zugleich aber werden drei Milieus ausgemacht, die nicht primär integrativ orientiert sind.

a) Archaisches Milieu

Ein sozial unterprivilegiertes, religiös verwurzelt Milieu ist stark geprägt von archaischen und patriarchalischen Wertvorstellungen, bei denen sich die Betonung religiöser Grundsätze, Bedürfnisse nach einer starken sozialen Kontrolle, Verständnislosigkeit gegenüber dem liberalen westlichen Lebensstil mit seiner Freizügigkeit und ein starker Anti-Individualismus mit Bildungsarmut, geringen Sprachkenntnissen und einem insgesamt niedrigen Integrationsniveau verbinden. Viele haben trotz z. T. langjährigen Aufenthalts in Deutschland weder eine ausreichende Bereitschaft zu noch das Bedürfnis nach kultureller Integration und sind eher bereit, Fremdheit und Ausgrenzung zu ertragen. Während ihr Zugang zum kulturellen Angebot des Zuzugslands gering ist, werden die religiösen Angebote der eigenen Kultur und der ethnisch geprägten Kulturzentren in großem Umfang genutzt. Dieses Milieu will die entsprechenden Traditionen auch an die eigenen Kinder weitergeben.

b) Entwurzeltes Milieu

Als wenig integrationsorientiert muss auch das Milieu der „Entwurzelten“ gelten, das nur oberflächlich von religiösem Traditionalismus geprägt ist, dennoch an

Traditionen wie z. B. Familienehre und autoritären Rollenvorstellungen festhält und dem liberalen Lebensstil der westlichen Gesellschaften mehr oder weniger verständnislos gegenübersteht. In diesem vorwiegend von Bürgerkriegsflüchtlingen und kurdischen Türken gestellten Milieu verbinden sich materialistische Grundvorstellungen, fehlende Sprachkenntnisse und niedrige Bildungsvoraussetzungen mit Heimatnostalgie, fehlendem Integrationswillen und einer z. T. aggressiven Abwehr der deutschen Gesellschaft. Gleichzeitig distanziert man sich von anderen Einwanderergruppen.

c) Hedonistisches Milieu

Von diesen beiden Milieus zu unterscheiden ist ein wenig integrationswilliges, dabei deutlich jüngeres, hedonistisch-subkulturelles Milieu, das vor allem von Türken der zweiten Generation gestellt wird. Dieses Milieu ist mit der einheimischen Kultur durchaus vertraut und verfügt auch über die entsprechenden Sprachkenntnisse. Vor dem Hintergrund von Träumen von einem Wohlstandsleben einerseits und realer Chancenlosigkeit andererseits werden hier die entsprechenden Erfahrungen in Form einer Distanz zur Mehrheitsgesellschaft und einer trotzigigen Underdog-Mentalität verarbeitet. Dabei verbindet sich ein im Kern westlich geprägter Konsummaterialismus mit starker Konzentration auf das Hier und Jetzt mit dem Wunsch nach Rückzug in eine eigene Subkultur, in der nicht selten auch Gewalt eine Rolle spielt. Die Erfahrung realer Chancenlosigkeit disponiert dabei zu Selbstinszenierungen als „Fremder“ mit eigener Sprach- und Wertewelt. Der dabei praktizierte Rückgriff auf herkunftskulturelle Muster wie Gott, Familie oder Ehre dient als „Identitätskrücke“, die nicht wirklich konsequent gelebt werden kann, sondern primär die Rolle von Abgrenzungsmustern gegenüber der Mehrheitsgesellschaft spielt. Dieses Milieu wird in der Zukunft zahlenmäßig noch zunehmen, wenn sich an der Realität mangelnder sozialer Integration als Folge von Bildungsrückständen, Bildungsunwillen und entsprechend geringer Chancen auf dem Arbeitsmarkt keine entscheidenden Veränderungen erreichen lassen. Was die Muslime betrifft, so sehen quantifizierende Untersuchungen heute bei knapp zwei Dritteln von ihnen eine Bereitschaft zur Anpassung an die deutsche Kultur, ohne Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. Ein Sechstel besteht auf ihrer kulturellen Eigenart, zeigt aber keine Neigung, sich von der Aufnahmegesellschaft zurückzuziehen. Bei etwa 20 % verbindet sich die Betonung kultureller Eigenständigkeit mit Tendenzen eines Rückzugs in die von der Mehrheitsgesellschaft

separierte, ethnisch-kulturell definierte Ursprungsgruppe. Hierbei muss speziell beachtet werden, dass bei allen Annahmen unter Muslimen differenziert werden muss – Schiiten, Sunniten und Alewiten können nicht immer gleich behandelt werden.

1.3. Zum Umfang kultureller Differenz. Demokratiefeindlichkeit und Radikalismus-Potenziale von Migranten

Seit der Arbeit von Heitmeyer 1997 ist eine Reihe von Studien publiziert worden, die sich mit der quantitativen Dimension kultureller Fremdheit und besonders mit der Anfälligkeit des muslimisch geprägten Bevölkerungsteils gegenüber Ideologien und Zielen des fundamentalistischen Islamismus befassen. Manche dieser Untersuchungen erlauben auch Rückschlüsse auf das quantitative Ausmaß demokratiekritischer, autoritärer und tendenziell demokratiefeindlicher Einstellungen, auch wenn diese nicht mit einer direkten Unterstützung der Ziele des islamistischen Radikalismus oder gar mit offener Befürwortung von Gewalt verbunden sind. Bei allen unterschiedlichen Schwerpunkten der entsprechenden Untersuchungen und aller Differenziertheit der entsprechenden Ergebnisse kann als einigermmaßen gesichert gelten:

- a) Enge religiöse Bindungen und eine starke Ausrichtung an religiösen Regeln verbinden sich bei einem erheblichen Teil der muslimischen Bevölkerung mit einer Tendenz zur aggressiven Abgrenzung von Muslimen, die solche Wertvorstellungen nicht teilen. Sie verbinden sich zugleich mit einer Neigung zur pauschalen Aufwertung der islamischen Kultur und zur Abwertung westlicher und christlich geprägter Kulturen. Eine vom BMI geförderte Studie von Wissenschaftlern der Uni Hamburg quantifiziert 2007 das entsprechende religiös-fundamentalistische Potenzial auf etwa 40 % der muslimischen Gesamtbevölkerung. Dieser Teil der Muslime bezieht sich auf einen als unveräußerlich wahr und unveränderlich erachteten Islam und fordert eine wortgetreue Befolgung seiner Ge- und Verbote, wie sie in den Heiligen Schriften festgelegt sind. Der Islam ist für sie die einzig wahre Religion, der gegenüber andere Religionen als minderwertig gelten. Eine Anpassung des Islam an die Gegebenheiten moderner Gesellschaften lehnen sie ab. Dies ist nicht gleichzusetzen mit dem Umfang der demokratiefeindlichen Haltung des islamistischen Radikalismus oder gar mit Sym-

Isabel Pfeiffer-Poensgen



pathien für denselben. Religiös-fundamentalistisch orientierte Muslime sind nicht per se demokratiefeindlich; umgekehrt haben nicht alle, die demokratiefeindlich oder gar gewaltbereit sind, entsprechende religiös-fundamentalistische Wertvorstellungen. Etwa bei einem Sechstel dieser Gruppe kann von einer extremen Ausprägung fundamentalistischer Haltungen gesprochen werden. Etwa drei Viertel dieser Gruppe sind kaum oder wenig in die deutsche Gesellschaft integriert.

- b) 20 % der Muslime orientieren sich streng an den religiösen Regeln des Islam und den in den Heiligen Schriften dargestellten Prinzipien und sind als „religiös-traditionalistische Orthodoxe“ zu kennzeichnen. Im Unterschied zu den fundamental Orientierten neigen sie aber nicht zur Abwertung anderer Überzeugungen und solcher Muslime, die die religiösen Regeln weniger streng befolgen. Davon zu unterscheiden ist eine ähnlich große dritte Gruppe, bei der die religiösen Ge- und Verbote zwar hohe Zustimmung erfahren, die aber individuell weniger gläubig ist. Etwa 20 % der Muslime in Deutschland sind nur schwach oder gar nicht religiös orientiert. Über 80 % bezeichnen sich als „gläubig“ oder „sehr gläubig“. Etwa die Hälfte der Muslime in Deutschland hat in Kindheit und/oder Jugend eine Koranschule besucht. 68 % der Muslime halten die Einrichtung zusätzlicher Korankurse für wichtig.
- c) Eine starke Distanz zur Demokratie ist bei etwa 8 – 12 % der muslimischen Gesamtbevölkerung auszumachen. Bei etwa der Hälfte davon steht diese Einstellung in Verbindung mit fundamentalistischen religiösen Orientierungen. Etwa 12 % der muslimischen Bevölkerung zeigen islamisch-autoritäre Wertvorstellungen, die sich durch eine Kombination radikaler Kritik an westlichen Gesellschaften mit der Befürwortung islamischer Rechtssysteme wie der Scharia auszeichnen (Befürwortung der Todesstrafe bzw. der äußerst grausamen Körperstrafen). Etwa ein Drittel dieser Vertreter islamisch-autoritärer Wertvorstellungen kommt aus gut gebildeten und individuell nicht diskriminierten Kreisen. Bei etwa der Hälfte zeigt sich umgekehrt eine Verbindung von niedrigem Bildungsstand und individuellen Diskriminierungserfahrungen. Bei einem Fünftel verbinden sich traditionelle religiöse Orientierungsmuster ohne tiefe innere Gläubigkeit mit einer Selbstexklusion aus der Mehrheitsgesellschaft, d. h. der Rückzug wird bewusst gesucht, ohne dass er als Reaktion auf die Erfahrung von Ausgrenzung und Marginalisierung interpretierbar wäre. Muslime, die sich in islamischen Vereinen engagieren, regelmäßig nicht-deutsche Zeitungen lesen und nicht-deutsche Fernsehsender anschauen, zeigen eine deutlich stärkere Demokratiedistanz.
- d) Etwa 6 % der muslimischen Gesamtbevölkerung müssen als Befürworter massiver Formen politisch-religiös motivierter Gewalt angesehen werden. Eine weitaus größere Gruppe zeigt einzelne Anzeichen von Gewaltakzeptanz, die sie als potenziell anfällig erscheinen lassen können: So halten 40 % die Anwendung von Gewalt als Reaktion des Islam auf die „Bedrohung durch den Westen“ prinzipiell für legitim. Allerdings lehnen 90 % Selbstmordattentate und terroristische Handlungen klar ab. Eine zusammenfassende Betrachtung der Gruppen, die entweder eine starke Distanz zur Demokratie und/oder eine hohe Akzeptanz von politisch-religiöser Gewalt aufweisen, zeigt einen Anteil von 12 bis 16 % unter den Muslimen. Dabei sind Mitglieder in islamischen Vereinen deutlich über-, Mitglieder anderer Vereine deutlich unterrepräsentiert.
- e) Wesentlich höhere Anteile der muslimischen Bevölkerung stehen zentralen Grundprinzipien der Demokratie verständnislos gegenüber. Unter den für die BMI-Studie Befragten plädiert etwa die Hälfte für den Primat der Religion gegenüber der Politik (obwohl die Türkei seit Atatürk ein laizistischer Staat ist). Ebenfalls etwa die Hälfte bejaht die Aussage, nach der die Demokratie entscheidend verantwortlich sei für die hohe Kriminalität; zwei Drittel (65 %) bejahen eine stärkere staatliche Kontrolle von Zeitungen und Fernsehen. Ein Drittel tritt für die Todesstrafe ein.
- f) Etwa die Hälfte der Muslime fühlt sich stärker mit ihrem Heimatland verbunden als mit Deutschland. Nur 12 % definieren sich eher als deutsch, obwohl jeder Dritte eingebürgert ist. Gleichzeitig aber fühlen sich 87 % in Deutschland eher wohl. 40 % sprechen im Freundeskreis nie oder selten deutsch, was auf eine geringe Frequenz alltäglicher Sozialbeziehungen hindeutet. Ein Drittel der Muslime nutzt Massenmedien ausschließlich in der Muttersprache. Knapp ein Fünftel ist Mitglied eines Vereins, wobei die Hälfte der Vereinsaktivitäten sich auf ausschließlich islamische bzw. landsmannschaftliche Vereinigungen bezieht. In sprachlich-sozialer Hinsicht sind

- 20 % sehr schlecht oder schlecht integriert, weitere 37 % allenfalls mäßig.
- g) Werden Jugendliche gesondert betrachtet, liegen die Anteile in allen Gruppen etwas höher. Die BMI-Studie identifiziert 44 % der Jugendlichen als fundamental Orientierte, für 17 % werden starke Einflüsse eines islamischen Autoritarismus festgestellt. Fast ein Viertel der muslimischen Jugendlichen (24 %) hat starke antisemitische oder antichristliche Vorurteile. Umgekehrt hat ein noch höherer Anteil nicht muslimischer Migranten Vorurteile gegenüber dem Islam. Da auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht unerhebliche Ressentiments bestehen, liegt hier ein beträchtliches Konfliktpotenzial.
- h) 95 % der muslimischen Migranten stimmen der Aussage zu, dass Zuwanderer auch in Deutschland die Kultur ihres Heimatlandes weiter pflegen sollten. Zwar stimmen 82 % der Aussage „eher“ oder „völlig“ zu, dass Zuwanderer ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen sollten. Immerhin 18 % aber sehen das anders; ungefähr gleich viele sind der Auffassung, dass Ausländer hier besser unter sich bleiben sollten.
- i) Eine gesonderte Betrachtung von Migranten mit hoher Bildungsqualifikation zeigt ein differenziertes Bild. Auch unter studierenden Muslimen zeigt sich ein hohes Maß an orthodoxen bzw. fundamentalistischen religiösen Orientierungen. Es ist aber deutlich niedriger als in der muslimischen Gesamtbevölkerung. Etwa 8 % der muslimischen Studierenden zeigen eine starke Distanz gegenüber der Demokratie. 6 % der muslimischen Studierenden stehen in erkennbarer Nähe zu islamistischen Einstellungen. Bei den demokratiefeindlichen Einstellungen sowie den Befürwortern politisch-religiöser Gewalt überwiegen die Männer.
- j) Auch unter deutschen Jugendlichen existiert ein quantitativ nicht unerhebliches Potenzial von Autoritarismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, das im Vergleich zu den Muslimen manche Parallele aufweist. Es gibt jedoch signifikante Unterschiede. Diese betreffen insbesondere die Religion, was nicht heißt, dass starke Religiosität immer der entscheidende Risikofaktor wäre. Dabei dürfen die Unterschiede zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen im Islam nicht vernachlässigt werden. Dass dies innerhalb der Mehrheitsgesellschaft meist nicht geschieht, ist auch ein Integrationshemmnis.
- k) Mit Blick auf die Anfälligkeit für Extremismus und Radikalismus lassen sich bei jungen Muslimen zwei Gruppen deutlich unterscheiden: einmal die wenig gebildeten und sozial ausgegrenzten; zum anderen solche, die keineswegs am Rande stehen, sondern in einem Prozess von Identitätsfindung zwischen verschiedenen kulturellen Referenzsystemen, bei dem für diese Identitätsfindung die Wahrnehmung von Marginalisierung der eigenen Bezugsgruppe und einer als „moralisch verkommen“ erscheinenden Umwelt eine zentrale Rolle spielt. Dabei werden Religion und Koran zu Optionen bei der individuellen Sinnsuche.
- l) Etwa ein Drittel unter den weiblichen Muslimen in Deutschland äußert, dass es ihnen ein Bedürfnis sei, in der Öffentlichkeit ein Kopftuch zu tragen, was in der Türkei in öffentlichen Institutionen verboten ist. 26 % der muslimischen Männer äußern, dass es ihnen wichtig sei, dass Frauen aus ihrer Familie sich öffentlich in dieser Weise zeigten. Dabei sind die Kopftuchbefürworter in den jüngeren Altersgruppen stärker vertreten als in den älteren. Unter den gar nicht oder wenig religiös Orientierten finden sich nur ganz wenige Befürworter des Kopftuchs; unter den sehr Religiösen dagegen ist es die erdrückende Mehrheit (fast 80 % der Frauen).

Die vorliegenden Daten zeigen, dass es keine linearen Zusammenhänge zwischen struktureller und kultureller Integration gibt. Sprachkompetenz und hoher Bildungsstand sind keine Garantien für die Bereitschaft zur Akzeptanz der Spielregeln der demokratischen Werteordnung. Diese Akzeptanz ist aber unter den Gebildeteren **deutlich stärker** verbreitet.

Viele soziologische Studien zeigen, dass auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ein nicht unerhebliches Maß an autoritären und z. T. demokratiefeindlichen Einstellungen besteht. Die entsprechende Ablehnung steht freilich dort so gut wie nie in Verbindung mit religiös-fundamentalistischen Wertvorstellungen, die sich auf die unbedingte und uneingeschränkte Geltung religiöser Regeln und Prinzipien im gesellschaftlichen und politischen Leben beziehen.

Insgesamt deuten die empirischen Befunde auf eine beachtenswerte Kluft zwischen den Wertorientierungen eines erheblichen Teils der muslimischen Zuwanderer und der großen Mehrheit der Mehrheitsgesellschaft hin. Diese Kluft sollte nicht überdramatisiert, aber auch nicht ignoriert werden.

1.4. Zum Stand der strukturellen Integration heute

Wir sind vom Ziel der sozialen Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte noch weit entfernt. Zuwanderer bzw. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind im Durchschnitt deutlich schlechter ausgebildet als Deutschstämmige. Sie haben auf dem Arbeitsmarkt eher die unteren Positionen besetzt, sind im Vergleich zu den Deutschstämmigen viel häufiger Arbeiter und viel seltener Angestellte oder Beamte. Sie sind weit überproportional im insgesamt schrumpfenden verarbeitenden Gewerbe und sehr viel seltener auf qualifizierten Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor tätig. Viel häufiger als Deutschstämmige haben sie weder einen Schulabschluss noch eine abgeschlossene Berufsausbildung. Entsprechend ist ihre Aussicht, zum Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialtransfers zu werden, mehr als doppelt so hoch. Im Vergleich zur deutschstämmigen Wohnbevölkerung ist diese Gruppe auch mehr als doppelt so häufig in der offiziellen Kriminalstatistik vertreten, wobei der Anteil ausländischer Jugendlicher besonders ins Gewicht fällt. 2007 stellten Ausländer laut offizieller Kriminalitätsstatistik 21,6 % aller Tatverdächtigen in Nordrhein-Westfalen. Angesichts der erheblichen sozialen Unterschiede ist dies freilich nicht sehr überraschend.

a) Bildung

Ausgesprochen besorgniserregend ist die Tatsache, dass der Bildungsstand der in der Bundesrepublik geborenen Migrantenkinder im Durchschnitt schlechter ist als der Bildungsstand derjenigen, die im Ausland geboren wurden. Das zeigt, wie unbegründet frühere Vorstellungen waren, nach denen sich die Probleme der Integration durch Zeitablauf und Generationenfolge gewissermaßen im Selbstlauf lösen würden. Diese für Deutschland insgesamt problematische Entwicklung zeigt sich auch in Nordrhein-Westfalen. 2006 hatten 20,8 % der Ausländer und eingebürgerten ehemaligen Ausländer, die in Nordrhein-Westfalen lebten, keine abgeschlossene Schulausbildung. Damit liegt Nordrhein-Westfalen exakt im Bundesdurchschnitt: Hier verließ 2005 jeder fünfte Jugendliche mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss, dagegen nur jeder zwölfte Deutschstämmige (7–8 %). Nur etwa 40 % der ausländischen Jugendlichen erreichen einen besseren Abschluss als den der Hauptschule; bei den Deutschstämmigen sind das über 70 %. Unter den Ausländern haben fast 40 % der 24- bis 29-Jährigen keine

abgeschlossene Berufsausbildung, während dasselbe nur für jeden zehnten Deutschen gilt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stellen heute weniger als ein Viertel der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen, aber mehr als zwei Drittel aller Menschen ohne Schulabschluss (470.000). Besonders stark betroffen davon sind die türkischen Einwanderer: 37 % der türkischen Wohnbevölkerung von NRW verfügte 2006 über keinen Schulabschluss. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Ein knappes Drittel der Männer (31,5 %), aber beinahe die Hälfte aller türkischen Frauen ist ohne Schulabschluss.

Insgesamt stellen die türkischstämmigen Zuwanderer hier die größte Problemgruppe (neben den zahlenmäßig weniger gewichtigen Albanern und Kosovaren und Serben), während die übrigen Migrantengruppen aus Ost- und Südosteuropa im Durchschnitt bessere Bildungsvoraussetzungen mitbringen.

Zwar haben sich die Bildungsqualifikationen bei den Migrantenkindern in den letzten Jahren etwas verbessert. Die Abiturientenquote unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht unerheblich gestiegen. Auch die Selbständigenquote der Migranten ist gewachsen. Der Anteil der ausländischen Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist zwischen 1986 und 2006 um ein Drittel gesunken, während der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife unter den Ausländern von 5,7 auf 10,9 % angestiegen ist. Es wäre aber vermessen, daraus Angleichungsprozesse abzuleiten, zumal der positive Trend in den letzten Jahren ins Stocken geraten ist. Die Differenzen in Bildung und Ausbildung zwischen Deutschstämmigen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind weiterhin derart groß, dass von einer **systematischen Ungleichverteilung von Bildung** gesprochen werden muss. Dies gilt ganz besonders für die türkischen Zuwanderer. Im Schuljahr 2006/2007 lag der Anteil von Schülern mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte an den Hauptschulen des Landes bei 29 %; an den Gymnasien lag dieser Anteil lediglich bei 6 %.

Bemerkenswert ist bei den Schulabschlüssen von Migrantenkindern auch die Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern. Im Schuljahr 2006/2007 hat jeder achte türkische Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen, aber nur jede dreizehnte türkische Schülerin. Noch ungünstigere Zahlen nennt die Statistik für albanische und serbisch-montenegrinische

Schüler und Schülerinnen. Danach verlässt jeder vierte albanische und verlassen sogar fast 30 % der serbisch-montenegrinischen Schüler die Schule ohne Abschluss. Nur 7 % der Albaner und Albanerinnen erreichen Hoch- bzw. Fachhochschulreife. Deutlich besser schneiden dagegen die Russen ab, wobei hier die großen Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen ins Auge fallen (3 % der Mädchen, aber 11 % der jungen Männer schaffen keinen Hauptschulabschluss).

b) Arbeit

Auch auf dem Arbeitsmarkt lassen sich integrationshemmende strukturelle Ungleichgewichte zwischen Deutschen und Zuwanderern erkennen. Große Unterschiede zeigen sich in der Struktur der Erwerbstätigkeit mit der starken Konzentration der häufig gering qualifizierten Zuwanderer auf das krisenanfällige, schrumpfende produzierende Gewerbe sowie auf niedrig qualifizierte Tätigkeiten im Dienstleistungssektor (z. B. Gastgewerbe). Sie zeigen sich aber auch in der Verteilung der Erwerbstätigkeit nach Geschlechtern. 45,3 % der deutschstämmigen Erwerbspersonen in NRW sind Frauen, während der Frauenanteil bei den Erwerbspersonen mit Zuwanderungsgeschichte mit knapp 40 % deutlich niedriger liegt. Besonders niedrig ist der Frauenanteil bei Erwerbspersonen mit türkischer Staatsangehörigkeit (31 %). Die Erwerbsquote bei den deutschen Frauen lag in NRW 2006 bei 66,7 %, bei den Türkinnen aber nur bei 35,6 %. Von diesen türkischen Frauen sind 55 % als Arbeiterinnen beschäftigt. Dagegen sind nur 17 % der deutschen erwerbstätigen Frauen Arbeiterinnen (Anteil der Arbeiterinnen an den erwerbstätigen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte insgesamt: 39,2 %).

27 % aller Deutschstämmigen arbeiteten 2006 im produzierenden Gewerbe, aber 40 % aller Türken. 49 % der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Arbeiter, bei den Türken sind es sogar 65 %. Unter den Deutschstämmigen beträgt dieser Anteil 27 %. Bei den Selbstständigen gleichen sich die Gesamtzahlen allmählich an; nach wie vor aber liegt die Selbstständigenquote der Türken unter dem Durchschnitt.

Diese ungleiche Verteilung von Qualifikation und Erwerbstätigkeit findet ihren Niederschlag auch in der Arbeitslosenstatistik. 2006 waren insgesamt 10 % der Erwerbspersonen in NRW arbeitslos. Unter den Deutschen lag dabei die Rate bei 8,5 %. Unter den Ausländern aber waren 22 % der Erwerbspersonen arbeitslos,

bei den Türken sogar 26 %. Fast 40 % der Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen waren 2006 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Dabei ist der Anteil der ausländischen Arbeitslosen unter den Leistungsempfängern im SGB-II-Bereich mit 85 % aller ausländischen Arbeitslosen deutlich höher als jener der deutschen Arbeitslosen (73 %). Mit anderen Worten: Ausländer und Menschen mit Migrationsgeschichte sind von Langzeitarbeitslosigkeit weit überproportional betroffen.

Angesichts der absehbaren Trends auf den Arbeitsmärkten der Zukunft, wo von einer überproportionalen Abnahme des Beschäftigungsangebots für niedrig Qualifizierte und von weiteren Schrumpfungen im verarbeitenden Gewerbe auszugehen ist, werden sich die strukturellen Disparitäten zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern ohne erfolgreiche Gegenstrategien eher noch verschärfen. Hochwahrscheinlich werden Zuwanderer von der sich abzeichnenden weiteren Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse ohne ausreichende soziale Absicherung und ohne existenzsichernde Vergütung deutlich stärker betroffen sein.

c) Einkommen und Vermögen

Diese ungleiche Verteilung von Bildung und Arbeitsmarktchancen spiegelt sich auch in der Einkommensverteilung wider. Die „Armutsrisikoquote“ bei Deutschstämmigen liegt in Nordrhein-Westfalen derzeit bei 10 %, bei Türken dagegen liegt sie viermal so hoch. Knapp 30 % der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind von Armut betroffen (dabei wird die EU-Definition zugrunde gelegt, nach der die Armutsschwelle dann unterschritten ist, wenn ein Haushalt weniger als 60 % des mittleren Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung hat).

Insgesamt haben sich zwar Soziallage und Lebenschancen vieler Zuwanderer etwas verbessert, sodass in der Soziologie dafür schon der Begriff „Teilintegration“ angeboten wurde (Geißler). Zu einem erheblichen Teil leben Zuwanderer heute unter ähnlichen Bedingungen wie strukturell benachteiligte Deutschstämmige. Ihr insgesamt deutlich niedrigeres Qualifikationsniveau lässt freilich ihr durchschnittliches Nettoeinkommen erheblich niedriger ausfallen. Auch das gilt für die türkischstämmigen Zuwanderer in besonderer Weise. Im Zuge des wachsenden Wohlstandsgefälles zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen lässt sich von einer Tendenz zur „**ethnischen Unterschichtung**“ der Gesellschaft sprechen. Migrant*innen werden einen weit

überproportionalen Teil des neuen „Prekariats“ bilden, das sich zu verfestigen droht, wenn die derzeitige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft anhält.

1.5. Vordringliche Maßnahmen der Integrationspolitik bis 2025

Die angeführten Befunde zum heutigen Stand der sozialen Integration von Zuwanderern zeigen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Bildungsniveau von Zuwanderern wesentlich zu verbessern. Dies gilt umso mehr, als wir auch bei vorsichtigen Prognosen von einer weiteren Steigerung des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Migrationsgeschichte bis 2025 auszugehen haben und sich Erfolgschancen auf dem Arbeitsmarkt mehr noch als heute bereits im Bildungssystem entscheiden werden. **Hier liegt der Schlüssel zum Erfolg von Integration.** Gelingt es nicht, den Anteil der Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen unter den Zuwanderern entscheidend zu vergrößern, wird dies nicht nur den absehbaren Mangel an gut qualifizierten Fachkräften verschärfen. Es droht die Entstehung einer neuen ethnischen Unterschicht. Dies gilt für Teile des Ruhrgebiets mit hoher Konzentration von Zuwanderern in besonderer Weise.

a) Bildung und Sprachförderung als Voraussetzung für Integration

Wichtigste Voraussetzung für eine spürbare Verbesserung des Bildungsniveaus von Zuwandererkindern ist die Sprache. Deshalb müssen große Anstrengungen zur frühkindlichen Sprachförderung unternommen werden. Die Einführung der verbindlichen Sprachstandsfeststellung für alle Kinder zwei Jahre vor ihrer Einschulung durch die Landesregierung ist ein richtiger Schritt auf diesem Weg. Wenn die dabei vorgesehene zusätzliche Sprachförderung tatsächlich helfen soll, frühkindliche Defizite zu beheben, müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Tatsache, dass bei der ersten flächendeckenden Überprüfung des sprachlichen Entwicklungsstandes der Kinder festgestellt wurde, dass fast jedes fünfte Kind hier erhebliche Rückstände aufweist, zeigt das Ausmaß der vorhandenen Probleme. Dabei müssen Eltern dazu verpflichtet werden, ihre Kinder an entsprechenden Maßnahmen teilnehmen zu lassen, wenn diese keine Kindertageseinrichtung besuchen. Auch die Einführung einer obligatorischen Vorschulklasse könnte einen

wichtigen Beitrag leisten, Sprachentwicklungsrückstände abzubauen. Die Arbeitsgruppe regt daher ausdrücklich deren Einführung an.

Von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung von Bildungs- und Zukunftschancen von Zuwandererkindern ist ferner der Ausbau von Ganztagschulen. Die bisher unternommenen Anstrengungen der Landesregierung zur Erhöhung der Zahl der Ganztagschulplätze genügen noch nicht. Es ist zu wenig, wenn bis 2010 für jedes vierte Kind ein Ganztagschulplatz geschaffen werden soll. Problematisch erscheint unter dem Gesichtspunkt starker räumlicher Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der verpflichtende wohnortnahe Grundschulbesuch. Wir wissen freilich auch, dass die Einführung einer Art „Migrantenquote“ für den Grundschulbesuch, mit dem Ziel, eine bestimmte Durchmischung von deutschstämmigen Kindern mit Kindern aus Migrantenfamilien zu gewährleisten, auf große Probleme stoßen würde. Wir glauben, dass eine besondere Förderung solcher Schulen mit besonders hohen Anteilen von Migrantenkindern der bessere, weil praktikablere Weg wäre. Deutsch als Pflichtsprache für alle sollte dabei in der Schule eine Selbstverständlichkeit darstellen.

Voraussetzung gelingender Integration ist auch die Steigerung der Bildungsmotivation in den Migrantenfamilien. Diese wird nicht erreicht werden, wenn Einwanderer-Eltern vermittelt wird, dass sie sich an die kulturellen Normen und Bildungspraktiken der Mehrheitsgesellschaft anzupassen haben. Es geht auch darum, in spezifischen, ethnisch geprägten Erfahrungen Bildungschancen zu sehen. In unserer Gesellschaft mit ihrer traditionellen Belehrungspädagogik fällt dies besonders schwer. Andererseits hat sich auch im Umgang mit bildungsarmen Familien gezeigt, wie wichtig es ist, auf Erfahrungslernen zu setzen. Wenn Kinder und Jugendliche merken, dass die Kompetenz ihrer Eltern anerkannt wird, sind sie eher bereit, sich auf andere Normen und Werte einzulassen. Die Verknüpfung von privater und öffentlicher Erziehung, die in Deutschland aus historischen Gründen schwerfällt, ist im Hinblick auf Migrantenfamilien von besonderer Bedeutung. Für alle gilt: Bildungsmotivation ist ohne Kulturrepekt nicht denkbar.

b) Islamunterricht an den Schulen

Ein Islamunterricht an den Schulen in deutscher Sprache ist eine wünschenswerte Alternative zu Koranschul-

len. Die Landesregierung sollte alles dafür tun, um möglichst bald Voraussetzungen für ein entsprechendes Unterrichtsangebot zu schaffen. Schon heute wird an den Schulen von NRW das Fach Islamkunde angeboten, das als religionskundlicher Unterricht über den Islam sachlich zu informieren versucht. An 120 Schulen nehmen 8.000 Schüler daran teil.

c) Erziehungskompetenz in bildungsarmen Migrantenfamilien – Mütter und Väter sind der Schlüssel zur Integration

Die gezielte Förderung der Erziehungskompetenz gerade von bildungsarmen Zuwandererfamilien muss diese Maßnahmen sinnvoll begleiten und ergänzen. Engagement und Einbeziehung der Eltern sind für den Erfolg aller Anstrengungen zu Sprach- und Bildungsförderung von zentraler Bedeutung. Dies gilt umso mehr, als soziologisch erwiesen ist, dass die auffällig hohe Gewaltbereitschaft muslimischer Jugendlicher mit autoritären Erziehungsstilen und häufigen Gewalterfahrungen in den Familien stark korreliert. In schwach integrierten, stark religiös geprägten und sozial unterprivilegierten Elternhäusern muslimischer Migranten machen Jugendliche mit Abstand am häufigsten die Erfahrung gewalttätiger Eltern. Diese Erfahrung fördert die Entstehung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen. Die familiären Sozialisationserfahrungen gehören demnach zu den wichtigsten Ursachen von Gewaltbereitschaft und Integrationsunwilligkeit. Wenn es gelingt, Erziehungsstile und Erziehungspraktiken in diesen Elternhäusern zu verändern, werden die Integrationschancen steigen. Integration fängt in der Familie an.

Eine fatalistische Berufserfahrung des Vaters hemmt – auch aus Loyalität – die Leistungs- und Zukunftsorientiertheit des Sohnes. Den Familienzusammenhang nutzen und ein Mitglied repräsentativ aufwerten – das ist für viele Migrantenfamilien von entscheidender Bedeutung. Erziehungsstile und Erziehungspraktiken wird man dann verändern können, wenn man auch ihre positiven Seiten anerkennt, bevor man sie auf die Akzeptierung der Mehrheitskultur hinlenkt. Erfahrungsgemäß steigen damit die Integrationschancen.

Beim laufenden und großflächig geplanten Ausbau von Familienzentren müssen spezielle Angebote für Familien mit Zuwanderungsgeschichte zu den Schwerpunkten gehören. Die Gesellschaft muss sich viel stärker um die Familien in den sozialen Problemvierteln kümmern –

nicht nur, aber ganz besonders um die Migrantenfamilien. Am Modell der Eltern orientieren sich die Kinder.

Die Familienzentren, die schon heute in den sozialen Brennpunkten eine wichtige Rolle übernommen haben, werden sich in Zukunft an jene Familien wenden müssen, die bisher wenig Offenheit für Bildungsangebote gezeigt haben. Dies gilt besonders für Eltern, die die Förderung der Kleinkinder unter drei Jahren bisher nicht erreicht hat. Gerade in Nordrhein-Westfalen hat sich die nach holländischem Vorbild orientierte „aufsuchende Präventionsarbeit“ bewährt (Opstapje-Projekt). Geschulte Laien aus dem gleichen soziokulturellen Umfeld gehen in die Familien und weisen auf niedrigschwellige Angebote in Familienzentren, Nachbarschaftsheimen, Schulen usw. in unmittelbarer Nähe hin (Hippie-, Rucksackprojekte, Stadtteilmütter der RAA Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien). In Zukunft muss besonders den Frauen, die sich in dieser Weise engagieren, die Chance zu einer weiterführenden Qualifizierung mit einem eigenen Berufsbild (Sozial-, Erziehungsassistenten o. Ä.) eröffnet werden. Wir wissen, dass die Anerkennung der Mütter in ihrer neuen Berufsrolle die Anerkennung und das Selbstwertgefühl der gesamten Familie steigert. In Nachbarschafts- und Mehrgenerationshäusern, in denen unterschiedlichste Aktivitäten angeboten werden, lassen Teilhabe und Verantwortung ein Gefühl der Verbundenheit entstehen, das viele Migrantenfamilien aus den Dorfgemeinden ihrer Herkunftskultur kennen. Sie bilden eine Alternative zu den großfamilialen Netzwerken, die oft als Abschottung gegen Integration wirken. Dazu gehören Ehrenräte der alten Migranten, Väter-Kind-Gruppen, Väter-Söhne-Aktivitäten, Mütter-Töchter-Aktivitäten, Großeltern-Enkel-Treffen, Hausarbeitsbetreuung und Tauschbörsen, Babysitting-Ausbildung und Babysitting-Vermittlung, Betreuung von Senioren und Kranken, Beratungen, altersgetrennte und altersgemischte Freizeitgruppen für Sport, Kunst, Kultur und Feste. So kann eine Klientel entstehen, die verschiedene Herkunftskulturen, aber auch Mitglieder der Mehrheitskultur erfasst. Neben die Erfahrung in der „Dorfgemeinde“ tritt die Bereitschaft zum familienübergreifenden sozialen Handeln im öffentlichen Raum.

Aus Untersuchungen wissen wir, dass es vor allem die jungen Männer mit Migrationshintergrund und ohne Ausbildung sind, die ihren Stadtteil nicht verlassen. Hier müssen Chancen geschaffen werden, sie bürgerschaftlich einzubinden und ihnen die Möglichkeit zu einem selbstgesteuerten Lernen mit Perspektive zu

Isabel Pfeiffer-Poensgen (oben), Dr. Annette Lепенies (unten)



bieten. Beispiele dafür wären das „Stadtteil-Lifting“ (die Mitgestaltung von Straßen und Plätzen) und die verantwortliche Beteiligung an Ordnungsaufgaben. Fernziel wäre ein Bonus-System bzw. die mögliche Anrechnung ihrer Arbeit auf dem Weg zu einem Schulabschluss („Stadt als Schule“, Werkschule). In der Zukunft wird es entscheidend sein, unterschiedliche Möglichkeiten zum Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines entsprechenden Abschlusses zu schaffen.

Eltern, die sich Bildungsanstrengungen gegenüber öffnen wollen, müssen entsprechende Angebote zur Fort- und Weiterbildung bekommen. Das Netzwerk „Integration durch Bildung“ kann bei Bildungs- und Fortbildungsangeboten für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte eine wichtige Aufgabe übernehmen. Übergangszeiten im Lebenslauf sind dabei entscheidend: Eintritt in den Kindergarten, Auswahl der Grundschule, Übergang zur weiterführenden Schule, Berufswahl und -einstieg müssen durch Anleitung und entsprechende Hilfen erleichtert werden („präventive Stellschrauben“).

Migranten und ihre Organisationen müssen zu aktiven Mitspielern einer neuen Bildungsoffensive werden. Unter den Migranten selbst muss sich das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung für die Zukunftschancen der eigenen Kinder viel deutlicher ausprägen. Für viele Eltern hat die Bildung ihrer Kinder einen zu niedrigen Stellenwert. Das gilt bei vielen Zuwanderergruppen in besonderer Weise für die Mädchen. Dabei können Familienzentren mit passgenauen Hilfsangeboten einen wichtigen Beitrag leisten.

Dazu zählt auch, dass die Schulpflicht in allen Aspekten auch durchgesetzt wird. Die daraus folgende Verpflichtung zur Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen darf nur im Ausnahmefall durch Berufung auf religiöse Bekenntnisse und entsprechende Regeln eingeschränkt werden. Die heutige Alltagspraxis ist in vielen Fällen unbefriedigend.

d) Förderung der beruflichen Bildung

Aus unserer Sicht sind gezielte Maßnahmen und Projekte notwendig, um Zugangsbarrieren zur beruflichen Bildung, die für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte besonders hoch sind, abzubauen. Eine gezielte Vergabe von Stipendien kann helfen, Bildungsschranken zu beseitigen und die Entwicklungschancen von Menschen mit Migrationsgeschichte zu verbessern. Auch Mentoring-Programme für Mädchen und Jungen aus

Zuwandererfamilien können hilfreich sein. Besonders erfolgreich wirken dabei gute Beispiele aus der eigenen Herkunftsgruppe.

Der Zahl der Menschen mit Migrationsgeschichte, die im öffentlichen Dienst tätig sind, muss in den Jahren bis 2025 deutlich wachsen. Dafür muss geworben werden. Soweit bei Ausländern gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen, sollten diese überprüft werden. Es mag angehen, Positionen im unmittelbaren hoheitlichen Bereich in der Regel nur an deutsche Staatsangehörige zu vergeben. Ein Lehrer aber muss nicht zwingend Deutscher oder EU-Ausländer sein. Wir brauchen mehr Lehrer mit Migrationshintergrund in unseren Schulen; Lehrer mit eigener Zuwanderungsgeschichte können mit ihren besonderen Kompetenzen wichtige Aufgaben im Rahmen der Bildungsförderung von Migrantenkindern übernehmen. Dafür sollte auch gezielt geworben werden.

In der Kommission herrschte Einigkeit, dass sehr viel stärker für den Eintritt von Migranten in den öffentlichen Dienst geworben werden muss. Der Vorschlag, eine besondere Migrantenquote einzurichten, fand keine mehrheitliche Zustimmung. Frühzeitig müssen Jugendliche auf die Möglichkeiten einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht werden. Und Förderprogramme sollten schon vor dem Einstellungstest einsetzen. Beispiele für solche spezielle Förderung wären Mentorenprogramme von Staatsbediensteten mit Migrationshintergrund, Shadowing, Alumni-Netzwerke. Schulische Pflichtpraktika können helfen, Eingangsdefizite zu überwinden.

Der Erfolg dieser Strategien wird entscheidend davon mitbestimmt sein, wie weit Migranten und ihre Organisationen daran aktiv mitwirken. Die dazu in Gang gekommenen Aktivitäten (z. B. Abschluss von Bildungsvereinbarungen mit Migrantenorganisationen) sollten ausgebaut werden.

e) Für Einbürgerung werben

Einbürgerung ist keine Garantie für ein höheres Bildungsniveau und bessere Arbeitsmarktchancen. Aber alle vorliegenden Daten sprechen dafür, dass Eingebürgerte im Durchschnitt besser gebildet sind und eine höhere Erwerbstätigkeitsrate aufweisen als Ausländer. Auch deshalb sollte die Einbürgerung gezielt gefördert werden, z. B. durch Informationskampagnen der Landesregierung. Auch hier wäre die Mitarbeit der Migrantenorganisationen hilfreich.

f) Der Integrationspolitik realistische Ziele setzen

Angesichts der heutigen strukturellen Ungleichgewichte in Bildungsstand und Beschäftigungsstruktur zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern erscheint es unrealistisch, von der Möglichkeit des Verschwindens dieser strukturellen Ungleichheiten bis 2025 auszugehen. Die Integration der Ruhrpolen, die im 19. Jahrhundert in dieses Land eingewandert sind, hat auch Generationen gedauert. Kriterium für Erfolg oder Misserfolg von Integrationspolitik kann demnach nur die Richtung der Entwicklung sein: Geraten Zuwanderer im Laufe der Zeit mehr an den Rand oder mehr in die Mitte der Gesellschaft? Vermindern oder vergrößern sich die Abstände zu den Deutschen?

Gerade vor dem Hintergrund einer realistischen Zielsetzung aber sind die Befunde so besonders alarmierend. Die Rückstände im Bildungsniveau, die hier geborene Jugendliche mit Migrationshintergrund gegenüber im Ausland geborenen Jugendlichen aufweisen, zeigen, dass das Wachstum des Anteils der jugendlichen Migranten mit höherem Bildungsniveau stagniert. Besonders alarmierend ist auch der weit überproportionale Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im SGB-II-Bezug (sog. Hartz IV). Deshalb muss sich die Politik bei allem Realismus auf diesem Gebiet auch ambitionierte Ziele setzen.

Wenigstens die **Hälfte** des Rückstands im Bildungsniveau zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern sollte im Zeitraum bis 2025 abgebaut sein. Dazu gehört auch die Frage nach der Zukunft der Hauptschule und den entsprechenden Finanzmitteln, die für eine Schulform zur Verfügung gestellt werden, die zunehmend zur „Restschule“ mit hoher Konzentration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird.

g) Integration und Segregation

Segregation im Sinne einer Konzentration verschiedener ethnischer Gruppen der Bevölkerung in verschiedenen Stadtteilen gilt in der Debatte zu Integration und Stadtentwicklung hierzulande überwiegend als Integrationshemmnis. Leicht wird dann von der Konzentration bestimmter ethnischer Gruppen in bestimmten Stadtvierteln auf „Parallelgesellschaften“ geschlossen, deren Entstehung es zu verhindern gelte. Tatsächlich wird kaum ernsthaft zu bestreiten sein, dass Wohnen, Leben und Arbeiten in – von der Mehrheitsgesellschaft sprachlich und kulturell weit-

gehend – abgeschotteten Räumen die Integration in die Gesellschaft behindert.

Ethnische Segregation kann freilich auch hilfreich sein, die Zumutungen zu ertragen und zu bewältigen, die das Leben in einer zunächst fremden Umwelt auch für die Zuwanderer bereithält. Sie kann Konflikte entschärfen helfen, weil räumliche Trennungen kulturelle und soziale Distanzen erträglicher machen. Räumlich getrennte kleine Welten können auch Puffer sein zwischen der Fremdheitserfahrung des Zuwanderers und der Mehrheitsgesellschaft. Für viele amerikanische Großstädte etwa sind ethnische Segregationsprozesse sogar die Regel.

Wir gehen davon aus, dass solche räumlichen Konzentrationsprozesse vor allem dann problematische Wirkungen haben, wenn sie als abgeschottete Lebenswelten weitgehend ohne kommunikative Bezüge zur „Restgesellschaft“ existieren. Entscheidend ist, dass Wege und Übergänge in die „Restgesellschaft“ bestehen und funktionieren. So bleibt es eine zentrale Aufgabe von Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik, konzentrierte Inselbildungen zu verhindern. Eine geschlossene muslimische Community in gettoisierten und vernachlässigten Vierteln wird die Spaltungslinien zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern vertiefen. Ob solchen Entwicklungen erfolgreich begegnet werden kann, wird entscheidend von sozialer Integration bestimmt sein, die kulturelle Fremdheit mindern kann: Die Integration in den Arbeitsmarkt einer modernen Dienstleistungsgesellschaft verlangt auch von Muslimen die Tugenden, die im Westen als „protestantische Ethik“ bezeichnet werden. Deshalb geht es zuerst um soziale Verbindungsnetze zwischen Migranten und der Mehrheitsgesellschaft.

Der mit dem Handlungsprogramm „Soziale Stadt“ von der Landesregierung begonnene Weg der besonderen Unterstützung von Projekten in städtischen Problemgebieten mit überdurchschnittlich hohen Zuwanderungsraten geht in die richtige Richtung und muss in den kommenden Jahren ausgebaut werden.

h) Unterstützung der Integrationsarbeit der Kommunen

Integrationsförderung findet zuerst auf kommunaler Ebene statt. Entsprechend muss die Unterstützung der integrationspolitischen Arbeit der Kommunen ein vorrangiges Ziel der Landespolitik in den vor uns liegenden

Jahrzehnten sein. Das Programm „KOMM-IN Nordrhein-Westfalen“ (www.integration.nrw.de/projekte_konzepte/Integration_Allgemein/KOMM-IN_NRW) hat hier einen aus unserer Sicht richtigen Weg gezeigt, der ausgebaut werden muss. Dabei sind frauen- und gleichstellungspolitische Angebote von besonderer Bedeutung.

i) Zuwanderer zu aktiven Staatsbürgern machen

Die vorliegenden empirischen Studien deuten auf eine Ferne relevanter Teile der muslimischen Einwanderergruppen gegenüber wesentlichen Elementen der demokratischen Werteordnung und eine insgesamt eher bescheidene Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland hin, die sich durch das situative Herausstellen deutsch-türkischen Fahnenschwenkens bei großen Fußballspielen nicht einfach überwinden lässt. Dass der Einbürgerung künftig Kurse vorangehen, die neben Sprachunterricht auch die Vermittlung von Grundkenntnissen über deutsche Politik, Geschichte, Kultur und Geografie zum Inhalt haben, ist vor diesem Hintergrund nur zu begrüßen. Dies wird jedoch kaum ausreichen, um Menschen mit Migrationsgeschichte zu aktiven Staatsbürgern der Bundesrepublik Deutschland zu machen. In den Lehrplänen der Schulen muss künftig in besonderer Weise auf die fehlende Vertrautheit von Migrantenkindern mit den Grundlagen von Demokratie und deutscher Geschichte eingegangen werden. In Schulen mit hohem Migrantenanteil sollten die entsprechenden Unterrichtsanteile verstärkt angeboten werden können. Es ist zu überlegen, ob praxisorientierte Demokratiekurse hier weiterhelfen könnten. Auch Volkshochschulen und andere Träger der Erwachsenenbildung haben hier in der Zukunft eine besondere Aufgabe.

Dies setzt freilich voraus, dass Integrations- und Bildungswillige auch den Eindruck erhalten, dass ihre Anstrengungen tatsächlich erwünscht sind und Anerkennung finden. Diskriminierungserfahrungen aller Art stehen dem Gelingen solcher Anstrengungen im Wege. Eine entschiedene Berücksichtigung der Elternrechte – nicht nur von Migranten – könnte dabei als Einübung in praktische Demokratie genutzt werden. Mit der Übernahme von Verantwortung wächst das Verständnis für die Spielregeln der Demokratie.

j) Integration von Frauen und Mädchen

Angesichts der archaischen Geschlechterrollenvorstellung im orthodoxen wie im fundamentalistischen Islam hat das Thema im Rahmen der Integrationsförderung

besondere Bedeutung. Stichworte sind hier: Teilnahme von Mädchen an Schulunterricht und Schulveranstaltungen (Klassenfahrten), Teilnahmeverweigerung am Schwimmunterricht, Schleier und Kopftuch, Gewalt in der Familie, Zwangsverheiratung, Ehrenmorde. Handlungskonzepte der Landesregierung wie „ihre Freiheit – seine Ehre“, Aktionstag 2007 sind begrüßenswert. Nötig sind die Einbeziehung von Migrantenorganisationen, runde Tische gegen häusliche Gewalt, örtliche Beratungsdienste. Die Landesregierung gab 2008 250.000 Euro in Projekte für Mädchen, die von Zwangsverheiratung bedroht bzw. betroffen sind. Auf diesem Weg muss weitergegangen werden. 2006 waren 1,7 % (das sind 148 Personen, davon 145 Frauen) aller aus der Türkei zuziehenden Ehepartner jünger als 18 Jahre.

Wir müssen die zweite und dritte Generation der Einwanderinnen bei ihren Hoffnungen auf gleiche Chancen im Vergleich zu den deutschstämmigen Frauen nach Kräften unterstützen und sie, wo nötig, auch schützen. Deshalb müssen für Konfliktfälle ausreichend Beratungsstellen an Schulen und in Stadtvierteln ebenso zur Verfügung stehen wie Zufluchtswohnungen.

Zur Herstellung von Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten gehört freilich auch, dass den Jungen und jungen Männern vermittelt wird, dass ihr Rückzug aus der „westlichen Dekadenz“ und ihre Flucht in die Gewalt Sackgassen sind – nicht zuletzt auch für sie selbst. Deshalb brauchen wir spezielle „Jungenprogramme“ in Schulen und Stadtvierteln. Hier kann auch der Sport eine wichtige Rolle einnehmen.

Dringend nötig sind auch aufklärende Schulungsprogramme für Richter. Von der Tolerierung der Polygamie im Zivilrecht bis zu unangemessener Milde bei kriminellen Delikten wegen „Verletzung der Familienehre“ – diese Fragen dürfen nicht unterschätzt werden und sollten auch in der Juristenausbildung eine größere Rolle spielen.

k) Zumutungen für Migranten und Deutsche

In der Welt des Jahres 2025 werden wir in Nordrhein-Westfalen insgesamt etwas weniger geworden sein. Wir werden im Durchschnitt älter sein und in den großen Städten des Landes noch mehr Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln haben. In dieser Gesellschaft zusammenzuleben, verlangt Anstrengungen auf allen Seiten: aufseiten der Zuwanderer, die sich die deutsche Sprache aneignen und die tragenden Normen und

Werte unserer gesellschaftlichen Ordnung akzeptieren und sich zu eigen machen sollen, aber auch aufseiten der Deutschen, die sich von der Vorstellung verabschieden müssen, letzten Endes gehe es um Integration von Zuwanderern in eine als homogen gedachte Kultur. Das wird für alle Beteiligten ein schwieriger Lernprozess sein.

Auf allen Seiten in Politik und Gesellschaft muss viel klarer als heute erkannt werden: Wenn bei der sozialen Integration von Zuwanderern nicht wesentliche Fortschritte erreicht werden, wird sich das Auseinanderbrechen der Gesellschaft weiter dramatisch verschärfen. Schon heute ist ein weit überdurchschnittlicher Teil der „neuen Armut“ im Milieu der Zugewanderten beheimatet. Die objektiven Rahmendaten lassen die Gefahr erkennen, dass diese Entwicklung an Dramatik zunehmen wird. Deshalb haben wir alle gar keine Wahl: Wenn der soziale Sprengstoff, der sich mit Bildungsrückständen, Arbeitslosigkeit und Hartz IV verbindet, entschärft werden soll, ist die gesellschaftliche Integration der Menschen mit Migrationshintergrund der vielleicht wichtigste Schlüssel dazu. Was dazu nötig ist, sollte am Geld nicht scheitern. Wer hier knausert, wird am Ende teuer dafür bezahlen.

Die Deutschstämmigen werden sich daran gewöhnen müssen, dass die Freiheit des religiösen Bekenntnisses viel häufiger als früher öffentlich präsent und nicht mehr nur eher versteckt hinter „neutralen“ Kulissen ausgeübt werden wird. Das wird manchem nicht leicht fallen. Kultur und Religion der Migranten fordern ihren Platz, und das ist gut so.

Von den Migranten, die dauerhaft hier leben wollen, ist zu erwarten, dass sie die Grundwerte der demokratischen Ordnung akzeptieren und deren Spielregeln beachten, dass sie Bereitschaft zeigen, die Verkehrssprache Deutsch zu erlernen und anzuwenden. Grundlage von Integration kann nicht sein, dass wir Parallelwelten und Parallelgesellschaften mit Parallelwerten tolerieren, die unserer Werteordnung grundlegend widersprechen. Dazu gehört die Gleichberechtigung der Geschlechter ebenso wie die Trennung von Staat und Kirche. Maßgebend für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist das im demokratischen Meinungsstreit entstandene staatliche Gesetz, nicht eine religiöse Grundüberzeugung. Ein Kulturrelativismus, der im Namen einer falsch verstandenen Toleranz Verständnis aufbringt für die Verletzung grundlegender Freiheitsrechte, wird Integration nicht voranbringen.

Wir müssen selbstbewusst unsere Werteordnung leben und von denen, die hier auf Dauer leben wollen, erwarten, dass sie sich auf diese Werteordnung einlassen.

Gerade deshalb aber müssen wir auch fördern und helfen, Chancen öffnen und Chancen bieten, Verständnis und Toleranz aufbringen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung müssen konsequent bekämpft werden. Sie sind der Feind jeder vernünftigen Integrationspolitik. Wir müssen fördern und helfen, wir müssen Toleranz aufbringen und Verständnis haben.

Dabei müssen die, die unsere Werteordnung akzeptieren und zu guten und möglichst noch aktiven Staatsbürgern werden sollen, für sich auch wirtschaftliche und soziale Chancen sehen. Eine Gesellschaft, die ihnen nur Dauerarbeitslosigkeit, prekäre Kurzzeitjobs und Niedriglohnbeschäftigungen anzubieten weiß, wird kaum auf begeisterte und rundum integrationswillige Neubürger rechnen können.

Wichtige Quellen (Auswahl):

- Integrationsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (mit Aktionsplan Integration), Düsseldorf 2008
- Karin Brettfeld, Peter Wetzels, Muslime in Deutschland – Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen, Studie im Auftrag des BMI, BMI (Hrsg.), Berlin 2007
- Dies., Junge Muslime in Deutschland, in: BMI (Hrsg.), Islamismus, Berlin 2003 ff.
- SINUS SOCIOVISION, Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Studie u. a. im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2008
- Migrationsberichte 2005 u. 2006 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung
- Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 4. Aufl., Wiesbaden 2006
- Diverse Hefte des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik
- Wilhelm Heitmeyer u. a., Verlockender Fundamentalismus, Frankfurt 1997

2. Stadt und Land

2.1. Demografie, Metropolregion

Die Zukunft Nordrhein-Westfalens wird sich vor allem in den städtischen Ballungsräumen entscheiden, in der Metropolregion Rhein-Ruhr zwischen Bonn, Duisburg, Hamm und Mönchengladbach, wo heute 12 der 18 Millionen Bürger des Landes wohnen. Dabei spielen auch Verknüpfungen und Gemeinsamkeiten mit Nachbarregionen in Belgien und den Niederlanden eine wichtige Rolle.

Im Unterschied zu den Gründungsjahrzehnten der BRD erscheinen viele ländliche Räume heute wie in absehbarer Zukunft weniger problematisch. Ehemalige Armenhäuser wie die Eifel haben sich inzwischen in relativ wohlhabende Regionen verwandelt. Gründe dafür liegen in niedrigen Immobilienpreisen, der Stadtfucht wohlhabender Rentner und Pensionäre und der noch relativ gut funktionierenden wechselseitigen Nachbarschaftshilfe heimischer Handwerker. Das darf freilich den Blick darauf nicht verstellen, dass auch manche ländlichen Regionen mit gravierenden Zukunftsproblemen konfrontiert sind: Die Bevölkerungsprognosen sehen neben verschiedenen Ruhrgebietsstädten auch den Hochsauerlandkreis und den Märkischen Kreis in der Spitzengruppe derjenigen Landkreise und kreisfreien Städte mit den höchsten Bevölkerungsverlusten (-12,8 bzw. -11,7%). Immerhin aber werden für 11 der 31 Kreise des Landes positive Bevölkerungsprognosen gestellt, was angesichts des bundesweiten Trends eher überrascht. Für vier weitere ländliche Kreise ist von unterdurchschnittlichen Bevölkerungsverlusten auszugehen. Demnach hat etwa die Hälfte der ländlichen Regionen in den nächsten Jahrzehnten keine gravierenden demografischen Probleme zu befürchten. Das gilt freilich vornehmlich für die westlichen Landesteile.

Sicher sorgen auch die Umstrukturierung der Landwirtschaft, Insolvenzen von Industriebetrieben, da und dort auch das Fehlen von Umgehungsstraßen, für Probleme. Auch die wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wirft im Zuge des Vordringens der großen Einkaufszentren Probleme auf, die aufgrund der Alterung der Bevölkerung und der damit verbundenen Mobilitätseinbußen noch zunehmen werden. Im Ganzen aber geht es vielen ländlichen Regionen heute

ausweislich der Indikatoren wie Einkommen, Arbeitslosigkeit, soziale und schulische Infrastruktur eher besser als den städtischen Ballungsräumen des Ruhrgebiets.

In den Städten konzentrieren sich die Probleme. Dabei haben wir es in Nordrhein-Westfalen längst nicht mehr mit einer „Sonderwirtschaftszone“ zu tun. Der Strukturwandel ist vollzogen: Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen bilden inzwischen das Rückgrat der NRW-Wirtschaft. Außerhalb des Ruhrgebiets entwickelt sich die Beschäftigung seit Mitte der 90er-Jahre sogar besser als im Bundesdurchschnitt. Das Wachstum im Dienstleistungssektor verläuft überdurchschnittlich, vor allem in der Finanzbranche, der Werbewirtschaft, den Wirtschaftsprüfungs- und Steuerprüfungsgesellschaften (Düsseldorf) und der Medienbranche (Köln). Welche Folgen die Finanzkrise hier haben wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Insgesamt liegt NRW trotz aller Anstrengungen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums mit seinem BIP-Wert knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Die Selbstständigenquote ist relativ niedrig. Auch bei der Frauenbeschäftigungsquote hat Nordrhein-Westfalen Nachholbedarf.

Die Metropolregion Nordrhein-Westfalen hat dieselben Entwicklungsprobleme wie andere Metropolregionen dieser Welt. Es geht um Attraktion für internationale Investoren und qualifizierte Fachkräfte, darum, Knotenpunkt kreativer und wissensbasierter Ökonomie zu werden, aber auch um Attraktivität im Blick auf Lebensqualität für Familien und erlebnisbetonte Freizeitbedürfnisse Jüngerer. Dabei haben Metropolregionen durchweg gute Chancen, der demografischen Alterung zu begegnen.

In den Ballungsräumen aber konzentrieren sich auch die Probleme: Arbeitslosigkeit und Kriminalität, Vereinzelung, Segregation und Integrationsprobleme von Zuwanderern. Besonders in den Städten des nördlichen Ruhrgebiets sind soziale Brennpunkte entstanden, die mit hohen sozialen Kosten verbunden sind und die die demokratische Substanz bröckeln lassen.

Da Nordrhein-Westfalen kein Niedriglohnstandort ist, liegt die Chance gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit im hochproduktiven Innovationssektor: Mikro- und Nanotechnologie, Energie- und Umwelttechnologien, Ge-

Lord Ralf Dahrendorf



sundheitswirtschaft und entsprechende Dienstleistungsbereiche. Nötig sind eine mittelstandsfreundliche Infrastruktur, ein entsprechendes Gründerklima und geringe bürokratische Belastungen. Nötig sind freilich auch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung von Ausbildungsständen und Qualifikationsniveaus und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts – vor allem in den sozialen Brennpunkten des Ruhrgebiets.

2.2. Demografische Perspektiven

Der demografische Wandel schafft auf Sicht einen Fachkräftemangel. Bildung und Ausbildung müssen verbessert und Bedingungen für steigende Erwerbsquoten von Frauen und Migranten geschaffen werden. Vorschulische Sprachkurse für Migrantenkinder und Ganztagsgrundschulen können hier Wege weisen (vgl. Integrationspapier).

Ein Paradigmenwechsel in der Sozial- und Bildungspolitik ist nötig: Umschichtung von sozial-konsumtiven zu sozial-investiven Ausgaben: früher fördern, um Teilhabe und Chancengleichheit auch für bildungsferne Schichten und Zugewanderte erreichbar zu machen.

Das Ruhrgebiet eilt der demografischen Entwicklung voraus und ist überproportional von Migration betroffen. Die ältere Generation von morgen wird eine andere sein. Die Entwicklung altersgerechter Technologien, Produkten und Dienstleistungen wird deshalb zum wichtigen Wirtschaftsfaktor. Ein Beispiel ist die Gesundheitswirtschaft, wo heute schon mehr als eine Million Menschen tätig sind. Die Schrumpfung der Städte schafft viele Probleme. Sie schafft aber auch Chancen für Stadtentwicklung und eine familienfreundlichere Gestaltung von Innenstädten. Vor allem die Ruhrgebietsstädte müssen urbane Identitäten gewinnen.

2.3. Chancen der Metropolregion

Die Metropolregion Nordrhein-Westfalen verfügt über eine zentrale Lage im europäischen Wirtschaftsraum. Hier haben 36 der 100 umsatzstärksten deutschen Unternehmen und 16 der 100 umsatzstärksten europäischen Unternehmen ihren Sitz. Hier gibt es das dichteste Autobahnnetz Europas, den zweitgrößten Frachtflughafen Deutschlands (Köln/Bonn), die Stadt mit den meisten TV-Stationen Europas (Köln), die größten Mode-, Kunststoff-, Druck- und Papiermessen

Europas (Düsseldorf), den größten Binnenhafen Europas (Duisburg), die höchste Stahlproduktion Europas (Duisburg), die größte Solarzellenfabrik Europas (Gelsenkirchen), die größte Universität Deutschlands (Köln) sowie die erste private Universität (Witten-Herdecke).

Obwohl Nordrhein-Westfalen den Strukturwandel weitgehend bewältigt hat, wird ihm oft fehlendes Selbstbewusstsein diagnostiziert. Objektiv verbindet die Metropolregion Rhein-Ruhr mehr mit anderen Ballungsräumen wie Südkalifornien oder Sydney und Melbourne als mit Brandenburg oder Rheinland-Pfalz; subjektiv, so heißt es, sei es genau umgekehrt. Von der „Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr“ spricht schon der Landesentwicklungsplan 1995, doch bis heute gibt es diese Gemeinsamkeit im Bewusstsein der Bürger wie der politischen Akteure nicht wirklich. Stattdessen dominiert die Trennung von „Rheinregion“ einerseits und „Metropolregion Ruhr“ andererseits. Im regionalen Bewusstsein dominiert der Partikularismus.

Eine Metropole definiert sich durch die Konzentration von politischen und wirtschaftlichen Steuerungsfunktionen, die hohe Dichte unternehmensnaher Dienstleister und eine hohe Infrastrukturausstattung. Weltmetropolen sind New York, Tokio, London und Paris, Eurometropolen Amsterdam, Brüssel, Hamburg, Berlin, Rhein-Main, Mailand, München, Wien. Das klassische Modell war die kompakte Großstadt, deren Bild sich zur Stadtregion verändert hat, bestehend aus mehreren nahe beieinander liegenden großen Städten einschließlich deren Umland.

In der Metropolregion Rhein-Ruhr teilen sich Düsseldorf und Köln die Funktionen, ergänzt durch Bonn, Essen oder Dortmund und Duisburg. Sie ist vergleichbar mit Randstad Holland, zu der Amsterdam, Den Haag, Utrecht und Rotterdam gehören.

Der Metropolenbegriff selbst ist historisch kulturell unscharf und definiert sich erst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts auch ökonomisch. Metropolen sind heute Knoten vernetzter Ökonomie, Standorte von Unternehmenszentralen, von Finanzwirtschaft, Luftverkehr und Städtetourismus. Die Urbanisationseffekte verschaffen im besten Fall Wettbewerbsvorteile, auch bringt die Face-to-Face-Kommunikation zusätzliche Vorteile. Hinzu kommen kulturelle Faktoren und Angebote sowie ein urbaner Modus des Denkens, Fühlens und Handelns: Weltoffenheit, Toleranz, Informiertheit.

Argumente für die Betonung des Metropolencharakters sind:

- **Ökonomischer Strukturwandel.** Flexible Netzwerkökonomie mit der Schlüsselstellung von Steuerungs-, Innovations-, Dienstleistungs- und Finanzfunktionen anstelle industrieller Fertigung. Große Städte als Zentren einer neuen Stadtökonomie.
- **Bedeutungsverlust der Nationalstaaten.** Die Regionen werden zu den wesentlichen Einheiten der wirtschaftlichen und politischen Geografie.
- **Arbeitsmarktkrise und Finanzkrise der öffentlichen Hände.** Nötigt Städte und Regionen, sich im Standortwettbewerb selbst zu positionieren. Eine Fülle von Ranking-Studien erscheint.
- **Transformation des Raumes durch Globalisierung.** Nicht Flächen und Territorien sind wichtig, sondern funktionale Verflechtungen, Informations- und Geldströme. In den Metropolen laufen Güter-, Kapital- und Informationsströme zusammen. Sie sind wirtschaftliche und kulturelle Zentren mit weltweiter Ausstrahlung.

Darüber hinaus werden zentrale entwicklungsstrategische Funktionen von Metropolen erfüllt:

- **Entscheidungs- und Kontrollfunktionen** für Wirtschaft, Staat u. a. Organisationen,
- **Innovations- und Wettbewerbsfunktion** im Sinne der Generierung und Verbreitung von Wissen, Werten und Produkten,
- **Gateway-Funktionen** als Chance des Zugangs zu Menschen, Wissen und Märkten durch Verkehrsinfrastruktur, Medien, Messen, Kongresse.

Die Addition dieser Faktoren führt überwiegend zu Wettbewerbsvorteilen, allerdings auch zu einigen Nachteilen durch spezifische Kosten wie höhere Steuern und Abgaben. Für das verarbeitende Gewerbe etwa bietet der ländliche Raum heute oft noch günstigere Faktorkosten. Handel und Verkehr tendieren ebenfalls zu suburbanen Standorten. Das Ruhrgebiet ist davon negativ betroffen. Trotzdem überwiegen die Zentralisierungseffekte. Eine Metropole ist nicht abhängig von der puren Bevölkerungszahl, sondern von Zusammenhängen und Mindestgrößen als Voraussetzung spezifischer Konzentrationseffekte.

Hauptargument für die Schaffung der Metropolregion Rhein-Ruhr ist die Notwendigkeit, gegenüber anderen Standorten wirtschaftlich und kulturell aufzuholen. Die meisten Städte von Rhein und Ruhr sind gegenüber

ihren Konkurrenten zurückgefallen. Meist wollen Regionen Metropolen sein, die es nicht sind. Im Falle Rhein-Ruhr ist es eher umgekehrt. Sie wäre neben Hamburg, Berlin, München und Rhein-Main die fünfte große deutsche Metropolregion. In sechs von elf Sektoren belegt sie gar den Spitzenplatz: bei Großhandel, Versicherungen, Wirtschaftsberatung, Wirtschaftsdiensten, Medien und Werbung. Wenn sich die Städte arbeitsteilig organisieren und auf die Entwicklung ihrer Schwerpunkte konzentrieren, haben sie gemeinsam Chancen auf einen Spitzenplatz im europäischen Wettbewerb. Allein werden sie viel weniger Chancen haben.

Diese Überlegungen stoßen auch auf Einwände:

- Der Ballungsraum sei zu groß und zu heterogen. Es existierten zu starke Unterschiede zwischen der Rheinschiene und dem Ruhrgebiet, auch zwischen Köln und Düsseldorf.
- Durch Schaffung einer Metropolregion entstünde ein politisches Ungleichgewicht, da dann zwei Drittel des Landes zur Metropolregion gehörten. Schließlich sähe sich das Ruhrgebiet als eigene Metropolregion.
- Eine Metropolregion Rhein-Ruhr könne in der politischen Praxis kaum als entwicklungspolitisch wirksamer Akteur institutionalisiert werden. Die Abgrenzung von Aachen und vom restlichen Westfalen wäre problematisch.

Diesen Gegenstimmen wird man sich in aller Ernsthaftigkeit stellen müssen. Die Selbstdefinition als Metropolregion ist dennoch mehr als modische Rhetorik. Schon der Selbstfindungsdiskurs von Politik, Medien, Verbänden und Wissenschaft hat Folgen und führt zur Veränderung der mentalen Geografie als Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Umsetzung.

Fünf Grundthesen gelten für eine solche Politik (vgl. Blotevogel, in: Trendbuch NRW, hrsg. von Meffert/Steinbrück):

- Die wirtschaftliche Basis der Metropolregion gründet sich künftig vor allem auf unternehmensorientierte Dienstleistungen (Finanzwesen, Versicherung, Consulting) sowie Medien, Wissenschaft, Forschung, Kultur und Tourismus.
- Sozial-, kultur- und umweltverträgliche Ausgestaltung einer metropolenorientierten Politik. „Weltoffenheit und Kiez“.
- Sie bedeutet die systematische Vernetzung nach innen und außen, Verbesserung der „weichen

Standortfaktoren“ wie Kultur, Wohnen, Freizeit, Umwelt, Marketing u. Ä. Verbesserung der harten Standortfaktoren.

- Funktioniert, wenn sich die „mentale Geografie“ entsprechend verändert.
- Schlüsselakteure sind die Kommunen, die Landesregierung und die Wirtschaft.

Ein wegweisendes Beispiel ist der IT-Standort Dortmund. Statt der Fördertürme des Bergbaus und der Hochöfen der Stahlindustrie prägen heute Bürogebäude für Dienstleistungen das Bild der Stadt. Der tertiäre Sektor hat heute bereits einen Anteil von 73%.

2.4. Globalisierung versus nachhaltige Regionalentwicklung

Die mit diesem sehr vielschichtigen Begriff assoziierte Zunahme von Ausdehnung und Intensität ökonomischer wie nicht ökonomischer Austauschbeziehungen der letzten zwanzig Jahre verstellt häufig den Blick darauf, dass angesichts einer künftig treibstoffärmeren und ressourcenknappen Welt auch eine Verkürzung von Wertschöpfungsketten angesagt sein wird. So wichtig Konkurrenzfähigkeit und Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb in der Zukunft sein werden – es geht auch um eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen vor Ort. Für Verwaltung und Dienstleistungen wie Betreuung und Pflege, für Ernährung und Recycling bietet der Nahraum die angemessene Größe. Dazu öffnen sich mit neuen Energiequellen die Chancen für eine dezentrale Energiewirtschaft.

Strategien für nachhaltige Regionalentwicklung müssen sich daran orientieren, aus räumlicher Nähe Erfolgsfaktoren zu machen. Kurze Entfernungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern begründen auch besondere Vorteile, die noch genutzt werden müssen. Sie machen Regionen weniger abhängig von weit entfernten Versorgern, sie ermöglichen eine Verdichtung sozialer Beziehungen in der Region, sie fördern die Bürgergesellschaft, sie begünstigen die Entstehung ökologischer Kreisläufe und sie stützen das Selbstbewusstsein der Region.

Vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise und wachsenden Bedarfs an Rohstoffen werden regionale Ressourcen wieder an Bedeutung gewinnen, wird der Selbstversorgungsgrad von Regionen durch Energie, Rohstoffe und auch mit Lebensmitteln eine neue Bedeutung gewinnen. Gewiss hat die global-räumliche

Struktur des Wirtschaftens heute die Oberhand gewonnen. Mit ihr sind spezifische Stärken verbunden, etwa die hoch spezialisierte Arbeitsteilung und damit verbundene Produktivitätsgewinne. Aber der hohe Grad von Abhängigkeit durch internationale Preisentwicklungen, Transportkosten u. Ä. schaffen Schwächen, die regionale Wirtschaftsräume nicht haben. Sie haben umgekehrt den Vorteil der Nähe des Kunden zu Produktions- und Vertriebsbedingungen, die hohe Transparenz und Vertrauen in Produktqualität schaffen kann.

Regionalpolitik, die sich vorrangig an den Erfordernissen des internationalen Wettbewerbs und des Exports ausrichtet, ist problematisch geworden und kann nicht für alle Regionen die zentrale Perspektive weisen. Überall in Deutschland, auch in NRW, stehen heute boomenden Regionen randständige ländliche Gebiete gegenüber, die mehr und mehr zu Schlafstätten werden, bzw. denen teils erhebliche Bevölkerungsverluste drohen. Globalisierung, Digitalisierung und Verlust der Traditionen lassen auch regionale Identitätsbildung schwieriger werden.

Strategien der Regionalentwicklung müssen deshalb stärker auf die inneren Kräfte der Regionen setzen. Regionale Identitäten hängen an konkretem Erleben von Natur, von menschlichen Kontakten und Beziehungen. Für viele ländliche Regionen bietet eine Verbindung von Natur- und Klimaschutz, Produktvermarktung und Tourismus diese nachhaltige Chance. Eine Region mit reicher Kulturlandschaft und Artenvielfalt kann Anziehungspunkt sein für Tourismus. Naturverträglich erzeugte Produkte und entsprechende Dienstleistungsangebote können dieses Image unterstreichen.

Künftig wird deshalb eine wichtige Aufgabe darin bestehen, regionale kulturelle Bindungselemente zu stärken, ohne zwanghafte Abgrenzung gegenüber allem „Fremden“. Auch deshalb wird eine Stärkung regionalwirtschaftlicher Strukturen ebenso wichtig sein wie die Standortattraktivität einer Metropolregion.

2.5. Das Ruhrgebiet als besondere Problemzone

Zwischen 1992 und 2001 hat die Bevölkerungszahl im Kernruhrgebiet um 3,5% abgenommen, während sie in umliegenden Regionen gewachsen ist. Sterblichkeitsüberschüsse und negative Wanderungsbilanzen sind dafür ursächlich. Das Ruhrgebiet führt neben den öst-

lichen Bundesländern bei Überalterung und Bevölkerungsverlusten. Die Ruhrgebietsbevölkerung wird sich bis 2025 um 9 % vermindern (bei 3 % Landesdurchschnitt). In keiner der zehn kreisfreien Städte und keinem der drei Landkreise sind bis 2025 Bevölkerungsgewinne zu erwarten. In Gelsenkirchen, Herne, Mülheim, Duisburg sowie den Kreisen Recklinghausen und Unna hingegen ist von Bevölkerungsverlusten von mehr als 10 % auszugehen. Auch der Altenquotient wird im Ruhrgebiet überproportional steigen. Keine vergleichbare Wirtschaftsregion weltweit hat jedoch einen so tief greifenden Beschäftigungsabbau so sozialverträglich gelöst. So liegt heute die Entwicklung des Bruttowertschöpfungsanteils der Dienstleistungen im Ruhrgebiet im bundesdeutschen Durchschnitt.

Dass Städte schrumpfen, hat es in der Geschichte immer wieder gegeben – etwa als Folge von Kriegen oder Katastrophen – ebenso wie Funktionsverluste durch veränderte Handelswege. Seit der Industrialisierung aber sind die Städte stetig gewachsen. Theorien der Stadtentwicklung und Instrumente politischer Steuerung sind deshalb auf Wachstumsprozesse zugeschnitten.

Wohnungsleerstand, soziale Segregation durch Fortzug von Leistungsträgern, Unterauslastung von sozialer und technischer Infrastruktur, geringe Einnahmen der Gemeinden bei wachsender Belastung durch soziale Probleme – die Folgen der Schrumpfung sind schwer zu bewältigen. Hinzu kommt der Verlust von urbaner Lebensqualität durch die Abwanderung gerade der Jüngeren und Innovationsfreudigeren. Mit der Einwohnerzahl sinkt die Kaufkraft eines Viertels, was durch überproportionalen Wegzug von Qualifizierten noch verstärkt wird. Das führt zur Einschränkung des Angebots und bald auch zur Ausdünnung öffentlicher Infrastrukturleistungen. Folge ist eine nachhaltige Imageverschlechterung von Wohnvierteln, die die Probleme verschärft: Heruntergekommene Häuser etwa beeinträchtigen die Vermietbarkeit benachbarter Immobilien; am Ende investieren auch solvente Eigentümer nicht mehr. Schließlich entschließen sich immer mehr Mobilitätsfähige zum Fortzug.

Die Verknüpfung von Bevölkerungsverlust durch Abwanderung jüngerer, qualifizierter Arbeitskräfte einerseits mit nicht gelingender Integration von Zuwanderern, versiegenden kommunalen Handlungsspielräumen, negativen ökonomischen Perspektiven, Auflösung urbaner Stadtgestalt und Ausdünnung von Infrastruktur andererseits kann sich zum Teufelskreis in einer Abwärtsspirale verdichten.

Wenn hier gegengesteuert werden soll, stellen sich viele Fragen. Erstens geht es um die künftige Ausgestaltung von Schlüsselzuweisungen, die sich an der Bevölkerungszahl festmachen. Zweitens geht es um flexible Altersgrenzen, höhere Frauenerwerbsquoten und die Anhebung von Bildungsqualifikationen, um die Effekte von Schrumpfungsprozessen ausgleichen zu können. Drittens geht es um die durchgreifende Verbesserung des Bildungsstands von Migrantenkinder. In manchen Regionen des Ruhrgebiets werden künftig 50 % und mehr der jüngeren Arbeitskräfte Migrantenkinder sein. Ausreichende Bildung und entsprechende Förderprogramme müssen hier ihren besonderen Schwerpunkt haben. Viertens verlangt die politische Gestaltung von Schrumpfungsprozessen die Stärkung regionaler Planungselemente und die Einbeziehung der Bürgerschaft.

Das Ruhrgebiet mit seinem Altersdurchschnitt ist heute schon eine Art „demografisches Laboratorium“, z. B. in der „Seniorenwirtschaft“. Diese Gruppe verfügt heute über verbesserte finanzielle Verhältnisse und hat eine deutlich konsumfreundlichere Haltung als früher. Ältere Menschen sind heute durchschnittlich gesünder. Sie reisen, suchen nach Bildung und neuen Erfahrungen und nehmen insgesamt stärker und aktiver am gesellschaftlichen Leben teil. Der Sektor der privat finanzierten Gesundheitsdienstleistungen wächst. Vielfältige Verknüpfungen zum Tourismus existieren, zu Sport- und Fitnessanlagen, auch zur Lebensmittelbranche. Nachfrage existiert auch in den Bereichen altersgerechtes Wohnen und Versicherungen. Vor allem die Gesundheitswirtschaft, mit einem Wachstum von 60 % in den letzten 20 Jahren, ist die Branche im Ruhrgebiet gewesen. 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen 1,1 Millionen Beschäftigte im Gesundheitsmarkt. Gestiegene Lebenserwartung und die wachsende Frauenerwerbsquote fördern die Beschäftigung in personennahen Dienstleistungen. Nordrhein-Westfalen muss sich entsprechend profilieren.

Die Tourismusbranche trägt bis heute wenig zur Wirtschaftskraft des Landes bei. Dabei gibt es eine Menge Natur zu entdecken und ein beachtliches Maß an kulturellen Aktivitäten: Zollverein Essen als Weltkulturerbe, das Dortmunder Konzerthaus, die Bochumer Jahrhunderthalle, um nur einige zu nennen. Außerdem ist Essen im Jahr 2010 „Kulturhauptstadt Europas“.

Eine besondere Strukturförderung für das Ruhrgebiet ist notwendig. Das Ruhrgebiet darf nicht zum Hinterhof der Rheinschiene werden, für die weit günstigere Ent-

Prof. Dr. Jürgen Flimm (oben), Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer (unten)



wicklungsprognosen gestellt werden können. Dabei geht es um gezielte Standortwerbung, vor allem um junge Familien, ebenso wie um die politische Gestaltung von Schrumpfungprozessen.

2.6. Stadtentwicklung und Migration

Zur vertiefenden Information wird auf Kapitel 1, Zuwanderung und Integration, verwiesen. Beschäftigungsschwerpunkt von Migranten ist nach wie vor das verarbeitende Gewerbe. Der Wegfall von Arbeitsplätzen in der Industrie stellt deshalb die Integration von Migranten vor ganz besonders schwerwiegende Probleme.

2002 war jeder dritte ausländische Erwerbstätige in NRW im produzierenden Sektor tätig, dagegen nur jeder vierte Deutsche (34,2 gegenüber 25 %). 10 % der Ausländer waren im Gastgewerbe tätig, dagegen nur 2 % der Deutschen. Bei den Türken waren sogar 43 % der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe tätig, unter den Männern sogar 53 %. In öffentlichen und sozialen Dienstleistungen arbeitet nicht einmal jeder zehnte Türke (9 %), aber jeder vierte Deutsche (26 %). Jeder 13. ausländische Erwerbstätige ist heute selbstständig tätig.

Auch bei den Erwerbstätigen zwischen 15 und 25 Jahren ist diese Verteilung nicht entscheidend anders. In allen Bereichen des Dienstleistungssektors sind besonders die jüngeren Türken stark unterrepräsentiert. Die hohe Repräsentanz in krisenanfälligen Wirtschaftsbereichen, das niedrigere berufliche Qualifizierungsniveau und damit verbunden das höhere Risiko der Arbeitslosigkeit wirken sich ungünstig auf die Einkommensverhältnisse von Migrantenfamilien aus. Diese Beschäftigungsstruktur hat zur Folge, dass Zuwanderer heute von wirtschaftlichen Krisen besonders betroffen sind. Die sozialversicherungspflichtige Tätigkeit von Zuwanderern hat zwischen 1999 und 2003 deutlich stärker abgenommen als bei Deutschen. Zugewanderte sind häufiger in Minijobs tätig, der Ausländeranteil an den Arbeitslosen zwischen 1992 und 2003 ist von 9 auf 12,5 % bundesweit gestiegen. Das alles basiert auf Durchschnittszahlen, die einiges verdecken: Die insgesamt gesunkene Beschäftigungsquote hat auch mit der veränderten demografischen Struktur der Gruppe der Zugewanderten zu tun (Familien, Alte), in den Schulen haben sich die Mädchen verbessert, die Jungen freilich kaum. Türken und Italiener haben (nach Albanern und Serben) die schlechtesten schulischen

Ergebnisse, Spanier die besten. Über 50 % der jugendlichen Türken und Italiener haben keine Ausbildung (Zahlen BRD). Insgesamt ist Integration stark von Investitionen in Ausbildung und Weiterbildung abhängig. Mangelnde Bildung und Integration werden ohne entsprechende Gegenmaßnahmen auch ein entscheidendes Hemmnis für die Entwicklung der Städte sein.

Die Probleme der Integration stellen sich in den verschiedenen Gruppen auf jeweils unterschiedliche Weise. Dabei ist zwischen struktureller Integration (Bildungsniveau, Arbeits- und Wohnungsmarkt) und kultureller Integration (Übernahme von Normen und Regeln) zu unterscheiden (vgl. Integrationspapier). So müssen Städte auch für „transitorische Zuwanderer“, die zeitlich begrenzt hier leben, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten bieten.

Segregation entschärft Konflikte und erhält kulturelle Differenz durch räumliche Separation, indem soziale und kulturelle Distanzen in räumliche Entfernungen übersetzt werden. Räumlich getrennte kleine Welten bilden Puffer zwischen den Einwanderern und der Aufnahmegesellschaft. Doch echte Parallelwelten behindern Integration.

Entscheidend für Integration bleiben jedoch der Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme. Integration braucht Zeit und Räume des Übergangs. Die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten kann ein solcher Übergang sein, wenn dabei Übergangsräume zur Ursprungsgesellschaft offengehalten werden. Demnach wären „Einwanderungsquartiere“ übergangsweise zu akzeptieren. Entscheidend freilich bleiben die Verknüpfungspunkte zur Mehrheitsgesellschaft.

2.7. Stadtentwicklung und innere Sicherheit

Auffällig ist die schlechte Platzierung von Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich bei der inneren Sicherheit. Nur die Stadtstaaten haben z. B. mehr Drogentote zu verzeichnen. Die Drogenkriminalität wird durch die Nähe zu den Niederlanden begünstigt. Die hohe Arbeitslosigkeit und ein beträchtlicher Anteil Minderqualifizierter mit Migrationshintergrund bereiten im Ruhrgebiet den Boden für jegliche Art der Kriminalität. Unter den klassischen Einwanderern in Deutschland verlässt jeder fünfte Jugendliche die Schule ohne Schulabschluss. Nur knapp 40 % erreichen einen besseren

Schulabschluss als den Abschluss der Hauptschule (Deutsche: 70 %). 40 % der 24- bis 29-Jährigen Erwachsenen haben keine berufliche Ausbildung (Deutsche: 10 %). Die Zahl der Schulabgänger mit Bildungsabschluss, auch der Anteil der Abiturienten ist in den letzten Jahren gestiegen; die Zahl der Studierenden ist 2003 im Vergleich zu 1999 leicht gesunken (von 3,5 auf 3,3 %), wie auch der Anteil der ausländischen Jugendlichen an der beruflichen Ausbildung.

Beunruhigend ist, dass in Deutschland geborene Migrantenkinder schlechter abschneiden als im Ausland geborene. In besonderer Weise wirken sich Erwerbslosigkeit und öffentliche Finanzknappheit z. B. in Duisburg oder Gelsenkirchen aus. Neben einer Beschleunigung von Strafverfahren drängen sich hier Maßnahmen der Familienförderung und der verbesserten Integration als Konsequenz auf. Wie dies geschehen kann, lässt sich detailliert in Kapitel 1 nachlesen.

3. Wie wir morgen leben werden – Stadtentwicklung, Verkehr, Wohnen, Kultur

Die bunter und vielfältiger, gleichzeitig älter werdende Welt von morgen stellt an die Stadtentwicklungspolitik ganz unterschiedliche Anforderungen. Dabei geht es um die politische Gestaltung von Schrumpfungprozessen und die Stärkung der Kräfte der sozialen Integration, aber auch um Attraktivitätsmehrung für die Bedürfnisse der Jüngeren und gut Qualifizierten. Ob man die neueren modesoziologischen Ansätze von einer „kreativen Klasse“ nun für plausibel hält oder nicht: Es kann als erwiesen gelten, dass Fragen der Lebensqualität bei künftigen Standortentscheidungen von gut Qualifizierten eine wachsende Rolle spielen. Dabei, so scheint es, werden Lebensstile und Anforderungen an Lebensqualität durch die „Leistungsträger“ von morgen in der klassischen Stadtentwicklungspolitik oft nicht hinreichend berücksichtigt werden. Ihre Ansiedlungsentscheidung folgt nicht allein und oft auch nicht zuerst finanziellen Gesichtspunkten.

3.1. Anforderungen an Lebensqualität

Gefragt sind heute schon gleichermaßen

- ein kreatives Umfeld;
- ein breites Jobangebot;
- ein vielfältiges kulturelles Umfeld. Dabei geht es nicht zuerst um große Theater, Opernhäuser etc., sondern viel stärker um eine breite Szene von Kleinkunst, von Musikclubs usw.;
- soziale Interaktion in einem bunten Umfeld mit hoher Toleranz;
- Diversität;

- die Ausstrahlung von „Authentizität“ und einer unverwechselbaren „Einzigartigkeit“: Urbanität mit einem Mix von historisch gewachsener Architektur, etablierter Nachbarschaft, einer breit gefächerten kulturellen Szene, einer intakten natürlichen Umwelt und guten Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung;
- gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung und gute Schulen.

Demnach müssen Städte und Regionen in der Zukunft mehr bieten als hohe Einkommen und Karrierechancen. Die Verbesserung der lokalen Lebensqualität erhält neben wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven eine politische Aufgabe von gleichrangiger Bedeutung.

3.2. Zurück in die Städte

Schon heute lässt sich ein Siedlungstrend zurück in die Städte beobachten. Für künftige Ansiedlungsentscheidungen wird die Verbindung eines breiten Jobangebots mit einem kreativen Umfeld, das vielfältige kulturelle Angebote bereithält, eine guten Infrastruktur in der Kinderbetreuung, hohe Umweltqualität und Möglichkeiten der Naherholung von entscheidender Bedeutung sein. Viele Jüngere schätzen ein urbanes Lebensumfeld mit einer lebendigen und vielfältigen kulturellen Szene, mit einem breiten Angebot an Stadtteilkultur, Kneipen, Cafés und wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten. Gesucht ist und wird künftig erst recht eine Mischung aus historisch gewachsener Architektur, damit verbundener unverwechselbarer, authentischer

Urbanität, mit funktionierender Nachbarschaft, breitem Kulturangebot, intakter Umwelt und Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung.

„What’s there: the combination of the built environment and the natural environment: a proper setting for pursuit of creative lives.

Who’s there: the diverse kinds of people, interacting and providing cues that anyone can plug into and make a life in that community.

What’s going on: the vibrancy of street life, café culture, arts, music and people engaging in outdoor activities – altogether a lot of active, exciting, creative endeavours.

The quality of place a city offers can be summed up as an interrelated set of experiences. Many of them, like the street-level scene, are dynamic and participatory.

You can do more than to be a spectator; you can be part of the scene. And the city allows you to modulate the experience: to choose the mix, to turn the intensity level up or down as desired, and to have a hand in creating the experience rather than merely consuming it.

The street buzz is right nearby if you want it, but you can also retreat to your home or other quiet place, or go into an urban park, or even set out for the country.

This is one reason canned experiences are not so popular. A chain theme restaurant, a multimedia-circus sports stadium or a pre-packaged entertainment-and-tourism district is like a packaged tour: You do not get to help to create your experience or modulate the intensity; it is thrust upon you” (Florida, *The Rise of the Creative Class*, S. 232).

„Wohnen im 21. Jahrhundert inmitten von Menschen und urbanem Leben gleicht auf den ersten Blick einem Sehnsuchtsort mit unverwechselbaren Geräuschen und Gerüchen, wo kleine Tische stehen, Kaffeeduft in der Luft liegt, leichter Wein in beschlagenen Gläsern mousiert und Stimmen, Rufe, Autohupen sich kakophonisch verwirren. Eine Stadt, die Tag und Nacht pulsiert, sommers wie winters, bei Wind und Wetter, stets quirlig, laut und lärmend. Eine Stadt der flüchtigen Begegnungen, der werthaltigen Gespräche und zivilen Umgangsformen, wo hinter den großen Fenstern der Cafés und Restaurants die Gabeln klirren und schöne Frauen leise über die Reden der Dichter lachen. Belebt. Bildhaft. Bunt. So möchte man in Zukunft gerne wohnen und leben“ (Opaschowski, *Deutschland 2030*, S. 390).

Das mag ein wenig übertrieben klingen. Dennoch lassen sich daraus Anforderungen an die Attraktion von Urbanität von morgen ableiten. Die „Kreativen“ mögen

Diversität: „Successful places do not provide just one thing; rather they provide a range of quality of place options for different kinds of people at different stages in the live course” (Florida, S. 233). Und: Leistungsträger wollen in die Stadt.

Mehr als um die Opernbühnen geht es um Stadtteilkultur, Gestaltung von Wohnumfeldern, ein breites Angebot wohnortnaher Läden, Cafés, ein insgesamt kreatives Umfeld. Daran muss sich Stadtentwicklung orientieren: Demnach sind Großstadien, kulturelle Highlights und Festivals wichtig, aber die alltäglich erfahrbare kreative Buntheit ist wichtiger.

In einem gewissen Widerspruch dazu stehen freilich die überall entstehenden, gleichförmigen Mega-Einkaufszentren, die günstiges Einkaufen ermöglichen, aber den Leitbildern vom bunten und anregenden urbanen Leben so gar nicht entsprechen. Manche Innenstädte werden heute schon nicht mehr bewohnt, sondern nur noch von Verbrauchern und Urlaubern aufgesucht. Und: „Zurück in die Stadt“ wäre umweltpolitisch sinnvoll – als Verkehrspolitik der kurzen Wege. Aber: Die großen Einkaufszentren sind mittlerweile an den Rändern.

3.3. Die Mobilität der Zukunft

Keine Frage: In der Zukunft droht den Städten der Verkehrskollaps. Die Feinstaubproblematik hat das jüngst wieder in Erinnerung gerufen. Mehr als 20 % der Treibhausmissionen sind durch den Verkehr verursacht. Gleichzeitig hat sich der Pkw-Bestand ständig vergrößert. Von der Sättigungsgrenze des Marktes, von der viele Experten sprechen, ist wenig zu erkennen. Und die derzeitige Diskussion um die Absatzprobleme der deutschen Automobilindustrie macht einmal mehr deutlich, dass wir uns hier in einem schwierigen Zielkonflikt befinden. Eine Plakettspflicht für das Befahren von Innenstädten gibt es inzwischen schon. Doch das wird nicht reichen. Wir brauchen nicht nur andere Autos, sondern auch Alternativen zum Auto. Dreierlei wird notwendig sein:

- autofreie Inseln in der Stadt
- attraktive wohnortnahe Angebote
- Alternativen zum Auto (ÖPNV, Fahrrad etc.)

Mit intelligenteren Autos, anderen Antriebsarten, Verkehrsleitsystemen etc. wird es nicht getan sein. Das zentrale Problem aller Alternativen zum Auto liegt da,

wo Flexibilität und Freiheitsgefühl bei der Pkw-Nutzung kaum zu kompensieren sind. Hinzu kommen der Zeitverlust sowie finanzielle Gründe bei Alternativen. Häufig sind diese schlicht teurer. Zudem bleibt im privaten Verhalten der Problemzusammenhang von persönlichem Verhalten und Umweltbelastung weitgehend ausgespart. Autofahrer wollen Umweltprobleme lösen und von Abgasen verschont bleiben, aber sie wollen auch rund um die Uhr mobil sein und überall einen Parkplatz finden. Dass das nicht zusammenpasst, weiß zwar inzwischen fast jeder: Aber das ändert nicht viel. Zu stark sind nach allen vorliegenden Daten das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Symbolcharakter des Autos als Verkörperung einer mobilen Erlebnisqualität.

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird gerade in großstädtischen Ballungsräumen in der Verkehrspolitik der Zukunft eine zentrale Rolle spielen müssen, deren Entlastungseffekte freilich nur begrenzter Art sein werden. Eine Entlastung kann der Trend „Zurück in die Stadt“ schaffen: eine Verkehrspolitik der kurzen Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit.

Autofreie Inseln in der Stadt bieten auch unmittelbar erfahrbare Lebensqualität. Die Stadt von morgen braucht eine fahrradfreundliche Infrastruktur. 50 % aller Autofahrten im Stadtverkehr werden für Strecken von weniger als fünf Kilometern zurückgelegt. Das sind Entfernungen, die in aller Regel fast genauso gut mit dem Fahrrad zurückgelegt werden könnten. Die zusätzliche Schaffung flächendeckender Verbundsysteme von Bus und Bahn mit deutlich höherer Frequenzdichte bleibt ein zentrales Zukunftsgebot.

Hoffnungen, dass das Vordringen von Telearbeit die Umwelt entlaste, sind allerdings unrealistisch. Sie führt nur dazu, dass die Grenzen zwischen Berufs- und Freizeitverkehr sich verändern. Häufige PC-Benutzer sind häufiger mit dem Auto unterwegs als andere. Auch das computergesteuerte Auto wird das Problem nicht lösen. Heute wollen weniger Leute auf das Auto verzichten als 1984.

3.4. Wohnen

In den Vorstellungen der Gesellschaft kommen heute Lebensqualitätswünsche zum Ausdruck, die auf eine Abkehr von der Pendlergesellschaft hindeuten. „Wer es sich leisten kann, wohnt citynah“ (Stiftung für Zukunfts-

fragen): Shopping, Szene, Straßencafés. Allerdings haben die meisten wenig Lust auf Wohnortwechsel.

Die Wohnungspolitik ist seit Jahren eine Gratwanderung zwischen Wohnungsnot und Wohnungsleerstand. Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Wachstum erfordert besondere strategische Konzepte. Eine schrumpfende Region (nördliches Ruhrgebiet) hat vor allem die Abwanderung junger Menschen zu beklagen. Damit verbunden ist der Verlust sozialer Infrastruktur (Kindergärten, Schulen usw.). Gleichzeitig stößt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen an Grenzen. Die Mischung vergreisender Städte bzw. Stadtbezirke, zerbröselnder Familienstrukturen, einer parallelen Auflösung von Bürgertum und Ausweitung von Stadtbevölkerung mit Migrationshintergrund wird wachsende Konflikte hervorbringen. Bei der Verwahrlosung von Stadtvierteln greifen viele Probleme ineinander: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Migration. Können wir von der „Null-Toleranz-Strategie“ in New York lernen?

Das Ideal der sozialen Stadt mit sozial ausgewogenen Lebensbedingungen und einer Mischbevölkerung rückt in weite Ferne. Trotz insgesamt guter Wohnraumversorgung nimmt die soziale Polarisierung zu. Gegen diese Trends will die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ ansetzen.

Für die Wohnungspolitik der Zukunft muss Innenstadtförderung, nicht Bauen auf der grünen Wiese, im Vordergrund stehen.

3.5. Kultur

„Was von dieser Generation, wie von früheren Generationen, im Gedächtnis dieses Landes, wenn's gut geht, im Gedächtnis der Menschheit zurückbleiben wird, sind nicht unsere Bahnhöfe und Flugplätze, auch nicht unsere Steuergesetze, nicht einmal das Niveau unserer sozialen Sicherungssysteme, es sind Kunst und Kultur“ (Norbert Lammert). Betrachtet man den Wettbewerb innerhalb Nordrhein-Westfalens zur Nominierung als Kulturhauptstadt Europas vor einigen Jahren, so stellt man fest, dass die Einzigartigkeit der verschiedenen Kulturregionen und ihre Vision und Bedeutung für die Zukunft stark im Bewusstsein der Menschen verankert sind. Immer ging es darum, dass und wie Kultur dafür genutzt werden kann, dass Menschen kommen und bleiben in einer globalisierten Zivilisation. Demnach stellt sich im Blick auf die Zukunft, auf 2025, die Frage

danach, was wir tun, damit diese Verbundenheit bleibt für die Generationen, die nach uns kommen. Wir müssen schon jetzt die Voraussetzungen schaffen, dass die Menschen teilhaben können an den vielfältigen Angeboten der Gesellschaft – und das eben nicht allein in materieller Hinsicht. Sie müssen das Wissen darüber haben, ihre Wahrnehmungsfähigkeit muss entsprechend ausgebildet sein und sie müssen das Handwerkszeug für kreatives Wirken besitzen.

3.5.1. Kultur als Wert an sich

Insgesamt darf die Förderung von Kunst und Kultur nicht – wie heute schon viel zu oft – unter Nützlichkeitsaspekten zur Problemlösung in anderen gesellschaftlichen Bereichen gesehen werden. Kunst und Kultur haben ihre Bedeutung zuallererst in sich. Der alte Bildungskanon, der alte kulturelle Kanon – sie sind unverzichtbar. Schon die immer wiederkehrende Werte-Debatte macht klar, wie wichtig Tradition ist. Und hier hat Nordrhein-Westfalen einiges zu bieten, was bewahrt und ausgebaut werden muss – Universitäten, Theater, Opernhäuser, Orchester, Konzerthäuser, Chöre, Bälle, Festivals, Stiftungen und viele große und kleine Initiativen. Diese Institutionen gilt es zu halten. Gerade Orte wie Museen und Archive sind Orte des kollektiven Gedächtnisses, an denen sich zunehmend die Bürger in einer Gemeinde, einer Region in einer globalisierten Welt ihrer Herkunft versichern. Dies führen uns die schmerzlichen Ereignisse um das Kölner Historische Stadtarchiv deutlich vor Augen. Die Schätze, die seit Generationen weitergegeben wurden, müssen sicher aufbewahrt werden, damit sie in ihrer Substanz erhalten werden und künftigen Generationen ebenso zur Verfügung stehen wie uns. Das erfordert ein dauerhaftes Engagement der jeweiligen Träger, das nicht nur von möglichst hohen Besucherzahlen abhängig gemacht werden darf. Die Debatte um Umwegrentabilität kann und wird in eine Sackgasse führen. Und auch die Welle der gut gefertigten Musickopien kann nicht mit kreativer Arbeit vor Ort gleichgesetzt werden.

3.5.2. Armut, Integration und Kulturrezeption

Seit geraumer Zeit wissen wir, dass die Integration ausländischer Mitbürger, Migranten der zweiten und dritten Generation, besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Und wir wissen auch, dass sich die Armutsgrenze immer weiter nach oben schiebt. Jüngste Veröffentlichungen weisen immer wieder darauf hin, dass die Zunahme der Armut auch und vor allem zulasten der

Kinder geht. Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft wird nach allen wahrnehmbaren Trends der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten eher noch zunehmen. Schon heute gibt es eine wachsende Kluft bei der Nutzung öffentlicher Kulturangebote zwischen bildungsnahe und bildungsarmen Schichten. Dies gilt keineswegs nur für die klassischen Felder der Kultur. Auch beim Kinobesuch oder bei Popkonzerten sind die Besucher mit höherer Bildung deutlich überrepräsentiert. Bildung macht Kultur; auch Preisermäßigungen oder freier Eintritt allein werden das nicht überbrücken. Jeder zweite Deutsche besucht nie eine Oper, ein Konzert oder ein Theater. Unter den Nichtnutzern sind Hauptschüler viermal so stark vertreten wie Menschen mit Gymnasialabschluss. Insgesamt dominiert beim Kulturpublikum zwar die Generation der 50- bis 64-Jährigen. Die Generationenkluft ist aber ein geringeres Problem als die wachsende Schere zwischen Nutzern und Nichtnutzern. Auch die Kultur, die es in Nordrhein-Westfalen in bewundernswert großem Maße gibt, muss an der Lösung der damit verbundenen Probleme mitwirken. Das stellt die kulturelle Arbeit der Zukunft vor neue Herausforderungen.

Diesen Anstrengungen werden sich staatlich getragene Kultureinrichtungen wie freie Anbieter gleichermaßen in ihren Programmen unterziehen müssen. Einige Institutionen haben sich dem schon gestellt, in kleinerem und größerem Umfang. Dafür haben sie in bescheidenem Umfang auch die Unterstützung staatlicher Stellen erhalten. Das muss erheblich ausgebaut werden.

In der Zukunft wird es entscheidend darauf ankommen, die einheimische Mehrheitskultur mit den vielfältigen Migrantenkulturen zu verbinden. Spannend wäre es, viele Migranten als Mittler und Führer in die Mehrheitskultur zu gewinnen. Gelingen kann dies, wenn ein glaubhaftes Interesse an und eine Lernwilligkeit gegenüber den Migrantenkulturen besteht. Dann könnten sich Stolz auf das Eigene und Respekt vor dem Fremden ergänzen und wechselseitig befördern.

Ein in diese Richtung weisendes Vorhaben in Köln, das von verschiedenen Künstlern und Experten initiiert wurde und inzwischen breite Unterstützung findet, ist die Akademie der Künste der Welt, eine international und interdisziplinär zusammengesetzte Gemeinschaft von Künstlern und Kulturwissenschaftlern. Hier geht es nicht darum, ein weiteres Haus zu gründen, sondern vielmehr die bereits bestehenden, etablierten Orte für die zeitgenössischen Künste der Welt zu öffnen, von

innen zu verändern und einen offeneren Kulturbegriff zu etablieren. Sie soll als treibende Kraft Angebote zur Entfaltung kultureller Diversität und Förderung von Internationalität entwickeln mit den Kultureinrichtungen vor Ort, sie lokal, national und international vernetzen und sich um Kunstvermittlung für eine kulturell heterogen interessierte Öffentlichkeit bemühen. Dieser Ansatz klingt vielversprechend und könnte Impulse auch für andere Landesteile geben.

3.5.3. Verantwortung

Der Staat fördert viel, verlangt viel und kann letztlich doch nicht genug erreichen. Regeln und Verordnungen ersetzen keine Arbeit am Detail, vor Ort, in der Schule, im Wohnumfeld, in der Familie. Und unsere Wirtschaftsordnung fördert die Scherenbewegungen zwischen Reichtum und Armut. Gerade erleben wir das wieder schmerzlich.

Auch wenn die wirtschaftlichen Aussichten derzeit düster sind, besteht gerade in der Krise auch eine Chance: dass diese Krise zur Rückbesinnung auf die Werte einer gerechten Wirtschaftsordnung genutzt wird.

3.5.4. Ehrenamt

Kultur ist ein „Nationaler Schatz“ – sich um die Sicherung, Bewahrung und Vermehrung dieses Schatzes zu kümmern, ist eine Aufgabe für alle Bürger dieses Landes. In diesem Bereich sollte das ehrenamtliche Engagement erheblich ausgedehnt werden. Senioren kommt hier eine ihnen besonders passende Rolle in der Traditionsvermittlung zu. In den Hunderten von Heimatmuseen, die es in Nordrhein-Westfalen gibt, wird dieses Engagement schon heute beispielhaft vorgeführt. In Seniorenakademien und in den Senioren-Studiengängen an den Universitäten sollten entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote bereitgestellt werden. Eine Dotierung ähnlich der Übungsleiterpauschale im Sport sollte angedacht werden.

3.5.5. Schulprojekte

Was kann die Kultur jenseits der staatlichen Sozialsysteme zur sozialen Integration beitragen? Es gibt Beispiele für die Hinwendung von der Repräsentation tradierter Kulturgüter zu einer Kultur der Einmischung. Da sind kreative Köpfe gefragt – wie der Essener Intendant Weber, der mit seinen Leuten in die Vorstädte geht, um mit den Mitteln des Theaters auf soziale Miss-

stände zu reagieren. Mitmachen, mitspielen – darum geht es dabei. Ähnliche Projekte gab es in München, Berlin, Bremen und anderswo.

Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgen in Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen. Hier treffen wir auf alle Kinder und Jugendlichen – und auf sämtliche Fragen von Migration und Integration. Soziale Probleme sind hier oft deutlicher präsent als in der Erwachsenenengesellschaft. Hier kann Kultur mit all ihren Spielarten und Ausformungen wirklich etwas verändern.

Allerdings nur, wenn sich in den Schulen und konkret in den Curricula tatsächlich etwas ändert. Derzeit haben künstlerische Fächer in den meisten Schulen noch immer die Anmutung des Verzichtbaren. Musik und Kunst sind Fächer, die ausfallen oder gerne fachfremd unterrichtet werden – kein Problem, solange die „Versorgung“ der Schüler in den „harten Fächern“ gewährleistet ist, keine Mathematik- oder Englischstunden ausfallen. Seit PISA sind die Bestimmungen noch rigider geworden. Dabei wissen wir doch, dass Schule den ganzen Menschen bilden muss, sich nicht auf das Training der kognitiven Fähigkeiten beschränken darf. Die Förderung von Fantasie und Kreativität, die Schulung aller Sinne ist notwendig, will man Kinder und Jugendliche fit machen für eine Zukunft der Herausforderungen und sich immer rascher verändernden Lebensbedingungen. Nebenbei gibt es die nachweisliche Erfahrung, dass Kinder, die in Tanz- oder Theaterprojekten Erfolgserlebnisse haben, auch im Schulalltag besser bestehen können.

In Nordrhein-Westfalen gibt es heute schon eine ganze Reihe von Projekten, in denen solche zusätzlichen Angebote in Schulen erfolgreich umgesetzt werden; dies hängt allerdings immer noch sehr stark von Künstlern ab, die auf Schulen zugehen, oder von engagierten Eltern, die den Kontakt zu künstlerischen Einrichtungen suchen. Immerhin werden im laufenden Schuljahr 2008/2009 ca. 1.400 Projekte aus unterschiedlichen künstlerischen Sparten organisiert und von der Landesregierung auch gefördert. Mit JeKi – Jedem Kind ein Instrument (www.bmbf.de/pub/jeki_nrwf.pdf) – hat sich NRW in einem Programm kultureller Bildung engagiert, das nun in ganz Deutschland zum Vorbild und Muster geworden ist. Jedes Grundschulkind erhält vier Jahre lang die Möglichkeit, ein Instrument seiner Wahl zu lernen und mit anderen zu musizieren. Das Ziel, das im Jahr 2010 für das Ruhrgebiet verfolgt wird, sollte sehr bald in ganz NRW erreicht sein. Im Jahr

2025 werden dann alle Kinder und jungen Erwachsenen die Möglichkeit gehabt haben, Musik zu praktizieren. Es handelt sich auch insofern um ein „Jahrhundertprojekt“, als seine Verwirklichung ein bürgerschaftliches Engagement von einzelnen Personen, Familien, Betrieben, Kommunen, Stiftungen des Landes und des Bundes in einem bisher ungekannten Ausmaß bündelt.

Wirklich zufriedenstellend ist die Situation aber erst, wenn an allen Schulen im Land im Rahmen von Ganztagsangeboten jedes Kind und jeder Jugendliche an Projekten teilnimmt, welche die kreative Seite fördern, und dies auch im Curriculum festgeschrieben ist – in welcher Kunstsparte auch immer. Solche Maßnahmen sollten zusätzlich zum bisherigen Schulunterricht in Musik, Kunst und darstellendem Spiel verwirklicht werden. Im Jahr 2025 sollte jedes Kind im Land mindestens einmal in seiner Schulzeit mit jeder Kunstsparte vertraut werden und sich dann aktiv künstlerisch in der Sparte seiner Wahl tiefergehend ausbilden können.

3.5.6. Kulturforum

Eine Plattform, die kreative Projekte von Kultureinrichtungen bündelt und einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, muss geschaffen werden; dazu gehört auch eine lückenlose Zusammenstellung aller kulturellen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen. Auf dieser Grundlage könnte die Koordination zwischen den Kulturangeboten und Schulen als Kooperationspartnern gelingen.

3.5.7. Anreizsysteme

Um diese Bereitschaft zu fördern, sollte an öffentliche Zuwendungen in Zukunft die Bedingung geknüpft werden, einen Prozentsatz für kulturelle, integrative Vorhaben (Einbeziehung von Migranten, sozial Benachteiligten) zu investieren. Alternativ ließe sich dies durch erhöhte Zuwendungen erreichen.

3.5.8. Alte und neue Orte

Wie bisher hat sich die Kultur auch in Zukunft immer wieder infrage zu stellen. Theater, Literatur, Museen – sie alle können sich den offenkundigen Aufgaben nicht verschließen. Sie müssen sich verstärkt öffnen. Konzerthäuser und öffentliche Plätze müssen sich auf veränderte Stile, Gewohnheiten und ökonomische Grundlagen einstellen. Traditionen aus unterschiedlichen Kulturen sollen dabei gepflegt und neue kreative Perspektiven entwickelt werden.

Durch die Auswahl zur Kulturhauptstadt 2010 hat das Ruhrgebiet die Chance zur Entwicklung neuer interdisziplinärer Wege. Zwei Projekte seien genannt, die zeigen, wie neue künstlerische Prozesse in Gang gesetzt werden können:

- Das Dortmunder U, ein weithin sichtbares Industriedenkmal, wird zum Ort der Medien und Musik. Das städtische „Museum zum Ostwall“ wird mit der Kunst der Moderne und der Gegenwart ebenso einziehen wie Kreative aus Kunst und Wirtschaft.
- Unna Massimo: Die langjährige zentrale Anlaufstelle für Aussiedler, Zuwanderer und Flüchtlinge verwandelt sich nach und nach in eine Akademie für alle Künste, die im Gebäudebestand der 60er-Jahre mit den Mitteln der neuen Licht- und Klangechnik einen Zukunftsort für Künstler und Kreative schafft. Dabei wird angeknüpft an das renommierte Internationale Zentrum für Lichtkunst in den Katakomben der ehemaligen Lindenbrauerei.

Wichtige Quellen aus Kapitel 2 und 3 (Auswahl:)

- H. Meffert/P. Steinbrück (Hrsg.), Trendbuch NRW – Perspektiven einer Metropolregion, Gütersloh 2005 (Bertelsmann Stiftung)
- Hartmut Häußermann, Stadtpolitik, Frankfurt/M. 2008
- Richard Florida, The Rise of the Creative Class, New York 2002
- Horst Opaschowski, Deutschland 2030 – Wie wir in Zukunft leben werden, Gütersloh 2008
- Integrationsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2008
- Diverse Hefte des Landesamtes für Bevölkerungsentwicklung und Statistik

Alice Schwarzer



4. Anhang

4.1. Migration und Integration

von Alice Schwarzer

1. Ziel einer gelungenen Integration kann nicht die Tolerierung von Parallelgesellschaften mit Parallelsitten und Parallelwerten sein. Wir dürfen nicht länger erlauben, dass einem menschenverachtenden Kulturrelativismus das Wort geredet wird. Im Gegenteil: Integration muss – bei aller Akzeptanz kultureller, religiöser und mentaler Unterschiede – eine Integration auf Basis unseres Rechtsstaates sein, inklusive der Gleichberechtigung der Geschlechter.

2. Wir haben es heute nicht nur mit der „üblichen“ Herausforderung bei der Integration Zugezogener zu tun – wie Ende des 19. Jahrhunderts z. B. bei den Polen oder Mitte des 20. Jahrhunderts den Italienern – plus einem anderen Kultur- und Glaubenskreis, sondern vor allem mit einer politischen Offensive: Seit Mitte der 80er-Jahre agitieren Islamisten, also Anhänger eines Islam, die diesen nicht nur als Glauben, sondern auch als Weltanschauung und definitive Richtschnur für ein bestimmtes Gesellschaftssystem sehen (inklusive Gottesstaat und Scharia) – auch mitten in Deutschland.

Das ideologische Rüstzeug kommt, wie wir längst wissen, aus Iran und Pakistan, das Geld überwiegend aus Saudi-Arabien. Vor allem dieser politischen Agitation in lange auch vom Gastland vernachlässigten Stadtvierteln, Familien, Koranschulen und Moscheen verdanken wir das ungewöhnliche Phänomen einer Rückwärtsentwicklung der Migranten: So spricht heute die dritte Generation schlechter deutsch als die zweite, sind die Kinder der hier lebenden Türken schlechter ausgebildet als die in der Türkei und steigen Religiosität und Fanatismus der Jugendlichen, allen voran bei den jungen Männern: 2007 bezeichneten sich bereits 28 % der Musliminnen und Muslime in Deutschland als „streng religiös“ (2000: 8 %); 47 % befürworteten das Kopftuch (2000: 27 %). Diese Entwicklung beschleunigt sich dank der modernen Medien (Internet) seit einigen Jahren rasant.

Die Agitation fällt also auf fruchtbaren Boden. Gründe dafür gibt es viele: Sie reichen von der Vernachlässi-

gung der billigen Arbeitskräfte in gettoisierten Vierteln über die falsche Toleranz gegenüber brachialen Verstößen gegen die Menschenrechte der Frauen bis zu einer Laissez-aller-Haltung mancher Migranten, die sich der Haltung hingegeben hatten: Wir gehen sowie so zurück in die Türkei. All das hat man in Deutschland ein Vierteljahrhundert laufen lassen, hat eine falsche Toleranz geübt und einen schiefen „Dialog“ geführt. Dabei haben die islamistischen Fundamentalisten bis 2001 aus ihren Zielen auch mitten in Deutschland kein Geheimnis gemacht. Seit 2001 hat mancher islamischer Reaktionär „Kreide gefressen“ und redet von Demokratie, wo er in Wahrheit Gottesstaat meint. Wir müssen auch lernen, das zu durchschauen. Eine besondere Rolle bei dieser Verhüllungsstrategie spielen bemerkenswerterweise KonvertiTinnen.

Im Namen dieser falschen Toleranz („andere Sitten“, „anderer Glaube“) haben wir es geschehen lassen, dass die Mütter eingesperrt, die Töchter entrechtet und die Söhne verhetzt wurden. Väter wie Söhne bleiben in der muslimischen Community gefangen im Männlichkeitswahn, im Teufelskreis der Verklärung männlicher Dominanz und Gewalt: zur Hebung des Selbstwertgefühls und Rekonstruktion von „Männlichkeit“.

Nicht zufällig sind es die jungen Frauen zwischen zwei Kulturen, zerrissen zwischen der traditionellen Entrechtung und dem neuen Emanzipationsversprechen, die als erste ausgebrochen sind. Doch erst seit 2003 wagen einige Deutsch-Türkinnen der zweiten Generation, öffentlich ihre Stimme zu erheben (z. B. 2005 die deutsch-türkische Soziologin Necla Kelek in „Die fremde Braut“ und 2006 in „Die verlorenen Söhne“ oder 2007 die deutsch-türkische Juristin Seyran Ates in „Der Multi-Kulti-Irrtum“).

Wir, die Deutschstämmigen, und die Migranten und ihre Kinder, lebten so ignorant nebeneinanderher, dass wir nicht einmal bemerkt haben, wie der ja durchaus noch vorhandene latente deutsche Rassismus zum Bumerang wurde: Unter dem Druck der fundamentalistischen

Propaganda verachten inzwischen zunehmend viele gläubige Musliminnen und Muslime uns „Ungläubige“ und „Unreine“. Höchste Zeit also, auf breiter Front zu handeln. Dabei kann es nicht nur darum gehen, zu „tolerieren“ und zu „helfen“, sondern es muss auch darum gehen, zu fordern und unsere Werte, die ja auch für die Mehrheit der Musliminnen und Muslime ein Gewinn wären, selbstbewusst darzustellen: Demokratie, Rechtsstaat und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dazu ein paar konkrete Vorschläge:

2.1. Die Mütter sind der Schlüssel zur Integration

Integration fängt in der Familie an. Die Mütter müssen aus dem Gefängnis ihrer vier Wände geholt werden und Gelegenheit bekommen, Deutsch zu lernen und Kontakte zu knüpfen. Denn am Modell der Eltern orientieren sich die Kinder. Und die Erfahrung lehrt uns, dass sich die Töchter in patriarchalen Familien mit den Müttern identifizieren, und die Söhne, oft selbst Opfer, mit den Vätern (vgl. dazu die Langzeituntersuchung von Chr. Pfeiffer vom Kriminologischen Institut Hannover). Bei der Integration von Müttern müssen wir offensiv sein. Passive Angebote verlaufen im Sande. Die in Nordrhein-Westfalen geschaffenen Mütterzentren sind ein Schritt in die richtige Richtung (vgl. Papier oben). Es bietet sich an, Integrationsarbeit mit den Müttern mit Deutschunterricht zu verknüpfen. Das sollte jedoch auch mit Pflichten und Sanktionen verbunden sein.

2.2. Welche Rolle kann die Schule spielen?

Jeder Versuch einer Trennung der Geschlechter und der Sonderbehandlung von Mädchen beim Mathematik- bzw. Schwimmunterricht muss entschieden zurückgewiesen werden. Wenigstens in der Schule sollen auch die Mädchen und Jungen aus orthodoxen muslimischen Familien die Erfahrung der Gleichheit der Geschlechter machen können.

Zwei Jahre Vorschulpflicht zum Erlernen der deutschen Sprache wären nach Meinung von Expertinnen und Experten Voraussetzung für eine wirkliche Chancengleichheit der Kinder. Die in Nordrhein-Westfalen seit 2007 durchgeführte Sprachstandserfassung aller Kinder zwei Jahre vor ihrer Einschulung war ein erster Schritt. Dabei stellte sich heraus, dass jedes fünfte Kind Nachholbedarf hat.

Die Ganztagschule erhöht die Chancen aller Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern, also auch die der

Kinder von Migranten. Die bis 2010 geplante Erhöhung auf Ganztagschulplätze für jedes vierte Kind genügt jedoch nicht (vgl. Papier oben). Deutsch als Pflichtsprache für alle in der Schule sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Einführung praxisorientierter Demokratiekurse sollte erwogen werden, gegebenenfalls mit speziellen Kursen für Mädchen und Jungen. Islamunterricht in deutscher Sprache wäre eine wünschenswerte Alternative zu demokratiefeindlichen Koranschulen (vgl. Papier oben).

2.3. Den Töchtern sind wir die Chancengleichheit schuldig

Wir müssen die zweite und dritte Generation bei ihren Hoffnungen auf die gleichen Chancen wie ihre deutschen Freundinnen unterstützen und gegebenenfalls auch schützen. Für Konfliktfälle müssen ausreichende Beratungsstellen an Schulen und in Stadtvierteln sowie Zufluchtwohnungen zur Verfügung stehen. Das Mentoring-Projekt für junge Migrantinnen im Ruhrgebiet ist ein positiver Ansatz. Doch wie viele nehmen daran wirklich teil? Dasselbe gilt für die START-Stiftung (www.start-stiftung.de).

2.4. Den Söhnen sind wir die Chancengleichheit schuldig

Den Jungen muss klargemacht werden, dass ihr Rückzug aus der „westlichen Dekadenz“ und Bildung und ihre Flucht in die Gewalt eine Sackgasse ist. Deshalb sollten spezielle Jungenprogramme in Stadtvierteln und Schulen verwirklicht werden. Der gemischte Unterricht kann dabei eine positive Rolle spielen.

2.5. Recht und Rechtsprechung – Die Rolle der Richter

Seit Mitte der 80er-Jahre haben wir es mit einer systematischen Unterwanderung des Rechtsstaates und dem Versuch einer „Schariarisierung“ des deutschen Rechts zu tun (vgl. EMMA-Artikel Jan./Feb. 2003). Das darf nicht länger verharmlost werden. Denn es geht von der Aushöhlung des Zivilrechts (Krankenversicherungen für Zweit- und Drittfrauen, also Tolerierung der Polygamie) bis zur Relativierung des Strafrechts (Milde bei Mord wegen „Verletzung der Familienehre“). Die Islamwissenschaftlerin und Gerichtsgutachterin Spuler-Stegemann hat bereits vor Jahren vor einem „massiven Angriff auf unser Rechtssystem“ und einer drohenden „Zweigesetzlichkeit in Deutschland“ gewarnt. Deshalb wären aufklä-

rende Schulungen für Richter, die das Problem häufiger zu verkennen oder zu unterschätzen scheinen, sinnvoll.

2.6. Studien und Statistiken

Bei allen Studien und Maßnahmen muss die herrschende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in einem traditionellen muslimischen Milieu berücksichtigt werden. Alle Statistiken sollten zwischen Frauen und Männern differenzieren, alle Integrationsmaßnahmen dieser unterschiedlichen Ausgangslage Rechnung tragen. Auch für die deutsche Mehrheitsgesellschaft wären nach Geschlechtern differenzierende Statistiken in allen gesellschaftlichen Bereichen – Bildung, Beruf, Recht etc. – dringend notwendig. Im Ausland ist das schon lange eine Selbstverständlichkeit. Denn nur so werden Unterschiede sichtbar – und können thematisiert und bekämpft werden.

2.7. Das Kopftuch – Privatsache oder politisches Symbol?

Ganz unabhängig von den unterschiedlichen persönlichen Motiven eines Mädchens oder einer Frau, die das Kopftuch trägt, ist das Kopftuch seit Beginn der islamischen Revolution 1979 im Iran objektiv und politisch die Flagge der islamischen Fundamentalisten. Es ist alles andere als ein „Stückchen Stoff“. Es ist ein politisches Symbol von höchster Brisanz. Als solches ist es deshalb im 21. Jahrhundert nicht mit dem christlichen Kreuz oder der jüdischen Kippa vergleichbar, da beide Symbole zurzeit keine irgendwie vergleichbaren politischen Implikationen haben (was sich beim Kreuz durchaus wieder ändern kann).

Das islamische Kopftuch, das die Haare als „haram“, als Sünde, gänzlich verdeckt, und der islamische Mantel, der den Frauenkörper als „haram“ verhüllt, ist eine Art Branding für Mädchen und Frauen und hat eine vielfache Bedeutung:

Erstens macht das Kopftuch den weiblichen Menschen schon als kleines Mädchen zum Sexualobjekt, indem es kopftuchlose Mädchen und Frauen als sexuell provokant deklariert.

Zweitens betont und vergrößert das Kopftuch der Frauen – und der Bart der Männer – den Unterschied zwischen den Geschlechtern bis zur Unüberbrückbarkeit.

Drittens weist es Frauen und Männern aufgrund dieses „Unterschieds“ fundamental unterschiedliche Rollen zu. Danach ist die Frau nach islamischem Recht, der Scharia, abhängig vom Mann – bis hin zur Unmündigkeit.

Viertens behindert das islamische Kopftuch/Gewand Frauen ganz konkret in ihrer Bewegungsfreiheit und freien Sicht, gefährdet sie auf der Straße und schränkt ihren Blick auf die Welt ein.

Deswegen kann das Kopftuchverbot für Lehrerinnen in der Schule nur ein erster Schritt sein. Zu befürworten wäre dringend auch ein Kopftuchverbot für Schülerinnen. Nur eine kopftuchfreie Schule würde den kleinen Musliminnen aus traditionellen Familien eine Ahnung von Freiheit und die wahre Wahlfreiheit geben. Und sie würde den Mädchen, die kein Kopftuch tragen, den Druck und die Stigmatisierung durch Mädchen, die es tragen, ersparen (ein solcher Druck und die entsprechende Stigmatisierung werden inzwischen vielfach beobachtet). Nordrhein-Westfalen sollte sich mit den Erfahrungen auseinandersetzen, die in Frankreich mit einem solchen Kopftuchverbot an Schulen seit 2007 bereits gemacht worden sind. Soweit ich weiß: mit Akzeptanz und Erfolg.

Bücherhinweise

- Necla Kelek, Die fremde Braut, 2005
- Dies., Die verlorenen Söhne, 2006
- Seyran Ates, Der Multi-Kulti-Irrtum, 2007
- Die Gotteskrieger oder die falsche Toleranz, Herausgeberin Alice Schwarzer, Verlag Kiepenheuer & Witsch

4.2. Neun Thesen zur Kultur

von Hubert Kleinert

1. Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft wird nach allen wahrnehmbaren Trends der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten eher noch zunehmen. Schon heute gibt es eine wachsende Kluft bei der Nutzung öffentlicher Kulturangebote zwischen höher gebildeten und bildungsfernen Schichten. Dies gilt keineswegs nur für die klassischen Felder der „Hochkultur“. Auch beim Kinobesuch oder bei Popkonzerten sind die Besucher mit höherer Bildung deutlich überrepräsentiert. Bildung macht Kultur; auch Preisermäßigungen oder freier Eintritt werden das nicht überbrücken. Jeder zweite Deutsche besucht nie eine Oper, ein Konzert oder ein Theater. Unter den Nichtnutzern sind Hauptschüler viermal so stark vertreten wie Menschen mit Gymnasialabschluss. Insgesamt dominiert beim Kulturpublikum zwar die Generation der 50- bis 64-Jährigen. Die Generationenkluft ist aber ein geringeres Problem als die wachsende Schere zwischen Nutzern und Nichtnutzern.
2. Seit den 60er- und 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich das Kulturverständnis insoweit gewandelt, als sich Hoch- und Populärkultur, Kunst und Unterhaltung aufeinander zubewegen. Kultur ist stärker ins Alltagsleben einbezogen, wird zur Erlebniswelt zum Anfassen, verliert auch repräsentative Dimensionen. Tenöre singen in Fußballstadien, Popkonzerte werden in Kirchen veranstaltet. Nur noch bei den über 65-Jährigen dominiert heute ein Kulturverständnis, das allein die klassischen Angebote von Oper, Konzert, Theater u. a. als „Kultur“ anerkennen mag. Für die deutliche Mehrheit der Jüngeren schließt Kultur auch populäre Unterhaltungsangebote, Straßenkünstler und Kabarettisten ein. Dieser Trend wird sich noch verstärken. Was früher in „E-Kultur“ und „U-Kultur“ getrennt wurde, wächst zu einer „Durchmischungskultur“, die populäre Massenunterhaltung einschließt. Sie verkörpert eine neuartige Symbiose aus Ernst und Unterhaltung, Kunst und Kommerz. Für ihre Attraktion spielt die wachsende Suche nach „Erlebniswelten“ eine zentrale Rolle.
3. Die Trends in der Nutzungshäufigkeit klassischer Kulturangebote zeigen in den letzten zwanzig Jahren interessante Veränderungen. Das Interesse an Open-Air-Veranstaltungen hat stark zugenommen, auch das an Museen und Kunstausstellungen. Dagegen sind die Besucherzahlen von Oper, Klassik und Ballett zurückgegangen. Der Trend geht zur Kultur als „Fest-Event“. Massenspektakel versprechen Erlebnisse und vermitteln Wir-Gefühle. Dabei spielt die mediale Vermarktung eine zentrale Rolle.
4. Entsprechend konkurrieren Städte um Kultur-Events. Dahinter steht die Vorstellung, man könne die „Städte des 21. Jahrhunderts zu Schauplätzen inszenierter Urbanität“ (Opaschowski) machen, um Investoren, Touristen und zahlungsfähige Bewohner anzulocken. Freilich werden gleichzeitig die Gesichter der Städte mit ihren Shopping-Malls, Einkaufsketten und Einkaufspassagen immer ähnlicher, findet eine „Disneyfizierung urbaner Erlebniswelten“ statt, werden Innenstädte von Menschen nicht mehr bewohnt, sondern nur noch als Verbraucher oder Urlauber aufgesucht.
5. Die Bedeutung von Kultur als sogenanntem „weichem Standortfaktor“ wird noch zunehmen. Der gewachsene Anteil „postmaterialistischer“ Werte in den Wertvorstellungen auch der jüngeren Qualifizierten und Hochqualifizierten wird dafür sorgen, dass die Qualität des kulturellen Angebots für Führungskräfte und „Kreative“ eine wachsende Rolle für ihre persönlichen Ansiedlungsentscheidungen spielt. Das wird viele Städte dazu bringen, ihren kulturellen Attraktionswert noch stärker herauszustellen und zu bewerben (überall Kultursommer, Festivaleritis etc.). Kunst und Kultur werden von Reiseveranstaltern systematisch vermarktet. Dabei wird sich Kulturmarketing noch stärker ausbreiten.
6. Dabei werden Kunst und Kommerz noch stärker verschmelzen und ein immer breiteres Angebot an Events liefern – Staatsoper, Tanz der Vampire, Christopher Street Day – alles gleichermaßen Event mit Erlebnisqualität und Anziehungspunkt für Kulturtourismus. Kultur-Konsum und Konsum-Kultur verfließen ineinander: Kulturmarketing, Lifestylemarketing, Eventmarketing und Produktmarketing vermischen sich. Kunst, Kitsch und Kommerz werden immer weniger unterscheidbar.

Alice Schwarzer (oben), Prof. Dr. Hubert Kleinert (unten)



7. Manche Prognosen sprechen von einer allmählichen Interessenverlagerung vom Sport zur Kultur. Die Entwicklung der Besucherzahlen der Fußball-Bundesliga belegen dies bisher nicht. Allerdings werden sich Sport und Kultur in Zukunft einen härteren Wettbewerb liefern – um die Gunst von Besuchern wie um Sponsoren. Dabei werden Sportereignisse ihrerseits immer stärker mit Inszenierungsqualitäten aufgeladen. Auch hier werden Grenzen fließend.
8. Die Kommerzialisierung der Kultur und der Trend zum Event werden freilich an Grenzen stoßen. Kritiker fürchten den Verfall der Sangeskultur, wenn Opernstimmen bei überdimensionierten Veranstaltungen elektronisch verstärkt werden. Das Kultursponsoring wird in Zeiten weltweiter Finanzkrisen an Grenzen stoßen, deren Folgen aktuell nicht zuverlässig abschätzbar sind. Das gilt erst recht für den Sport. Die Grenzen seiner Vermarktbarkeit dürften bald erreicht sein. Auch die Rolle der öffentlichen Hand bei der direkten und indirekten Subventionierung kommerzieller Profisportveranstaltungen wird in der Zukunft kritischer zu diskutieren sein.
9. Die öffentliche Hand wird künftig verstärkt die Frage nach der Zukunft öffentlich subventionierter, klassischer „E-Kultur“ zu beantworten haben. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Kultur der Zukunft vor allem Augenblicksereignis zwischen Show- und Sensationseffekt, flüchtiger Kitzel und kurzlebiger Spektakel ohne echte Tiefe und nachhaltige Spuren sein wird.

4.3. Zukunftsprobleme des demokratischen Gemeinwesens. Entwicklungstendenzen der Demokratie

von Hubert Kleinert

In globalem Maßstab stellen sich die Zukunftsperspektiven der Demokratie widersprüchlich dar. Einerseits ist die Zahl der Länder, in denen demokratische Wahlen abgehalten werden, seit den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts stark angestiegen. Andererseits mehren sich die Anzeichen eines wachsenden Vertrauensverlustes in die politischen Eliten, mehr und mehr aber auch in die Institutionen der Demokratie selbst. Diese Entwicklung betrifft praktisch die gesamte westliche Welt. Sie verläuft nicht linear und ist in sich widersprüchlich.

Es ist aber eine Tatsache, dass keineswegs nur bei uns, aber eben auch hier

- die Beziehungen zwischen politischen Eliten und Bürgerschaft oft nachhaltig gestört sind und die Legitimation des politischen Führungspersonals zunehmend in Zweifel gezogen wird,
- gesellschaftliche und bürgerschaftliche Identifikation und die Bereitschaft zum Engagement rückläufig sind und das hohe Niveau politischer Beteiligung aus den Nachkriegsjahrzehnten der Vergangenheit angehört,
- die großen Volksparteien Bindungskraft in die Gesellschaft hinein verloren und mit starken Mitgliederverlusten zu kämpfen haben,
- Wahlbeteiligungsraten rückläufig sind, was sich im kommunalen Rahmen besonders deutlich zeigt,
- das Vertrauen in die vernünftige Regelungskraft der Politik in der Gesellschaft erschreckend stark zurückgegangen ist, was das Funktionieren des klassischen Wechselspiels von Regierung und Opposition in der Demokratie tendenziell bedroht,
- nicht unbeachtliche Teile der Bürgerschaft sich aus der Gesellschaft praktisch zurückgezogen haben.

Vorschläge für zukunftsfähige politische Gestaltung müssen diese Probleme aufgreifen. Denn der Erfolg politischer Handlungsstrategien ist unter demokratischen Bedingungen auf gesellschaftliche Akzeptanzgrundlagen angewiesen und wird in vielen Fällen auch von der Bereitschaft zum aktiven Engagement in der Gesellschaft abhängig sein. Zumal heute, wo ein fast

überparteilicher Konsens immer wieder dazu rät, mehr auf die Selbsttätigkeit der Gesellschaft statt auf staatliche Intervention zu setzen. Volkssouveränität setzt schließlich auch eine an den öffentlichen Angelegenheiten einigermaßen interessierte und partizipationsgeneigte Bürgerschaft voraus. Ein partizipationsmüdes Volk, in dem die meisten nur mit sich selbst beschäftigt sind, kann sich gar nicht wirklich selbst regieren. Und politische Ideen und Konzepte für morgen brauchen engagierte Menschen, die sie durchsetzen. Angesichts von Mitgliederschwund und Altersstruktur besonders der Volksparteien müssen Zweifel aufkommen, woher bei Anhalten der erwähnten Trends das geeignete Personal kommen soll, das 2025 die vielen ehrenamtlichen politischen Aufgaben in den Städten und Gemeinden unseres Landes qualifiziert und mit Rückhalt in der Bürgerschaft wahrnehmen kann.

4.3.1. Woher kommen Verdruss und Partizipationsmüdigkeit?

In den Diskussionen über die Ursachen der skizzierten Entwicklungen werden unterschiedliche Faktoren dafür verantwortlich gemacht. Eine populäre Erklärungsrichtung sieht den Verlust von Akzeptanzgrundlagen für Politik als Ergebnis wachsender Orientierungsschwächen von Parteien und Fehlern eines angeblich „schwächer“ und „selbstsüchtiger“ gewordenen politischen Personals. Danach vermittelten die Parteien heute zu wenig politische Orientierung und trügen Schwächen eines insgesamt schmaler gewordenen politischen Personals entscheidend zu den Vertrauensverlusten bei. Die Politiker von heute agierten immer mehr in einem „selbstreferenziellen“ System, das zusehends an Bindung zur Gesellschaft und zu deren wirklichen Probleme verlor. Der „politischen Klasse“ selbst fiel das kaum auf, weil fast alle Seiten gleichermaßen davon betroffen seien und aufwendige, dabei eher künstliche Wahlkampfszenarien mit hohem Personalisierungsfaktor an die Stelle echter Richtungsentscheidungen getreten seien.

Andere Erklärungsrichtungen heben den Verlust des nationalstaatlichen Gestaltungsraums durch Globali-

sierung und Europäisierung hervor, der in Verbindung mit leeren öffentlichen Kassen für viele Bürger den Eindruck einer scheinbaren Alternativlosigkeit von politischen Entscheidungen hervorbringe, die zu politischer Abstinenz beitrage, weil es ja in Wahrheit immer weniger zu entscheiden gebe. Aus dieser Sicht ließe sich Beteiligungsmüdigkeit als rationale Reaktion auf tatsächlichen Einflussverlust interpretieren. Solche Erklärungen verbinden sich häufig mit Analysen über soziale Abstiegsprozesse von wichtigen Gruppen der Bürgerschaft als angebliche Folge des Zerfalls der „sozialen Marktwirtschaft“.

Wieder andere sehen im Rückzug aus Politik und Gesellschaft vor allem eine Folge von Individualisierung und Digitalisierung in einer „Multioptionsgesellschaft“. In der modernen „Eventgesellschaft“ mit ihren veränderten Freizeitgewohnheiten und der Auflösung traditioneller sozialer Milieus würden Wünsche nach Unterhaltung, Erlebnis und Konsum gegenüber gesellschaftlichem und politischem Engagement immer mehr in den Vordergrund treten. In der bunten und unübersichtlicher gewordenen Welt habe außerdem jeder viel zu viel mit sich selbst und dem eigenen Erfolg zu tun. Aus dieser Sicht ist der massive Vertrauensverlust der Bürgerschaft gegenüber der Politik nur der sichtbarste Ausdruck einer wachsenden Bedrohung von Gemein-sinn und Gemeinschaftsfähigkeit, die als Kehrseite des Zugewinns an individueller Autonomie in der modernen Welt mit ihrer Individualisierung von Lebensentwürfen, Pluralisierung von Lebensstilen und wachsenden Konkurrenz von Sinndeutungsangeboten mit abnehmender Verbindlichkeit das „Sozialkapital“ der Gesellschaft insgesamt nachhaltig schwächen.

Politikabstinenz und wachsende Legitimationsprobleme werden auch als Folge einer veränderten Struktur von Öffentlichkeit gedeutet, in der sich das Verhältnis von Politik und Medien zum Nachteil der Politik verändert habe und die Regeln medialer Inszenierung das Politikbild einer Gesellschaft bestimmten, in der die intermediären Institutionen – Vereine, Verbände, Gewerkschaften – ihre angestammte Rolle als Filter der politischen Meinungsbildung sukzessive einbüßten. Das dramaturgische Prinzip der elektronischen Medien begünstige dabei ein Übermaß an negativer Politikberichterstattung, das sich im wachsenden Politik-Ressentiment der Bürgerschaft bloß widerspiegele. Boulevardisierung von Öffentlichkeit und der hektische Wettbewerb des kommerzialisierten Quoten-Journalismus befördere dies weiter.

Schließlich werden diese Erscheinungen auch als Ergebnis einer säkularen Kräfteverschiebung zwischen Politik und Ökonomie gedeutet. Während als Folge von Globalisierung und Deregulierung die globalen Unternehmen immer mehr zu den Schlüsselinstitutionen einer „postdemokratischen Welt“ würden, wirke die Politik mit ihren radikalen Privatisierungsstrategien an ihrer eigenen Selbstabdankung mit. Sie selbst beteilige sich an der Popularisierung extrem wirtschaftsliberaler Weltbilder, in denen der öffentliche Sektor in seiner Steuerungskompetenz dem privaten stets unterlegen ist und der Staat am besten gar nichts tun soll – außer die Freiheit der Märkte zu garantieren. Indem sich der Staat selbst als gegenüber Privaten tendenziell inkompetent geriert, provoziere er gewissermaßen selbst die verächtlichen Haltungen in der Bürgerschaft gegenüber Politikern und Parteien.

Inwieweit gerade diese letzte Erklärungsrichtung durch die neue Blüte von politischer Intervention, Marktkritik und Forderungen nach politischer Regulierung im Zeichen von Finanz- und Bankenkrise möglicherweise praktisch falsifiziert wird, lässt sich derzeit noch nicht zuverlässig sagen.

Es ist offensichtlich, dass eine Vielzahl der genannten Faktoren in unterschiedlichem Umfang auf die beschriebenen Entwicklungen einwirkt. Keine dieser Interpretationen kann ein Deutungsmonopol beanspruchen; monokausale Erklärungen sind nicht möglich. Zu offensichtlich ist, dass wir im Vergleich etwa zu den 70er- und auch noch den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts von unterschiedlichen strukturellen Veränderungen in den entwickelten westlichen Gesellschaften auszugehen haben. Es handelt sich eher um einen komplexen Wirkungszusammenhang, in dem sich diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Veränderungen widerspiegeln und den ganz verschiedene Akteure beeinflussen.

Deshalb sind auch nur solche Vorschläge zur Wiedergewinnung von Akzeptanz und Legitimation Erfolg versprechend, die diese Verzahnung der Probleme entsprechend berücksichtigen. Einzelschlüsse, die immer nur an einer Stelle Korrekturen anregen (z. B. beim Wahlrecht), werden demgegenüber nur wenig ausrichten können. Die immer wieder geäußerte Forderung nach Ausbau von direktdemokratischen Elementen etwa mag richtig sein oder nicht. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass das Vertrauen in Politik und die demokratischen Institutionen dadurch einen entscheidenden Schub erhält.

Der Blick auf die „partizipative Revolution“, die die deutschen Kommunalverfassungen seit den Neunzigerjahren erlebt haben, zeigt das deutlich: Die nahezu flächendeckende Einführung bzw. Ausweitung direktdemokratischer Instrumente in Form kommunaler Bürgerbegehren und Bürgerentscheide korrespondiert – ebenso flächendeckend – mit einem Rückgang der kommunalen Wahlbeteiligungsraten. Dieser Rückgang ist in Nordrhein-Westfalen geringer ausgefallen als z. B. im angrenzenden Bundesland Hessen (Kommunalwahlbeteiligung 1989 in Nordrhein-Westfalen: 65,6 %, in Hessen: 78 %; 2004 Nordrhein-Westfalen: 54,4 %, 2006 Hessen: 45,8 %), ist aber in seiner Kontinuität schon seit 1979 (69,9 % Wahlbeteiligung) deutlich ablesbar, wenn man den Sonderfall 1994, als die Kommunalwahlen parallel zu den Bundestagswahlen stattfanden, unberücksichtigt lässt. Da Wahlbeteiligung als gewichtiger Indikator für politisches Interesse und Partizipationsneigung gewertet werden kann, wäre demnach davon auszugehen, dass die Partizipationsneigung ausgerechnet da am stärksten abgenommen hat, wo die meisten Instrumente einer unmittelbaren Bürgerbeteiligung zur Verfügung stehen: im kommunalen Lebensumfeld der Bürger.

4.3.2. Situatives Engagement statt Gesinnungsgemeinschaft und langfristiger Organisationsbindung?

Die häufig geäußerte Auffassung, es habe nur eine Verlagerung des bürgerschaftlichen und politischen Engagements von langfristig angelegtem, mit Verbindlichkeiten und festen Mitgliedschaften verbundenem Engagement hin zu Formen von stärker anlassbezogener, situativer Aktivität gegeben, ist zwar durch die eine oder andere Einzelbeobachtung gedeckt, führt aber als analytisches Gesamturteil eher an der Realität vorbei. Sicher darf nicht verkannt werden, dass in den letzten Jahrzehnten immer wieder neue Formen des politischen und gesellschaftlichen Engagements entstanden sind. So haben sich seit den Siebzigerjahren anlassbezogene Bürgerinitiativen mit nur schwach formalisierten Organisationsstrukturen als inzwischen selbstverständlicher Bestandteil der politischen Kultur etabliert; auch andere, neuartige Formen des politischen Engagements jenseits der gewachsenen Strukturen von Parteien, Verbänden und Vereinen dürfen nicht geringgeschätzt werden (z. B. Bürgervereine, Freiwilligenagenturen). Seit Einführung der neuen Kommunalverfassung 1994 sind in Nordrhein-Westfalen landesweit immerhin 382 Bürgerbegehren eingeleitet worden und ist es in 120 Fällen zu einem Bürgerentscheid gekom-

men. Die ausgeweiteten Partizipationsmöglichkeiten werden also durchaus genutzt.

Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass neuere Formen von Engagement und Beteiligung die auf vielfältige Weise sichtbaren Aktivitätsrückgänge in den klassischen Organisationsformen von Parteien und Verbänden kompensieren werden (die klassische Volkspartei SPD hat in NRW inzwischen weniger als die Hälfte der Mitgliederzahl der 70er-Jahre; angesichts der altersmäßigen Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist davon auszugehen, dass diese Abwärtsspirale weitergehen wird). Der CDU geht es etwas, aber eben auch nur etwas besser. Und auch der relative Erfolg neuer politischer Parteien führt nicht zu einer Umkehrung des Trends: So hat die Partei „Die Linke“ auch in Nordrhein-Westfalen nur einen Bruchteil der Mitgliederzahl gewonnen, die die SPD verloren hat. Auch wenn sich das bei den „Volksparteien“ deutlich stärker niederschlägt als bei ihrer politischen Konkurrenz: In der Gesamtsicht müssen wir von abnehmendem politischen Interesse und gesunkener Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement ausgehen.

Diese Entwicklung schlägt sich keineswegs nur bei den politischen Parteien nieder. Die rasante Schrumpfung der Verankerung besonders der klassischen Volksparteien ist vielmehr nur der sichtbarste Ausdruck eines viel breiteren Rückgangs gesellschaftlichen Engagements. Angesichts der Entwicklung der Mitgliederzahlen fast aller größeren gesellschaftlichen Organisationen lässt sich geradezu von einer Flucht aus den Organisationen sprechen. 1990 waren noch 62 % der Deutschen in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder Vereinen organisiert. Heute sind es noch 47 %. Für 2020 schätzt die BAT-Stiftung für Zukunftsfragen einen Anteil von 37, für 2030 von 30 %. Der DGB hat seit Beginn der Neunzigerjahre ein Drittel seiner Mitglieder verloren.

Dieser Wandel betrifft die politischen Parteien gleich in einem doppelten Sinne. Zum einen sind jedenfalls die Großparteien besonders stark von dieser „Flucht aus den Großorganisationen“ betroffen. Zugleich verlieren die intermediären Organisationen ihre wichtige Rolle als Verständigungsarena und Filterinstanz für Information, Aufklärung und politische Meinungsbildung. Diese werden dann in wachsendem Maße Sache der Medien, die ihrerseits immer stärker nach marktförmigen Regeln funktionieren.

Besonders stark verbreitet sind Partizipationsmüdigkeit und Politikverdrossenheit bei Jugendlichen. 46 % der Jugendlichen gaben 2007 an, dass ihre Stimme keinen Einfluss auf Politik habe. Genauso hoch war der Anteil derer, die äußerten, dass keine Partei ihren Vorstellungen entspräche. 67 % äußerten allgemeine Unzufriedenheit über Politiker und Parteien, 41 % interessieren sich nicht für Politik.

Vor diesem Hintergrund muss zwar nicht von einem dramatischen Rückgang des Interesses an überregionalen Wahlen ausgegangen werden. Solche Rückgänge zeigen sich eher da, wo keine Chance besteht, die Wahl als spektakuläres TV-Event zu präsentieren. Wahlen sind zu Zuschauerveranstaltungen im Fernsehen geworden. Die enorm gewachsene Rolle der Medien erklärt dabei auch manche Sprunghaftigkeit, die heute selbst erfahrenen Wahlforschern Rätsel aufgibt. Gegen medial verstärkte Stimmungswellen und Meinungskonjunkturen, die dann schnell ein Eigenleben führen können, ist heutzutage fast nichts mehr auszurichten.

4.3.3. Eine düstere Zukunftsvision

Jede Gesellschaft benötigt zur Organisation von Zusammenleben eine Ordnung, deren Funktionieren auch vom Einsatz des Einzelnen und seiner Sorge für die Gemeinschaft abhängt. Gesellschaftliche Bindung bzw. „Sozialkapital“ ist eine zentrale Ressource jedes gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Moderne Gesellschaften sind geprägt durch ein hohes und historisch einzigartiges Maß an individueller Autonomie. Die Individualisierung von Lebensentwürfen führt freilich auch zur Lösung des Individuums aus sozialen Milieus, in denen Gemeinschaftserfahrungen gemacht werden und Gemeinschaftsfähigkeit erlernt wird. So werden Gemeinsinn und bürgerschaftliches Engagement zu tendenziell bedrohten Gütern in einer weithin vom ökonomischen Kosten-Nutzen-Denken bestimmten Welt.

Diese Entwicklung bedroht nicht nur die alltäglichen sozialen Fundamente unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, sie ist auch ein Problem für die Demokratie selbst. Denn Demokratie muss immer unterstellen, dass eine dazu befähigte Bürgerschaft um reale Probleme kämpft und streitet und dieser Kampf politische Repräsentanten findet, über die in Wahlen nach bestimmten Regeln entschieden wird. Wenn aber die-

ser Kampf mit den wirklichen Problemen immer weniger zu tun hat und eine verdrossene Bürgerschaft immer weniger erkennen mag, für welche identifizierbaren und mit ihrem eigenen Leben verbundenen Gestaltungsziele die Kontrahenten eigentlich noch stehen, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Demokratie selbst. Die Millenniums-Umfrage des Gallup-Instituts hatte schon 2000 gezeigt, dass nur jeder Zehnte in sechzig Ländern der Erde noch der Auffassung war, dass seine Regierung dem Willen des Volkes Rechnung trage. Und im Bericht der Trilateralen Kommission (Putnam u. a.) ist von einem wachsenden Verfall politischer Handlungsfähigkeit als Folge wachsenden Legitimationsverlusts die Rede.

Wenn sich die seit etwa anderthalb Jahrzehnten zu beobachtenden Tendenzen einfach weiter fortsetzen, würde die Politik des Jahres 2025 noch deutlich schwächer erscheinen als heute. Das Vertrauen der Wählerschaft gegenüber den Politikern wäre weiter geschwunden, Stimmungsschwankungen und schwer kalkulierbare Wahlergebnisse würden demgegenüber weiter zunehmen. Noch stärker als heute schon würden die Bürger in den international operierenden großen Unternehmen die eigentlichen Akteure des politischen Geschehens sehen, während sich die Politiker dann noch mehr der Methoden des Showbusiness bedienen, um die Aufmerksamkeit eines vom medialen Amüsierbetrieb wahrscheinlich inzwischen übersättigten Publikums zu erhaschen.

Dabei würden diese Entwicklungen kaum zu eruptiven sozialen Bewegungen in der Gesellschaft führen. Vielmehr würde eine Mischung aus resigniertem Rückzug aus der Gesellschaft, privatem Konsumismus, Ringen ums materielle Überleben in einer Gesellschaft abnehmender Normalarbeitsverhältnisse mit auskömmlicher Entlohnung und Ruhigstellung durch mediales „Titty-tainment“, verbunden mit weiterer Verflachung von Öffentlichkeit, die Demokratie schleichend „aushöhlen“ – ohne dramatische Zuspitzungen und große soziale Unruhen.

Dass eine solche Entwicklung nicht eintreten darf, versteht sich von selbst. Aber was kann getan werden?

4.3.4. Realistische Ziele formulieren

Für den Erfolg von Vorschlägen sind realistische Ziele von großer Bedeutung. Aus unserer Sicht ist es unrealistisch, den Politisierungsgrad und die Stabilität

des auf wenige Akteure konzentrierten Parteiensystems der Siebzigerjahre zum Maßstab zu machen. Das Ausmaß der grundsätzlichen Systemzufriedenheit wird in dieser Form ebenso wenig wiederkehren wie die soziale Kohäsion dieser Zeit. Eine Umkehrung der Entwicklung der letzten Jahre, die durch eine schleichende Erosion des Vertrauens in die Politik und wachsenden Abstand zwischen politischen Eliten und Bürgerschaft bestimmt waren, wäre schon ein beachtlicher Erfolg. Dieser wird sich freilich nur einstellen, wenn Veränderungen auf verschiedenen Ebenen stattfinden.

4.3.5. Parteien und Politiker

a) Programmfunktion stärken – Parteien brauchen glaubwürdige Leitideen, nicht noch mehr Show und Imageberater

Die Übersichtlichkeit der politischen Auseinandersetzung früherer Jahrzehnte, als sich das politische Programmangebot bei äußerster Komplexitätsreduktion auf die Konkurrenz zwischen denen, die Wohlstand und Gerechtigkeit mehr vom Staat, und denen, die dasselbe mehr vom Markt erwarteten, reduzierte, wird nicht zurückkehren. Dennoch ist den Parteien mehr Klarheit über übergreifende Zielsetzungen abzuverlangen. Der Mangel an glaubwürdigen politischen Leitideen, die Parteien identifizierbar und unverwechselbar machen, ist eine der Ursachen für Politikabstinenz und Verdrossenheit. Die besondere Stellung der Parteien in unserer Demokratie rechtfertigt sich auch durch ihre Rolle beim Zustandekommen eines vom Wahlbürger überschaubaren Programmangebots, das politische Orientierung und Entscheidung zwischen verschiedenen Konzepten ermöglicht und damit einen politischen Raum überhaupt erst schafft.

Parteien müssen mehr programmatische Klarheit und Wahrhaftigkeit bieten. Der Reduzierung ehemaliger Gesinnungsgemeinschaften auf Machterwerbsmaschinen, in deren Machtkonkurrenz sich die Rückbindung an den inhaltlichen Zweck dieser Konkurrenz der Bürgerschaft immer weniger erschließt, trägt zu Orientierungsproblemen bei und fördert Sichtweisen, die in Politik vor allem einen lauten und aus vorrangig selbstsüchtigen Motiven der Akteure betriebenen Wettbewerb sieht. Parteien müssen ihre Programmfunktion wieder ernster nehmen. Demgegenüber muss die Inszenierungsdimension von Wahlkämpfen und Parteitage wieder zurückgefahren werden. Zweifellos bieten hier die derzeitige Krise und der

allgegenwärtige Ruf nach politischer Steuerung Politik und Parteien auch neue Chancen.

b) Parteitage müssen wieder stärker zu Orten lebendiger politischer Debatte werden

Die wachsende Neigung von Parteien, Parteitage vor allem als Chance zur wirkungsvollen Selbstinszenierung des Spitzenpersonals zu betrachten, mag kurzfristig zu Erfolgen beitragen. Längerfristig ist sie ein Beitrag zur Unterhöhlung ihrer eigenen Akzeptanzgrundlagen, weil sie die innerparteiliche Demokratie schwächt und einen Beitrag zur allgemeinen Verflachung der politischen Kommunikation leistet. Wer will schon auf die Dauer zum Stimmvieh und bloßen Akklamationsorgan von gefälligen Großinszenierungen degradiert werden? Und wenn nur noch Karriere- und Joborientierungen maßgeblich sind bei der Sozialisierung des politischen Personals von morgen, wird sich dieses Personal noch schwerer tun, Bindung und Vertrauen in der Gesellschaft aufzubauen. Überzeugungskraft und Stetigkeit gewinnt man weder durch stromlinienförmige Anpassungsbereitschaft noch durch mediale Alleingänge. Die Auszehrung echter politischer Debatte zugunsten des wachsenden Hangs zu gefälliger öffentlicher Selbstinszenierung bedroht die Zukunftsfähigkeit der Parteien.

c) Politik ist kein Job wie jeder andere

Politiker sind daran zu erinnern, dass es wohl einen „Beruf zur Politik“ gibt, der Berufspolitiker aber nicht irgendeinen Job macht. So wenig Politiker gefeit sind gegen allzu menschliche Schwächen und Versuchungen und so deutlich der Tendenz zu undifferenzierter Skandalisierung aller möglichen Formen des individuellen Fehlverhaltens in der Öffentlichkeit entgegenzutreten werden muss, so sehr ist doch darauf zu bestehen, dass sich Politiker ihrer Vorbildrolle bewusst sind. Das muss sich in ihrem Verhalten widerspiegeln.

d) Politainment fördert eher den politischen Vertrauensverlust

Medienprominenz ist kein Ersatz für Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Noch wichtiger aber ist etwas anderes: Die wachsende Neigung des politischen Personals zur Anpassung an die Gesetze eines medialen Showbusiness ist als Teil des Niedergangs einer ernsthaften politischen Diskussionskultur Teil des Problems, nicht seiner Lösung. Die wachsende Neigung des politi-

Prof. Dr. Hubert Kleinert



schen Personals, wie virtuelle Polit-Kommunikatoren mit nur noch flüchtigen Bindungen an Ideen und Überzeugungen allzu flexibel zu agieren und dabei vornehmlich das eigene Medienbild zum Maßstab des Handelns zu machen, in dem Effekte mehr zählen als Ergebnisse, mag Bedürfnissen der modernen Medienwelt entsprechen. Dieser Hang zur Flüchtigkeit und der Mangel an Stetigkeit gehen aber auf Kosten von Glaubwürdigkeit und Seriosität. Indem sie sich durch ihre bereitwillige Mitwirkung immer häufiger zum Teil eines massenmedialen Showbusiness degradieren lassen, tragen Politiker heute selbst zum Verfall der öffentlichen Kommunikation und zum Ansehensverlust der Politik bei.

e) Politiker sollen gut, aber transparent bezahlt werden

Viele öffentliche Debatten machen sich immer wieder an der materiellen Versorgung von Politikern fest. Diäten, Nebentätigkeiten, Privilegien, Pensionsregelungen – alles Lieblingsthemen zumal des Boulevardjournalismus. Sicher gibt es keinen Königsweg bei der künftigen Regelung von Politikerbezügen. Gemessen an den Verdienstmöglichkeiten in den höheren Verantwortungsebenen der Privatwirtschaft sind Politikereinkünfte eher bescheiden. Ganz gewiss sind sie nicht zu hoch. Ein ernstes Problem liegt allerdings da, wo es nicht gelingt, transparente und allgemein akzeptierte Regeln für Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte zu finden.

f) Weniger Berater, weniger Inszenierung – die Parteienfinanzierung überprüfen

Die Rolle von Politik-, Image- und Medienberatern muss heute zunehmend kritisch gesehen werden. Das gilt auch für die Häufigkeit von Umfragen. Wenn sich das Politikbild in der Gesellschaft wandeln soll, muss die aufgeblähte Szenerie von Inszenierungsspezialisten zurückgefahren werden. Ein Hebel dafür könnte die Überprüfung der Parteienfinanzierung sein. Die den Parteien zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel dienen zur Erledigung der Aufgaben, die den Parteien verfassungsrechtlich zugewiesen sind. Eine Partei ist keine Marke und Stimmenmaximierung kein Selbstzweck. Die öffentliche Finanzierung von Parteien sollte sich wieder stärker an den tatsächlich abgegebenen Stimmen orientieren. Das würde die Parteien auch dazu zwingen, nach dem pflichtschuldigen Bedauern über die zurückgegangene Wahlbeteiligung nicht gleich am nächsten Tag schon wieder zur Tagesordnung überzugehen.

g) Politische Programmangebote sind keine Handelsware

Die Angleichung politischer Öffentlichkeitsarbeit an die Werbestrategien der Privatwirtschaft hat ein Ausmaß erreicht, das auf die Politik selbst negativ zurückwirkt. Werbung ist keine Form des rationalen Dialogs, sondern bringt ihr Produkt mit spezifischen visuellen und emotionalen Botschaften in Verbindung. Ziel von Werbung ist Überredung, nicht die Diskussion von Argumenten. Die immer stärkere Angleichung politischer Öffentlichkeitsarbeit an Strategien der privaten Werbewirtschaft mag deshalb Politik helfen, Probleme der Massenkommunikation in einer fragmentierten Gesellschaft zu lösen, die in der Sprache seriöser Programmdokumente weniger erreichbar geworden ist. Gleichzeitig aber schwächt sie die Politik und damit die Demokratie selbst. Das ist auch ein Problem der Sprache. Viel zu sehr haben wir uns alle daran gewöhnt, ein Parteiprogramm als „Produkt“ zu sehen und in Politikern Leute, die ihre „Botschaften vermarkten“.

h) Weniger Wahltermine, weniger Umfragen

Instrument einer sinnvollen Beschränkung von Politik als Inszenierungstheater kann auch das Zusammenziehen von Wahlterminen und Wahlkämpfen sein. Eine solche Konzentration stößt auf die Schwierigkeiten, die sich im föderalen System aufgrund der unterschiedlichen landesverfassungsrechtlichen Bestimmungen einer Angleichung von Landtagswahlterminen entgegenstellen. Angesichts der häufig beklagten Tendenzen zum „Dauerwahlkampf“ als Folge einer Öffentlichkeit im föderalen System, die jede regionale Wählerentscheidung mit der Funktion eines bundesweiten Tests überfrachtet, besteht hier dennoch dringender Handlungsbedarf.

Dass die ausufernde Rolle von Umfragen in der öffentlichen Meinungsbildung politische Gestaltungskraft heute eher behindert als fördert, weiß jeder, der das Innenleben der Politik auch nur einigermaßen kennt. Die Begrenzung von Umfragen ist auch eine Frage der Selbstverpflichtung vor allem der elektronischen Medien und ihres Finanzgebarens. Natürlich gehören Wahlforschung und Demoskopie zur modernen Demokratie. Aber die inflationär gewordene Praxis der Dauerumfragen zu allen möglichen tagesaktuellen Entwicklungen erschwert die Stetigkeit politischer Strategien und disponiert aufseiten der politischen Akteure zu Flüchtigkeiten und Oberflächlichkeiten, die mit

negativen Rückwirkungen auf politische Gestaltungskraft zugleich auch das Ansehen der Politik in der Gesellschaft schwächt.

4.3.6. Medien

Es kann keinem ernsthaften Zweifel unterliegen, dass sich das Bild von Politik in der Gesellschaft gegenüber früheren Jahrzehnten nachhaltig verändert hat und dabei das veränderte Verhältnis zwischen Politik und Medien eine zentrale Rolle spielt. Sozialer Wandel, gewachsene Mobilität und moderne Kommunikationsmittel sorgen dafür, dass die „intermediären gesellschaftlichen Organisationen“ wie Verbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften usw. bei der politischen Orientierung der Menschen Bedeutung verloren, umgekehrt die Medien an Bedeutung gewonnen haben. Dies gilt in besonderer Weise für das Fernsehen, in zunehmendem Maße auch für das Internet. Es ist davon auszugehen, dass bis 2025 die Bedeutung des Internets als Filter für die Entwicklung von Auffassungen und Einstellungen deutlich zunehmen wird.

Das Fernsehen ist in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger geworden, als Medium für Einstellungen der Bürger ist es in dieser Zeit selbst von nachhaltigen Veränderungen betroffen gewesen. Einmal ist die Berichterstattung über viele politische Sachverhalte deutlich kritischer geworden. Das betrifft insbesondere den Bereich individuell zurechenbaren, wirklichen oder angeblichen Fehlverhaltens von Politikern. Generell hat die Respektlosigkeit gegenüber Politikern durch die Vertreter der Massenmedien in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Das mag grundsätzlich als Demokratiegewinn betrachtet werden. Zum anderen freilich ist mit dem Rückgang des partei- und richtungsorientierten Journalismus, vor allem aber durch die in der Folge der Vervielfältigung der Sendekanäle dramatisch gewachsene Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Einschaltquote eine Tendenz verbunden, Politik mit den Mitteln des Boulevardjournalismus schriller und unterhaltender zu präsentieren. So wird Politik in der medialen Präsentation häufiger bloßer Bestandteil einer „Eventkultur“, in der Eindruck und Ereignis zählen, weniger das Ergebnis.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass das zu Emotionalisierung, Dramatisierung und Personalisierung disponierende Darstellungsprinzip des Fernsehens zunehmend das Politikbild der Gesellschaft prägt. Während für die ersten Jahrzehnte des Fernsehens im

öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesen eher der Versuch maßgeblich war, eine Politikberichterstattung nach den Regeln des seriösen, freilich häufiger weniger unparteiischen Print-Journalismus ins Bild zu setzen, dominiert heute eine stärker boulevardeske Präsentation, die im Kampf um Quote auf Dramatisierung, Emotionalisierung und Personalisierung setzt und viel stärker einer illustrierten „Bild-Zeitung“ ähnelt.

Dabei ist der Begriff von der „virtuellen Politik“, wie ihn manche Medienwissenschaftler zur Charakterisierung der eingetretenen Entwicklung heute verwenden, gewiss überzeichnet. Natürlich findet politisches Handeln im klassischen Sinne des Entwerfens von Konzepten, des Verhandeln und der Gesetzgebung weiterhin statt. Kennzeichnend für die moderne Politik ist aber, dass das eigentliche politische Handeln, das eher langatmig und langwierig und entsprechend schwierig zu bebildern ist, deutlich weniger das öffentliche Bild von Politik prägt. Dieses verzerrte, von Dramatisierung und Personalisierung bestimmte öffentliche Bild aber wirkt wieder auf Politik und Politiker zurück. Die Diskrepanz zwischen der „Politik in Echtzeit“ und der medial inszenierten Politik ist erheblich angewachsen. Das disponiert zu unrealistischen Erwartungen und vorschnellen Enttäuschungen.

a) Politik ist keine Unterhaltungsshow

Die boulevardesken Formen der Politikpräsentation erzeugen vor allem hysterische Aufregungskonjunkturen und politvoyeuristische Neugier, weniger dagegen Maßstäbe zur Beurteilung komplexer und kontroverser Sachverhalte. Hinzu kommt, dass von einem allmählichen Wandel politischer Diskussionssendungen zu Showveranstaltungen gesprochen werden kann, deren Mittelpunkt mitunter die Moderatoren selbst sind und in denen sich die Medienwelt immer häufiger selbst inszeniert. So wirken Politiker schon heute manchmal wie Stars in einem Mediengewerbe, das weniger um Wahrheit als um Aufmerksamkeit ringt und in dem die Grenzen zwischen Information, Werbung und Unterhaltung fließend geworden sind. Natürlich gibt es Ausnahmen: Immer häufiger aber werden argumentativere, diskursivere Sendeformen in Nachtprogramme und Spartenkanäle abgedrängt, die nur kleine Minderheiten der Gesellschaft erreichen. Die Prognosen über die Medienwelt der Zukunft lassen befürchten, dass sich diese Entwicklung noch verschärfen wird: So befürchtet die Hamburger „Stiftung für Zukunftsfragen“, dass die Zukunft nicht der Wissensgesellschaft, sondern der

Infotainment-Gesellschaft gehöre, die für Verarbeitung von Erfahrung und Information nur noch wenig Zeit habe. Dem muss entgegengewirkt werden.

b) Öffentlich-rechtliche Sender wieder zu Seriosität verpflichtet – die Verflachung des öffentlichen Diskurses stoppen

Diese Tendenzen werden zusätzlich gefördert durch das Politikbild, das heute von den meisten Rundfunkkanälen vermittelt wird. In den Servicewellen der öffentlich-rechtlichen Kanäle dominiert inzwischen – wie bei den Privaten – eine extrem ausgedünnte Form der politischen Information, die, mit immer mehr Elementen des Boulevardjournalismus angereichert, in einer Form vermeintlich moderner, schnodderig-respektloser Grundhaltung gegenüber jeder Art von Politik daherkommt, deren Oberflächlichkeit und gelegentlich ärgerliche Uninformiertheit populäre Ressentiments gegenüber Politik aufgreift und zugleich verfestigt. Was das mit dem Auftrag zu informationeller Grundversorgung zu tun haben soll, erschließt sich schon länger nicht mehr.

Immerhin ist das Hörfunkprogramm des WDR hier zu den rühmlichen Ausnahmen zu rechnen.

c) Internet und Demokratie

Da das nach wie vor vorhandene seriöse Informationsangebot von Spartenkanälen und seriösen Printmedien in seiner prägenden Rolle für das mediale Gesamtangebot in den letzten Jahrzehnten deutlich an Boden verloren hat, muss befürchtet werden, dass sich diese Tendenzen noch verstärken werden. Zumal vor allem die jüngere Generation heute schon in stärkerem Maße auf die Angebote des Internets zurückgreift und davon auszugehen ist, dass sich die Bedeutung dieses neuen Mediums auch für die politische Meinungsbildung erheblich vergrößern wird. Für eine zuverlässige Prognose über die Wirkungen dieses Mediums auf politisches Interesse und die Ausbildung von Maßstäben und Standpunkten fehlen bislang die gesicherten Erkenntnisse. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die euphorischen Grundannahmen, die mit dem Siegeszug des Internets Demokratisierungsgewinne und ganz neue Chancen für politische Partizipation verbunden sahen, unrealistisch waren. Die Zahl der im Internet verfügbaren Seiten mit ernsthaftem politischen Informationsanspruch im Verhältnis zu der mit unterhaltendem und werbendem Charakter lässt eine andere Bewertung kaum zu.

d) Die ausufernde Personalisierung führt zur Entpolitisierung

Teil einer unübersehbaren Verflachung der politischen Kommunikation ist auch die gewachsene Personalisierung der Politik. In Verbindung mit wachsenden Identifikationsschwächen der Parteien ist dies vor allem ein Reflex auf die gewachsene Bedeutung der elektronischen Medien, der sich die politischen Akteure anzupassen suchen. Nun ist wachsende Personalisierung von Politik sicher nicht zwingend als Problem zu sehen. Die charismatischen Qualitäten des Personals haben auch in Demokratien immer wichtige Rollen gespielt. Doch ausschließlich auf einzelne Personen fokussierte Kampagnen sind traditionell eher Kennzeichen von Gesellschaften mit schwach entwickelten Partei- und öffentlichen Kommunikationsstrukturen gewesen. Und trotz Adenauer und de Gaulle waren sie für die entwickelten Parteiendemokratie in Europa zwischen den Fünfziger- und den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts gerade nicht typisch. Deshalb ist das Ausmaß der modernen Personalisierung gleichermaßen Reflex der veränderten Beziehungen zwischen Politik und Medien wie ein Aspekt des Niedergangs der politischen Kommunikation. Seine Kehrseite ist das Nachforschen und Nachwühlen im Privatleben der Akteure. An die Stelle von diskursiver Bearbeitung politischer Angebote tritt die Diskussion um persönliche Vorlieben und Eigenschaften, um vermeintliche Integrität und Charakterfestigkeit, die sich inzwischen häufig an Banalitäten festmacht.

Es geht gewiss nicht darum, in allgemeinem Kulturpessimismus vor den Gefahren der neuen Medien zu warnen. Und man muss sich auch keineswegs die Zeiten zurückwünschen, in denen sich elektronische Medien mitunter als Erziehungsanstalt gerierten. In das Zeitalter der Brandts und Schmidts, Kohls und Strauß' führt kein Weg zurück. Das entbindet aber nicht vom kritischen Blick auf problematische und für die Demokratie letztlich abträgliche Entwicklungen. Es ist verständlich, dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien nach den Einbrüchen in der Zuschauergunst durch die Konkurrenz der Privaten stärker um unterhaltende Programmbestandteile bemüht haben. Gleichwohl widerspricht es dem Grundgedanken des öffentlich-rechtlichen Sendeauftrags, wenn eine Sendung nur noch daran gemessen wird, wie viel Aufmerksamkeit und Interesse sie ausgelöst hat. Wenn Politik bloß noch Teil eines medialen Reizüberflutungsteppichs wird, in dem Geschichten und Geschichtchen präsentiert werden, aufgeblasen mit marktschreierischer Selbstwerbung, ist dies ein

Beitrag zum Niedergang öffentlicher politischer Kommunikation. Wie bei vielen Problemen der modernen Welt wird das kurzatmige Streben nach Aufmerksamkeit hierbei zum Feind der längerfristigen Folgen: Die spektakuläre Skandalisierung dieses oder jenes Sachverhalts mag heute Aufmerksamkeit fesseln, Quoten, Prominenz und Geldbeutel von Journalisten mehren. Gleichzeitig aber sorgen effekthascherische Präsentation und ein Übermaß an Negativberichterstattung auf die Dauer auch für eine Entwertung der politischen Berichterstattung selbst. Am Ende eines Windhundrennens um Aufmerksamkeit und Geld steht eine Abwärts-spirale, die die Substanz der Demokratie selbst berührt. Und die keinen Sieger hat.

e) Medienpolitik ist keine politische Neben Bühne

Gesetzliche Maßnahmen werden hier nur im äußersten Fall heranzuziehen sein. Natürlich sind die Programm-gewaltigen des öffentlichen Rundfunks stärker an ihren Sendeauftrag zu erinnern. Medienpolitik ist keine poli-tische Neben Bühne, und es ist angesichts der gesell-schaftspolitischen Bedeutung der elektronischen Medi-en keine unziemliche Freiheitsbeschränkung, bei der Zulassung und Überprüfung von Programmangeboten mehr gesellschaftliche Verantwortlichkeit einzufordern. Vor allem aber ist es eine Frage der Selbstverpflichtung und Selbstverantwortlichkeit der Akteure bei der Gestal-tung von Sendeformen und Programmangebot : Wenn die Verantwortlichen der privaten Sendeanstalten nur am wirtschaftlichen Erfolg und die der öffentlich-recht-lichen nur an der Quote orientiert bleiben, wird sich Öffentlichkeit bis 2025 noch weiter vom Ideal einer kri-tisch rasonierenden Öffentlichkeit entfernen, als das heute schon festzustellen ist. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten stellen sich auf die Dauer selbst infrage, wenn sie ihren Auftrag zur informationellen Grund-versorgung so missachten, wie das in den letzten Jah-ren immer häufiger zu beobachten war. Politik als Teil eines vor allem unterhaltenden Bilder- und Klangtep-pichs, in dem seriöse Themen wahllos neben Klatsch- und Tratschgeschichten einsortiert werden – das kann der Demokratie nicht gut bekommen.

4.3.7. Gesellschaft

Parteien und Politiker, aber auch Medienverantwortliche leben nicht im luftleeren Raum. Sie sind Teil einer Ge-sellschaft, die tief greifende Wandlungsprozesse durch-macht. Sie müssen diesen Rechnung tragen: Freizeitge-wohnheiten lassen sich weder von politischen Eliten

noch von Programmverantwortlichen vorschreiben. Gleichzeitig aber müssen Entscheidungsträger auch versuchen, Entwicklungen aufzufangen, Spielräume zu gestalten, da und dort auch korrigierend einzugreifen. Das macht Veränderungen schwierig, aber sie sind im-mer noch möglich. Verantwortungsträger müssen ge-sellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen: Aber sie sind ihnen nicht hilflos ausgeliefert.

Mit Blick auf die absehbare Zukunft stellen sich für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer leben-digen Demokratie vor allem zwei problematische Ent-wicklungslinien: die Überdehnung des ökonomischen Denkens und die Frage der Führungsverantwortung gesellschaftlicher Entscheidungsträger.

a) Die ausufernde Überdehnung des ökonomischen Denkens fördert Verdruss und Politikabstinenz

In vielen kritischen Diagnosen ist in den Neunzigerjah-ren des vergangenen Jahrhunderts auf Verkrustungen und Unbeweglichkeiten des sozial eingehetzten „rhei-nischen Kapitalismus“ hingewiesen worden, die einer gedeihlichen wirtschaftlichen Zukunftsentwicklung dieses Landes unter den Bedingungen gewachsener internationaler Vernetzung entgegenstünden. Es ist unstrittig, dass es dafür plausible Anhaltspunkte gab. In der Folge hat sich im öffentlichen Raum über viele Jahre eine Diskussionsrichtung durchgesetzt, die in einem bis dahin in Deutschland unbekanntem Maße Fragen von Wirtschaftlichkeit, Effizienz und internatio-naler Konkurrenzfähigkeit als die bei Weitem wichtig-sten Grundfragen künftiger gesellschaftlicher Entwick-lung herausgestellt haben.

Ogleich viele dieser Fragen reale gesellschaftliche Probleme reflektiert haben, muss auch gesehen wer-den, dass diese Anlage des öffentlichen Diskurses eine Reihe von Nebenwirkungen hervorgerufen hat, die im Hinblick auf die Zukunft der Demokratie problema-tisch sind:

1. Es ist der Eindruck entstanden, Politik könne viel-leicht noch manches steuern, nicht aber die Ent-wicklungen der wirtschaftlichen Grundlagen. Hier-bei müsse sie sich auf die Anpassung an gewisser-maßen objektiv vorgegebene Sachzwänge begren-zen. Die für das goldene Zeitalter des Kapitalismus von 1950 bis 1973 vorherrschende Vorstellung, dass der zentrale Akteur Staat bestimmte Entwicklungen übergreifenden Charakters besser erkennen könne

als private Unternehmen, gilt angesichts der heute verbreiteten Kompetenzvermutungen als überholt. Da freilich die deshalb vorgenommenen Anpassungsmaßnahmen für erhebliche Teile der Gesellschaft keine einsichtigen und nachvollziehbaren Vorteile gebracht haben, hat sich diese Diskussion letztlich gegen die Politik insgesamt gewendet. Wozu sich politisch engagieren, interessieren und betätigen, wenn Politik nur Maßnahmen exekutieren kann, deren Sinn für die eigene soziale Lage und Lebensperspektive sich vielen nicht erschließt? Bei aller Notwendigkeit von Reformen darf nicht übersehen werden: Wenn Politik nur noch nachvollziehende Instanz anonymer Marktgesetze ist, schwächt sie sich und ihre gesellschaftliche Akzeptanz in bis dahin über Jahrzehnte nicht bekanntem Ausmaß. Wenn diese Entwicklung anhält, werden die Probleme demokratischer Beteiligung und der Vertrauensverlust in die Politik nicht abnehmen. Aus diesem Blickwinkel kann man den im Zeichen von offenkundigem Markt- wie Politikversagen öffentlich derzeit ablaufenden „Paradigmenwechsel“ mit seinen Forderungen nach politischer Steuerung nur begrüßen.

2. Mit der Anlage dieser öffentlichen Diskussion war eine Entwertung von allem verbunden, was mit politischer Bildung, staatlicher Finanzierung und öffentlichem Dienst zu tun hat. So wurde in vielen Bundesländern aus Fächern wie Politik bzw. Sozial- oder Gemeinschaftskunde mit einem Federstrich das Fach „Politik und Wirtschaft“. Wenn aber die Stundenzahl zur Vermittlung politischer Bildung so einfach zurückgeschraubt werden konnte, musste das den Schluss zulassen: So wichtig kann das nicht sein. Die Losung der Stunde hieß: Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft. Ähnliches lässt sich in den Diskussionen über Markt und Staat feststellen: Markt ist gut und Staat ist schlecht – so hieß die kaum noch infrage gestellte Grundannahme des Reformdiskurses über viele Jahre. Und auf dieser Grundlage war dann auch klar: Die Privatwirtschaft arbeitet effektiv, der öffentliche Dienst aber nicht. Milliarden wurden dafür ausgegeben, dies alles per Gutachten zu bestätigen – natürlich durch Private. Auch dies hat sich seit dem letzten Herbst praktisch über Nacht verändert.

Es geht hier nicht darum, dass der öffentliche Dienst reformbedürftig war und mancherlei Privatisierung sinnvoll ist. Aber die allzu pauschale und vereinfachen-

de Grundtendenz der öffentlichen Debatte hat die Politik insgesamt geschwächt – und damit auch das politische Interesse.

Abgesehen davon, dass für Verallgemeinerungen dieser Art im Lichte von Ergebnissen wenig spricht: Diese Art der Geringschätzung (und Selbstgeringschätzung) von Politik und Politikern hat im Ergebnis nicht nur einen Beitrag zur Schwächung der Demokratie geleistet, weil die Erinnerung daran, dass auch der Markt kein Selbstzweck ist, sukzessive verloren gegangen ist. Die Überdehnung des ökonomischen Prinzips, nach dem immer mehr materielle und immaterielle Güter dem Prinzip von Angebot und Nachfrage unterworfen werden sollen, ist auch ein Problem der Demokratie als politischer Ordnungsidee selbst. Dass das Prinzip der Gerechtigkeit auch gröblich verzerrt werden kann, wenn man die falschen Güter der betriebswirtschaftlichen Logik unterwirft, verschwindet schon heute allzu oft aus dem Bewusstsein.

Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Wir brauchen eine Renaissance der politischen Bildung. Natürlich ist die Kenntnis marktwirtschaftlicher Funktionszusammenhänge von elementarer Bedeutung. Das soll keinesfalls geringgeschätzt werden. Aber die Erhebung des ökonomischen Denkens zu einer Art „Leitwissenschaft“ ist eher Ausdruck eines Gesellschaftsbildes, das vollkommen verkennet, dass marktwirtschaftliche Steuerung nur unter Voraussetzungen eine gesellschaftlich nützliche Rolle spielen kann, die sie selbst niemals herstellen kann. Der Markt als Antriebsmotor für die Nützlichkeitskalküle der vielen privaten Interessen ist ein Mittel, nicht der Zweck selbst. Das muss auch in der Bildung wieder viel deutlicher werden.

b) Entkoppelung von Leistung und Erfolg hat für das Wertebewusstsein der Gesellschaft dramatische Folgen

In der Logik dieses gesellschaftlich hegemonial gewordenen Denkens liegt auch die wachsende Entkoppelung von Leistung und Erfolg. Wenn – wie immer häufiger sichtbar – Bildung und Fleiß, Arbeit und Mühe immer weniger zählen gegenüber Schein, Glück, Frechheit, ja Dreistigkeit, stellt sich das meritokratische Prinzip, das zu den kulturellen Basiswerten unserer Gesellschaft zählt, selbst infrage. Die Entkoppelung von Leistung und Erfolg ist das eigentlich Problematische der viel beklagten Auswüchse bei den Managereinkommen. Auch das zeigt sich in der Bankenkrise auf besonders dramati-

Andrea Pym-Bruck



sche Weise in Form von millionenschweren Bonuszahlungen als Prämie für das Verzocken von Milliarden. Und wenn die Zugehörigkeit zur Einkommens- und Status-Elite der Gesellschaft künftig immer mehr den Rekrutierungswegen der Bohlens und Feldbuschs – und all der Fußballmillionäre – folgt, wird man sich nicht wundern müssen, dass so viele junge Leute unrealistische Bilder ihrer eigenen Zukunft entwickeln.

c) Elitenversagen als Demokratieproblem

In Deutschland wird nicht gern über Eliten geredet, weil das der neudeutschen Political Correctness irgendwie widerspricht. Andererseits aber gibt es sie natürlich. Problematisch daran ist nur, dass sie ihre Führungsverantwortung nicht wahrnehmen. Im Kern beschränken sich zu viele, die dazu gerechnet werden können, darauf, den unmittelbaren Handlungszweck des jeweiligen Subsystems wahrzunehmen, dem sie angehören. Echte gesellschaftliche Verantwortungsübernahme findet nicht statt: Einzig wirklich wichtiges Kriterium ist der – kurzfristige – Erfolg des eigenen Unternehmens, der eigenen Partei, des eigenen Geschäfts, des eigenen Clubs, des eigenen Senders. Hinzu kommen Geltungsdrang und allzu menschliche Eitelkeiten. Dabei erscheinen alle wie Getriebene in einem aufgeregten Geschehen, das nach marktwirtschaftlichen Regeln verläuft und in dem um Aufmerksamkeit und Geld konkurriert wird. Gesellschaftliche Verantwortungsübernahme wird dabei eher randständig und immer häufiger bloß noch Funktion von öffentlicher Imagepflege. Dass diese Art von Elite zwar Interesse auf sich ziehen mag, aber kein Vertrauen in der Gesellschaft hervorbringt, ist nur logische Folge. Die Reste alter Bildungseliten, die es noch gibt und die sich in der Publizistik noch hervortun, beschränken sich weitgehend auf gelegentliche Interventionen, die aber ohne nachhaltige Wirkung bleiben. Richtige Meinungsführer mit allgemeiner Respektabilität und Autorität gibt es ohnehin nicht mehr.

4.3.8. Fazit

Natürlich sind Systemzufriedenheit, politisches Interesse und Bereitschaft zum Engagement immer auch durch wirtschaftliche Entwicklungen und die eigene soziale Lage beeinflusst. Der Erfolg der deutschen Nachkriegsdemokratie wäre ohne das Wirtschaftswunder so nicht denkbar gewesen. Es hat die Popularisierung der parteienstaatlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend erleichtert. So kann es nicht verwundern, wenn die Verdüsterung der

wirtschaftlichen Zukunftsaussichten, die seit den Neunzigerjahren erhebliche Teile der deutschen Gesellschaft erfahren haben, sich auch in Vertrauensverlusten gegenüber der politischen Ordnung widerspiegeln. Das wird auch für die Zukunft gelten, weshalb die Zukunft der Demokratie zuerst mit den wirtschaftlichen und sozialen Chancen der Menschen zu tun hat.

Die wichtigste Frage für die Demokratie des Jahres 2025 ist demnach die nach dem sozialen Zusammenhalt. Ist es möglich, Bedingungen für gedeihliche wirtschaftliche Wertschöpfung und die Stärkung der sozialen Bindungskräfte so miteinander zu verbinden, dass mit ausreichendem Wohlstand und sozialer Sicherheit für eine Mehrheit der Menschen auch Politik, Demokratie und Marktwirtschaft eine neue, wieder breitere Akzeptanz genießen? Und dass die Menschen wieder mehr Bereitschaft zeigen, sich zu interessieren und sich zu engagieren?

Viele aktuelle Tendenzen scheinen darauf hinzuweisen, dass zu großem Optimismus wenig Anlass besteht. Die Hamburger Stiftung für Zukunftsfragen prognostiziert, dass 2030 jeder dritte Arbeitnehmer in Deutschland ein Geringverdiener sein wird. Immer weniger Normalarbeitsverhältnisse werde es geben, dafür immer mehr kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse ohne auskömmliche Einkommen. Die Normalarbeitszeit sei bis dahin erledigt. Die Zeitblöcke von Arbeit und Freizeit gerieten immer mehr durcheinander. Jedes achte Paar werde 2030 in einer Fernbeziehung leben – aus ökonomischen Gründen. Noch mehr individualistische Nomadenexistenzen also. Und mit dem Primat der Politik sei es dann endgültig vorbei. Während die dann privilegierten Vollzeitbeschäftigten intensiver, länger und belastender arbeiten müssten, werde die unzufriedene Mehrheit mit „Macdonaldisierung“ ruhig gestellt.

Wenn es so kommen sollte, stünde es fraglos auch schlecht um die Zukunft der Demokratie. Natürlich müssen wir verhindern, dass solche Prognosen Wahrheit werden.

Doch auch wenn die soziale Entwicklung günstiger verläuft, besteht kein einfacher Automatismus. So wenig das gesunkene Vertrauen in die Politik bloßer Reflex wirtschaftlicher Entwicklungen ist, so wenig wird auch die Zukunft nur davon abhängig sein. Die Demokratie von morgen und übermorgen wird davon bestimmt sein, ob es gelingt, an vielen Stellen zugleich kleine und große Veränderungen und Korrekturen zu erreichen.

Schulen müssen politischer Bildung wieder mehr Gewicht einräumen, Lehrer darauf stärker achten, auch Engagementbereitschaft in demokratischen Parteien stärker fördern. Die Angebote von Parteien und Politikern müssen klarer sein, stetiger, berechenbarer. Parteien müssen sich mehr auf ihre klassischen Funktionen der programmatischen Orientierung besinnen. Medien wiederum müssen das Politikbild überprüfen, das sie der Gesellschaft zeichnen – letztlich auch aus eigenem Interesse, weil der Wettkampf um das „Politiker-Bashing“ am Ende auch den politischen Journalismus selbst schwächt. Politainment erzeugt eher die Illusion von demokratischer Beteiligung, weil politische Entscheidungen Wissen, Standpunkte und Maßstäbe voraussetzen, die im Unterhaltungsprogramm nicht zu gewinnen sind.

Die Politik aber muss aufhören, sich selbst kleinzumachen, indem sie sich jedem Modetrend anpasst und sich selbst schon gar keine Gestaltungsleistung mehr

zutraut gegenüber den vermeintlich übermächtigen Kräften der Ökonomie. Die wichtigste Ressource, die Politiker dabei gewinnen oder verspielen können, ist Vertrauen. Gerade weil die Leitbilder unendlicher Flexibilität dem Durchschnittsbürger mehr Angst machen als Hoffnung geben, gerade weil in der wachsenden Flut von Informationshäppchen und Sinnfetzen ein Bedürfnis nach Orientierung und Sicherheit wachsen muss, steigt der Wunsch nach Stetigkeit, Autorität und Verlässlichkeit des politischen Personals.

Am Ende kann die Modernisierung mit ihren Gefährdungen von Gemeinsinn und gesellschaftlichem Engagement zugleich auch wieder eine neue Chance hervorbringen: Aus der Überflutung mit Informationshäppchen und einer unverarbeitbaren Vielzahl von Sinndeutungsangeboten erwächst das Bedürfnis nach Klarheit und Orientierung. Wenn Parteien und Politiker das begreifen, werden sie auch wieder eine neue Chance haben.

5. Mögliche „Warum nicht ...?“-Fragen

Die folgenden Fragen aus den Themenfeldern der Arbeitsgruppe 3 sind kontrovers geblieben und könnten in der Kommission als „Warum nicht ...?“-Fragen behandelt werden:

1. Allgemeines Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen (vgl. Papier Alice Schwarzer)?
2. Freier Eintritt in Museen, Ausstellungshallen etc. als Mittel zum Heranführen sozial benachteiligter Schichten an Kultur?
3. Migrantenquote für den öffentlichen Dienst?
4. Sollen künftig Doppelstaatsbürgerschaften – anders als derzeit – in der Regel hingenommen werden?

Anhang

Lange Zeitreihen für Nordrhein-Westfalen

Endbericht vom 1. Dezember 2008

Verfasser: Ulrich Pfeifer und Dr. Reiner Braun

Inhalt

1. Demografie: Weniger Geburten, weniger Zuwanderung, kleinere Haushalte	149
2. Wirtschaftswachstum: Höher als Deutschland, niedriger als Schweden	151
3. Kaufkraft: Rentner gewinnen, Familien verlieren	153
4. Arbeitsmarkt: Mehr Erwerbstätige trotz steigender Arbeitslosigkeit (Nokia-Effekt)	155
5. Stadt-Land-Stadt-Wanderung: noch immer kein „Zurück in die Stadt“	157
6. Wohneigentumsquote: Anstieg nur noch als Spätfolge der 1970er-Jahre	158
7. Energieverbrauch: Niedrige Belastung trotz steigender Preise	159
8. Kulturinteresse: Ehrenamt wird Passion der Älteren	160
9. Mobilität: Ausstattungsgrad mit Pkw bei jüngeren Haushalten rückläufig	163
10. Ökologische Bilanz: Mehr Naturschutzgebiete, weniger Schwermetalleintrag, Waldsterben nimmt zu	165
11. Bildung: Bildungserfolg der 1970er-Jahre reduziert Studienanteil aus Elternhaus mit Hauptschulabschluss	167
12. Medienentwicklung: PC und Internet erobern Seniorenhaushalte	170
13. Steuer- und Abgabenlast: Fast doppelt so hohe Belastung wie vor 50 Jahren	172
14. Steuereinnahmen und Staatsschulden: Verschuldung wächst schneller als Steuereinnahmen	172
15. Ein Rechenexperiment: Lehrer-Kosten vs. Arbeitergehälter	173

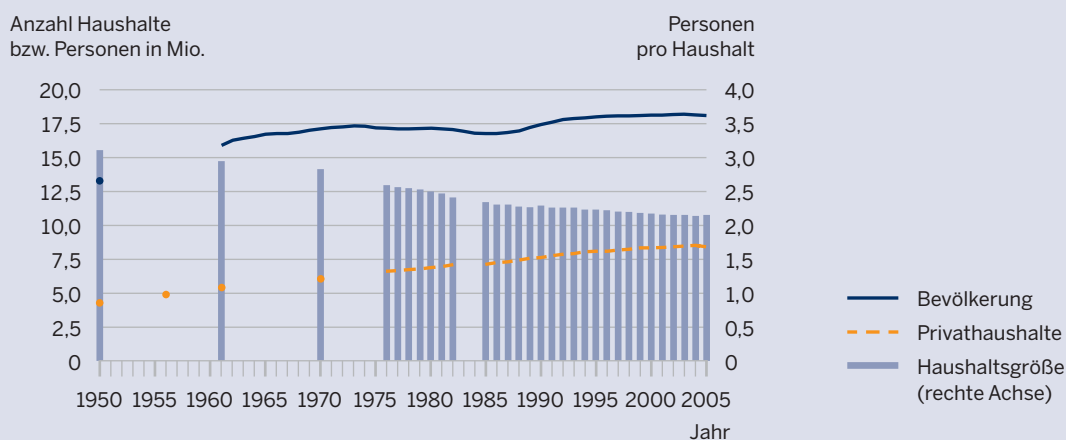
1. Demografie: Weniger Geburten, weniger Zuwanderung, kleinere Haushalte

Ohne Zuwanderung würde die Einwohnerzahl in NRW schon seit Anfang der 1970er-Jahre nicht mehr steigen. Der Rückgang der 1970er- und frühen 1980er-Jahre hätte sich bis heute deutlich beschleunigt (vgl. Abbildung 1). Als Folge der Zuwanderung erholten sich auch die Geburtenzahlen (importierte Fertilität). Damit war der natürliche Bevölkerungssaldo Anfang der 1990er-Jahre kurzzeitig noch einmal ausgeglichen. Seither übersteigt die Zahl der Todesfälle die Zahl der Geburten und versiegt die Zuwanderung. Im Ergebnis sinkt die Einwohnerzahl seit 2004. Die Zahl der Haushalte steigt trotz des Bevölkerungsrückgangs weiter, weil die durchschnittlichen Haushaltsgrößen sinken.

In den 1980er-Jahren sind weniger Menschen als heute nach NRW zugezogen und auch weniger fortgezogen (vgl. Abbildung 3). Geringere Fortzüge in den frühen 1980er-Jahren stehen im Zusammenhang mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung in NRW: Ältere Menschen sind immobiler. Auch künftig werden weniger Menschen abwandern.

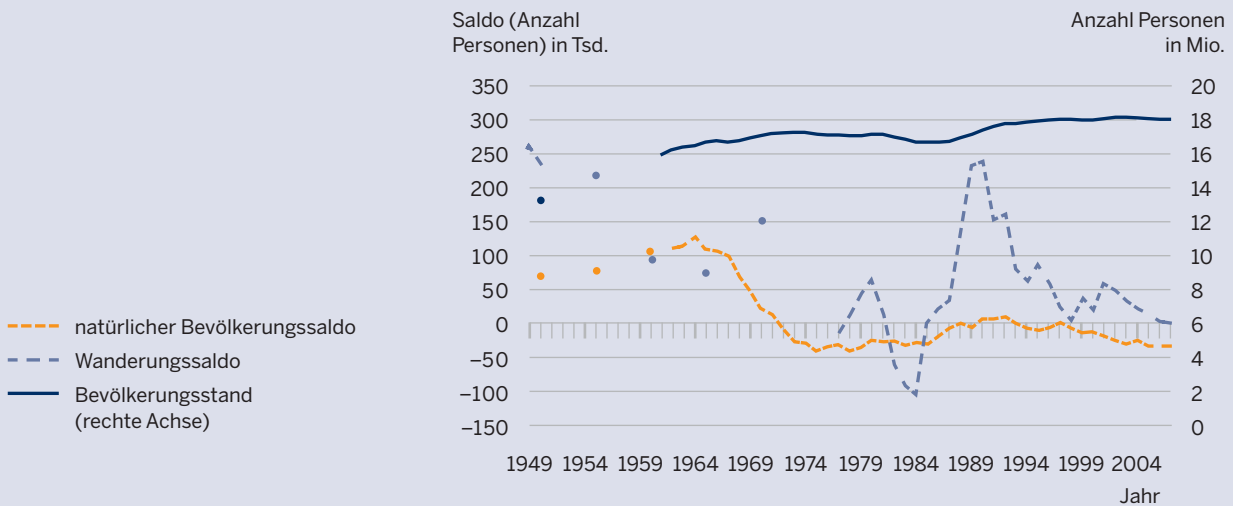
Der Bevölkerungsanteil unter 15-Jähriger (Jugendquotient) sank vor allem in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren im Zuge des Berufseintritts der Babyboom-Generation (vgl. Abbildung 4). Der Bevölkerungsanteil über 64-Jähriger (Altenquotient) stieg seit Beginn der 1980er-Jahre um 10 %-Punkte, weitere Steigerungen sind programmiert: Die Restlebenserwartung 65-jähriger Männer (Frauen) ist seit 1949 um knapp vier (gut sechs) Jahre gestiegen – im Schnitt also um einen Monat pro Jahr (vgl. Abbildung 5).

Abb. 1: Bevölkerung und Privathaushalte in NRW 1950–2007



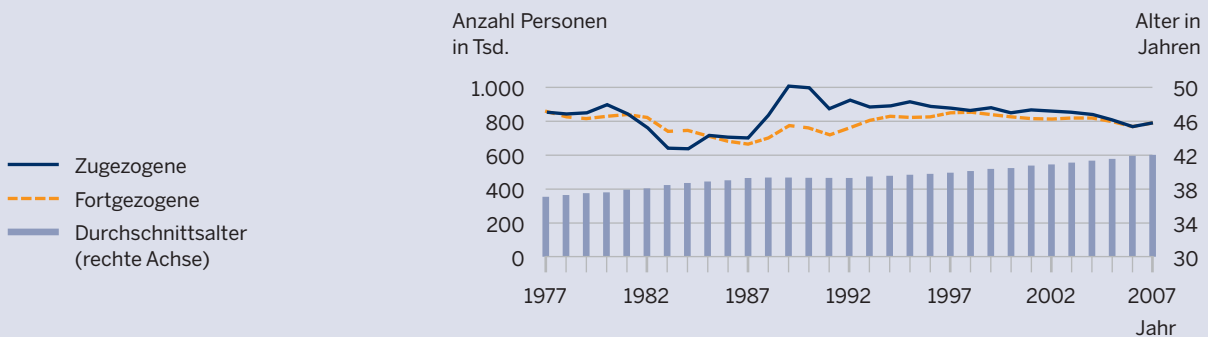
Quelle: LDS

Abb. 2: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in NRW 1949–2007



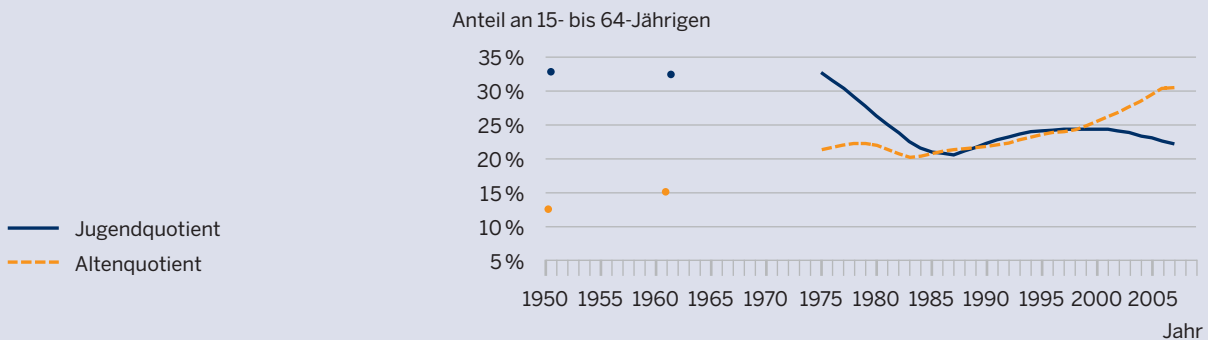
Quelle: LDS

Abb. 3: Komponenten des Wanderungssaldos in NRW 1977–2007



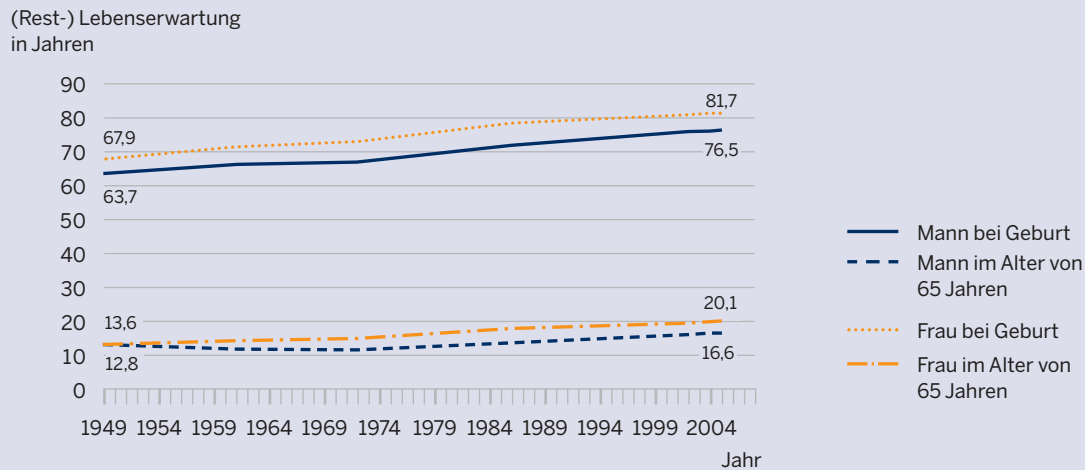
Quelle: LDS

Abb. 4: Alten- und Jugendquotient in NRW 1950–2007



Definition: Jugendquotient = Verhältnis < 15-Jährige zu 15- bis 64-Jährigen;
 Altenquotient = Verhältnis > 64-Jährige zu 15- bis 64-Jährigen

Quelle: LDS

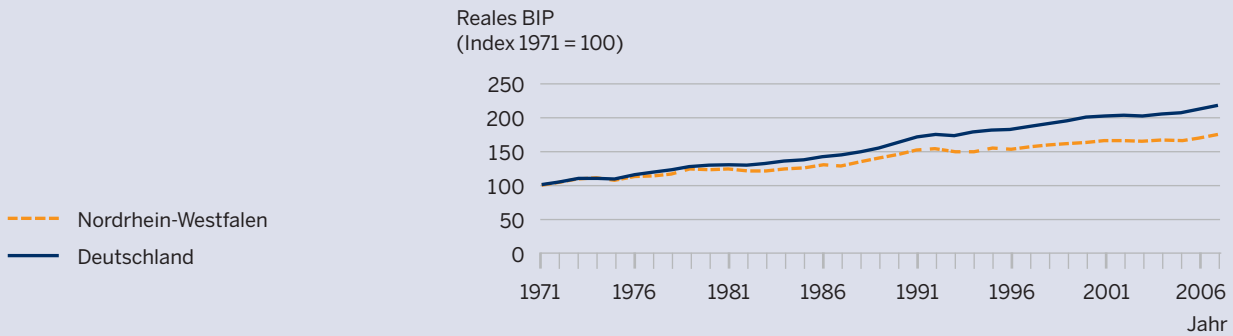
Abb. 5: (Rest-) Lebenserwartung in NRW nach Geschlecht 1949–2005

2. Wirtschaftswachstum: Höher als Deutschland, niedriger als Schweden

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von NRW erreichte im Jahr 2007 preisbereinigt das 1,7-Fache des Wertes aus dem Jahr 1971. Es stieg weniger stark als das gesamtdeutsche BIP, das sich parallel um das 2,2-Fache erhöhte (vgl. Abbildung 6). NRW konnte in den letzten Jahren auch mit vielen europäischen Nachbarn nicht mithalten (vgl. Abbildung 7). So stieg im Zeitraum von 1993 bis 2007 das inflationsbereinigte BIP in Deutschland um 25 %, in Nordrhein-Westfalen um 17 %, in Schweden um 106 %, in Großbritannien um 146 % und in Irland um 169 %.

Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am BIP, die Lohnquote, erlebte in den 1970er-Jahren einen säkularen Anstieg von knapp 50 % auf 56 % (vgl. Abbildung 8). Nach einem leichten Abwärtstrend über zwei Jahrzehnte kam es nach dem Jahr 2000 zu einem beschleunigten Rückgang bis auf 50 % im Jahr 2007. Damit liegt die Lohnquote mittlerweile wieder auf dem Niveau von Anfang der 1970er-Jahre. Durch steigende Geldvermögen und steigende Wohneigentumsquote (vgl. Abbildung 20) sind allerdings auch die Vermögenseinnahmen der Arbeitnehmer deutlich angestiegen. Insofern unterzeichnet die Lohnquote den Anteil der Arbeitnehmer am BIP heute mehr als früher.

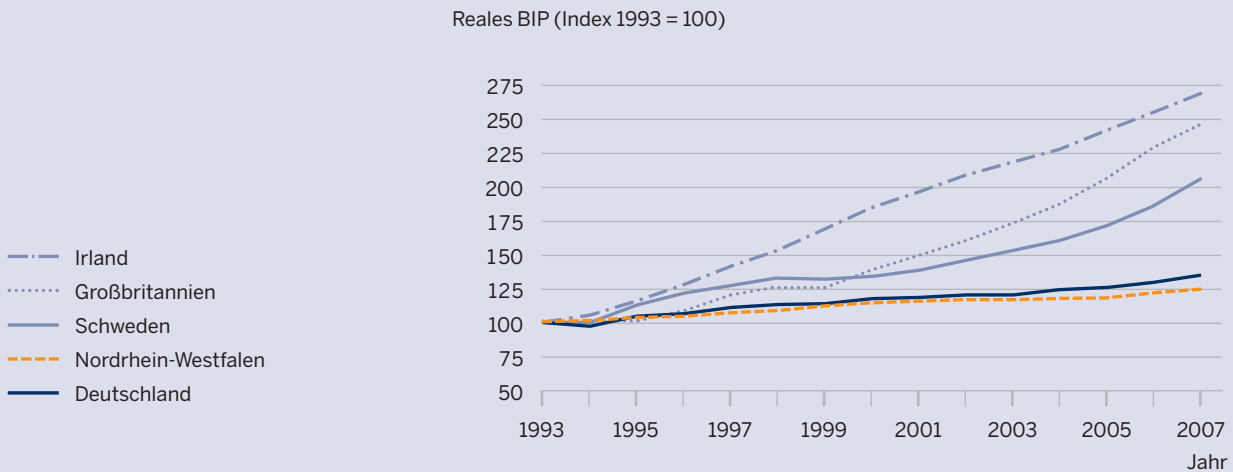
Abb. 6: Reales BIP in Deutschland und NRW 1971–2007



Alle Werte real, preisbereinigt mit dem Preisindex für Lebenshaltung, in Preisen von 2007

Quelle: LDS

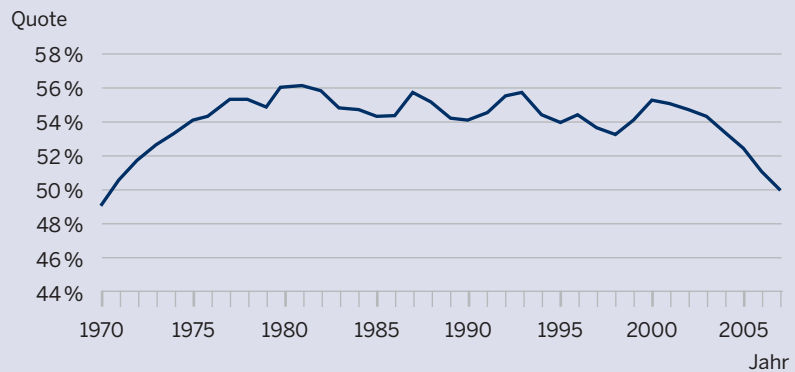
Abb. 7: Reales BIP in europäischen Staaten 1993–2007



Quelle: Sachverständigenrat

Abb. 8: Lohnquote in NRW 1970–2007

Lohnquote (hier) = Anteil der Arbeitnehmerentgelte am BIP



Quelle: LDS und eigene Berechnungen

3. Kaufkraft: Rentner gewinnen, Familien verlieren

Die Schere zwischen den sozialen Schichten schließt sich

Die Rentnerhaushalte sind die großen Einkommensgewinner der letzten Jahrzehnte (vgl. Abbildung 9). 1962 klaffte noch eine Lücke von gut einem Drittel gegenüber dem Durchschnittseinkommen, 2003 lag ihr Haushaltseinkommen nur noch ein Viertel unter dem Durchschnitt. Anders bei Angestellten und Selbstständigen: Ihre Einkommen sind relativ zum Durchschnittseinkommen gesunken.

Die Schere zwischen Alt und Jung öffnet sich

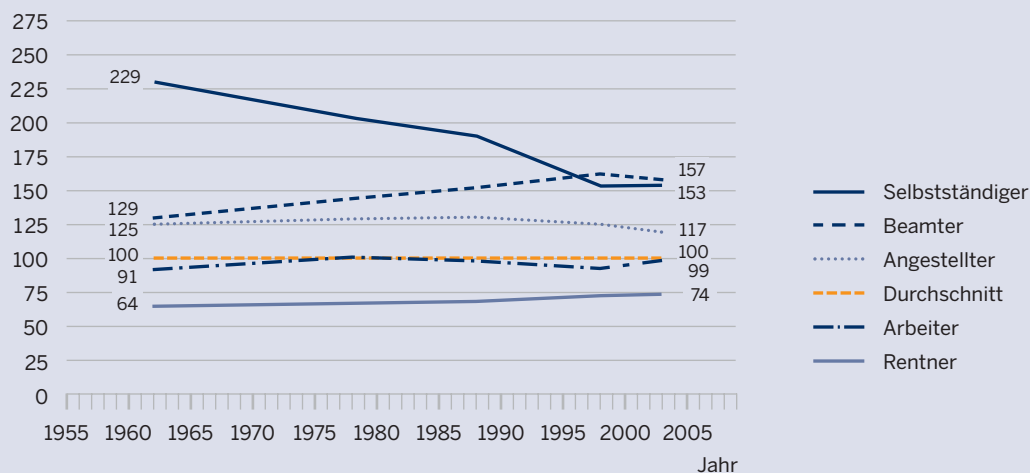
Die Einkommensarmut in NRW hat vor allem in den 1960er- bis 1980er-Jahren zugenommen (vgl. Abbildung 10). Der säkulare Anstieg von 10 auf 15 % verschleiert jedoch das Ausmaß der Umwälzungen: Das Armutsrisiko der unter 30-Jährigen ist heute neunmal größer als 1962, das der 80-Jährigen und Älteren dagegen dreimal kleiner – auch eine Folge der gestiegenen Rentnereinkommen.

Das Frühstück ist immer schneller verdient

Durch Massenproduktion und technischen Fortschritt können immer weniger Landwirte immer mehr Menschen ernähren. Die Preise für Grundnahrungsmittel sinken. Durch Massenproduktion und technischen Fortschritt steigt auch die Produktivität im Industrie- und Dienstleistungssektor. Die Löhne steigen. Im Ergebnis schrumpft die Bedeutung der Ausgabenanteile für Nahrungsmittel, Grundnahrungsmittel werden relativ zum Einkommen immer billiger (vgl. Abbildung 12 und Abbildung 13).

Abb. 9: Haushaltsnettoeinkommenspositionen sozialer Schichten in NRW 1962–2003

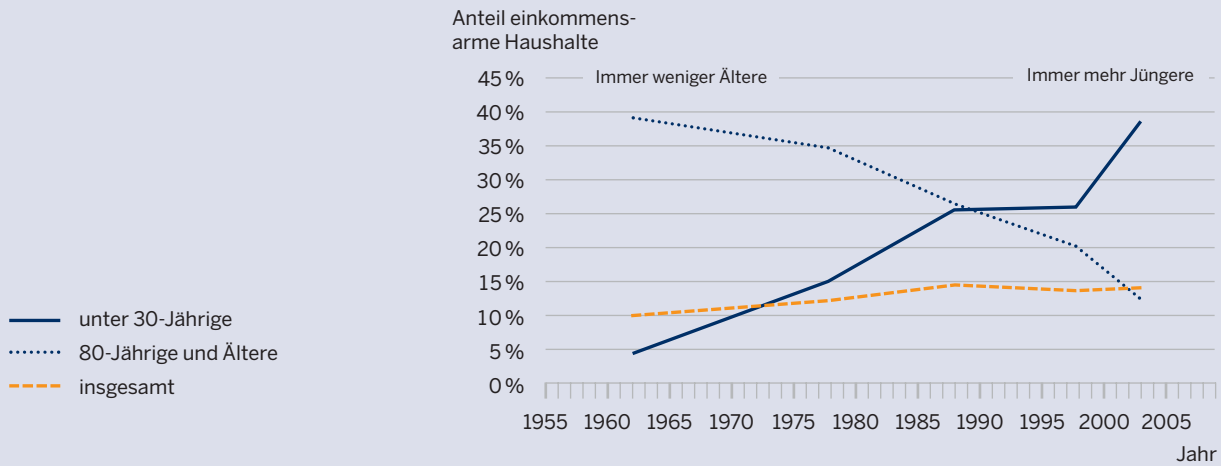
Einkommensindex – Durchschnitt aller Haushalte = 100 (in jedem Jahr)



Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1962/63, 1978, 1988, 1998, 2003

Abb. 10: Die Einkommensarmut in NRW wandert von den Alten zu den Jungen

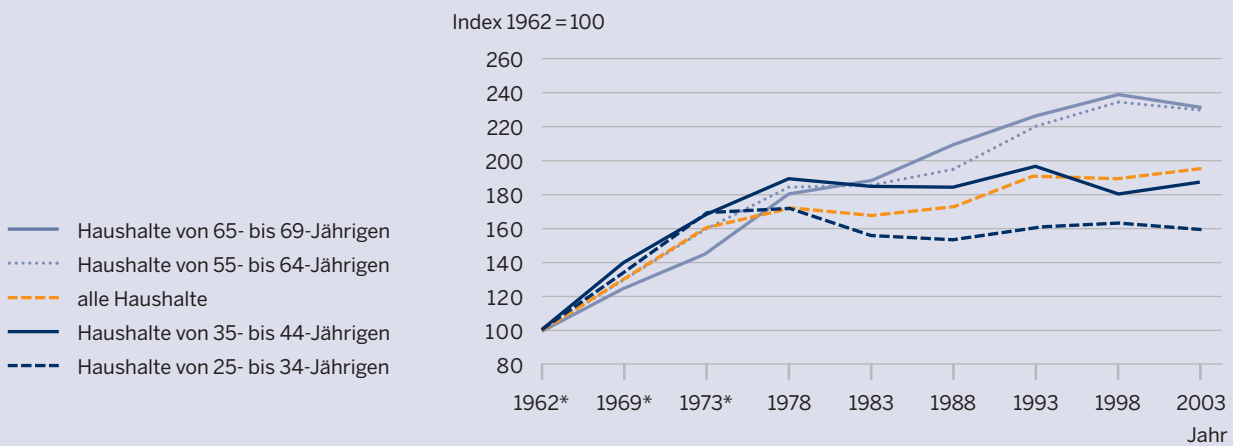
Armutsschwelle: 60 % vom Median des Äquivalenzeinkommens



Äquivalenzgewichtung: Haushaltsbezugsperson 1,0 – alle über 17-Jährigen 0,5 – alle unter 18-Jährigen 0,3

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1962/63, 1978, 1988, 1998, 2003

Abb. 11: Reale Haushaltsnettoeinkommen im früheren Bundesgebiet 1962–2003

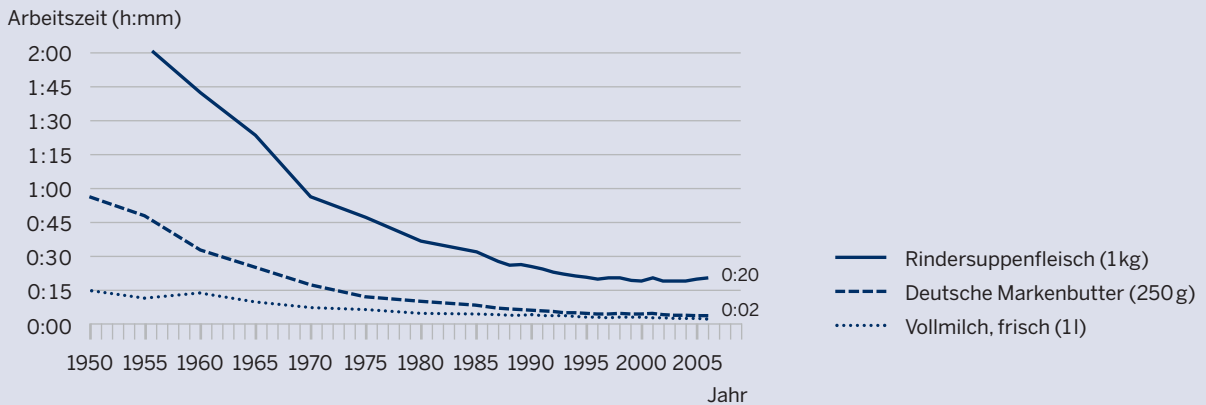


* Kategorie „Haushalte von 65- bis 69-Jährigen“ umfasst bis 1973 auch die über 65-Jährigen

Quelle: Braun et al (2001) „Vermögensbildung in Deutschland“

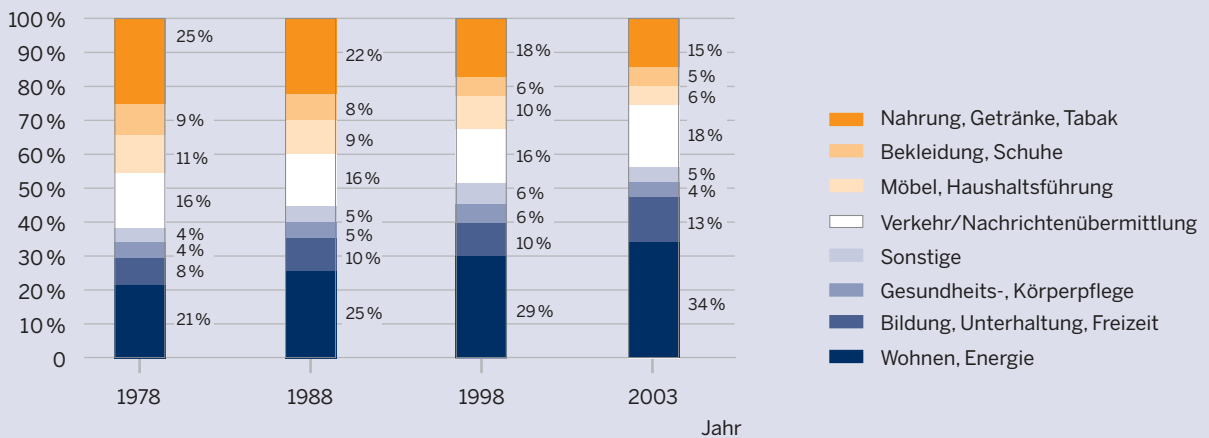
Abb. 12: Arbeitszeit für Grundnahrungsmittel 1950–2006

Arbeitszeit eines Arbeiters des produzierenden Gewerbes in NRW, bis sein Bruttolohn dem Gegenwert von ... entspricht



Quelle: LDS

Abb. 13: Struktur der Konsumausgaben – alte Bundesländer 1978–2003



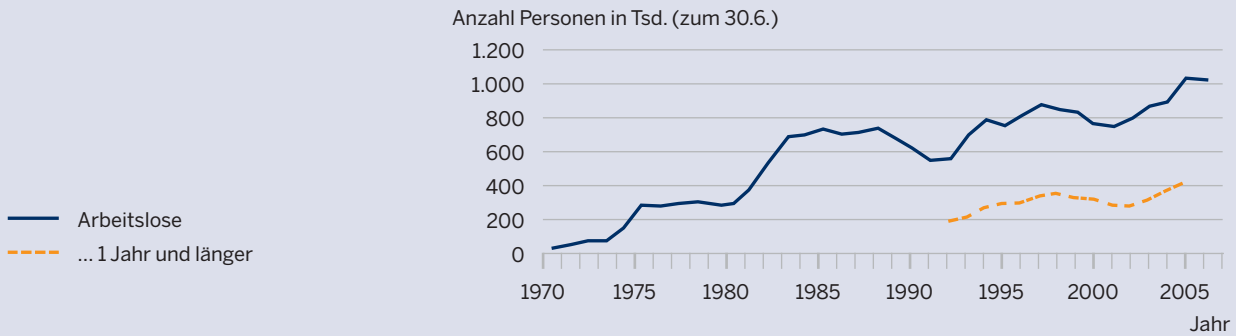
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS

4. Arbeitsmarkt: Mehr Erwerbstätige trotz steigender Arbeitslosigkeit (Nokia-Effekt)

Die Arbeitslosigkeit steigt im Trend seit mehr als drei Jahrzehnten. Seit den 1990er-Jahren steigt zusätzlich die Quote der Langzeitarbeitslosen. Vier von zehn Arbeitslosen sind schon ein Jahr und länger ohne Arbeit.

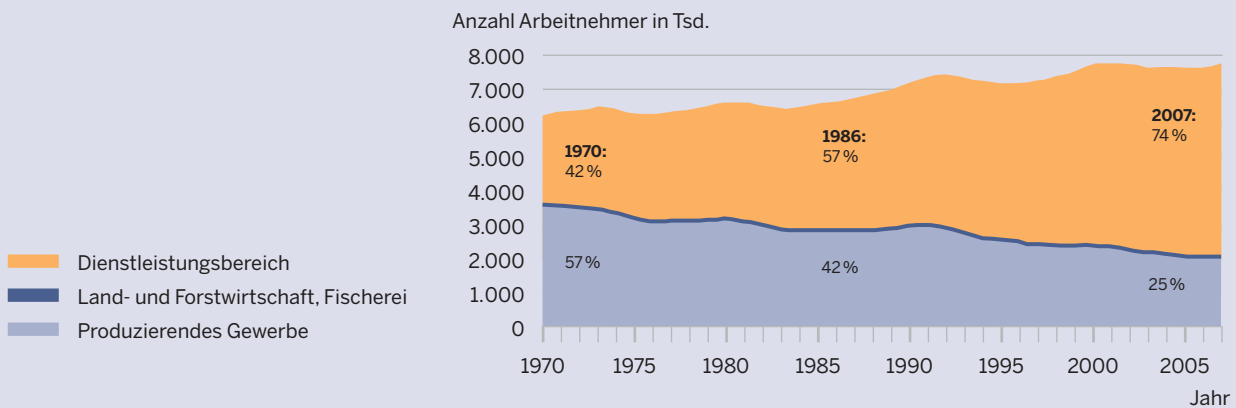
Paradox: Trotz hartnäckiger Arbeitslosigkeit steigt auch die Zahl der Arbeitnehmer. Der Zuwachs beschränkt sich jedoch auf den Dienstleistungssektor. Immer weniger Menschen arbeiten in der Produktion. Von 1970 bis 1986 haben sich die Größenverhältnisse der Beschäftigung in beiden Sektoren verdreht, mittlerweile arbeiten drei von vier Arbeitnehmern im Dienstleistungssektor.

Abb. 14: Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in NRW 1970–2007



Quelle: LDS

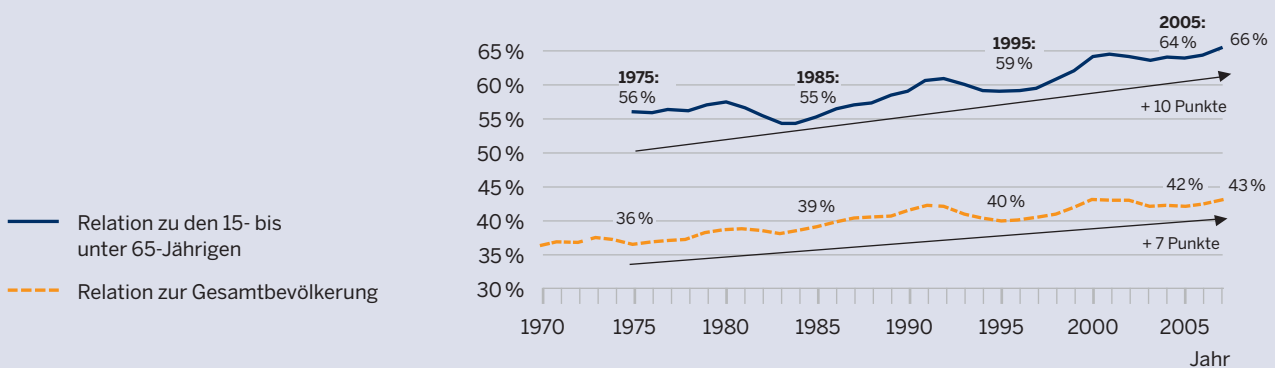
Abb. 15: Anzahl Arbeitnehmer in NRW 1970–2007



Dienstleistungsbereich = Handel/Gast/Verkehr, Finanzierung/Vermietung/Unternehmensdienstleister etc.;
Produzierendes Gewerbe = verarbeitendes Gewerbe, Bau, Bergbau, Versorger

Quelle: LDS

Abb. 16: Anteil Arbeitnehmer an der Bevölkerung steigt

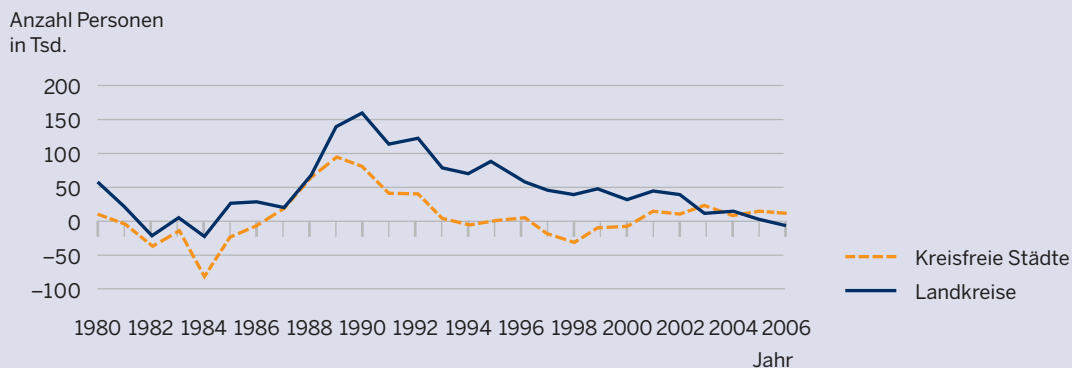


Quelle: LDS

5. Stadt-Land-Stadt-Wanderung: Noch immer kein „Zurück in die Stadt“

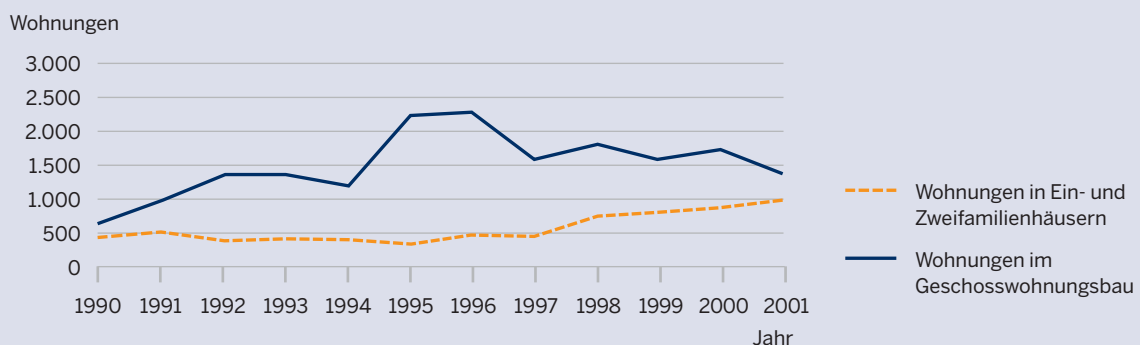
Von 1980 bis 2002 wanderten jährlich mehr Menschen in die Landkreise als in die kreisfreien Städte von NRW. Erstmalig im Jahr 2003 und danach in den Jahren 2005 und 2006 waren die Wanderungsgewinne der Städte größer als in den Landkreisen (vgl. Abbildung 17). Ein Trendbruch? Das kann nur die Zukunft zeigen. Ein Präferenzwandel? Eher nicht. Untersuchungen zeigen: Junge Haushalte wollten nie massenhaft die Stadt verlassen, fanden aber innerhalb der Stadt keine adäquaten und bezahlbaren Wohnungen. Abwanderung war dann oft ökonomische Notwendigkeit und nicht persönlicher Wunsch. Ein höheres innerstädtisches Wohnangebot als Folge erheblicher Flächenfreisetzungen durch die Deindustrialisierung und andere stadtstrukturelle Veränderungen erklärt die Entwicklung besser als veränderte Präferenzen der Haushalte – das zeigt das Beispiel Dortmund, wo Ende der 1990er-Jahre ein Paradigmenwechsel einsetzte (vgl. Abbildung 18 und Abbildung 19). Seither werden mehr Ein-/Zweifamilienhäuser gebaut. Die Abwanderung wurde gestoppt.

Abb. 17: Wanderungssalden über die Kreisgrenzen in NRW 1980–2006



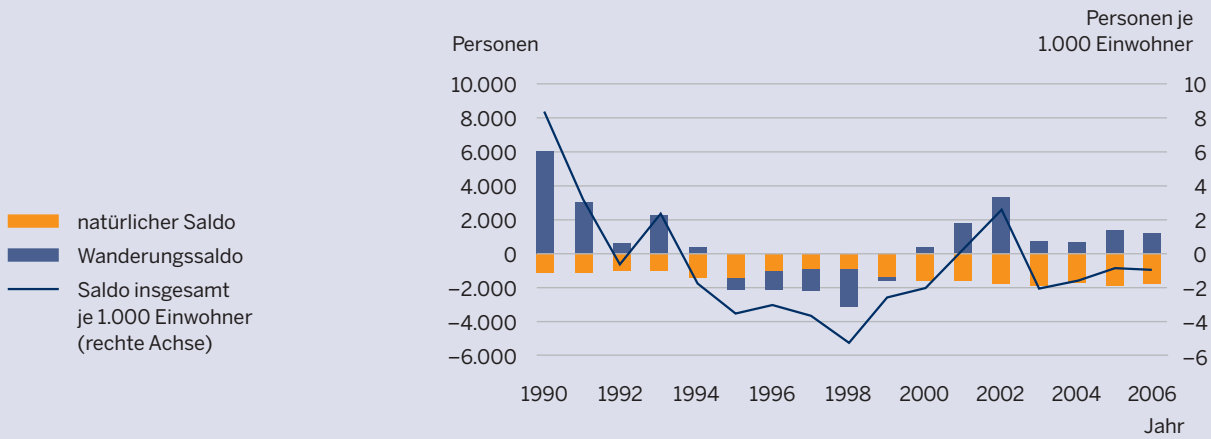
Quelle: LDS

Abb. 18: Baufertigstellungen und Zuwanderung in Dortmund 1990–2001



Quelle: LDS

Abb. 19: Bevölkerungsentwicklung in Dortmund 1990–2006



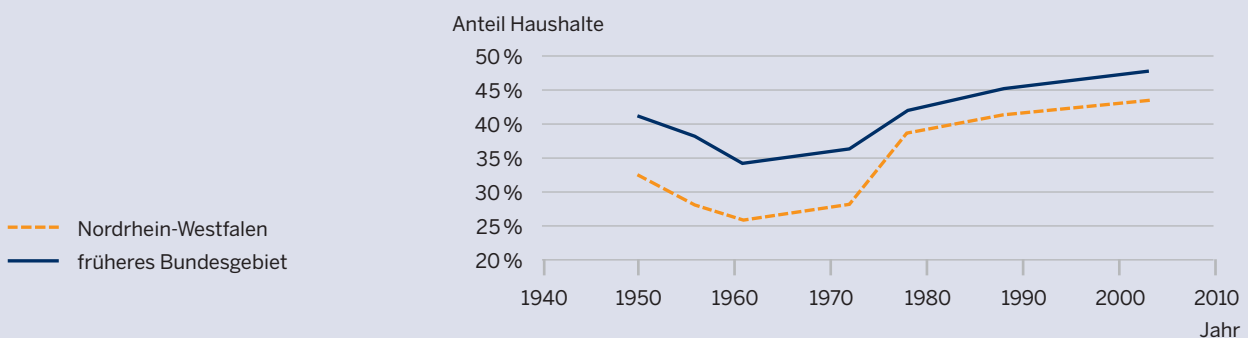
Quelle: LDS

6. Wohneigentumsquote: Anstieg nur noch als Spätfolge der 1970er-Jahre

In der Nachkriegszeit wurden vor allem Geschosswohnungen gebaut. Städtische Eigenheime waren teuer. Die Wohneigentumsquote sank in den Gründerjahren der Bundesrepublik deutlich (vgl. Abbildung 20). Besonders eigentumsfreundlich waren dagegen die 1970er-Jahre. Innerhalb eines Jahrzehnts wurden von 1975 bis 1984 insgesamt rund 450.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern gebaut. In den zehn Jahren bis 2007 waren es nur knapp 338.000 Wohnungen.

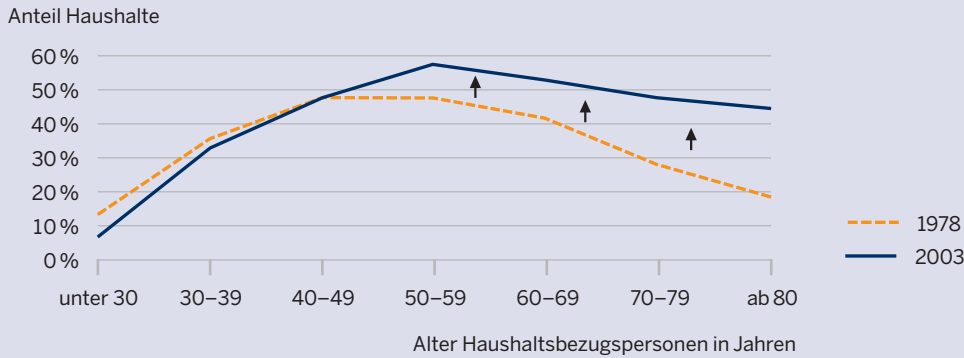
In jüngster Zeit stieg die Wohneigentumsquote nur noch, weil die jetzigen Rentner in der Masse vom Wirtschaftswunder profitierten. Während frühere – jetzt sterbende – Rentnergenerationen noch mehrheitlich zur Miete wohnten, wachsen jetzt vermehrt wohlhabendere Wohneigentümer nach. Die Wohneigentumsquote der jüngeren Haushalte bleibt dagegen immer mehr hinter den Quoten der 1970er-Jahre zurück (vgl. Abbildung 21).

Abb. 20: Wohneigentumsquote 1950–2003



Quelle: EVS 1962/63, 1978, 1988, 2003 sowie „Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik“ (BMBau 1979)

Abb. 21: Wohneigentumsquote nach Altersklassen in NRW 1978 und 2003



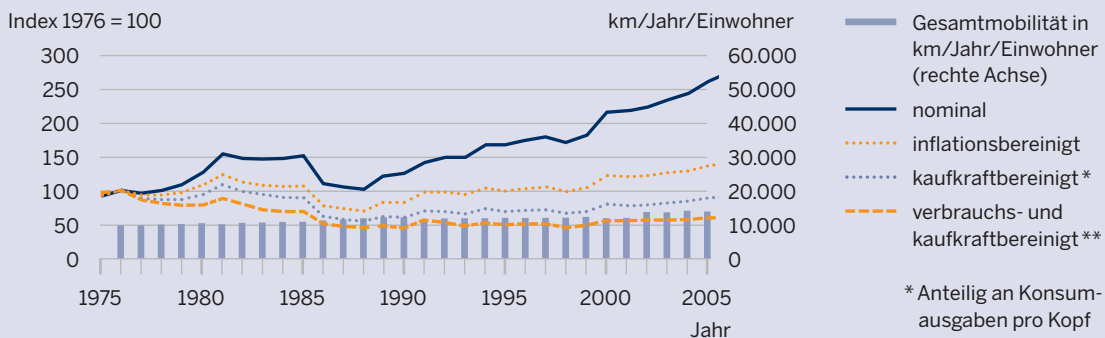
Quelle: EVS 1978 (Hessen und NRW) und 2003 (NRW)

7. Energieverbrauch: Niedrige Belastung trotz steigender Preise

Benzin ist heute dreimal so teuer wie 1975 – so der erste Eindruck. Doch preisbereinigt – also ohne Inflation – wurde Benzin seit 1975 nur um 50 % teurer. Gleichzeitig sind die Einkommen gestiegen: Kaufkraftbereinigt ist Benzin heute „nur“ so teuer wie 1975. Gesunken ist auch der Benzinverbrauch je gefahrenem Kilometer. Eine 100-km-Autofahrt hat sich, wenn man alle Effekte (sparsamere Autos, Einkommenssteigerungen, Inflationsbereinigung) berücksichtigt, gemessen am Einkommen um etwa 40 % verbilligt. Allerdings fahren wir heute sehr viel mehr als früher. Deshalb spüren wir auch die ansonsten realwirtschaftlich eingetretenen Entlastungen nicht.

Ähnlich sieht es mit den Gesamtausgaben für Strom, Gas und Brennstoffe aus. Anteilig an allen Konsumausgaben sind die Energiekosten für private Haushalte heute nur unwesentlich höher als 1970 und sogar deutlich niedriger als Mitte der 1980er-Jahre (vgl. Abbildung 23).

Abb. 22: Benzinpreisentwicklung 1975–2007

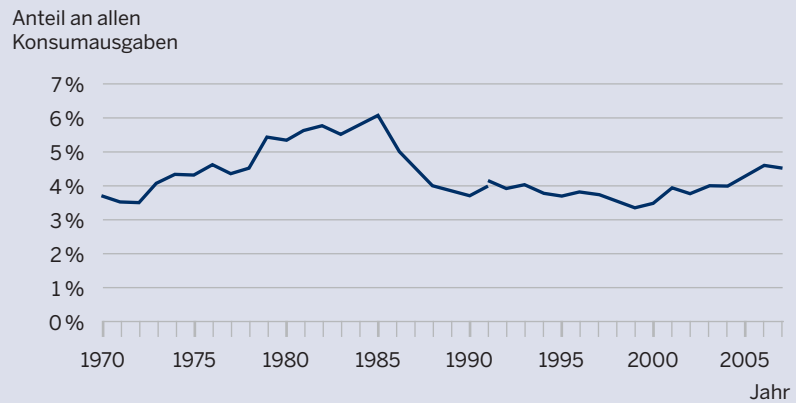


Bis 1990: früheres Bundesgebiet; Gesamtmobilität: neue Definition ab 2001; Berechnung für Normalbenzin, entsprechende Berechnung für Diesel oder Super zeigt deutlicheren Abfall der Mobilitätskosten

* Anteilig an Konsumausgaben pro Kopf
** Benzinkosten für 100-km-Autofahrt anteilig an Konsumausgaben pro Kopf

Quelle: VGR

Abb. 23: Konsumausgabenanteil privater Haushalte für Strom, Gas und Brennstoffe (ohne Kraftstoffe für Kraftwagen)



Bis/ab 1991: früheres Bundesgebiet/Deutschland

Quelle: VGR

8. Kulturinteresse: Ehrenamt wird Passion der Älteren

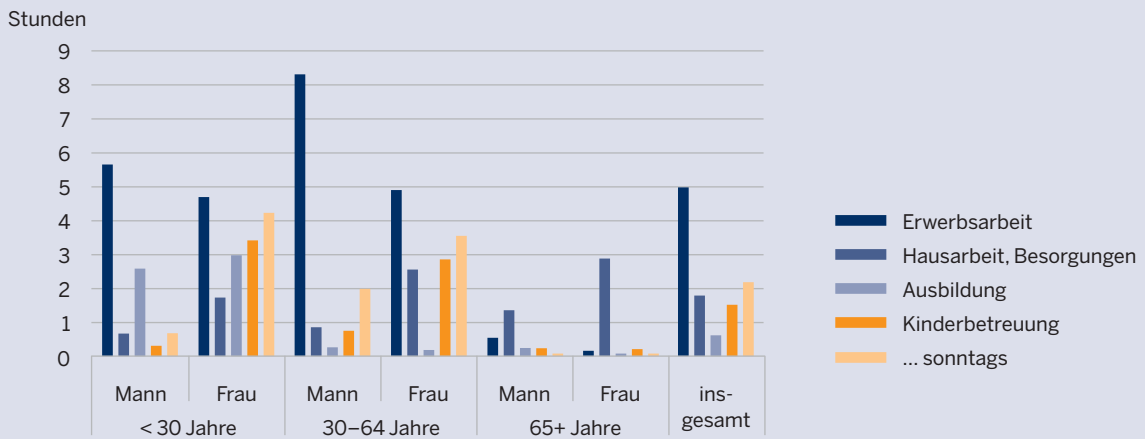
Die Menschen in NRW verbringen ihre Zeit hauptsächlich mit Erwerbsarbeit (5 Stunden/Tag; vgl. Abbildung 24). Auf den Rängen zwei und drei folgen Hausarbeit/Besorgungen (1,8 Stunden/Tag) sowie Kinderbetreuung (1,5 Stunden/Tag). Seit 1985 gibt es jedoch einige Veränderungen: Vor allem Frauen verbringen weniger Zeit mit Hausarbeit/Besorgungen und mehr mit Erwerbsarbeit. Auch die Kinderbetreuung nimmt mittlerweile mehr Zeit in Anspruch, bei Männern allerdings nur am Wochenende.

Die Haupt-Freizeitbeschäftigung der Menschen in NRW besteht im aktiven Sport (41 % mindestens monatlich; vgl. Abbildung 25), gefolgt von leichter Unterhaltung in Form von Kino, Popkonzerten und Diskos (22 %), die bei unter 30-Jährigen sogar dominiert. Ehrenamtliche Tätigkeiten und der Besuch kultureller Veranstaltungen liegen in allen Altersklassen im Mittelfeld, demgegenüber ist die Beteiligung in Bürgerinitiativen sehr gering: Nur 2 % tun dies mindestens monatlich.

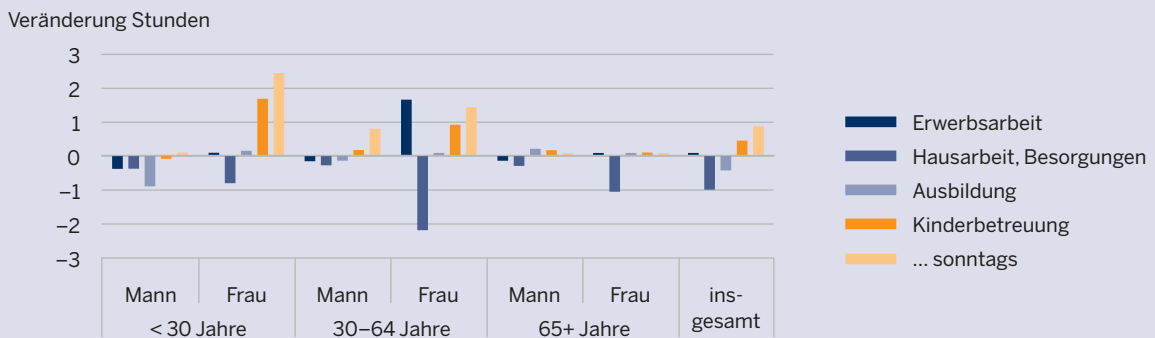
Gegenüber dem Jahr 1985 besuchen Männer und Frauen im erwerbsfähigen Alter seltener kulturelle Veranstaltungen. Umgekehrt steigt das Interesse der über 65-Jährigen. Kino, Popkonzerte und Diskos erfreuen sich bei Jung und Alt zunehmender Beliebtheit, der steigende Bevölkerungsanteil der Älteren (mit niedrigen Besuchsquoten) verursacht insgesamt dennoch nahezu eine Stagnation. Der große Wachstumstrend ist der aktive Sport. Damit beschäftigen sich alle Altersklassen sehr viel öfter als im Jahr 1985. Ehrenamtliche Tätigkeit und Bürgerinitiativen werden dagegen immer mehr eine Passion der Älteren.

Abb. 24: Zeitbudgets in Nordrhein-Westfalen 1985–2007

Im Jahr 2007 (soweit nichts anderes angegeben werktags)



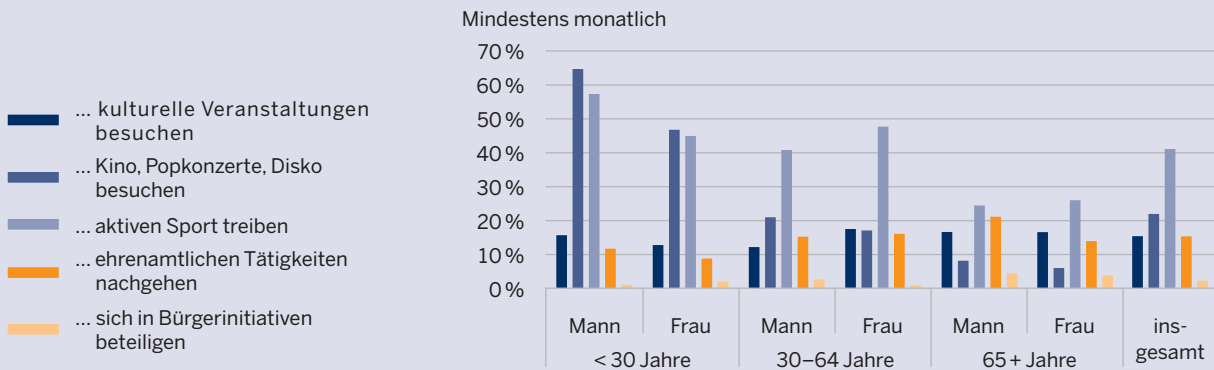
Veränderung 1985–2007 (soweit nichts anderes angegeben werktags)



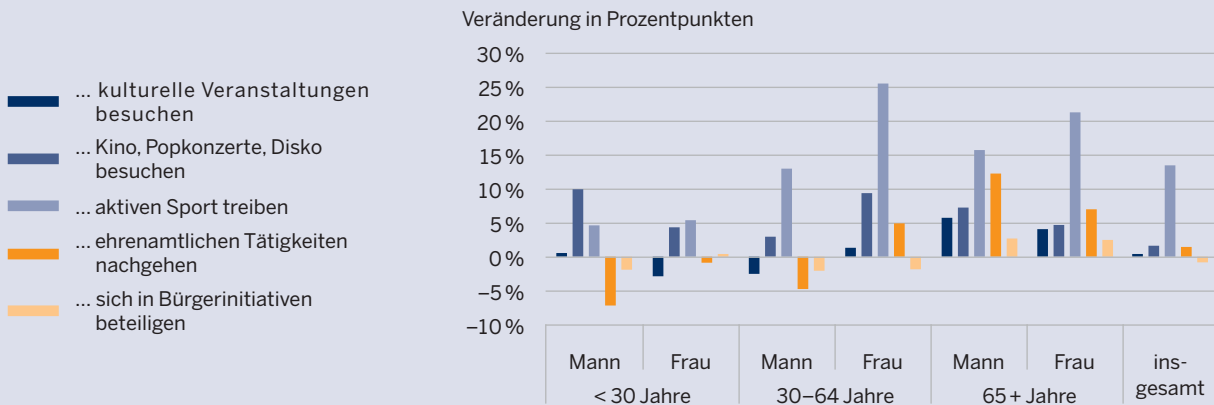
Quelle: Eigene Berechnungen aus SOEP 1985, 1988, 1998, 2007

Abb. 25: Freizeitgestaltung in Nordrhein-Westfalen 1985–2007

Anteil Personen, die im Jahr 2007 mindestens einmal monatlich ...



Veränderung (1985–2007) des Anteils der Personen, die mindestens einmal monatlich ...



Kulturelle Veranstaltungen = Oper, klassische Konzerte, Theater

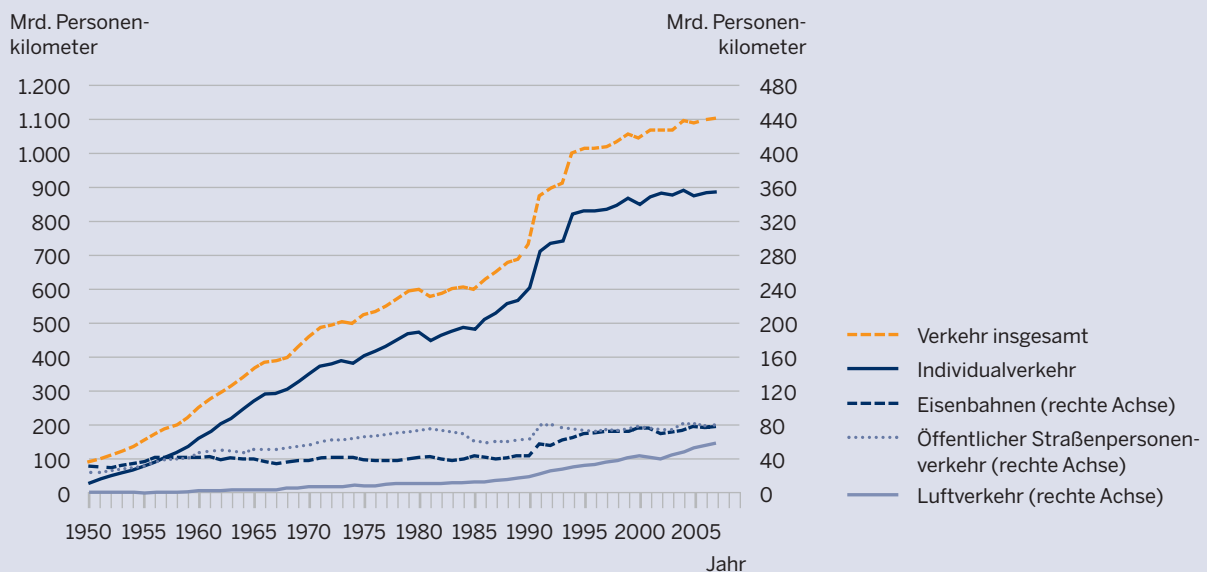
Quelle: Eigene Berechnungen aus SOEP 1985, 1988, 1998, 2007

9. Mobilität: Ausstattungsgrad mit Pkw bei jüngeren Haushalten rückläufig

Der Verkehr insgesamt hat sich von 1950 bis 2007 mehr als verzwölffacht (vgl. Abbildung 26).¹ Während der Individualverkehr seither um fast das 29-Fache gestiegen ist (von 35 % auf 80 % des gesamten Personenverkehrs), beträgt der Zuwachs bei den Eisenbahnen nur das 2,5-Fache (Rückgang von 36 % auf 7 % bezogen auf den gesamten Personennahverkehr) und beim öffentlichen Straßenpersonenverkehr das 3,3-Fache (Rückgang von 28 % auf 7 % bezogen auf den gesamten Personennahverkehr). Die zurückgelegten Personenkilometer im Flugverkehr sind im Jahr 2007 fast 600 Mal höher als 1950 (Zuwachs von 0,1 % auf 5,3 %).

Abb. 26: Personenverkehr in Deutschland 1950–2007

Bis 1960 ohne Saarland und ohne Berlin-West, ab 1961 früheres Bundesgebiet sowie von und nach Berlin-West, ab 1991 inkl. neue Länder



Eisenbahnen: Schienenverkehr einschl. S-Bahn-Verkehr. Ab 1993 Berechnung auf Basis des Reisenden-Erfassungs-Systems (RES) der DB. Öffentlicher Straßenpersonenverkehr: Stadtschnellbahn- (U-Bahn), Straßenbahn-, Obus- und Kraftomnibusverkehr kommunaler, gemischtwirtschaftlicher und privater Unternehmen sowie Kraftomnibusverkehr der Deutschen Bundesbahn (1990) und der nicht bundeseigenen Eisenbahnen, jedoch ohne Beförderungsleistung (Ein- und Durchfahrten ausländischer Unternehmen). Bis 2003 ohne Verkehr der Kleinunternehmen mit weniger als 6 Kraftomnibussen. Luftverkehr: Verkehr auf ausgewählten Flughäfen (Anzahl bis 2002: 17, 2003: 18, 2004: 23, 2005: 24, ab 2006: 25). Ab 1991 neue Kilometrierung im Luftverkehr (Kilometrierung 1998 vom Statistischen Bundesamt bis 1991 zurückgerechnet). Taxi- und Mietwagenverkehr: Keine individuelle Berücksichtigung seit 1990, Erfassung im Individualverkehr. Individualverkehr: Verkehr mit mot. Zweirädern, Personen- und Kombinationskraftwagen

Quelle: „Verkehr in Zahlen“ (DIW)

1 Ohne die Sprungstelle im Jahr 1991 infolge der Wiedervereinigung wäre der Faktor etwas kleiner.

Im Jahr 1950 wurden in NRW knapp 45.000 Pkw neu zugelassen (vgl. Abbildung 27). 15 Jahre später hatte sich diese Zahl mit 423.000 beinahe verzehnfacht. In den letzten Jahren wurden jährlich über 70.000 bzw. rund 40 Pkw pro Tausend Einwohner neu zugelassen.

Infolge der steigenden Zulassungszahlen verzehnfachte sich der Pkw-Bestand von knapp 133.000 im Jahr 1950 auf knapp 1,3 Mio. im Jahr 1960 (vgl. Abbildung 28). Die 5-Mio.-Grenze wurde Ende der 1970er-Jahre überschritten, die 10-Mio.-Grenze liegt jetzt in Sichtweite. Während im Jahr 1950 noch 99 Einwohner auf einen Pkw kamen, fiel diese Quote bereits Ende der 1960er-Jahre unter 5 Einwohner und liegt seit 1999 unter 2 Einwohnern. Aktuell ergibt sich ein Verhältnis von 1,8 Einwohnern pro Pkw.

Die Pkw-Ausstattung der privaten Haushalte unterliegt erheblichen Alters-effekten (vgl. Abbildung 29). Wie auch bei Computern oder Internetzugang fanden Autos zunächst vorwiegend bei jüngeren Haushalten Verbreitung. Erst allmählich rücken die älteren Haushalte mit Pkw-Besitz nach. In den letzten Jahren stagniert der Ausstattungsgrad in NRW bei rund drei Vierteln aller Haushalte. Während ältere Haushalte immer noch aufholen, ist die Quote bei den jüngeren Haushalten mittlerweile sogar rückläufig.

Abb. 27: Pkw-Neuzulassungen NRW 1950–2006

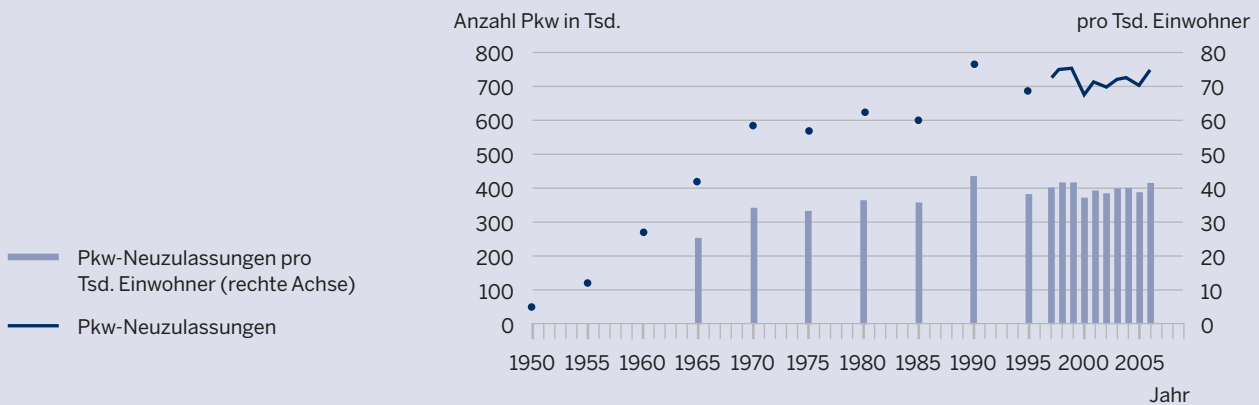
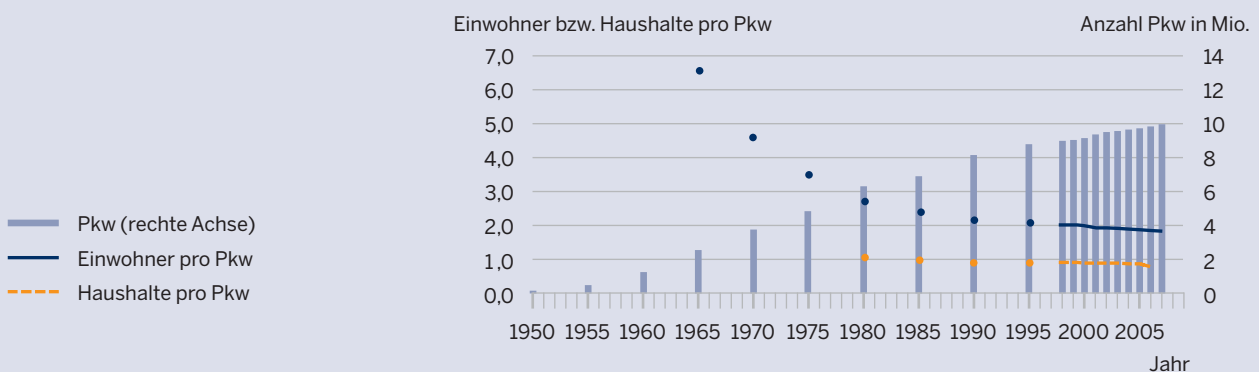
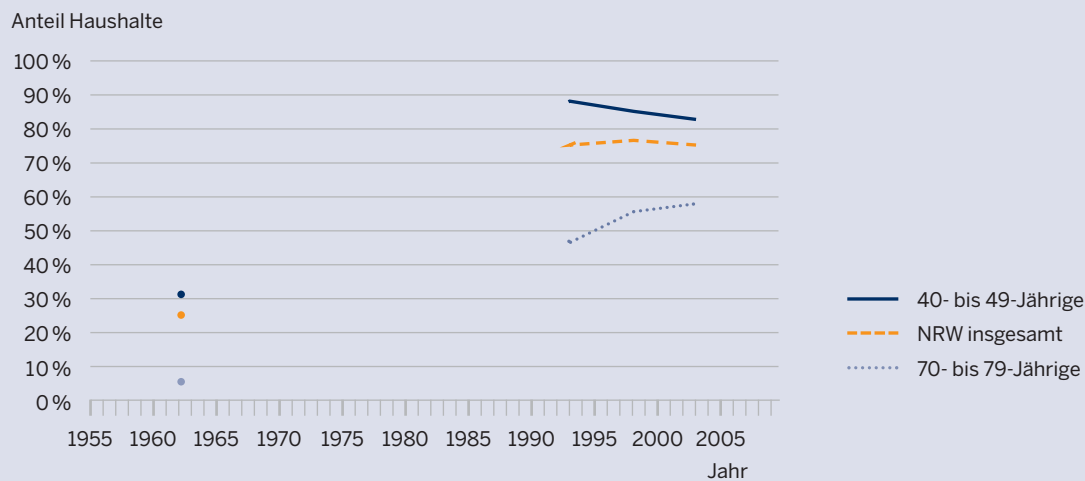


Abb. 28: Pkw-Bestand in NRW 1950–2007



Quelle: Kraftfahrtbundesamt

Abb. 29: Privathaushalte mit mindestens einem Pkw in NRW

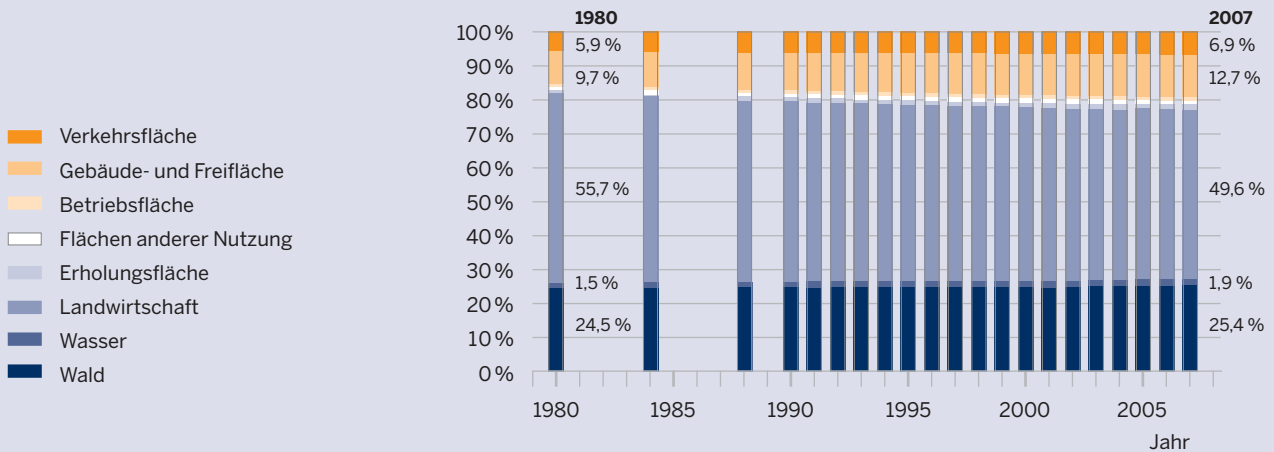
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1962, 1993, 1998, 2003

10. Ökologische Bilanz: Mehr Naturschutzgebiete, weniger Schwermetalleintrag, Waldsterben nimmt zu

Seit 1980 ist der Anteil der „ökologisch wertvollen“ Flächennutzung in Nordrhein-Westfalen (Wald- und Wasserflächen) von 26 % der Landesfläche auf 27,3 % gestiegen (vgl. Abbildung 30). Möglich war dies nicht zuletzt durch eine rückläufige landwirtschaftliche Flächennutzung (-6,1 Punkte). Deutlich zugenommen um 3 Punkte hat auch die Gebäude- und Freifläche. Unklar ist, welcher Anteil dieser Nutzung – insb. private Rasenflächen und Vorgärten – ebenfalls als „ökologisch wertvolle“ Flächennutzung einzustufen ist. Seit den frühen 1980er-Jahren steigt auch die Anzahl der ausgewiesenen Naturschutzgebiete (vgl. Abbildung 31). Angefangen mit 100 Flächen und 15.000 Hektar im Jahr 1949 gibt es mittlerweile 2.753 Flächen mit knapp 244.000 Hektar.

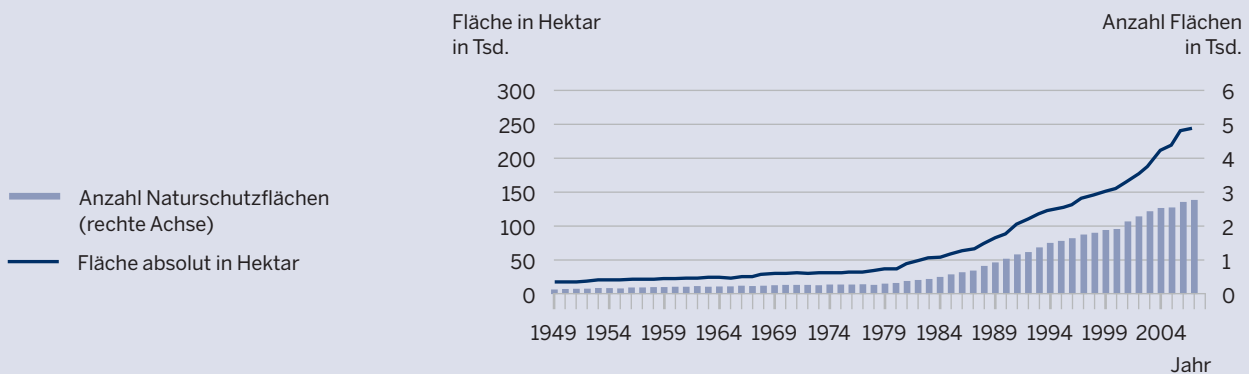
Bei den Indikatoren zur Umweltverschmutzung gab es in den letzten Jahren eine regelrechte Inflation. Es können hier nicht alle dargestellt werden. Keiner dieser Indikatoren reicht außerdem in die Zeit vor 1980 zurück. In den langen Zeitreihen können zwei Trends beobachtet werden: Der Schwermetalleintrag im Staubniederschlag ist seit 1986 rückläufig. Dagegen nimmt die Schädigung des Waldes weiterhin zu, insbesondere steigt der Anteil stark geschädigter Wälder (vgl. Abbildung 32).

Abb. 30: Flächennutzung in NRW 1980–2007



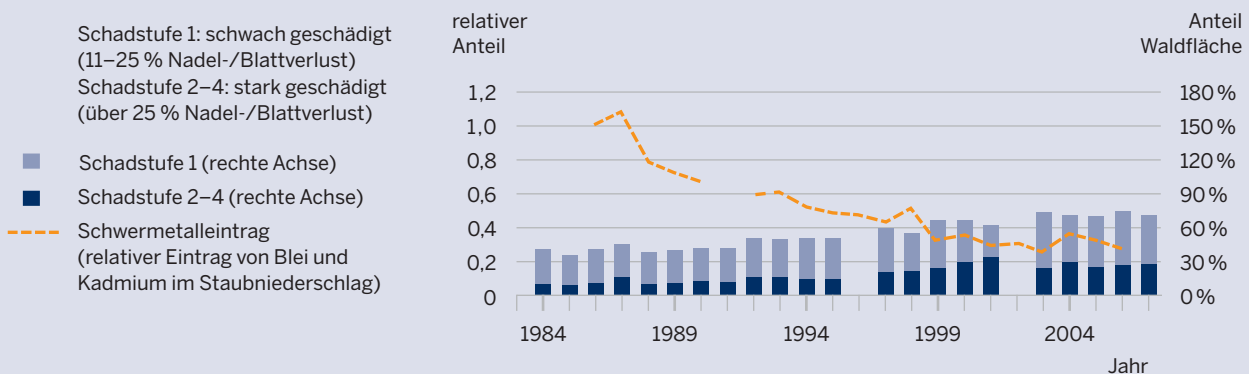
Quelle: LDS

Abb. 31: Naturschutzgebiete 1949–2007



Quelle: LDS

Abb. 32: Schwermetall im Staubbiederschlag und Waldschadstufen in NRW 1986–2006



Quelle: LDS

11. Bildung: Bildungserfolg der 1970er-Jahre reduziert Studierendenanteil aus Elternhaus mit Hauptschulabschluss

Im Jahr 1970 wechselten noch 60 % aller Grundschüler auf Hauptschulen, 25 % auf Gymnasien und 20 % auf Realschulen (vgl. Abbildung 33). Seither gibt es einen deutlichen Trend weg von der Hauptschule und leicht steigende Übergangsquoten an Realschulen und Gymnasien. Hinzu kommt seit Mitte der 1980er-Jahre ein Bedeutungsgewinn der Gesamtschulen.

Im Jahr 1970 waren Mädchen an Gymnasien mit 46 % klar unterrepräsentiert und an Realschulen mit 52 % leicht überrepräsentiert (vgl. Abbildung 34). An Hauptschulen war das Geschlechterverhältnis weitgehend ausgeglichen. Mit dem „Niedergang“ der quantitativen Bedeutung von Hauptschulen sank der dort verbleibende Mädchenanteil kontinuierlich bis heute auf 43 % ab (–6 Punkte). Spiegelbildlich stieg er bei Gymnasien auf heute 54 % an (+8 Punkte). Der Mädchenanteil an Realschulen stieg zunächst bis Mitte der 1970er-Jahre auf ein Maximum bei knapp 54 % an, um danach auf 50 % abzusinken. Mit zunehmender quantitativer Bedeutung der Gesamtschulen ab Mitte der 1980er-Jahre stieg dort auch der Mädchenanteil von zunächst unterdurchschnittlichen 45–48 % bis 2007 auf knapp über 50 % an. Demnach ist der Mädchenanteil an Real- und Gesamtschulen heutzutage ausgeglichen, an Gymnasien sind Mädchen jedoch leicht über- sowie an Hauptschulen klar unterrepräsentiert.

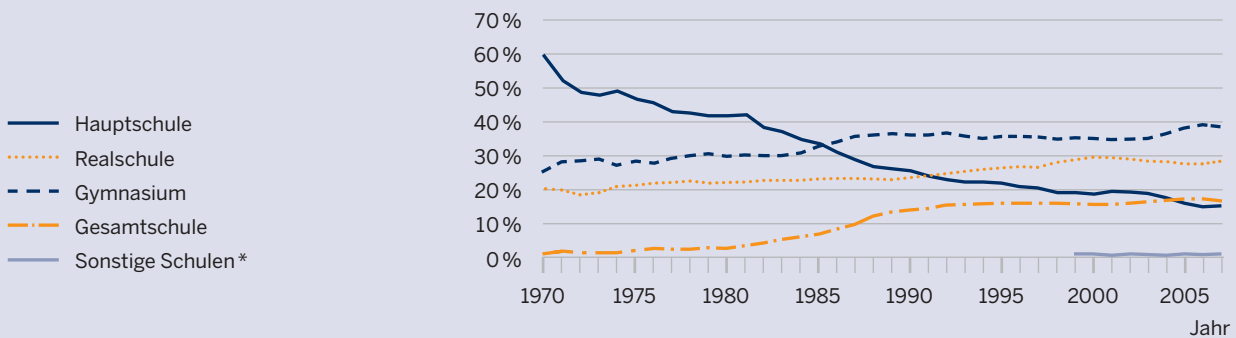
Mit zeitlicher Verzögerung spiegelt auch die Verteilung der Schulabschlüsse in der (erwachsenen) Gesamtbevölkerung die Veränderungen der Übergangsquoten beim Schulbesuch wider. Ende der 1980er-Jahre hatten noch fast zwei Drittel der 15-Jährigen und Älteren in NRW einen Volks- oder Hauptschulabschluss als höchsten beruflichen Abschluss vorzuweisen (vgl. Abbildung 35), mittlerweile weniger als die Hälfte. Auf der anderen Seite hat sich der Anteil mit Fach-/Hochschulabschluss von 15 % auf 28 % fast verdoppelt.

Mit der Öffnung der Universitäten in den 1970er-Jahren explodierten die Studierendenzahlen in NRW (vgl. Abbildung 36): von 100.000 im Jahr 1970 auf 250.000 im Jahr 1975. Seit Anfang der 1990er-Jahre stagniert die Zahl der Studierenden bei rund einer halben Million. Durch Einführung der Studienkonten nach dem WS 2003/04 (Gebühren für Langzeitstudierende) sank deren Zahl nachhaltig um rund 50.000 Studierende.

Seit vielen Jahren sinkt der Anteil Studierender, die aus einem Elternhaus mit Hauptschulabschluss stammen (vgl. Abbildung 37). Diese Entwicklung ist jedoch mit größter Vorsicht zu interpretieren. Denn gleichzeitig sinkt auch die Zahl der Erwachsenen in der Gesamtbevölkerung, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen (vgl. Abb. 35). Der Erfolg der 1970er-Jahre – immer mehr Menschen an Gymnasien und Universitäten – führt ganz automatisch dazu, dass es immer weniger junge Menschen gibt, die aus einem Elternhaus mit Hauptschulabschluss stammen können. Umgekehrt ist allerdings zu vermuten, dass die Kluft zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern größer wird. Aus einer (positiven) Exklusivität „weniger“ Akademiker wurde eine (negative) Exklusivität der „weniger werdenden“ Menschen, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen.

Abb. 33: Übergangsquote in die Sekundarstufe I in NRW 1970–2007

Übergangsquote bis 1998: in den 5. Jahrgang der Schulform neu aufgenommene Schüler in v. H. der Schüler im 4. Jahrgang der Grundschule im Jahr zuvor (Summe addiert sich nicht zu 100 %). Ab 1999: Anteil Schüler der Sekundarstufe I der Schulform xy aus der Herkunftsschulform Grundschule (Summe addiert sich zu 100 %).

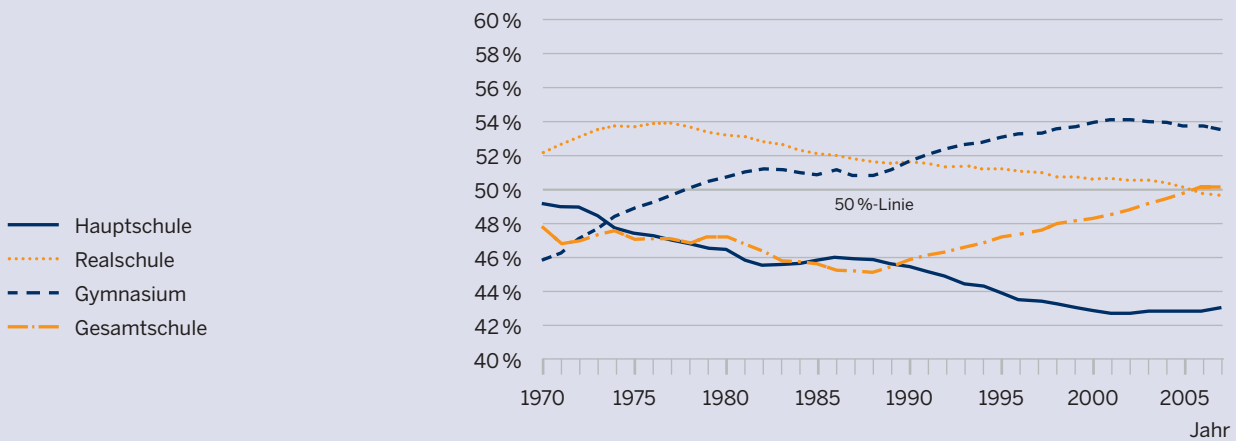


* Sonstige Schulen erst ab 2003 ausgewiesen (Förder- und freie Waldorfschulen)

Quelle: MSW NRW

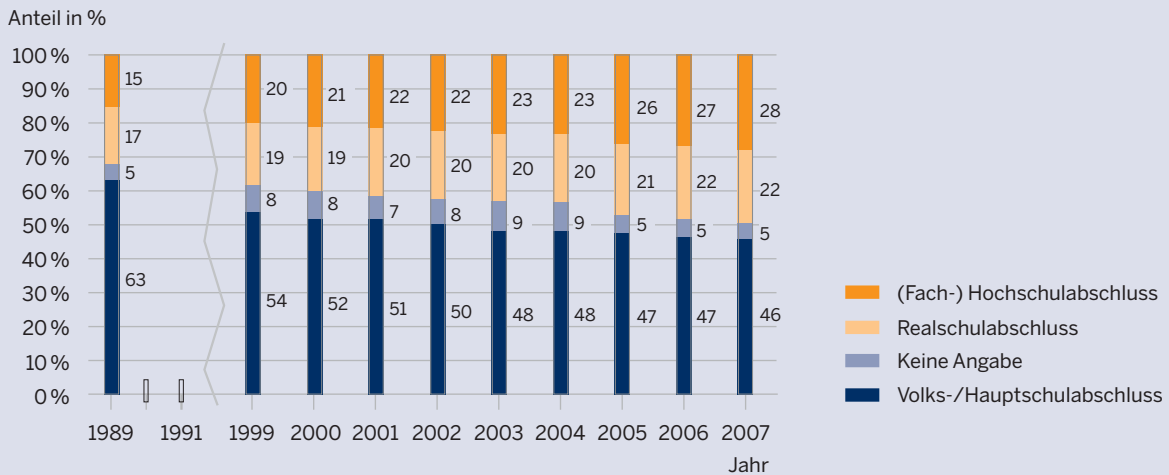
Abb. 34: Anteil Mädchen an Schülern in NRW insgesamt 1970–2007

Anteil Mädchen



Quelle: MSW NRW

Abb. 35: Verteilung über 15-Jähriger in NRW nach höchstem Schulabschluss 1989–2007

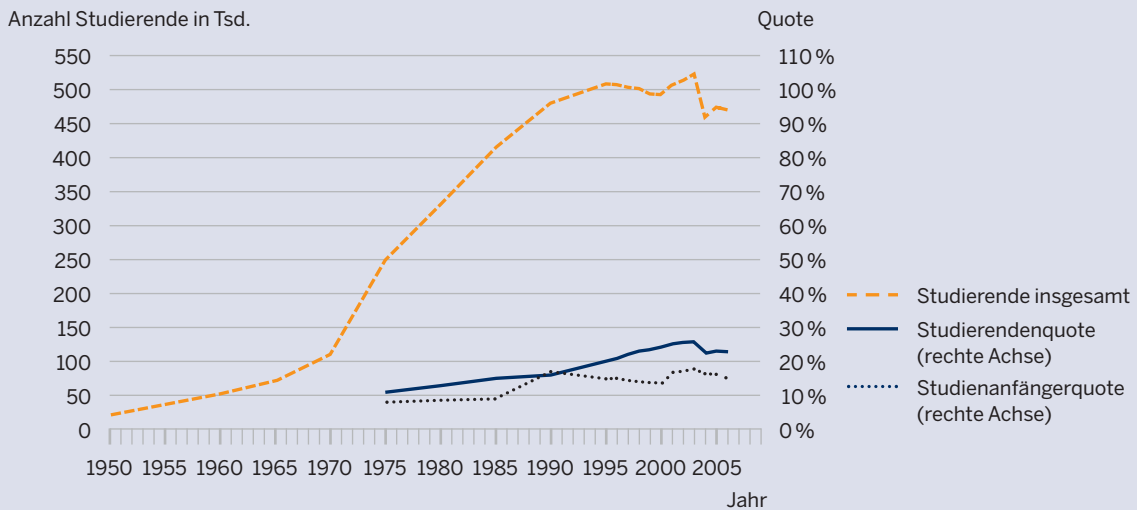


Nicht berücksichtigt: 15-Jährige und Ältere mit derzeitigem Besuch einer allgemeinbildenden Schule

Quelle: LDS

Abb. 36: Studierende an Universitäten im Wintersemester 1950–2006

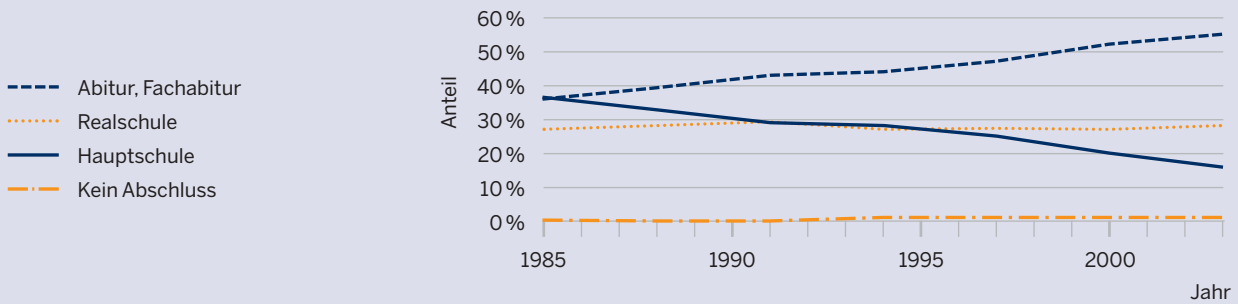
Jahresangaben: 2003 = WS2003/04



Studienanfängerquote = Anteil Erstsemester an der 18- bis unter 20-jährigen Wohnbevölkerung. Studierendenquote = Anteil Studierende an der 20- bis unter 30-jährigen Wohnbevölkerung

Quelle: LDS

Abb. 37: Höchster beruflicher Abschluss der Eltern von Studierenden in Deutschland 1985–2003



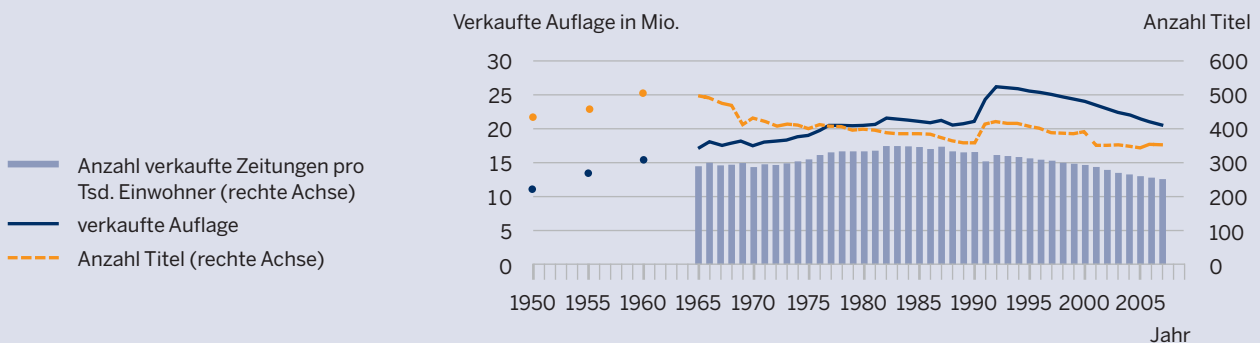
Quelle: DSW/HIS 18. Sozialerhebung Studentenwerk

12. Medienentwicklung: PC und Internet erorbern Seniorenhaushalte

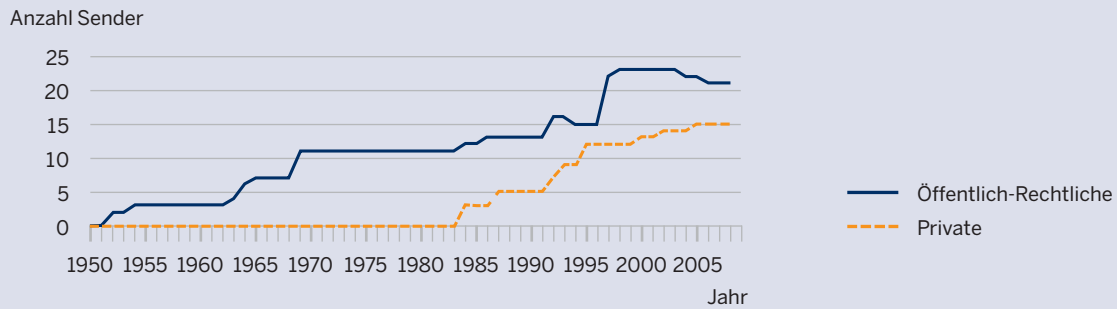
Ende des Jahres 1950 gab es deutschlandweit 429 verschiedene Tageszeitungen. Diese Vielfalt wuchs auf 498 bis Ende 1960 und sank anschließend um etwa ein Drittel auf 352 Titel Ende 2007. Infolge der Wiedervereinigung stieg die Titelzahl kurzfristig deutlich an. Nach anfänglichem Wachstum bis Mitte der 1970er-Jahre stagnierte die verkaufte Auflage bis zur Wiedervereinigung und fällt seither kontinuierlich ab. Gemessen an der Einwohnerzahl sinkt die verkaufte Auflage bereits seit den frühen 1980er-Jahren. Die Einführung des Privatfernsehens 1984 (vgl. Abbildung 39) sowie die zunehmende Internetnutzung seit Ende der 1990er-Jahre (vgl. Abbildung 40) müssen sicherlich im Zusammenhang mit dieser Entwicklung gesehen werden.

Fernsehen findet in Deutschland seit 1952 statt. In den 1960er-Jahren kamen neben dem ZDF zahlreiche dritte Programme hinzu. Mit Einführung des Privatfernsehens im Jahr 1984 gründeten auch die Öffentlich-Rechtlichen weitere Kanäle. Durch Fusionen sank die Zahl der öffentlich-rechtlichen Anstalten zuletzt, während die Zahl der Privatsender weiter ansteigt. Hinzu kommen Bezahl-Kanäle, die in Abbildung 39 nicht berücksichtigt werden.

Abb. 38: Verkaufte Auflage und Titelzahl deutscher Tageszeitungen 1965–2007



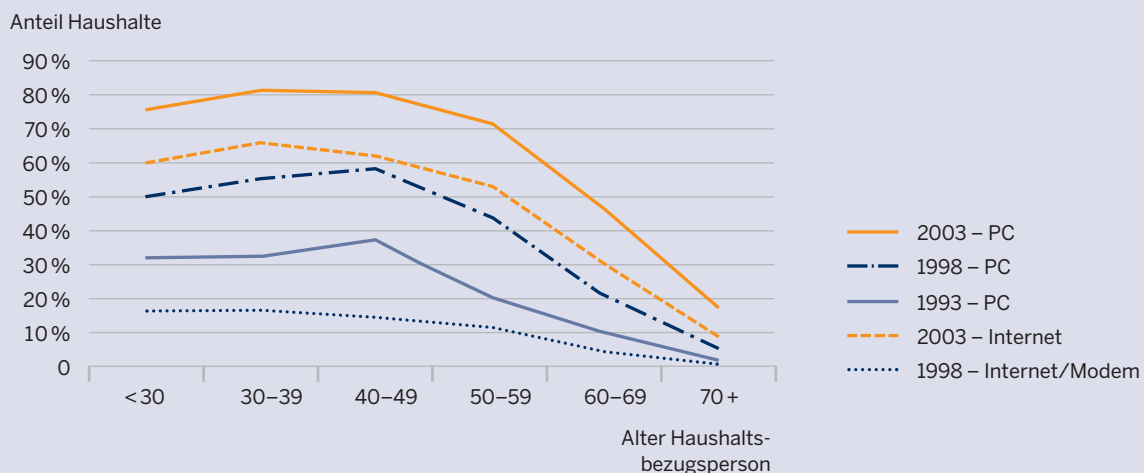
Quelle: Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger

Abb. 39: Anzahl TV-Sender in Deutschland 1950–2008 (ohne Bezahl-TV)

Öffentlich-rechtliche Sender: EinsExtra, EinsFestival, EinsPlus, 3sat, ARD, ARTE, BR, BR-alpha, DFF (DDR), DFF2 (DDR), DWTV, HR, Ki.Ka, MDR, NDR, NWDR, ORB, Phoenix, RBB, SDR, SFB, SR, SWF, SWR, WDR, ZDF, ZDF doku, ZDF info, ZDF theater. Private Sender: 9Live, Kabel1, MTV, N24, NICK, N-TV, Pro7, RTL, RTL II, Sat.1, SuperRTL, Tele5, VIVA, VIVAplus, VOX

Quelle: Wikipedia tv.xls

Immer mehr Haushalte haben Zugang zu PC und Internet: 1993 besaß gerade einmal jeder fünfte Haushalt einen Computer (22 %), fünf Jahre später waren es schon 39 % und im Jahr 2003 61 % (vgl. Abbildung 40). Selbst jeder sechste Haushalt mit über 70-jähriger Bezugsperson verfügt mittlerweile über einen eigenen PC. Zeitlich versetzt, aber ähnlich rasant in der Entwicklung verlief der Zugang zum Internet. Im Jahr 1998 konnte nur jeder zehnte Haushalt von zu Hause auf das weltweite Netz zugreifen (11 %), im Jahr 2003 schon jeder zweite (46 %).

Abb. 40: PC- und Internetverfügbarkeit in deutschen Haushalten 1993–2003

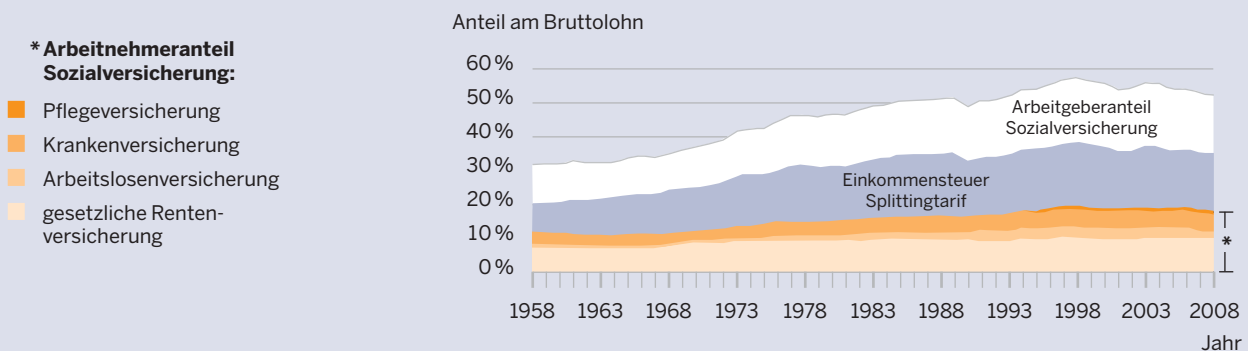
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS tv.xls

13. Steuer- und Abgabenlast: Fast doppelt so hohe Belastung wie vor 50 Jahren

Im Jahr 1958 summierten sich die Arbeitnehmeranteile zu den Sozialversicherungen auf 12,2%. Die Bruttolohnbelastung durch Sozialversicherungsbeiträge eines Erwerbstätigen mit Einkommen in der Höhe der Bemessungsgrenze zur Rentenversicherung lag bei 11,7% (dieser Wert ist kleiner als die Summe der Beitragssätze, weil bei diesem Einkommen in der Pflege- und Krankenversicherung die Beitragsbemessungsgrenze überschritten ist). Hinzu kamen in dieser Einkommensklasse Einkommensteuerzahlungen in Höhe von 8,2% des Bruttolohnes (mit Ehegattensplitting). Damit war das Bruttoeinkommen insgesamt mit 19,9% Steuern und Abgaben belastet. Bis zum Jahr 2008 stiegen die Sozialversicherungsabgaben des Arbeitnehmers auf 17,6% des Bruttolohnes und die Steuern auf 17,5%. In der Summe eine Belastung von 35,1% und damit 1,8-mal höher als 50 vor Jahren.

Abb. 41: Einkommensteuer und Sozialversicherungsabgaben eines Ehepaars mit einem Kind 1958–2008

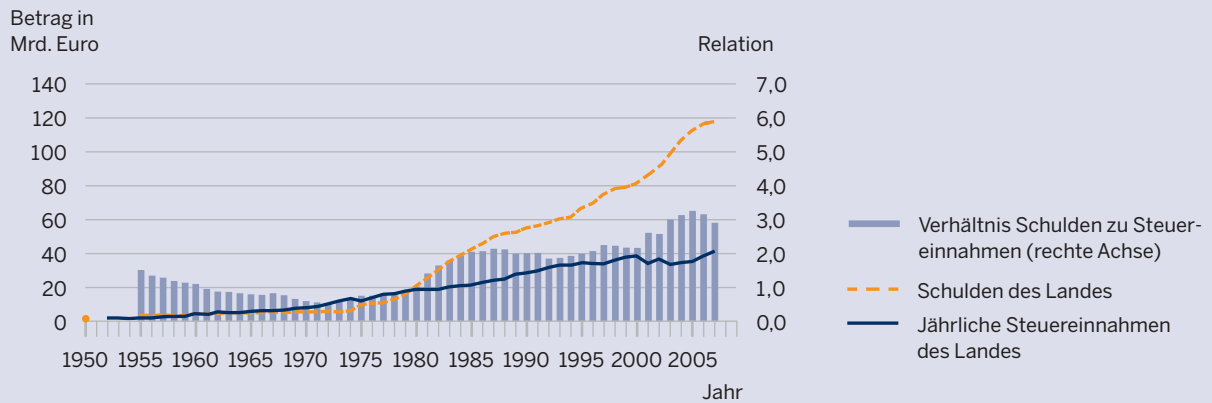
Annahme: Relative Anteile am Bruttoeinkommen; Bruttoeinkommen entspricht jeweils der Bemessungsgrenze der Rentenversicherung (5.300 Euro/Monat im Jahr 2008, 750 Euro/Monat im Jahr 1958).



Quelle: Eigene Berechnungen

14. Steuereinnahmen und Staatsschulden: Verschuldung wächst schneller als Steuereinnahmen

Im Jahr 1950 hatte das Land NRW 1,3 Mrd. Euro Schulden. Es dauerte 24 Jahre, bis der Schuldenstand mit 2,9 Mrd. Euro (mehr als) doppelt so hoch lag. Die nächste Verdoppelung ließ gerade einmal ein Jahr auf sich warten: 1975 hatte das Land 5,8 Mrd. Euro Schulden. Die nächste Verdoppelung dauerte 4 Jahre bis 1979, dann 3 Jahre bis 1982, weitere 9 Jahre bis 1991 und schließlich 13 Jahre bis zum Jahr 2004 (102 Mrd. Euro). Damit hat sich der Schuldenstand seit 1950 nominal um das 85-Fache erhöht, inflationsbereinigt mit dem Preisindex für Lebenshaltung ergibt sich der 19-fache Schuldenstand.

Abb. 42: Jährliche Steuereinnahmen und Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen 1950–2007

Quelle: Finanzministerium NRW

Die Steuereinnahmen des Landes können mit der Verschuldung nicht Schritt halten. Während die Schulden seit 1955 um das 70-Fache (real um das 15-Fache) gestiegen sind, haben die Steuereinnahmen nur um das 23-Fache (real um das 5-Fache) zugelegt. So ist das Verhältnis der Schulden zu den Steuereinnahmen von 1,5 im Jahr 1955 über ein Minimum bei 0,5 im Jahr 1973 und ein Maximum bei 3,2 im Jahr 2005 mittlerweile auf das 2,9-Fache gestiegen. Würden also sämtliche Steuereinnahmen nur zur Tilgung eingesetzt, würde es rund 3 Jahre dauern, bis das Land schuldenfrei wäre. 30 Jahre wäre die Tilgungsdauer, wenn ein Zehntel der Steuereinnahmen jährlich in die Tilgung flössen.

15. Ein Rechenexperiment: Lehrer-Kosten vs. Arbeitergehälter

Wie lange muss ein Arbeiter rein kalkulatorisch arbeiten, um die Personalkosten der Schulausbildung seines Kindes zu finanzieren? Inklusive späterer Renten- bzw. Pensionsansprüche liegt das Bruttogehalt eines Lehrers der Sekundarstufe I pro Arbeitsjahr rund 1,9-mal höher als der Bruttolohn eines Arbeiters im produzierenden Gewerbe.² Bei einem durchschnittlichen Schulbesuch von 11,3 Jahren und einer angenommenen Klassenstärke von 30 Schülern belaufen sich die „Personalkosten“ der Schulausbildung eines Arbeiterkindes auf 8,5 Bruttomonatslöhne eines Arbeiters (rund 10 Bruttomonatslöhne bei 25 Schülern).

Diese relativen Schulkosten für ein Arbeiterkind unterlagen in den letzten Jahrzehnten gewaltigen Veränderungen. Die Ursachen sind nicht nur in der

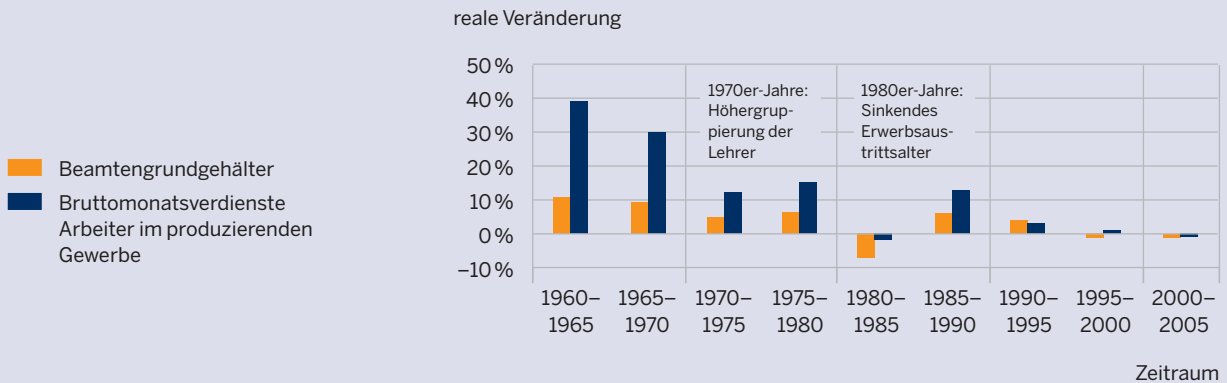
² Annahme: identische Lebenserwartung, Rentendauer identisch jeweils 22 Jahre, Erwerbsdauer Lehrer 31 Jahre/Arbeiter 42 Jahre.

unterschiedlichen Entwicklung der Beamtengrundgehälter gegenüber den Monatsverdiensten der Arbeiter zu finden (vgl. Abbildung 43). Weitere relevante Faktoren waren:

- Längere Ausbildungszeiten der Lehrer sowie früherer Renteneintritt (vor allem der Lehrer) und damit sinkende Erwerbsdauer
- Längere Lebenserwartung und damit steigende Renten-/Pensionsansprüche
- Höhergruppierung der Lehrergehälter in den 1970er-Jahren

Aus Datenmangel lassen sich diese Veränderungen nicht exakt quantifizieren.

Abb. 43: Inflationsbereinigte Entwicklung der Bruttolöhne von Lehrern und Arbeitern in NRW 1960–2005



Mitglieder der Zukunftskommission



Vorsitzender: **Lord Ralf Dahrendorf**, geb. 1929 in Hamburg. Deutsch-britischer Soziologe, Politiker und Publizist. Er war Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Mitglied der Europäischen Kommission und Direktor der London School of Economics and Political Science und Mitbegründer der Universität Konstanz. Er ist Mitglied des House of Lords.



Stellvertretender Vorsitzender: Bundesminister a. D. **Bodo Hombach**, geb. 1952 in Mülheim an der Ruhr. Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen von 1990 bis 1998, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr 1998. Seit Februar 2002 Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe.



Prof. Dr. Achim Bachem, geb. 1947 in Bonn. Mitglied des Vorstandes des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt von 1996 bis 2006. Seit Oktober 2006 Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums Jülich.



Prof. Dr. Jürgen Flimm, geb. 1941 in Gießen. Intendant der RuhrTriennale von 2005 bis 2007. Seit Oktober 2006 Leiter der Salzburger Festspiele.



Dr.-Ing. Dr. E. h. Jürgen Großmann, geb. 1952 in Mülheim an der Ruhr. Von 1980 bis 1993 verschiedene Tätigkeiten im Konzern der Klöckner-Werke AG, bis 2006 Geschäftsführer der Gesellschafter der Georgsmarienhütte GmbH. Seit 2007 Vorsitzender des Vorstands der RWE AG.



Prof. Dr. Barbara Ischinger, geb. 1949 in Frankfurt a. M. Direktorin bei der Fulbright-Kommission von 1994 bis 2000, Vizepräsidentin für Internationale Beziehungen und Public Relations an der Berliner Humboldt-Universität von 2000 bis 2005. Seit 2006 Bildungsdirektorin der OECD in Paris.



Prof. Dr. Hubert Kleinert, geb. 1954 in Melsungen. Mitglied des Deutschen Bundestages für die Partei „Die Grünen“ von 1983 bis 1990, Professor für Politikwissenschaften an der Fachhochschule für Verwaltung des Landes Hessen in Wiesbaden.



Prof. Dr. Jürgen Kluge, geb. 1953 in Hagen. Deutschlandchef von McKinsey & Company von 1999 bis 2006, Mitglied im Shareholder Council von McKinsey & Company. Seit 2004 Honorarprofessor der TU Darmstadt.



Dr. Norbert Lammert, geb. 1948 in Bochum. Mitglied des Bundestages seit 1980, zwischen 1989 und 1998 Parlamentarischer Staatssekretär bei verschiedenen Bundesministern, von 2002 bis 2005 Vizepräsident, seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.



Dr. Annette Lepenies, geb. 1943 in Traben-Trarbach. Ausgebildete Lehrerin und Diplom-Psychologin, heute tätig als Referentin am Sozialpädagogischen Institut (SPI) Berlin, Mitglied verschiedener Stiftungskuratorien, u. a. auch im Kuratorium des Programms „Jedem Kind ein Instrument“.



Friedrich Merz, geb. 1955 in Brilon. Seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, 2002 bis 2004 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Seit Ende 2004 Partner der Anwaltskanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP.



René Obermann, geb. 1963 in Düsseldorf. Vorstandsvorsitzender von T-Mobile International und Konzernvorstand für den Bereich Mobilfunk von 2002 bis 2006. Seit 2006 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG.



Isabel Pfeiffer-Poensgen, geb. 1954 in Aachen, Juristin. Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder und Mitglied im Stiftungsbeirat der Kulturstiftung des Bundes. Seit 2002 ist sie außerdem Mitglied im Vorstand des Verbandes deutscher Musikschulen und im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages.



Andrea Prym-Bruck, geb. 1953 in Wien. Seit 1996 im Stiftungsvorstand und seit 2001 Vorsitzende des Stiftungsvorstandes des Museums für Industrie-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte für den Raum Aachen, Stolberg/Rheinland, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates der William Prym GmbH & Co KG in Stolberg.



Cornelia Quennet-Thielen, geb. 1957 in Freiburg. Referatsleiterin im Umweltministerium unter der damaligen Bundesministerin und heutigen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Leiterin der Zentralabteilung des Bundespräsidialamtes. Seit 2008 Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Marita Reuter, geb. 1957 in Boppard. Leiterin Unternehmenskommunikation KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Berlin.



Hubertus Schmoldt, geb. 1945 in Posen. Seit 1969 hauptamtlicher Gewerkschafter. Seit 1997 Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie.



Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, geb. 1943 in Rotenburg an der Fulda. Seit 1983 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



Prof. Dr. Paul Schnabel, geb. 1948 in Bergen op Zoom. Seit 2002 Professor für Soziologie an der Universität Utrecht. Seit 2006 Direktor des Sociaal en Cultureel Planbureau der Niederlande in Den Haag.



Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, geb. 1952 in Göppingen. Seit 1998 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn, Gründer des Forschungsinstitutes zur Zukunft der Arbeit in Bonn. Seit 2000 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.



Dr.-Ing. Ekkehard Schulz, geb. 1941 in Bromberg. Mitglied des Vorstandes der Thyssen AG von 1991 bis 1998. Seit 1999 Vorstandsvorsitzender der ThyssenKrupp AG.



Alice Schwarzer, geb. 1942 in Wuppertal. Eine der bekanntesten Vertreterinnen der neuen deutschen Frauenbewegung. Sie ist Gründerin und Herausgeberin der Frauenzeitschrift Emma und Herausgeberin bzw. Autorin vieler feministischer Buchpublikationen.



Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Streeck, geb. 1947 in Lengerich. Professor für Soziologie und Industrielle Beziehungen an der University of Wisconsin-Madison, seit 1995 Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln.

Impressum

Herausgeber

Zukunftskommission beim Ministerpräsidenten
des Landes Nordrhein-Westfalen
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1
40219 Düsseldorf
E-Mail: zukunftskommission@stk.nrw.de

Konzeption, Gestaltung, Satz:

faktor K, Düsseldorf

Lektorat:

Juliane Topka, Hamburg

Fotos:

Christian G. Irrgang, Hamburg
Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Michael Langhorst, Köln
Cynthia Rühmekorf, Bonn
Ralph Sondermann, Langenfeld
ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

Druck:

Bonifatius GmbH Druck-Buch-Verlag, Paderborn

April 2009

